

Masterarbeit

Titel der Masterarbeit

Die soziale Integration der Roma in Bulgarien im Kontext der
Roma-Politik der Europäischen Union

Verfasserin

Tonya Georgieva BA

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts

Wien, im September 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.-Doz. Dr. Paul Luif

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides statt, dass ich die vorliegende Masterarbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe verfasst habe.

Ich habe dazu keine weiteren als die angeführten Hilfsmittel benutzt. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Ich versichere, dass die Arbeit bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt wurde.

Wien, September 2013

Tonya Georgieva

Inhaltsverzeichnis

I. EINLEITUNG	1
1. PROBLEMFELD UND RELEVANZ DES THEMAS	1
2. FRAGESTELLUNG UND ERKENNTNISINTERESSE	4
3. HYPOTHESEN	5
4. STRUKTUR DER ARBEIT UND VORGANGSWEISE	6
4.1 STRUKTUR	6
4.2 METHODISCHE VORGEHENSWEISE	7
II. BEGRIFFE UND THEORIEN.....	10
1. ZENTRALE BEGRIFFE	10
1.1 ROMA.....	10
1.1.1 DEFINITION	11
1.1.2 HERKUNFT UND GEOGRAFISCHE DISPERSION. WURZELN DER ROMA-IDENTITÄT	13
1.1.3 DEMOGRAPHISCHE DATEN. ANZAHL DER ROMA IN BULGARIEN UND EUROPA...	15
1.1.4 ETHNISCHE MERKMALE UND SOZIOÖKONOMISCHE CHARAKTERISTIKEN	18
1.1.5 STEREOTYPE	20
1.1.6 ROMA-BEGRIFF IN DEN EUROPÄISCHEN DOKUMENTEN	21
1.2 MINDERHEIT	22
1.2.1 ETHNISCHE MINDERHEITEN	23
1.2.1.1 ETHNISCHE MINDERHEITEN IN EUROPA	25
1.2.1.2 ETHNISCHE MINDERHEITEN IN BULGARIEN	26
2. THEORETISCHE ANSÄTZE	26
2.1 INTEGRATIONSTHEORIEN.....	27
2.1.1 SYSTEMINTEGRATION UND SOZIALINTEGRATION	29
2.1.2 ASSIMILATIONSTHEORIE.....	31
2.1.3 MULTIKULTURALISMUSTHEORIE.....	31
2.1.4 INTEGRATION VS. INKLUSION	33
2.2 DER THEORETISCHE ANSATZ DER EUROPÄISIERUNG	33
III. DIE ROMA-POLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION	36
1. WESEN UND ZIELE DER EUROPÄISCHEN ROMA-POLITIK.....	37
2. AKTIVITÄTEN UND ENTSCHEIDUNGEN DER EU-INSTITUTIONEN MIT BEZUG AUF ROMA-INTEGRATION	40
2.1 ENTSCHEIDUNGEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATS DER EU ...	40
2.2 AKTIVITÄTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION	41
3. DEKADE DER ROMA-INKLUSION	43
4. AKTUELLE GRUNDLAGE: EU-RAHMEN ZUR INTEGRATION DER ROMA IN DEN MITGLIEDSSTAATEN.....	44
IV. ROMA-INTEGRATIONSPROZESS IN BULGARIEN.....	48

1. HISTORISCHE BESTANDSAUFNAHME	49
1.1 ROMA IM KOMMUNISMUS	49
1.2 INTEGRATION DER ROMA IN DER POSTKOMMUNISTISCHEN PERIODE	53
2. INTEGRATION DER ROMA NACH 2007. ROMA-INTEGRATION UND EU-MITGLIEDSCHAFT	56
2.1 INTEGRATION DER ROMA IM BILDUNGSBEREICH	58
2.1.1 RESÜMEE DER WICHTIGSTEN STAATLICHEN INTEGRATIONSMAßNAHMEN UND INTEGRATION BEGÜNSTIGENDEN MAßNAHMEN IM BILDUNGSBEREICH	60
2.1.2 NATIONALE STRATEGIE ZUR BILDUNGSINTEGRATION DER KINDER UND SCHÜLER AUS DEN ETHNISCHEN MINDERHEITEN.....	64
2.1.3 AUSWERTUNG, DEFIZITE UND VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE.....	65
2.2 INTEGRATION DER ROMA IM BESCHÄFTIGUNGSBEREICH	69
2.2.1 RESÜMEE DER WICHTIGSTEN STAATLICHEN INTEGRATIONSMAßNAHMEN UND INTEGRATION BEGÜNSTIGENDEN MAßNAHMEN IM BESCHÄFTIGUNGSBEREICH	71
2.2.2 AUSWERTUNG, DEFIZITE UND VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE.....	74
2.3 INTEGRATION DER ROMA IM BEREICH DER GESUNDHEITSFÜRSORGE	77
2.3.1 RESÜMEE DER WICHTIGSTEN STAATLICHEN INTEGRATIONSMAßNAHMEN UND INTEGRATION BEGÜNSTIGENDEN MAßNAHMEN IM BEREICH DER GESUNDHEITSFÜRSORGE	79
2.3.2 AUSWERTUNG, DEFIZITE UND VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE.....	82
2.4 INTEGRATION DER ROMA IM WOHNBEREICH	85
2.4.1 RESÜMEE DER WICHTIGSTEN STAATLICHEN INTEGRATIONSMAßNAHMEN IM WOHNBEREICH	88
2.4.2 AUSWERTUNG, DEFIZITE UND VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE.....	90
2.5 NATIONALE STRATEGIE DER REPUBLIK BULGARIEN ZUR INTEGRATION DER ROMA 2012-2020	94
2.6 EFFEKTIVITÄT UND REALISIERUNG DER NATIONALEN POLITIK ZUR SOZIALEN INTEGRATION DER ROMA IN BULGARIEN	98
2.7 IMPLEMENTIERUNG DER EUROPÄISCHEN ROMA-POLITIK UND EUROPÄISIERUNG	110
3. DIE ROMA-POLITIK UNGARNS. EIN VERGLEICH	114
<u>V. SCHLUSS</u>	<u>121</u>
1. ZUSAMMENFASSUNG UND ERGEBNISSE	121
2. AUSBLICK	124
<u>ANHANG.....</u>	<u>126</u>
INTERVIEWLEITFADEN AUF DEUTSCH.....	126
INTERVIEWLEITFADEN AUF BULGARISCH	129
TRANSKRIPTIONEN AUF DEUTSCH	132
<u>TRANSKRIPTION: INTERVIEW MIT TSVETELIN KANCHEV</u>	<u>132</u>
<u>TRANSKRIPTION: INTERVIEW MIT DIMITAR DIMITROV</u>	<u>141</u>

<u>TRANSKRIPTION: INTERVIEW MIT ATANAS KUZMANOV</u>	<u>153</u>
<u>PROTOKOLL: INTERVIEW MIT VIKTORIA KIRILOVA</u>	<u>164</u>
<u>LITERATURVERZEICHNIS</u>	<u>169</u>
<u>ABSTRACT.....</u>	<u>183</u>
<u>LEBENSLAUF</u>	<u>185</u>

I. Einleitung

„(...) in der Überzeugung, dass die Zeit uns keine Spiele mit Programmen, Strategien, Konzeptionen, Dekaden und ähnlichen vergeblichen Versuchen mehr erlaubt, rufen wir auf, die Bemühungen von allen verantwortlichen Institutionen (...) und Akteuren in der Europäischen Union zu einigen, im Namen der Verhinderung der kommenden sozial-demographischen Katastrophe.“¹ (Euroroma 2010: 3, Übersetzung T.G.)

“Member states should put their money where their mouth is. Commitments and strategies are only as good as the action that follows. (...) Roma integration is too important to be left to Sunday speeches that are not followed up come Monday morning.” (Reding 2013, zit. nach Paterakis/Fontanella-Khan 2013: o.S.).

1. Problemfeld und Relevanz des Themas

Die Integration der Roma ist ein Thema von politisch-gesellschaftlicher Relevanz, das sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene heftig diskutiert wird. Die Debatte darüber, wie eine Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der in Europa lebenden Roma, deren Anzahl auf ca. 10-12 Millionen Personen eingeschätzt wird, zu erreichen ist, findet ihre Widerspiegelung in einer Vielfalt nationalstaatlicher Foren und Organisationen, Strategien und Programme, Initiativen und politischer Ideen sowie in diversen Projekten, die auf Ebene der EU gefördert werden.

Die Probleme der Roma stellen einen sehr kontroversen und brennenden Gegenstand im öffentlichen Diskurs und im medialen Raum in Europa dar. In die Reichweite der öffentlichen Aufmerksamkeit fallen vor allem die Marginalisierung der ethnischen Gruppe, ihre sozialen und gesundheitlichen Probleme, ihre Bildungsprobleme und -schwierigkeiten, die kriminellen Taten als Teil des Alltags vieler Roma sowie auch die Handlungen, die die

¹ „(...) убедени, че времето повече не би ни позволило игри на програми, стратегии, концепции, декади и подобни напразни усилия, Ви призоваваме за обединяване на усилията на всички отговорни институции (...) и личности в Европейския съюз, в името на предотвратяването на задаващата се социално-демографска катастрофа.“ (Еврорума 2010: 3)

europäischen Gesellschaften unternehmen, um die Integration dieses verletzbaren Teils der europäischen Bevölkerung sicherzustellen. Die soziale Integration der Roma ist ein doppelseitiger Prozess, der Veränderungen in den Einstellungen der Mehrzahl der Menschen sowie im Verhalten von den Vertretern² der zigeunerischen Gemeinschaft anfordert.

Die Feststellung, dass im 21. Jahrhundert in vielen europäischen Ländern eine hohe Anzahl von Menschen vorhanden ist, die eine Existenz im Elend führen und sehr schwierig Perspektiven, um ihren sozialen Status zu verbessern, finden können, hat eine Reihe von europäischen Initiativen provoziert, orientiert auf die Änderung von diesem Status quo. Unter denen findet die Initiative „Dekade der Roma-Inklusion“ (2005-2015) die größte öffentliche Resonanz (vgl. Popova 2012: 3f.). Durch diese und viele andere Initiativen wird auch dem Fakt, dass ein sehr großer Teil der Roma in Europa in ihren Alltag vor vielfältigen Herausforderungen wie Vorurteilen, Intoleranz, Diskriminierung und sozialer Exklusion stehen, Rechnung getragen. Roma sind oft vom Rest der Bevölkerung isoliert und leben in äußerst schwierigen sozioökonomischen Bedingungen (vgl. ebd.: 4).

Das Thema ist von besonderer Bedeutung für die Strategie Europa 2020 für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum innerhalb der Union, die unter anderem auch der Fortführung der Isolation der größten ethnischen Minderheit Europas zu entgegenwirken versucht. Die soziale Integration der Roma in den europäischen Gesellschaften wird als notwendige und verbindliche Bedingung für die Erreichung der Ziele der Strategie betrachtet. Vor dem Hintergrund, dass die europäischen Staaten sich immer höhere Ziele bezüglich des Bildungsniveaus, der Qualifikation und der Mobilität ihrer Bürger auf dem Arbeitsmarkt setzen, erscheint der Fakt, dass sie Marginalisierung und solche hohe Niveaus an Zurückgebliebenheit innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft zugelassen haben, sehr problematisch. Aus diesen Gründen sind die EU-Staaten von der Idee einer maximalen Integration der Roma-Gemeinschaften in wichtigen sozialpolitischen Bereichen und vor allem der Überwindung der bestehenden Bildungsunterschiede mit dem Ziel einer vollwertigen Verwirklichung des Potenzials der Roma-Bevölkerung in der schwierigen Situation einer demographisch-ökonomischen Krise geführt (vgl. ebd.: 3).

Bulgarien ist eins der Länder in der Union, die von dieser Problematik im großen Ausmaß betroffen sind, da diese ethnische Minderheit einen relativ großen Anteil der bulgarischen Bevölkerung ausmacht. Die nationalen Aktivitäten, Strategien und Programme für die Integration der Roma sollen nach dem EU-Beitritt des Landes im Jahr 2007 in eine

² Im Folgenden wird aus Gründen der Texteffizienz und des Leseflusses generell das generische Maskulinum genutzt. Selbstverständlich sind damit immer beide Geschlechter gemeint.

breitere Perspektive bzw. in den Kontext der diesbezüglichen Vorschriften auf europäischer Ebene eingebettet werden. Die Roma-Politik der Union erzielt verstärkte Einbeziehung und Teilhabe der Minderheit und umfasst die auf europäischer Ebene unternommenen Bemühungen, um die Situation der Roma insgesamt zu verbessern und die damit einhergehenden Probleme zu beseitigen.

Durch was für nationalstaatliche Maßnahmen der Integrationsprozess in Bulgarien erzielt und gefördert wird ist eine Frage, die zunehmend auch die anderen EU-Länder betrifft: Probleme, auf die auf regionaler Ebene nicht eingegangen wird, verbreiten sich schnell und verwandeln sich in Probleme der gesamten Gemeinschaft als eine unabdingbare Konsequenz des europäischen Integrationsprozesses. In diesem Sinne sollen alle Mitgliedsstaaten und die Union gemeinsam die Verantwortung die Integration der Roma übernehmen.

Im Kontext der angeführten Überlegungen stellt sich auch die wichtige Frage, warum die Roma-Integration dringend anzustreben ist. Die Verbesserung der Lebensbedingungen, in denen Roma heutzutage leben, die Eliminierung von Diskriminierungspraktiken und die Herstellung einer demokratischen Gesellschaft mit gleichen Rechten und Möglichkeiten für alle Bürger stellen einige wichtigste Gründe dar. Andere Pro-Argumente unterstreichen die ökonomische Seite der Integrationsbemühungen. Die Verbesserung der sozialen Lage der Roma kann in einer win-win-Situation, in welcher sowohl die ethnische Minderheit als auch der Rest der Bevölkerung profitieren, resultieren. Die Roma-Bevölkerung ist jung: 35,7 % der Roma in der Union sind unter 15 Jahre alt. Nur 15,7 % der europäischen Bevölkerung sind genau so alt. Das Durchschnittsalter der Roma ist 25 Jahre. Das Durchschnittsalter der gesamten europäischen Bevölkerung ist 40 Jahre. Gleichzeitig verfügt ein riesiger Anteil der Roma-Bevölkerung im Arbeitsalter über keine oder unzureichende Ausbildung und ist arbeitslos. Die Investition in Bildung und Qualifizierung der Roma wird positive ökonomische Auswirkungen auf die gesamte Situation am Arbeitsmarkt in der Union haben (vgl. ebd.: 4). Die Effekte aus der sozialen Integration der Roma werden aus ökonomischer Sicht auf Milliarden Euro geschätzt. Gleichzeitig ist die Summe der notwendigen Investitionskosten deutlich kleiner. Im Vordergrund steht dabei der Nutzen für die gesamte europäische Gesellschaft. Eine vernünftige Investition lohnt sich aus sozialpolitischen und menschenrechtlichen Gründen, ist aber auch ökonomisch zu rechtfertigen (vgl. Bogdanov/Angelov 2007: 2).

Das Hauptziel der vorliegenden Arbeit besteht darin, den Prozess der sozialen Integration der Roma in Bulgarien objektiv und unvoreingenommen darzulegen, in einen europäischen Kontext einzubetten und ihn in diesem Hinblick zu erforschen sowie seine

Entwicklung in einem breiten Zeitraum mit Schwerpunkt auf der Periode seit dem EU-Beitritt des Landes zu analysieren. Sie basiert auf dem Verständnis, dass die Integration der Minderheiten in den demokratischen Gesellschaften des 21. Jahrhunderts eine Schlüsselrolle für die gesamte Entwicklung der gut organisierten und prosperierenden Staaten spielen soll.

2. Fragestellung und Erkenntnisinteresse

Das konkrete Forschungsinteresse richtet sich auf die Darstellung und die Analyse der wichtigsten nationalstaatlichen Maßnahmen, wodurch das Erreichen der politischen Ziele im Bereich der sozialen Integration der Roma in Bulgarien ermöglicht wird, und ihrer Effektivität. Für die genaue Untersuchung des Themas dient folgende Forschungsfrage: **Durch welche nationale Maßnahmen wird die soziale Integration der Roma in Bulgarien vor dem Hintergrund der Roma-Politik der Europäischen Union vorangetrieben?** Die Roma-Integration kann im Rahmen von verschiedenen Sektoren erfolgen – Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge, Wohnungssituation, Anti-Diskriminierung u.a., in denen jeweils unterschiedliche Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage der ethnischen Gruppe unternommen werden. Die Situation in Bulgarien wird in einen europäischen Kontext eingebettet, indem die Ausführung der Integrationsmaßnahmen im Hinblick auf den politischen Rahmen auf europäischer Ebene analysiert wird. Es wird den Versuch unternommen, zu erforschen, inwieweit die Integrationsbemühungen auf nationaler Ebene die Vorschriften der Union berücksichtigen. Als Mitgliedsland der EU (seit 1. Januar 2007) ist Bulgarien verpflichtet, auch in diesem politischen Bereich zur Realisierung der Ziele, die auf einer höheren politischen Ebene gesetzt werden, beizutragen.

Hilfreich für die Beantwortung der zentralen Forschungsfrage sind *zusätzliche Fragen*, die bearbeitet werden sollen und in ihrer Gesamtheit die Komplexität des zu erforschenden Themas widerspiegeln: Was für Integrationsstrategien und –programme existieren in den einzelnen Bereichen? Wo bzw. in welchen Sektoren bestehen welche Defizite? Inwieweit können die unternommenen Integrationsschritte als effektiv bzw. erfolgreich betrachtet werden? Wie haben sich die Integrationsversuche im Land in der historischen Perspektive entwickelt? Wie sind diese Maßnahmen im Kontext der europäischen Roma-Politik zu interpretieren? Wie ist die Situation in Bulgarien im Vergleich mit anderen europäischen Ländern zu bewerten?

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt nicht auf der Darstellung der gesamten Fülle von Programmen und Strategien, auf ihren Besonderheiten und auf den Einzelproblemen bei ihrer

Realisierung. Die Darstellung aller Projekte erweist sich im Hinblick auf ihre Vielzahl und Vielfalt unmöglich. Nur die bedeutendsten Integrationsschritte werden dargelegt. Der Fokus wird auf den Prozess der Politikgestaltung und -ausführung und auf die Wechselwirkungen mit der EU-Ebene gelegt.

3. Hypothesen

Die Auseinandersetzung mit der zum Thema vorhandenen Literatur hat die Formulierung folgender Hypothesen zugelassen. Im Prozess der Auswertung des empirisch gewonnenen Materials werden diese Hypothesen verifiziert bzw. falsifiziert:

Hypothese 1: Die nationalstaatliche Politik zur sozialen Integration der Roma in Bulgarien entwickelt sich aktuell im Rahmen der europäischen Roma-Politik und entspricht *auf formaler Ebene* den Forderungen nach Entwicklung von Strategien zur Verbesserung der sozioökonomischen Lage der Roma-Gemeinschaft. Die Prinzipien der Union werden auf Ebene der Entwicklung von Strategien und Maßnahmen gefolgt.

Hypothese 2: Die nationalstaatlichen Strategien in Bulgarien umfassen Maßnahmen in den Bereichen Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und Wohnungsbedingungen. Für jeden dieser Sektoren werden spezifische Ziele ausgearbeitet. Defizite bestehen bei der Realisierung dieser Maßnahmen. Die Ausführung der nationalen Politiken *in allen Sphären* der sozialen Integration ist *mangelhaft*, obwohl die bulgarische Exekutive Engagement und harte Arbeit in diesem Unterfangen investiert hat. Im Hinblick auf in der Praxis erreichte Resultate befindet sich das Land weit entfernt vom Erreichen der Integrationsziele der Union.

Hypothese 3: Die negativen Einstellungen, die bestehenden Vorurteile und das diskriminierende Verhalten der Mehrheitsgesellschaft gegenüber der ethnischen Minderheit der Roma stellen die Haupthindernisse für die erfolgreiche Realisierung der nationalstaatlichen Programme und Strategien dar.

4. Struktur der Arbeit und Vorgangsweise

4.1 Struktur

Der erste Teil der Arbeit stellt die theoretische und konzeptionelle Basis, auf der die darauf folgende Untersuchung aufbaut, dar. Grundlegende Begriffe und Konzepte werden zunächst erläutert. In einem zweiten Schritt wird die theoretische Grundlage für die daran anschließende Auseinandersetzung mit den nationalen Maßnahmen geschaffen, indem einerseits auf Integrationstheorien eingegangen wird, die das Verständnis des Prozesses der Integration ethnischer Minderheiten fördern, und andererseits indem der theoretische Ansatz der Europäisierung, der die Wechselwirkungen zwischen nationaler Politik und europäischer Ebene zu erklären beansprucht, dargestellt wird.

Um herauszufinden, ob die Integrationsschritte auf nationaler Ebene im Einklang mit den europäischen Vorschriften stehen und darauf Rücksicht nehmen, wird im dritten Kapitel die europäische Roma-Politik dargestellt. In diesem Abschnitt wird auf ihr Wesen und ihre Ziele eingegangen. Die wichtigsten Initiativen, Programme und Aktivitäten der EU-Institutionen, die den Kern der Roma-Politik bilden, werden skizziert sowie der aktuelle EU-Rahmen für die nationalstaatlichen Integrationsstrategien der Mitgliedsstaaten dargelegt.

Im nächsten großen Teil der Arbeit, in welchem auch die Ergebnisse der empirischen Untersuchung intensiv miteinbezogen werden, steht der Roma-Integrationsprozess in Bulgarien im Fokus. Zunächst wird die Situation der Roma im Kommunismus skizziert, daran anschließend wird kurz der Integrationsprozess in der postkommunistischen Periode (nach 1989) beschrieben. Der Schwerpunkt dieses Kapitels liegt aber auf den unternommenen Integrationsmaßnahmen im sozialen Bereich seit dem EU-Beitritt Bulgariens (2007-2013). Die Integrationsmaßnahmen werden dabei je nach Bereichen (Beschäftigung, Bildung, Wohnsituation, Gesundheitsfürsorge) dargestellt und untersucht. Neben den wichtigsten Gruppen von Maßnahmen werden ihre Effektivität, die wichtigsten Defizite und die jeweiligen Herausforderungen in diesen Sektoren ebenfalls präsentiert. Die Europäisierungsthematik und die Implementierung der EU-Roma-Politik werden in diesem Abschnitt auch miteinbezogen. An letzter Stelle wird die Situation in Bulgarien mit der entsprechenden Situation in einem anderen europäischen Land – Ungarn, verglichen. Dadurch wird herausgefunden, ob die Lage des Landes als außergewöhnlich betrachtet werden kann. Indem zwei Länder miteinander verglichen werden, werden auch gute

Praktiken bzw. Empfehlungen für Verbesserungen im Integrationsprozess, d.h. mögliche Implikationen für Veränderungen, angesprochen.

Im Schlussteil der Arbeit werden die Ergebnisse der Untersuchung dargestellt, indem die Forschungsfrage und die zusätzlichen Fragen beantwortet werden. In Diesem Kapitel wird auf die in der Einleitung formulierten Hypothesen eingegangen. Eine Zusammenfassung der wichtigsten Argumente sowie ein Ausblick und eine kritische Einschätzung der geleisteten Arbeit sind ebenfalls vorhanden.

4.2 Methodische Vorgehensweise

Um auf die Hauptfragestellung und die damit zusammenhängenden Zusatzfragen eingehen zu können und Material zu beschaffen, wodurch diese beantwortet werden können, werden *zwei* qualitative Erhebungsmethoden verwendet: (1) Literatur- und Dokumentenanalyse und (2) Experteninterviews/Leitfadeninterviews. Im Rahmen der durchgeführten Literatur- und Dokumentenanalyse werden Monographien, Beiträge aus Sammelbänden, Artikel und Internetquellen aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Sphären (Politikwissenschaft, Sozialwissenschaft, Kultur- und Sozialanthropologie, Europaforschung, Osteuropaforschung) sowie Dokumente der EU und nationalstaatliche Dokumente auf Deutsch, Englisch und Bulgarisch analysiert.

Im Hinblick auf den *Forschungsstand* zum Thema hat sich Folgendes herausgestellt: Eine Vielzahl von wissenschaftlichen Texten mit theoretischem Schwerpunkt sowie von empirischen Studien sind vorhanden - die meisten davon im bulgarischsprachigen Raum. Die Quellen, die im deutschsprachigen Raum zu finden sind, sind wenig, bieten keinen umfassenden Überblick über die Problematik an, sondern vor allem Informationen über Merkmale und Charakteristiken der Roma-Gemeinschaft in Osteuropa. Informationen über die Integration der Roma in Bulgarien sind im deutschsprachigen Raum schwer zu finden. Die bulgarischen Quellen auf der anderen Seite sind unsystematisch und werden als nicht ausreichend betrachtet, um eine gut fundierte Antwort auf die gestellten Fragen zu liefern. Der europäische Kontext wird dabei selten miteinbezogen, was auch damit eng zusammenhängt, dass aktuelle Quellen (nach 2007) nicht so zahlreich vorhanden sind.

Aus diesen Gründen wird die Entscheidung getroffen, Leitfadeninterviews mit bulgarischen Experten durchzuführen. Dadurch soll die Möglichkeit geschaffen werden, eine *interne aktuelle Sichtweise* in die Untersuchung miteinzubeziehen. Mithilfe eines Experteninterviews können bestimmte Details, Informationen und Fakten, über die keine Sekundärquellen zu finden sind, nachgefragt werden, um einen kritischen Blick zu bekommen

sowie um die bereits vorhandenen Informationen zum Thema zu ergänzen und auch zu überprüfen. Alle diese Quellen stellen die Daten zur Beantwortung der Fragestellung dar.

Zweck und Sinn von Experteninterviews werden in der wissenschaftlichen Literatur auf folgender Art und Weise beschrieben: „Von Interesse sind ExpertInnen als FunktionsträgerInnen innerhalb eines organisatorischen oder institutionellen Kontextes. Die damit verknüpften Zuständigkeiten, Aufgaben, Tätigkeiten und die aus diesen gewonnenen exklusiven *Erfahrungen und Wissensbestände* sind die *Gegenstände des ExpertInneninterviews*.“ (Meuser/Nagel 2005: 74, Hervorhebung T.G.). Gegenstand dieser Methode sind Wissensbestände im Sinne von Erfahrungsregeln, die das Funktionieren von bestimmten Systemen bestimmen (vgl. ebd.: 91).

Die wichtigste Frage, die vor der Durchführung jedes Experteninterviews bzw. bei der Auswahl von Ansprechpartnern gestellt werden soll und die auch in diesem Fall gestellt wurde, ist die Frage nach dem Expertenstatus: „Ob jemand als Expertin angesprochen wird, ist (...) abhängig vom jeweiligen Forschungsinteresse. Expertin ist ein relationaler Status.“ (ebd.: 73).

Im Rahmen dieser Arbeit werden vier Experteninterviews mittels eines Leitfadens durchgeführt. Die Orientierung an einem offenen Leitfaden schließt aus, dass das Gespräch sich in Themen verliert, die nicht zur Sache gehören (thematisch begrenztes Interesse der Forscher), und erlaubt zugleich dem Experten, seine/ihre Sicht der Dinge zu extemporieren (Gewährleistung von Offenheit) (vgl. ebd.: 77). In diesem Sinne erfüllt der offene Leitfaden eine wichtige Doppelfunktion und wird deswegen auch als „die technisch saubere Lösung der Frage nach dem Wie der Datenerhebung“ (ebd.) beschrieben.

Die Fragen im verwendeten Interviewleitfaden, der im Anhang auf Deutsch und Bulgarisch zu finden ist, werden so offener wie möglich gestaltet. Nur ein Leitfaden wird ausgearbeitet, wobei im Laufe des jeweiligen Expertengesprächs die Entscheidung getroffen wird, welche Fragen und in welcher Reihenfolge gestellt werden sollen. Die faktenbasierte bzw. auf konkreten Informationen und Kenntnissen aufbauende Meinung des Experten, seine/ihre Sichtweise in Bezug auf das in Frage kommende Thema und seine/ihre Interpretation der politisch-öffentlichen Geschehnisse werden nachgefragt. Obwohl die Meinung des Experten im Zentrum des Interesses steht, soll Folgendes betont werden: „Im Unterschied zu anderen Formen des offenen Interviews bildet bei Experteninterviews *nicht* die Gesamtperson den Gegenstand der Analyse, d.h. die Person mit ihren Orientierungen und Einstellungen im Kontext des individuellen oder kollektiven Lebenszusammenhangs. Der Kontext (...) ist ein organisatorischer oder institutioneller Zusammenhang“ (ebd.: 72, Hervorhebung T.G.).

Drei der Experteninterviews wurden aufgenommen, transkribiert und auf Deutsch übersetzt, im Laufe des vierten Interviews wurden Notizen gemacht und daran anknüpfend ein Protokoll auf Deutsch ausgearbeitet. Die auf Deutsch übersetzten Transkriptionen und das Protokoll sind im Anhang der Arbeit zu finden. Die ausgewählten und kontaktierten Experten sind in sehr unterschiedlichen Berufsfeldern tätig. Insgesamt war die Etappe der Erhebung vom empirischen Material aufwändig, da ein Auslandsaufenthalt für die Erhebung der Daten nötig war. Obwohl die Kontaktaufnahme ziemlich lange gedauert hat, waren im Endeffekt alle vier Interviewpartner einverstanden, Fragen zum Thema der sozialen Integration der Roma zu beantworten.

Der erste Interviewpartner, der befragt wurde, ist Tsvetelin Kanchev, der Parteichef der einzigen Partei in Bulgarien, die die Interessen der Roma repräsentiert – Euroroma. Das Interview wurde zwei Tage vor den frühzeitig stattfindenden Parlamentswahlen, an denen die Partei Euroroma in Koalition mit der Bulgarischen Sozialistischen Partei teilnahm, durchgeführt. Kanchev ist eine der führenden Figuren im politischen Leben Bulgariens. Das zweite Interview wurde mit einem Experten im Bereich der Integration der Roma aus Institut Offene Gesellschaft Sofia gemacht. Dimitar Dimitrov ist Direktor vom Programm „Roma“ des Instituts. Institut Offene Gesellschaft ist eine NGO, die in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen tätig ist, inklusive im Bereich der europäischen Integration. Der dritte Interviewpartner, Atanas Kuzmanov, arbeitet in einer der größten Roma-Organisationen in Bulgarien – Amalipe, die die Integration der Roma in der bulgarischen Gesellschaft sowie die Verbesserung des zwischenethnischen Dialogs im Land erzielt und zu verbessern versucht sowie die Interessen und Rechte der Roma repräsentiert. Das letzte Interview, zu dem ein Protokoll verfasst wurde, fand im Ministerium für Bildung und Wissenschaft mit Viktoria Kirilova, Expertin im Bereich der Bildungsintegration der Roma in Bulgarien, statt. Das Gespräch mit ihr hat das Verständnis über Herausforderungen im Bildungsbereich erhöht.

Indem Gesprächspartner aus unterschiedlichen Berufsfeldern über das Thema befragt wurden, wurde die Absicht verfolgt, unterschiedliche Meinungen und Sichtweisen miteinander zu vergleichen und verknüpfen. Auf fast alle Fragen, die im Rahmen der Interviews gestellt wurden, wurde eingegangen. Die Interviewpartner nahmen auf die gestellten Fragen meistens Bezug und gaben damit korrespondierende Antworten. Die Interviews verliefen fließend und in einer angenehmen Atmosphäre. Informationen, die die Beantwortung der Fragestellungen ermöglichen, wurden gewonnen. Der Wissensstand ist nach der Durchführung der Interviews höher. Das Verhalten aller Experten war auffallend positiv und offen.

Der methodische Ansatz der Policy-Analyse kommt für die Auswertung der empirisch gewonnenen Daten in Frage. Er rückt die Aufmerksamkeit der Forscher auf den inhaltlichen

Aspekt der Problematik. Der Begriff Policy deutet darauf hin, dass die entsprechende Analyse sich nicht hauptsächlich mit dem Austragen von politischen Konflikten (Politics) oder mit der verfassungsmäßigen Ordnung (Polity) befasst, sondern die inhaltlichen Aspekte der Politik in den Mittelpunkt des Interesses rückt (vgl. Klöti 2003: 1).

Bei der Policy-Analyse geht es ausschließlich um die Inhalte der öffentlichen, staatlichen Politik. Dadurch wird sozialwissenschaftliche Forschung über inhaltliche Politik getrieben (vgl. ebd.). Die Arbeit widmet sich der Untersuchung inhaltlicher Komponenten, um Ergebnisse zu gewinnen, die für die Praxis von Relevanz sein könnten sowie eine „Verbesserung der Effizienz und Effektivität staatlicher Programme und Maßnahmen“ (ebd.) mitbewirken könnten (an der Praxis orientiertes Wissen).

II. Begriffe und Theorien

1. Zentrale Begriffe

1.1 Roma

Die soziale Integration einer ethnischen Gruppe ist ein langwieriger Prozess, dessen Ausgang von den Bemühungen und Handlungen beider Seiten abhängt – sowohl der integrierenden Personen als auch der Personen, die integriert werden. Sein Erfolg ist ohne eine von den beiden Komponenten nicht zu erwarten. Damit Integration realisiert werden kann, sind gegenseitiges Kennen und Verstehen unbedingt notwendig. Ohne zu wissen, wer zu der Gruppe der Roma gehört, wodurch sich diese ethnische Minderheit auszeichnet, wäre auch die Notwendigkeit ihrer Integration nicht zu verstehen: „Roma inclusion entails many challenges which are usually reduced to its practical aspects – what to do and how to do it, so that real progress is achieved. Against the background of those practical aspects, one issue is gaining less attention than it should – clear definition of the basic concepts. What is “inclusion” supposed to mean and who are the “Roma” that are to be “included”? The task of defining becomes even more challenging if we take into consideration the fact that both “Roma” and “inclusion” are vague – and interrelated – concepts.” (Ivanov 2012: 80). Daher soll zunächst eine Übersicht über das ethnokulturelle Profil der zigeunerischen Gemeinschaft geschaffen werden (vgl. Popova 2012: 6).

1.1.1 Definition

Auf dem gesamten europäischen Kontinent leben seit Jahrhunderten (XI-XII J.) Gemeinschaften, die sich von der restlichen Bevölkerung nach Merkmalen wie z.B. kulturellen Faktoren (Sprache und Brauchtum) und sozialer Identität als eine eigene ethnische Gruppe deutlich abgrenzen lassen und die in den einzelnen europäischen Staaten mit ähnlichen Bezeichnungen genannt werden – „Cyganie” (Polen), „Čigonai” (Litauen), „Čigani” (Lettland), „Cigáni” (Slowakei), „Cikáni” (Tschechien), „Cigányok” (Ungarn), „Tigani” (Rumänien, Moldawien), „Цигани” (Serbien, Bulgarien, Ukraine). Diese Bezeichnungen entsprechen dem deutschen Begriff Zigeuner und dem englischen Terminus Gypsies (vgl. Marushiakova/Popov 2012: 13).

Der Begriff Roma wird vor allem in der politisch-öffentlichen Sphäre aber auch zunehmend im wissenschaftlichen Kontext und in seinem Alltagsgebrauch vom Begriff Zigeuner abgegrenzt. Der Roma-Begriff wird von den Vertretern dieser ethnischen Gruppe verwendet, um sich selbst zu bezeichnen, und in den letzten Dekaden auch als der politisch korrekte Terminus, um die dieser Gemeinschaft zugehörenden Individuen zu benennen, proklamiert (vgl. ebd.: 7 und Ludwig 1995: 95). In den letzten Jahren hat er an Popularität gewonnen, als politisch korrekt bezeichnet und vor allem in Strategien und Programmen, in den Medien und in der politisch-öffentlichen Strukturen bzw. im offiziell-öffentlichen Kontext auf nationaler und europäischer Ebene³ verwendet. Aus dem Sprachgebrauch der gesellschaftlichen Institutionen ist das Wort Zigeuner praktisch verschwunden: „Die neue politische Ethik nach 1989 hat allmählich die Verwendung des Wortes „Roma” in den offiziellen Dokumenten durchgesetzt. Im Alltagsgebrauch aber wird der eine Terminus mit dem anderen nur mechanisch ausgetauscht, was oft zu ihrer Verwendung als Synonyme in den Medien und in der öffentlichen Sphäre führt.”⁴ (Offene Gesellschaft 2008: 11, Übersetzung T.G.).

Es werde oft die Meinung vertreten, so Marushiakova und Popov, dass der Terminus Zigeuner im Gegensatz zum Roma-Begriff einen pejorativen Beigeschmack hat. Daher wird seine Verwendung in der politisch-öffentlichen Sphäre oft vermieden. So wird der Zigeuner-

³ Diese terminologische Evolution vom Zigeuner- zu Romabegriff lässt sich auch in den Veröffentlichungen und Dokumenten der einzelnen europäischen Institutionen (Rat, Europäische Kommission) beobachten. (vgl. Marushiakova/Popov 2012: 17). In den offiziellen internationalen Dokumenten erscheint der Begriff Roma zum ersten Mal im Jahr 1977 und zwar in einer Resolution der Vereinten Nationen, die für die Gewährung der Rechte der Minderheit in allen Mitgliedsländern appelliert (vgl. Offene Gesellschaft 2008: 12).

⁴ „Новата политическа етика след 1989 г. постепенно налага употребата на думата „роми” в официалните документи по отношение на същите групи от населението. Във всекидневния език обаче, едното понятие само механично бива заменено от другото, което води до честото им смесване и употребата им като синоними в медиите и публичното пространство.” (Отворено общество 2008: 11)

Begriff zum Beispiel dann verwendet, wenn der Schwerpunkt explizit auf das dieser Gruppe oft zugeschriebene negative Verhalten gelegt wird sowie um die Idee über eine fremde Mentalität, die von den allgemein anerkannten Normen stark abweicht, hervorzurufen. Ebenso um die Assoziation mit einer spezifischen Lebensform, die sich mit negativ konnotierten Adjektiven wie „nomadisch“, „ungebunden“, „unstet“ beschreiben lässt, hervorzurufen. Zigeuner werden als eine Nation ohne Staat wahrgenommen und deswegen nicht respektiert. Das Wort Zigeuner wird hier *nicht* pejorativ verwendet und verweist auf den angesprochenen Mentalität-Zusammenhang nicht.

Mit *Roma* werden im Rahmen der vorliegenden Arbeit die Nachfahren von Migranten aus Indien aus der Periode des Mittelalters, eine nicht homogene soziokulturelle Gruppe, die hierarchisch strukturiert ist, bezeichnet. Roma bilden eine spezifische Art von ethnischer Gemeinschaft, unterteilt in mehreren Gruppen und Untergruppen, die sich voneinander in einem bestimmten Ausmaß durch jeweils eigene ethnosoziale und ethnokulturelle Charakteristiken unterscheiden (vgl. Marushiakova/Popov 2012: 19).

Der Zigeuner-Begriff wird in Bulgarien als Sammelkategorie verwendet, um die Gesamtheit aller Gruppen und Untergruppen der Gemeinschaft zu bezeichnen. Mit dem Terminus Roma bezeichnet man im Gegensatz dazu die zahlreichste und in Osteuropa am meisten verbreitete Zigeuneruntergruppe. Die Gruppe der Roma besteht ihrerseits aus einer Reihe von spezifischen Untergruppen, die sich nach Kriterien wie Religion, Brauchtum, Beruf, Sprache und Region klassifizieren lassen (vgl. Offene Gesellschaft 2008: 14ff.) Die Sprache der Zigeuner wird nach ihr benannt - Romanes oder Romani. Diese zeichnet sich durch eine Vielfalt von unterschiedlichen Dialekten, die mit der Gemeinschaftsstruktur zu erklären sind, aus (vgl. Marushiakova/Popov 2012: 15).

Die bekannteste Einteilung der Zigeuner in Gruppen und Untergruppen sieht drei Hauptgruppen vor - Dom, Lom und Rom, und ist im Laufe der Migrationswellen der Zigeunervorfahren aus Indien entstanden. Drei Migrationsströme aus Indien werden unterschieden. Die Nachfahren des Migrationsstroms „Dom“ leben heutzutage in Iran, den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrika. Die Nachfahren des Migrationsstroms „Lom“ sind im Kaukasus (Armenien, Georgien und Aserbaidschan) und im nordöstlichen Teil der Türkei sesshaft.

Die Nachfahren des dritten Migrationsstroms (Rom), die auch das Objekt der vorliegenden Untersuchung bilden, sind als die europäischen Zigeuner bekannt. Diese Gemeinschaft ist sehr heterogen und inkludiert folgende Untergruppen: Roma, die vor allem die osteuropäischen Regionen bewohnen, aber zunehmend auch nach Westeuropa, Amerika

und Australien emigriert haben, und die zahlreichste Untergruppe bilden, und Sinti, die in Deutschland, Österreich, Norditalien, im nordwestlichen Teil Frankreichs und zum Teil auch in Zentraleuropa wohnen (vgl. ebd.: 19f.). Andere Untergruppen bilden die Manuschi, Kale (in Spanien, Portugal und Südfrankreich), Romanitschi und andere. In Westeuropa werden bestimmte Gemeinschaften, die ein nomadisches Leben führen, auch als eine Untergruppe der Zigeuner betrachtet. Diese sich vor allem in Westeuropa befindenden Untergruppen haben jeweils unterschiedliche Herkunft bzw. werden nicht wegen ihrer Herkunft zu der Zigeuner-Gruppe gezählt, sondern wegen ihrer Lebensweise, die dieser von den tatsächlichen Zigeunern sehr ähnelt. Beispiele dafür sind die Travellers in Irland und Schottland, die Wohnwagenbewohner in den Niederlanden und in Belgien und die Jenische in der Schweiz und ihren Nachbarländern (Österreich, Deutschland, Frankreich) (vgl. ebd.: 21).

Die Bestimmung der Roma-Identität ist ein schwieriges Unterfangen, vor allem im Hinblick auf die innere Struktur der keinesfalls homogenen Gruppe sowie in Betrachtung der vielfältigen Definitionsversuche. Viele Autoren teilen die Idee über ein dreistufiges Modell des ethnischen Selbstbewusstseins der Roma – (1) Bewusstsein über die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Subgruppe, (2) Bewusstsein über die Zugehörigkeit zu der Zigeunergemeinschaft sowie Bewusstsein über die Zugehörigkeit zu der Makrogesellschaft, in der sie leben (vgl. Popova 2012: 8).

1.1.2 Herkunft und geografische Dispersion. Wurzeln der Roma-Identität

Über die Herkunft der Roma hat lange Zeit Unkenntnis geherrscht (vgl. Ludwig 1995: 95). Ein großer Teil der historischen Fakten über ihre Herkunft ist kontrovers und unklar. Über zwei Herkunftshypothesen wird im wissenschaftlichen Diskurs diskutiert: Die erste Hypothese betrachtet Ägypten als Heimat der Zigeuner. Die zweite Hypothese wird von den meisten Historikern als richtig anerkannt und ist aus diesem Grund bekannter. Sie behauptet, die Wurzeln dieser soziokulturellen Gruppe sind in Indien zu suchen.

Lange Zeit wurde in den historischen Quellen die Ansicht vertreten, das Herkunftsland der Roma ist Ägypten – ein Territorium, das den Europäern viel näher und bekannter war als der indische Staat. Eine hohe Anzahl von Vertretern der Minderheit hat selbst behauptet, dass Roma Nachfahren von aus Ägypten verjagten Christen sind. Dadurch haben sie zurzeit ihres Ankommens einen Märtyrerstatus bekommen und wurden wohlgeniegt in Europa akzeptiert. Auch heutzutage wird diese Herkunftshypothese von bestimmten Zigeunergruppen (z.B. in Mazedonien und Kosovo) vertreten (vgl. Offene Gesellschaft 2008: 7f.).

Die Hypothese über die indische Herkunft der Zigeuner gilt allgemein als die richtige Herkunftshypothese: „Früher galt fälschlicherweise Ägypten als ihre Heimat. Inzwischen ist der Punjab, der Nordwesten des indischen Subkontinents, als ihr Ursprung gesichert. Nach Sindh, einer Punjab-Provinz, bezeichnen sich die deutschen Roma selbst als Sinti.“ (Ludwig 1995: 95). Die indische Herkunft der Roma wird auf linguistischer Basis festgestellt, mittels einen Vergleich zwischen Romanes, der Sprache der Roma, und Sanskrit, der altindischen Sprache. Es wird angenommen, dass die Zigeuner beim Erreichen der Grenzen des byzantinischen Reiches sich in drei Migrationsströmen aufgeteilt haben: nach Norden (Kaukasus), Süden (Syrien, Nordafrika) sowie nach den Balkanländern und Zentraleuropa (vgl. Offene Gesellschaft 2008: 7f.).

Neben der Uneinigkeit bezüglich der Herkunft der Minderheit existiert in den wissenschaftlichen Sphären auch eine Meinungsverschiedenheit bezüglich des genauen Zeitpunkts, wann sie zum ersten Mal in Europa angekommen sind. Unhinterfragt bleibt dagegen der Fakt, dass die Migration in der Form einer extraordinären Dispersion, die im Laufe von mehreren Etappen stattgefunden hat, passiert ist. Ein Höhepunkt in der Migrationsgeschichte lässt sich in der Periode vom Ende des XIV Jh. bis Anfang des XVI Jh. feststellen (Popova 2012: 7).

Die Roma, die heutzutage in Bulgarien und auf dem Balkan leben, haben sich im Laufe der Zeit im Rahmen von mehreren Migrationswellen in dieser Region angesiedelt. Die erste Migrationswelle datiert von der Periode zwischen dem XII und dem XIV Jh.: „In Kleinasien blieben die Roma ungeliebte Gäste, und so zogen die meisten weiter auf dem Balkan. Ihren Lebensunterhalt verdienten sie sich zumeist mit handwerklichen Berufen (...) oder als Musikanten [und] Künstler.“ (Ludwig 1995: 95).

Bevor die Roma vom Balkan weiterhin nach Westeuropa emigrierten, dauerte es einige Jahrhunderte, so dass viele europäischen Forscher den Balkan als ihre zweite Heimat darstellen (vgl. Offene Gesellschaft 2008: 7f.): „Vom Balkan aus zogen einige Gruppen weiter westlich nach Mittel- und Westeuropa sowie Skandinavien. (...) Zunächst genossen die Neuankömmlinge Bewunderung und Gastfreundschaft. Sie boten nützliche Dienste an und wurden auch als kulturelle Bereicherung empfunden. Die Periode der relativen Toleranz währte jedoch nur ein halbes Jahrhundert. Die nomadische, schwer zu kontrollierende und anscheinend völlig freie Lebensart der Roma missfiel der Obrigkeit und weckte den Neid der übrigen Bürger.“ (Ludwig 1995: 95f.).

Die ersten authentischen Quellen über dauerhafte Ansiedlungen der Roma in Bulgarien datieren erst aus dem XIII-XIV Jh. Die zweite große Migrationswelle begann in der

zweiten Hälfte des XIX Jh. Sie wird wegen ihres Maßstabs als Invasion beschrieben und zeichnet sich durch einen nächsten großen Strom von Migranten zu Beginn des XX Jh. aus (vgl. Offene Gesellschaft 2008: 8f. und Kroner 1992: 40f.).

Die Verfolgungen der Roma in Europa haben noch zu Beginn des XVI Jh. begonnen. Ihre Kulmination erreichten sie während des Zweiten Weltkriegs (1939-1945) in Deutschland, unter der Regierung von Adolf Hitler. Die Roma-Opfer des Genozids werden auf zwischen 250 000 und 500 000 Personen geschätzt. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Ablehnung der Roma als Volksgruppe historisch durchaus keine neue Erscheinung ist sowie keinesfalls nur auf die Länder Ostmitteleuropas beschränkt ist (vgl. Sewering-Wollanek 1994: 253).

1.1.3 Demographische Daten. Anzahl der Roma in Bulgarien und Europa

Die statistischen Daten über die sozio-demographische Struktur der Bevölkerung finden *unterschiedliche Anwendungen* in der Praxis. Sie sind für die Ausarbeitung und Durchführung der nationalen Maßnahmen zur sozialen Integration der Roma von enormer Bedeutung: „Die Ausarbeitung einer adäquaten sozialen Politik (...) hängt davon ab, auf wen diese Politik gerichtet ist und was für einen Teil der Bevölkerung sie umfasst.“⁵ (Pamporov 2007: 63, Übersetzung T.G.). Ebenso wichtig sind diese Daten für die Kontrolle der Ausführung der geplanten Handlungen. Alle Schritte im Integrationsprozess sind ohne realistische statistische Information unmöglich: die Formulierung von Zielen und Fristen für ihre Realisierung, die Evaluierung der Effektivität der einzelnen Programme und Strategien, der Vergleich mit den Integrationspolitiken in anderen Staaten, usw. Auch die finanzielle Seite erweist sich in diesem Kontext wichtig. Ohne reelle statistische Daten über die Anzahl der Roma ist auch die Finanzierung von bestimmten Programmen schwer zu planen (vgl. Offene Gesellschaft 2008: 19f.).

Diese Problematik verstärkt sich, wenn die europäische Ebene miteinbezogen wird. Die gleichen Überlegungen können von der Ebene der staatlichen Finanzierung auf die finanziellen Mittel aus den Strukturfonds der Union für das Schaffen von gleichen Bedingungen für alle EU-Bürger, inkl. diese in einer prekären sozialen Lage, übertragen werden. Wie können die notwendigen finanziellen Mittel für 27 Staaten beschaffen werden,

⁵ „Изграждането на адекватна социална политика в тези сфери обаче в голяма степен зависи от това към кого е насочена тази политика и колко души от населението обхваща.“ (Пампоров 2007: 63)

wenn keine präzisen Informationen über das Ausmaß der zu finanzierenden Strategien vorhanden sind?

Eine konkrete und eindeutige Antwort auf die einfach erscheinende Basisfrage, wie hoch die Anzahl der Roma in Bulgarien ist⁶, erweist sich schwer zu beantworten (vgl. ebd.: 6). Diese Frage hängt mit der Identitäts- bzw. Zugehörigkeitsproblematik (Wer gehört zu dieser ethnischen Gemeinschaft?), eng zusammen. Da die ethnische Gemeinschaft der Roma in Bulgarien unter dem Damokles Schwert der Stigmatisierung und Marginalisierung leidet, deklarieren ihre Vertreter, wenn sie sich im Rahmen von einem Zensus oder einer Befragung selbst bestimmen sollen, oft eine andere Identität (meistens bulgarische oder türkische). Diese Praxis erweist sich als ein großes Problem (vgl. ebd.: 13) und stellt eine der größten Schwierigkeiten, die vor Forschern in diesem Bereich heutzutage stehen, dar.

Die Daten aus den nationalen Volkszählungen, durchgeführt vom Nationalen statistischen Institut in Bulgarien, stellen den Ausgangspunkt für die Bestimmung der Anzahl der Roma im Land dar. Laut Informationen des Instituts wohnten in Bulgarien im Jahr 2011 insgesamt 7 364 570 Personen⁷. Die ethnische Struktur der Bevölkerung wird im offiziellen Dokument des Instituts aus der letzten offiziellen Volkszählung beschrieben. Die bulgarische ethnische Gruppe umfasst 5 664 624 Personen. Die türkische ethnische Gruppe ist die zweitgrößte Gruppe im Land und umfasst 588 318 Personen oder 8,8 % der Bevölkerung. Die Gruppe der Roma umfasst 325 343 Personen oder 4,9 % der Bevölkerung⁸ (vgl. Nationales statistisches Institut der Republik Bulgarien 2011: 3f.).

Im Rahmen von einem Jahrhundert hat sich die Roma-Anzahl in Bulgarien deutlich erhöht – von 89 547 Personen im Jahr 1990 bis 370 908 im Jahr 2001. Prozentuell betrachtet hat sich der verhältnismäßige Anteil der ethnischen Gruppe aus der Gesamtbevölkerung im gleichen Zeitraum verdoppelt – von 2,4 % bis 4,7 %. Sehr auffällig sind die offiziellen Zensusresultate aus der Periode 1965 - 1975. Sie zeigen, dass im Jahr 1965 nur 148 874 Roma im Land gelebt haben und im Jahr 1975 – 18 323 Personen oder 0,2 % der Gesamtbevölkerung. Diese sich von den restlichen Ergebnissen deutlich unterscheidende

⁶ Die genaue Anzahl der Roma in Bulgarien ist ein Untersuchungsobjekt vom großen wissenschaftlichen Interesse. Oft wird mit ihr spekuliert. In der öffentlichen Sphäre wird z. B. die These über die reell existierende Gefahr einer Ziganisierung der bulgarischen Gesellschaft vertreten. Der Mangel einer allgemein als richtig anerkannten Anzahl kann dadurch, wie an diesem Beispiel zu zeigen ist, zu einer Verschlechterung der zwischenethnischen Verhältnisse im Land führen (vgl. Offene Gesellschaft 2008: 23).

⁷ Die letzte Volkszählung in Bulgarien wird in der Periode 01.01.2011 – 28.02.2011 durchgeführt. Sie war die erste Volkszählung in Bulgarien als vollwertiges Mitglied der EU. Sie wurde im Einklang mit den Regelungen im Reglement (EO) 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich der Volkszählungen in der Union, inkl. mit den vorgesehenen technischen Standards, durchgeführt (vgl. Nationales statistisches Institut der Republik Bulgarien 2011: 8).

⁸ Detaillierte Informationen über die ethnische Struktur der Bevölkerung Bulgariens sind im Kapitel 1.2.4 Ethnische Minderheiten in Bulgarien zu finden.

Information ist mit der bulgarischen Minderheitenpolitik während des Kommunismus zu erklären. Die bulgarische kommunistische Partei hat eine ausgeprägte Politik der Nicht-Anerkennung von Minderheiten getrieben. Aus diesem politischen Kontext resultiert eine Verfälschung der Daten über die ethnische Struktur der Bevölkerung. Die Glaubwürdigkeit des statistischen Materials aus der Periode 1956 – 1992 ist insgesamt in Frage zu stellen (vgl. Offene Gesellschaft 2008: 23f.).

Führend beim Umgang mit dem ethnischen Aspekt waren im Rahmen der letzten Volkszählung die Prinzipien und Empfehlungen der Vereinten Nationen über die Erforschung der Bevölkerung nach ethnischen und religiösen Merkmalen. Die wichtigsten dieser Prinzipien sind Freiwilligkeit der Antworten, Selbstbestimmung und Möglichkeit einer Beantwortung der Fragen mit der Kategorie „andere“ (vgl. ebd.: 24f.). Um die Methoden der Informationssammlung im Land mit den internationalen Standards in Einklang zu bringen, werden seit 2001 die Fragen entlang der drei Prinzipien Glaubensbekenntnis, Muttersprache und ethnische Gruppe von den Zensusteilnehmern freiwillig beantwortet (vgl. ebd.: 21). In Beachtung des Selbstbestimmungsaspekts wird in der medial-öffentlichen Sphäre immer wieder betont, dass diese Zahlen nicht der Realität entsprechen.

Ein anderer Ausgangspunkt für die Bestimmung der Roma-Anzahl in Bulgarien sind die Daten des Ministeriums für Innenpolitik. Sie zeigen, dass die Roma-Gemeinschaft im 1989 576 928 Personen umfasste (6,5 % der Gesamtbevölkerung). Nach 1989 sind die innenpolitischen Informationen für akademische Forschungszwecke zugänglich geworden. Aus dieser Periode datieren die ersten Expertenbewertungen, die die offiziellen Zahlen aus den Volkszählungen als nicht adäquat und unrealistisch bezeichnen. Ein deutlicher Unterschied zwischen den Befunden aus den offiziellen Statistiken und den Schätzungen von Experten und Akademikern lässt sich immer noch beobachten (vgl. ebd.: 24f.).

In der Sekundärliteratur wird die Anzahl der Roma in Bulgarien auf zwischen 370 000 und 800 000 geschätzt (vgl. ebd.: 6). Laut Daten von CIA (Central Intelligence Agency) wohnen in Bulgarien 870 000 Roma. Diese Information wurde von der führenden politischen Partei in Bulgarien, die die Rechte und Interessen der Roma im Land repräsentiert - Euroroma, im Jahr 2011 offiziell geliefert, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Diskrepanz zu richten (vgl. Novinite.com 2011: o.S.).

Roma leben in der gesamten Europäischen Gemeinschaft. Ihre Anzahl in Europa wird auf 10 bis 12 Millionen geschätzt, davon drei Viertel im Osten des Kontinents. Die ethnische Gruppe der Zigeuner gilt somit als *die größte ethnische Gemeinschaft auf dem Kontinent*. Dazu ist es durch die letzte Erweiterung der Union im Jahr 2007 durch Bulgarien und

Rumänien gekommen. In den einzelnen Staaten variiert ihre Anzahl stark. Die Daten des deutschen statistischen Instituts „Statista“ (2013) zeigen, dass Rumänien das europäische Land mit der größten Roma-Anzahl ist (1 950 000 Personen). An zweiter Stelle wird Bulgarien mit 750 000 Personen, die zu dieser ethnischen Minderheit gehören, gereiht.

Andere europäischen Länder, deren ethnische Struktur sich durch eine hohe Anzahl von Vertretern dieser ethnischen Gruppe auszeichnet, sind Spanien (700 000), Ungarn (600 000), Slowakei und Serbien (jeweils 500 000) und Frankreich (310 000). Die kleinsten Zahlen lassen sich in den nordeuropäischen Ländern beobachten (Finnland, Norwegen, Irland, Estland, Lettland, Litauen) (vgl. Statista 2012: o.S.). Die meisten westeuropäischen Roma leben in Spanien und in Frankreich. In den anderen westlichen Ländern umfasst die ethnische Minderheit und ihre verwandten Gruppen nur einige Zehntausend Angehörige (vgl. Ludwig 1995: 97f.).

1.1.4 Ethnische Merkmale und sozioökonomische Charakteristiken

Die ethnische Gruppe der Roma in Bulgarien zeichnet sich von der restlichen Bevölkerung durch bestimmte ethnische und kulturelle Merkmale (Religion, Sprache), durch eigene Traditionen und Brauchtum (Lebensweise) sowie durch einen spezifischen sozioökonomischen Status aus.

Im Unterschied zu der bulgarischen und zu der türkischen Gemeinschaften, die sich klar durch eine innerhalb der Gemeinschaft jeweils allgemein anerkannte Religion auszeichnen, lassen sich die Roma in Bulgarien nach Glaubensbekenntnis in drei Gruppen unterteilen: Christentum, Islam und Protestantismus.

Romanes, die Sprache der Zigeuner, besteht aus einem Netz von Dialekten, die einerseits ähnliche Morphologie und Grammatik haben, so dass die Kommunikation der einzelnen zigeunerischen Gruppen und Untergruppen zwischen einander möglich ist. Andererseits werden die einzelnen Dialekte deutlich von der Sprache der Mehrheitsgesellschaft im jeweiligen Land beeinflusst, so dass sich die in den einzelnen europäischen Ländern gesprochenen Sprachvarianten bezüglich ihrer Phonetik und Lexik voneinander stark unterscheiden (vgl. Offene Gesellschaft 2008: 13f.).

Während die sprachlichen Besonderheiten als wichtiges Unterscheidungsmerkmal deutlich variieren können, fällt die Kontinuierlichkeit einer anderen Charakteristik deutlich auf: die deviante, ungebundene Lebensweise, die sich oft in der Form von ständigem Wohnungswechsel und Mangel an Willen, berufliche Verhältnisse einzugehen, materialisiert.

Die Daten über den sozioökonomischen Status der Roma dienen als Hauptargument für die Notwendigkeit von Maßnahmen zur ihren sozialen Integration sowie als Indikatoren bei der Analyse der erreichten Resultate aus der Durchführung der nationalen Integrationspolitiken. Obwohl Roma als EU-Bürger theoretisch die gleichen Rechte wie alle anderen europäischen Bürger haben, ist ihre soziale, politische und ökonomische Situation in vielerlei Hinsicht prekär. Roma werden vom öffentlichen Leben, d.h. von den sozial-ökonomischen und politischen Sphären, in hohem Ausmaß ausgeschlossen.

Typisch für diese ethnische Gruppe sind einerseits die außerordentlich hohe Mortalität, die sehr hohe Sterblichkeitsrate bei Kindern und kürzere Lebensdauer im Allgemeinen umfasst, und andererseits die hohen Fertilitätsrate, mit denen oft spekuliert wird, indem diese als Gefahr für den Rest der Bevölkerung dargestellt werden: „Gemeinsam ist allen Roma (...), da[ss] sie (...) einen überdurchschnittlichen Geburtenzuwachs aufweisen, auf den in den ansässigen Bevölkerungskreisen mit Beunruhigung reagiert wird.“ (Sewering-Wollanek 1994: 256).

Außerdem ist die Zahl der Roma-Frauen, die vor dem 18. Lebensjahr ein Kind oder mehrere Kinder bekommen haben, wesentlich höher als die Zahl der Frauen anderer ethnischer Gruppen in Bulgarien, bei denen dies der Fall ist (vgl. Offene Gesellschaft 2008: 26). Diese und andere Fakten wie z.B. in der Gemeinschaft breit verbreitete Schwererkrankungen werden oft als Zeichen niedriger Gesundheitskultur interpretiert. Zugespitzt wird die Situation durch schlechte Wohnbedingungen, Verräumlichung der Marginalisierung und Segregation in der Form von Herausbildung von ausgegrenzten Stadtvierteln und lagerähnlichen Regionen in der Nähe der großen Städte (ungünstige und unwürdige Wohnsituation) und damit eng zusammenhängende Schwierigkeiten wie kein oder begrenzter Zugang zu bestimmten Institutionen und Leistungen.

Daneben charakterisiert auch das niedrige Bildungsniveau die soziale Situation der Roma in Bulgarien und insgesamt in Europa. Die offiziellen Statistiken zeigen, dass das Bildungsniveau der Zigeuner das niedrigste im Land ist. Mehr als 50 % der Vertreter dieser ethnischen Gruppe konnten die Grundschule nicht absolvieren. Gleichzeitig lässt sich innerhalb ihrer Gemeinschaft ein großer Unterschied des Bildungsniveaus von Frauen und Männern beobachten: Die ungebildeten Frauen sind zweimal so viel wie die ungebildeten Männer (vgl. ebd.: 26f.). Der Mangel an Qualifikationen und Ausbildung resultiert weiterhin in hohen Arbeitslosigkeitsraten und Armut. Die soziale Benachteiligung besteht in mehrfacher Hinsicht, die Roma-Bevölkerung befindet sich somit am unteren Ende der sozialen Stufenleiter (vgl. Sewering-Wollanek 1994: 254).

Weit verbreitete Probleme innerhalb der Zigeunergemeinschaft sind ebenfalls Analphabetismus, niedrig bezahlte Jobs und Ausbeutung am Arbeitsmarkt. Hohe Kriminalitäts- und Verbrechensrate vervollständigen das negativ konnotierte Bild der Roma und stehen in einem kausalen Zusammenhang mit ihrer extremen sozialen Lage. Vorurteile und Diskriminierungspraktiken bilden ebenfalls einen großen Teil des Alltags vieler Roma (vgl. Offene Gesellschaft 2008: 26f.).

1.1.5 Stereotype

Im Zentrum des Verhaltens gegenüber Roma stehen im Rahmen von Jahrhunderten entwickelte Vorurteile und negative Einstellungen, die für alle europäischen Gesellschaften, in denen diese ethnische Gruppe einen großen Teil der Bevölkerung ausmacht, im gewissen Ausmaß charakteristisch sind: „Die Vorurteile scheinen unausrottbar: Faul, arbeitsscheu und schmutzig seien sie. Wer es dennoch zu etwas bringt, müsse von Diebstahl, Betrug und Schwarzmarktgeschäften leben.“ (Ludwig 1995: 98). Die lang andauernde Konstruktion einer negativ besetzten Identität von Roma, die auf Fakten wie niedrigem Bildungsniveau, hoher Arbeitslosigkeit und hohen Kriminalitätsraten basiert, führt zu Entwicklung und Verfestigung der Stigmatisierung und der Marginalisierung der Minderheit (vgl. Marushiakova/Popov 2012: 8).

Die gesellschaftlichen Stereotype resultieren aus der Darstellung bestimmter Probleme der Zigeunergemeinschaft als typisch für die gesamte Gemeinschaft: „Wir nehmen als unbestreitbar an, dass sie [die Roma] die Welt der Andere bewohnen, in die wir aus bestimmten Gründen nicht eindringen wollen, und wir beschützen eifrig das Territorium des Bekannten, des Nahen und des Eigenen. Dieses Territorium ist mit so vielen Stereotypen und Vorurteilen beladen, so dass sehr schwer jemand oder etwas unsere Vorstellungen ändern und uns dazu führen kann, die Gemeinschaft der Roma in einem anderen Licht zu sehen.“⁹ (Popova 2012: 6, Übersetzung T.G.). Die Gründe für dieses Missvertrauen werden in der Kultur der Roma und in ihrer Lebensweise gesucht.

Sogar die stark ausgeprägte Fähigkeit der Zigeuner, sich den dominanten Kultur, Sprache und Religion im jeweiligen Land schnell anzunähern und in diesem Sinne adaptiv zu

⁹ „Ние приемаме за безспорен факта, че те населяват света на Другите, в който по една или друга причина не искаме да проникнем, и ревниво пазим територията на близките и своите. Тази наша територия е дотолкова натоварена със стереотипи и предразсъдъци спрямо ромите, че трудно някой или нещо може да обърне представите ни и да ни накара да погледнем с други очи на ромската общност.“ (Попова 2012: 6)

sein, wird vom Rest der Bevölkerung als Nachteil interpretiert. Ihr unkontinuierliches religiöses und kulturelles Verhalten, das oft als eklektisch bewertet wird, wird stark kritisiert. Der Fakt, dass ihre Kultur unschriftlich ist, stellt sie ebenfalls in eine Position, die den anderen konfessionellen und ethnischen Gruppen in Europa ungleichwertig ist. Die Monogamie innerhalb der Gruppe der Zigeuner auf der anderen Seite sorgt dafür, dass sie ihre eigene Sprache, familiäre Organisation und traditionelle Berufe beibehielten (vgl. Mircheva o.J.: o.S.).

Das Bild der Roma, das in der bulgarischen Gesellschaft vor allem im 19. Jahrhundert vorherrschend war, sich aber auch heute noch im Verhalten ihnen gegenüber wieder finden lässt, zeichnet sich durch mehrere Charakteristiken aus. An erster Stelle werden Roma im Hinblick auf ihren Rassenunterschied wahrgenommen. Die Rassenvorurteile werden durch ihre schlechten Gewohnheiten wie schlechte Hygiene und Erkrankungen ergänzt. Fehlender Arbeitswille, niedrige oder überhaupt fehlende Qualifikationen, Faulheit zählen ebenso zu den Eigenschaften, die den Roma als Gruppe zugeschrieben werden. Das Schicksal der Zigeuner gilt ebenso als Grund für ihre Verachtung und Ablehnung. Insgesamt ist das Bild der Roma negativ (vgl. ebd.). Während die eigene Kultur als Teil eines stabilen, moralisch ausgeglichenen und bekannten Ganzen wahrgenommen wird, wird die Zigeunkultur mit Chaos, Bedrohung und Ferne assoziiert (vgl. ebd.).

1.1.6 Roma-Begriff in den europäischen Dokumenten

Der Begriff Roma wird in den letzten Dekaden immer häufiger auch in den Dokumenten der europäischen Institutionen bzw. in einem europäischen Kontext definiert. Im Folgenden werden zwei aktuelle Beispiele herangeführt, die den terminologischen Umgang von zwei der wichtigsten EU-Institutionen darlegen. Im „European Framework for National Roma Integration Strategies up to 2020“ (2011) liefert die Kommission eine eigene Definition vom Begriff Roma: „The term “Roma” is used – similarly to other political documents of the European Parliament and the European Council – as an umbrella which includes groups of people who have more or less similar cultural characteristics, such as Sinti, Travellers, Kalé, Gens du voyage, etc. whether sedentary or not; around 80% of Roma are estimated to be sedentary” (European Commission 2011: 2). Der Begriff wird von der Kommission breit gefasst, vor allem indem er auch Travellers und Gens du voyage inkludiert sowie auch im Hinblick auf die Verwendung der Beschreibung „mehr oder weniger“. Besonders die Bezeichnung „as an umbrella“ findet den Beifall eines breiten Kreises von Wissenschaftlern

nicht. Daher wird diese Lesart als ungenau, unklar sowie als für Forschungszwecke ungeeignet kritisiert (vgl. Marushiakova/Popov 2012: 17f.).

Eine ähnliche Definition ist im „Declaration of the Committee of Ministers on the Rise of Anti-Gypsyism and Racist Violence against Roma in Europe” (2012) zu finden: „The term “Roma” used at the Council of Europe refers to Roma, Sinti, Kale and related groups in Europe, including Travellers and the Eastern groups (Dom and Lom), and covers the wide diversity of the groups concerned, including persons who identify themselves as “Gypsies”.” (Council of Europe 2012: o.S.). Problematisch erweist sich die Formulierung über Inklusion aller Personen, die sich als Zigeuner identifizieren, da somit die Idee impliziert wird, dass alle, die das nicht tun, dazu nicht gehören.

Insgesamt lässt sich sagen, dass der Terminus auf europäischer Ebene in einen breiteren Kontext eingebettet wird. Die Untersuchung seiner Verwendung in der Sekundärliteratur und in den Dokumenten auf europäischer und nationaler Ebene zeigt, dass *keine Einstimmigkeit* bezüglich seiner Bestimmtheit besteht.

1.2 Minderheit

Es existiert eine Vielfalt von Definitionen des Begriffs Minderheit, die auf jeweils unterschiedlichen Komponenten, die ihn ausmachen, den Schwerpunkt setzen. Im internationalen Kontext wird immer noch keine Einigkeit darüber erreicht, welche die offizielle und allgemein anerkannte Minderheitendefinition sein soll. Trotzdem werden notwendige konstitutive Elemente des Terminus oder so genannte Faktoren, die die Bestimmung einer Minderheit ermöglichen, im Rahmen von unterschiedlichen Definitionen immer wieder betont. Ein Beispiel dafür sind die Faktoren, auf die die Vereinten Nationen in ihren Dokumenten zum Schutz der Minderheitenrechte aufmerksam machen: „There is no internationally agreed definition as to which groups constitute minorities. It is often stressed that the existence of a minority is a question of fact and that any definition must include both objective factors (such as the existence of a shared ethnicity, language or religion) and subjective factors (including that individuals must identify themselves as members of a minority).” (United Nations 2010: 2).

Laut der Definition von Francesco Capotorti aus 1977, die weitgehende Anerkennung in vielen wissenschaftlichen und politischen Sphären bekommen hat, bedeutet Minderheit: „A group numerically inferior to the rest of the population of a State, in a non-dominant position, whose members - being nationals of the State - possess ethnic, religious or linguistic

characteristics differing from those of the rest of the population and show, if only implicitly, a sense of solidarity, directed towards preserving their culture, traditions, religion or language.” (ebd.: 2). Wichtig sind einerseits Kriterien wie eine quantitative bzw. numerische Dimension und ein bestimmtes qualitatives Verhältnis zwischen der Mehrheitsgesellschaft und der Minderheit (numerically inferior, non-dominant position) sowie weitere Faktoren wie Staatszugehörigkeit bzw. Aufenthalt auf einem Staatsterritorium. Eine besondere Rolle spielen andererseits Abgrenzungskriterien wie ethnische, religiöse und sprachliche Charakteristiken, wodurch sich die Vertreter der Minderheit vom Rest unterscheiden, sowie ein stark subjektives Merkmal – ein geteiltes Solidaritätsgefühl.

Die Beziehung zwischen der Minderheit und der Mehrheitsgesellschaft bedürfe, so Pircher, bei der Definierung des Begriffs besondere Aufmerksamkeit: „Eine Minderheit ist immer in Beziehung zur Mehrheit eines gegebenen Ganzen zu setzen, von der sie sich in eindeutiger Weise durch sie besonders kennzeichnende Merkmale, d.h. hier durch ethnische, sprachliche oder religiöse Eigenschaften, unterscheidet.” (Pircher 1979: 27). Grekova betrachtet den Inhalt des Terminus Minderheit im Licht seiner sozialen Konstruierung. Konstruierung definiert sie als Prozess einer politischen Überakzentuierung von bestimmten sozialen und anderen Merkmalen, Charakteristiken und Kriterien und ihrer negativen Konnotation (vgl. Grekova 2001: 15).

Der Schutz der Minderheitenrechte bildet einen großen inhaltlichen Teil der internationalen Dokumente, inkl. europäischen Dokumente, über Menschenrechte, die einen allgemeinen Rahmen mit Vorschriften darstellen¹⁰ (vgl. Pircher 1979: 24).

1.2.1 Ethnische Minderheiten

Der Begriff ethnische Minderheit geht auf das griechische Wort „ethnos” zurück, das Volk bedeutet. Volk kann als eine Gemeinschaft, die sich durch Bewusstsein, Herkunft, Geschichte, Kultur, Sprache, Territorium und Wirtschaftsraum verbunden fühlt, definiert werden. Dabei müssen nicht alle Kriterien gleichzeitig erfüllt sein. Alle Gemeinschaften, die sich als Volk definieren, haben sich mit anderen ausgetauscht – auch mit solchen, von denen sie sich abgrenzen, und daraus ihre Identität entwickelt (vgl. Ludwig 1995: 22). Ein

¹⁰ Zu den Hauptminderheitenrechten, die geschützt gehören, zählen z. B.: survival and existence, promotion and protection of the identity of minorities, equality and non-discrimination, effective and meaningful participation (vgl. United Nations 2010: 7ff.).

Identitätsgefühl und eine Reihe von bindenden Merkmalen und Charakteristiken bilden den Kern dieses Terminus.

Der Ausdruck ethnisch darf im Hinblick auf Minderheiten dann gebraucht werden, wenn Bezug auf die *Gesamtheit von objektiven Eigenschaften*, die einer Gruppe von Menschen gemeinsam und daher für sie charakteristisch sind und deren Vorhandensein sich eine solche Gruppe und ihre Umwelt bewusst sind, genommen wird. Diese Eigenschaften können zum Beispiel folgende sein: „the whole of a group’s cultural, physical and historical heritage” (Pircher 1979: 30) oder „all the biological, cultural and historical characteristics of a group” (ebd.).

Allerdings sei es wohl zutreffender, so Pircher, die physischen oder biologischen Eigenschaften – sofern überhaupt diesbezüglich irgendwelche Besonderheiten vorhanden sind – unberücksichtigt zu lassen, und statt dessen allein die kulturellen und historischen Merkmale zu beachten, die sich in der Herkunft, in Sitten und Gebräuchen, in der Erziehung, in Sprache und Religion, in Siedlungsgewohnheiten, in der sozialen und wirtschaftlichen Stellung und in der Lebensart äußern können (vgl. ebd.). Die Beachtung kultureller anstatt biologischer Eigenschaften wird deutlich bevorzugt: „(...) the term ‘ethnic’ or ‘ethnic group’ is used primarily in contexts of *cultural* difference, where cultural difference is associated above all with an actual or commonly perceived shared ancestry, with language markers, and with national or regional origin.” (Fenton 1999: 3f.). Die Verwendung von physischen und biologischen Merkmalen, um die Zugehörigkeit einer Person zu einer Minderheit festzustellen, wird mit dem Konzept Rasse in Beziehung gesetzt, das weniger geeignet für Forschungszwecke ist (ebd.: 4).

Jede Person, die zu einer ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit gehört, hat das Recht zu bestimmen, ob sie als Teil dieser Minderheit behandelt werden darf, ohne dass sich daraus bestimmte negative Folgen ergeben. Dieses Recht findet in der Praxis vor allem bei Volkszählungen seine Realisierung: „Members of ethnic minorities would identify with their group’s unique features and, in most circumstances, be recognised by other members of the group. In addition, it is now widely acknowledged that group membership is a matter of individual choice rather than something to be determined by the state. This, however, does not mean that every ethnic minority and everyone who considers himself or herself a member of such a minority is officially recognised as such.” (Wolff o.J.: 1).

1.2.1.1 Ethnische Minderheiten in Europa

In Europa leben zahlreiche ethnische Minderheiten: „There is no doubt that Europe is an ethnically diverse continent as a whole, and that there are few, if any countries in which there are no population groups with an ethnic identity distinct from that of the country's titular nation.” (Wolff o.J.: 1). Laut Informationen des „Forum[s] of the European minorities” aus 2012 leben in den 47 europäischen Staaten fast 340 autochthone Minderheiten mit ungefähr 100 Millionen Menschen, die dazu gehören. Diese Zahl repräsentiert ca. 14 % der europäischen Gesamtbevölkerung. Innerhalb der EU existieren 156 autochthone Minderheiten. Konkreter sieht die ethnodemographische Situation in Europa zahlenmäßig so aus: „Roma live in most European states (28) as minorities, followed by German speaking minorities (27) and Russian minorities (9 in European and 7 in Asian countries). There are 87 different peoples in Europe, of which 33 have established a national state. There are a total of 90 languages in Europe, of which 37 are spoken as official state languages and 53 count as “stateless languages”.” (Forum of the European Minorities 2012: 6).

Größtenteils wird von den europäischen Staaten akzeptiert, dass ihre Gesellschaften multiethnisch sind. In manchen Ländern, wie z.B. in Ungarn, Spanien und Belgien, ist die ethnische Vielfalt ausdrücklich anerkannt. Im Gegenteil empfinden andere Staaten, wie Frankreich und Griechenland, größere Schwierigkeiten beim Akzeptieren, dass ihre Gesellschaften ethnisch, kulturell und sprachlich diverse sind (vgl. Wolff o.J.: 1). Die Mehrheit der europäischen Länder hat Minderheitenbevölkerungen unter 20 % der Gesamtbevölkerung. Elf Länder in Europa haben einen größeren Anteil ethnischer Minderheiten an der Gesamtbevölkerung: Bosnien und Herzegowina, Lettland, Belgien, Serbien, die Schweiz, Mazedonien, Moldawien, Estland, Spanien, Georgien und die Ukraine. Nur in Bosnien und Herzegowina existiert keine absolute ethnische Mehrheit. Auf der anderen Seite befinden sich Irland, Luxemburg, Malta und Portugal, die über eine deutlich homogenere ethnische Struktur verfügen (vgl. ebd.).

Die politische, soziale und ökonomische Situation von vielen ethnischen Minderheiten in Europa ist problematisch: „Social and economic exclusion remains an everyday challenge to millions of members of ethnic minorities living in Europe today. Underlying differences between ethnic minorities and majority populations, as defined by their cultural and ethnic backgrounds, often correlate with gaps in their labor market outcomes. Being a member of an ethnic minority per se often bears a disadvantage (...). Integration challenges appear in a variety of forms, from unequal access to health care and social services to unemployment,

underemployment, and substandard remuneration of individuals belonging to different ethnic minorities.” (Kahanec/Zaiceva/Zimmermann 2010: o.S.).

1.2.1.2 Ethnische Minderheiten in Bulgarien

Die Balkaninsel ist ein Territorium, auf dem zahlreiche ethnische und religiöse Gemeinschaften und Minderheiten leben. Auch in Bulgarien sind zahlreiche Minderheiten vorhanden: Türken, Sinti und Roma, Mazedonier, Juden, Armenier, Rumänen, Russen und andere (vgl. Glatz 1993: 61). Die ethnische Zusammensetzung des Staates ist mannigfaltig. Die bulgarische ethnische Gemeinschaft macht den größten verhältnismäßigen Anteil der Bevölkerung in Bulgarien aus und umfasst 5 664 624 Personen. Die türkische ethnische Gruppe ist an zweiter Stelle im Hinblick auf ihre zahlenmäßige Stärke - 588 318 Personen haben sich als ethnische Türken selbst bestimmt. Diese Anzahl macht 8,8 % der Gesamtbevölkerung aus. Die Gemeinschaft der Roma ist traditionell die drittgrößte im Land – 325 343 Personen laut ihrer Selbstbestimmung oder 4,9 %. Als andere haben sich 49 304 Personen oder 0,7 % selbst bestimmt: russische ethnische Gruppe – 9 978 Personen, armenische – 6 552 Personen, walachische – 3 684 Personen, griechische – 1 379 Personen, jüdische - 1 162 Personen, karakatschanische – 2 556 Personen, mazedonische – 1 654 Personen, rumänische – 891 Personen, ukrainische – 1 789 Personen und andere – 19 659 Personen (vgl. Nationales Statistisches Institut der Republik Bulgarien 2011: 25).

2. Theoretische Ansätze

Im Fokus der geplanten Untersuchung steht der komplexe Prozess der *sozialen Integration* der ethnischen Minderheit der Roma. Unter sozialer Integration wird einen bilateralen Prozess (sowohl Aktivitäten seitens der Mehrheitsgesellschaft als auch solche seitens der Minderheit) verstanden, der folgende Ziele verfolgt bzw. folgende Handlungen umfasst: (1) Bekämpfung des vorherrschenden ethnischen Dominanzmodells; (2) Garantieren einer effektiven Gleichheit und des Rechts anders zu sein, ohne dass dies zu einer Verringerung des sozialen Status und des Werts der Persönlichkeit und der Gruppe führt; (3) zielgerichtete und systematische Bemühungen zur Zerstörung der negativen ethnischen, religiösen und anderen Stereotype und Vorurteile sowie zum Lancieren von positiven Repräsentationen der Minderheiten und verletzbaren Gruppen und zur beständigen positiven

Veränderung in den zwischenethnischen Verhältnissen; (4) Überwindung der Ungleichheiten in den Möglichkeiten zu Bildung, Realisierung auf dem Arbeitsmarkt, Wohnort und Wohnungsbedingungen, Gesundheitsfürsorge; (5) Verringerung der Ungleichheiten bei den Resultaten in den einzelnen sozialen Bereichen: Bildung, Beschäftigung, professionelle Realisierung, Einkommen, Wohnungsbedingungen, Inanspruchnahme von qualitativen sozialen Dienstleistungen, Teilnahme an allen öffentlichen Gesellschaftsstrukturen.

Im diesem Kapitel werden an erster Stelle integrationstheoretische Überlegungen berücksichtigt. Dadurch soll das bessere Verständnis dieses Prozesses ermöglicht und auch eine Basis geschaffen werden, worauf der empirische Teil der Arbeit aufbaut. In einem zweiten Schritt wird auf den theoretischen Ansatz der Europäisierung eingegangen. Die Betrachtung des Roma-Integrationsprozesses in Bulgarien in einem Licht, das über die nationale Ebene hinausgeht, wird dadurch ermöglicht.

2.1 Integrationstheorien

Um auf die Frage über die Integration der Roma in Bulgarien eingehen zu können, ist es zunächst notwendig, sich mit der Bedeutung des Begriffs Integration auseinanderzusetzen sowie mit integrationstheoretischen Überlegungen, die ein wichtiges Instrumentarium für die Analyse der diesbezüglichen Entwicklungsrichtung im Land darstellen. Eine Fülle von Definitionen, die verschiedene wissenschaftliche Perspektiven widerspiegeln, ist in der Sekundärliteratur vorhanden. An dieser Stelle werden nur ausgewählte Aspekte, die relevant im Hinblick auf die Forschungsfrage(n) sind, dargelegt. Vor allem die theoretischen Überlegungen von Maik Grote, der die unterschiedlichen Visionen von Integration, Assimilation und Multikulturalismus darstellt und vergleicht, werden hier berücksichtigt. Während in diesen integrationstheoretischen Überlegungen Migranten oft als das zu integrierende Subjekt betrachtet werden, stehen hier Vertreter ethnischer Minderheiten als die Personen, die in der Mehrheitsgesellschaft integriert werden sollen, im Zentrum des wissenschaftlichen Interesses.

Aus *politikwissenschaftlicher* Perspektive kann Integration als „den Zustand einer Gesellschaft mit einem möglichst geringen Grad an gesellschaftlichen Konflikten, mit gleichen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe für alle Mitglieder der Gesellschaft, einer Gesellschaft, in der die Gewährleistung der Menschenrechte gesichert ist und in der einzelne soziale oder ethnische Gruppen keine Diskriminierung befürchten müssen“ (Aumüller 2009, zit. nach Grote 2011: 5) definiert werden. Der Fokus dieser Definition steht auf den

demokratischen Prinzipien der Gleichheit aller Bürger und der Gewährung ihrer Rechte durch den Staat. Forderungen nach Integration von bestimmten sozialen oder ethnischen Gruppen sollen sich dabei darauf beziehen, dass diese staatsbürgerlich, sozial und kulturell gleichberechtigt sind und als gleichberechtigte Bürger in der Gesellschaft akzeptiert werden sollen (vgl. Grote 2011: 5).

Aus *soziologischer* Perspektive wird der Integrationsbegriff in einem anderen Kontext interpretiert. So stellt Integration im Strukturfunktionalismus von Talcott Parsons eine von den vier allgemeinen Funktionen neben Anpassung, Zielverwirklichung und Muster-Erhaltung, die in allen Systemen zur Bestandserhaltung erfüllt sein müssen, dar. Damit ein System bzw. eine Gesellschaft *erfolgreich* bestehen kann, soll es immer zu Integration der verschiedenen Teile kommen (vgl. ebd.).

Manche Sozialtheoretiker unterscheiden zwischen zwei grundlegenden Dimensionen von Integration. So unterscheidet Geißler zwischen den Dimensionen *Sozialstruktur* und *Sozialkultur*. Eine besondere Rolle im Bereich der Sozialstruktur spielt das ethnische Element, wodurch die Herstellung einer ethnischen Gleichheit innerhalb der Gesellschaft angesprochen wird: „Im Bereich der Sozialstruktur vollzieht sich die Eingliederung in das System der sozialen Ungleichheit (sozialstrukturelle Integration) – im Bereich der Sozialkultur vollzieht sich die Eingliederung in die differenzierte Vielfalt der Kultur und sozialen Beziehungen (sozialkulturelle Integration). [...] Der normative Kern der sozialstrukturellen Integration ist [...] die ethnische Gleichheit, d. h. die Gleichstellung aller ethnischen Gruppen, die Chancengleichheit aller - unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft – beim Zugang zu wichtigen, meist ungleich verteilten Ressourcen und zu den Positionen, an die diese Ressourcen häufig gebunden sind“ (Geißler 2004: 288, Hervorhebung i. O., zit. nach Grote 2011: 5f.). Diese so genannte sozialstrukturelle Integration vollzieht sich in verschiedenen Sektoren, wie z.B. rechtliche, politische, Bildungs-, materielle und institutionelle Integration sowie Integration auf dem Arbeitsmarkt (vgl. Grote 2011: 6).

Hartmut Esser definiert Integration ähnlich – als den Zusammenhalt von Teilen in einem systemischen Ganzen, wobei sich die Teile als nicht wegzudenkende Bestandteile des Ganzen beschreiben lassen. Der Gegenbegriff dazu sei, so Grote, der Begriff der Segmentation bzw. der Desintegration. Desintegration zeichnet sich dadurch aus, dass die einzelnen Teilen in keiner wechselseitigen Beziehung bzw. in keinem Abhängigkeitsverhältnis zueinander stehen. Auch Esser unterscheidet zwei Dimensionen bzw. zwei Ebenen von Integration, die sich gegenseitig ergänzen: *Systemintegration* mit der

gesamten Gesellschaft als Bezugspunkt und *Sozialintegration* mit bestimmten Akteuren und verschiedenen Gruppen als Bezugspunkt (vgl. ebd.).

2.1.1 Systemintegration und Sozialintegration

Auf Ebene der Systemintegration stehe laut Esser, so Grote, die Integration des Systems einer Gesellschaft als Ganzes im Vordergrund. Die systemtheoretische Perspektive lässt sich als Makro-Perspektive wahrnehmen. Integration ergibt sich unabhängig von den einzelnen Akteuren. Auf deren Beziehungen zueinander sowie auf ihre Motive wird keine Rücksicht genommen. Der Zusammenhalt der verschiedenen Teile des sozialen Systems kann dabei etwa durch den Nationalstaat, die Union, internationale Konzerne oder den Weltmarkt erfolgen (vgl. ebd.). Integration funktioniert auf dieser Ebene mittels unterschiedlichen Mechanismen, wodurch sie hergestellt und bewahrt wird. Beispiele dafür sind: Märkte, auf denen materielle Interdependenzen zwischen den Akteuren herrschen, die sich gegenseitig etwas anzubieten haben, oder auch Organisationen, in denen institutionelle Regeln unabhängig von den Motiven der Akteure durchgesetzt werden (vgl. ebd.: 6f.).

Die zweite Integrationsebene nach Esser kann als Mikro-Perspektive betrachtet werden, weil der Fokus dabei nicht mehr auf dem System als Ganzes, sondern auf dem Prozess der Inklusion der einzelnen Akteure in das System steht. Die Beziehungen und Motive der Akteure gewinnen dabei an Relevanz. Die vier inhaltlichen Dimensionen der Sozialintegration, die sich auf der individuellen Ebene vollzieht, sind Kulturation, Platzierung, Interaktion und Identifikation. Diese Dimensionen widerspiegeln die innerliche Dynamik des Integrationsprozesses und werden als Nächstes kurz skizziert.

Unter Kulturation wird das Erwerben von bestimmten Kompetenzen und nötigem Wissen von Akteuren, durch die sie erfolgreich interagieren können, verstanden. Solche Kompetenzen sind z.B. die Kenntnis der wichtigsten Regeln in typischen Situationen oder die Beherrschung bestimmter kulturellen Fertigkeiten, insbesondere dieser sprachlicher Art (vgl. ebd.: 7). Ohne die Beherrschung einer Sprache oder die Fähigkeit, in wichtigen Situationen den jeweiligen Bedingungen entsprechend angemessen und adäquat reagieren und handeln zu können, bleibt Integration eine nicht zu realisierende Forderung.

Platzierung bedeute, so Grote, dass Akteure in ein bestehendes soziales System durch die Besetzung von bestimmten gesellschaftlichen Positionen inkludiert werden. Die wichtigsten Formen von Platzierung sind die Verleihung von bestimmten politischen und anderen Rechten und die Übernahme von beruflichen Positionen. Dadurch wird auch die

Gelegenheit, mit anderen Akteuren des Systems soziale Beziehungen unterhalten zu können, geschaffen. Das Verhältnis beider Dimensionen – Kulturation und Platzierung ist wechselseitig: „Platzierung und Kulturation stehen in einem wechselseitigen Bedingungsverhältnis und bilden für Esser den Schlüssel zu einer nachhaltigen Sozialintegration: Zum einen kann der Akteur über die Platzierung bestimmte Kompetenzen erwerben, zum anderen benötigt der Akteur bestimmte Kompetenzen (etwa eine gute Schulbildung), die ihn für andere Akteure interessant machen und ihm dadurch eine gute Platzierung ermöglichen.“ (ebd.).

Interaktion bezieht die Verhältnisse zwischen der Minderheit und der Mehrheitsgesellschaft mit ein und bedeutet, dass sich die Akteure wechselseitig in ihrem Handeln aneinander orientieren und zwar durch bestimmte Symbole und Wissen. Dadurch bauen sie Relationen zueinander auf. Relationen können auch in der Form von interethnischen Beziehungen existieren. Kulturation und Platzierung bieten Gelegenheiten zu interethnischen Interaktionen an (vgl. ebd.: 8).

Die Identifikationsdimension beschäftigt sich mit der Einstellung des zu integrierenden Subjekts bezüglich seines Platzes in der Gesellschaft – ob es sich als Teil dieser Gesellschaft wahrnimmt bzw. sich und das soziale Gebilde als eine Einheit sieht und sich mit ihr identifiziert oder nicht. Ohne Kulturation, Platzierung und Interaktion ist Identifikation nicht möglich (vgl. ebd.).

Im Hinblick auf die Ergebnisse der individuellen Sozialintegration existieren folgende Möglichkeiten: Assimilation, wobei Vertreter der Minderheit ihre ethnische und kulturelle Bezüge aufgeben und systematische Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen verschwinden; Segmentation oder die Exklusion des zu integrierenden Teils aus der Aufnahmegesellschaft und ihren Sphären, wodurch es zu einer dauerhaften Etablierung von der ethnischen Gruppe als eine eigene gesellschaftliche Einheit sowie von systematischen Unterschieden zwischen den verschiedenen Gruppen kommt; Mehrfachintegration oder multiple Inklusion als Integration in mehreren kulturell oder sozial unterschiedlichen Bereichen gleichzeitig; und Marginalität, die für einen sozialintegrativen Ausschluss aus allen Bereichen steht (vgl. ebd.: 8f.).

In der öffentlichen politischen Integrationsdebatte werden oft zwei Konzeptionen aneinander gegenübergestellt: *Assimilation* und *Multikulturalismus* (vgl. ebd.: 1), die unterschiedliche Visionen einer multiethnischen Gesellschaft repräsentieren: „Integration“ eröffnet ein weites Feld begrifflicher Konnotationen, die von Assimilation bis Multikulturalismus alles umfassen können. (...) Auch innerhalb der Europäischen Union wird

Integration als ein allgemeiner Terminus technicus für Prozesse verwendet, die in der Realität in den einzelnen Nationalstaaten ganz unterschiedlich ausfallen.” (Aumüller 2009: 44f.). Im Folgenden werden die Grundzüge der Assimilations- und Multikulturalismuskonzepte skizziert.

2.1.2 Assimilationstheorie

Der Begriff Assimilation geht auf das lateinische Wort „assimilare” zurück und wird mit „ähnlich machen”, „vergleichen” oder „nachahmen”, „vorgeben” übersetzt (vgl. ebd.: 27f.). Assimilation wird aus soziologischer Perspektive als Angleichung bzw. als den Vorgang der Durchdringung und Verschmelzung, bei dem Einzelne oder Gruppen die Traditionen, Gefühle und Einstellungen anderer Gruppen übernehmen und in diesen allmählich aufgehen, definiert (vgl. ebd.: 31). Endziel des Eingliederungsprozesses ist eine durch kulturelle und soziale Verschmelzung von Minderheit und Mehrheit bewerkstelligte Homogenisierung der Gesellschaft, in der Konflikte aufgrund ethnischer Differenzen ausgeschlossen sind (vgl. ebd.: 47).

Milton Gordon gehört zu den bekanntesten Theoretikern von Assimilation im 20. Jahrhundert. Er entwickelte seine Theorie anhand der Situation in den USA und vor allem aus einer migrationssoziologischen Perspektive, beanspruchte aber Geltung für alle Staaten, in denen eine in ethnischer, religiöser oder kultureller Hinsicht heterogene Bevölkerung lebt (vgl. ebd.: 58). Assimilation wird von Gordon als einen sozialen Prozess konzipiert, wobei zwei Ebenen zu unterscheiden sind – Verhaltensassimilation, die sich auf das Individuum bezieht, und strukturelle Assimilation, die die gesellschaftlichen Voraussetzungen, in welchen sich Assimilation vollzieht, umfasst. Die Aufmerksamkeit wird auf die Gegenseitigkeit des Prozesses gerichtet, dessen Verlauf und Ausgang sowohl vom Verhalten der Minderheit als auch von der Mehrheitsgesellschaft abhängig ist (vgl. ebd.: 59ff.).

2.1.3 Multikulturalismustheorie

Die theoretischen Ansätze, die das Funktionieren von multikulturalistischen Gesellschaften zu erklären versuchen, gehen von Individualitätsideal aus und grenzen sich somit stark von dem Assimilationsgedanken ab. Die Politik der Differenz, die mit der Multikulturalismusidee korrespondiert, fordert, dass die Identität eines Individuums oder

einer Gruppe mit allen ihren Besonderheiten innerhalb einer Gesellschaft bzw. innerhalb eines Staates anerkannt wird, an. So betrachtet Charles Taylor die Nichtanerkennung kultureller Unterschiede, die erzwungene Assimilation von Minderheiten und die Forderung von Dominanztendenzen als eine schwere Form der Unterdrückung, unter der Einzelne oder ganze Gruppen leiden (vgl. Grote 2011: 15f.). Diskriminierende Praktiken stellen ebenfalls einen Teil dieser Unterdrückungsform dar und können in demokratischen, multiethnischen Gesellschaften nicht geduldet werden.

Auch Will Kymlicka geht in seiner Theorie des liberalen Multikulturalismus auf die Notwendigkeit einer kulturellen Anerkennung ein. Um eine dauerhafte Marginalisierung zu vermeiden, müssen sich Minderheiten, Kymlicka zufolge, entweder in die Mehrheitskultur integrieren oder eine Selbstverwaltung mit ökonomischen, politischen und Bildungsinstitutionen, in denen ihre eigene Sprache gesprochen wird, anstreben (vgl. ebd.: 16). Multikulturalistische Strategien¹¹ sollen aber nicht direkt als Versuch, die Bildung von nationalistischen Bewegungen zu unterstützen, die sich selbst verwalten wollen angesehen werden.

Durch gezielte multikulturalistische Maßnahmen komme, so Kymlicka, nicht zu einer Marginalisierung und Stigmatisierung der Andere. Sie wirken ganz im Gegenteil integrativ, weil sie die Erhöhung der Zahl von Personen, die in unterschiedlichen Sphären und Institutionen partizipieren können, beabsichtigen und anstreben, indem sie einen bestimmten Anteil an den Positionen in verschiedenen akademischen, ökonomischen, politischen und vielen anderen Institutionen sichern wollen. Die staatlichen Bemühungen in dieser Richtung befördern außerdem durch die öffentliche Bejahung und Anerkennung der ethnischen Identität ein positives Verhalten der zu integrierenden Personen. Sie ermutigen diese nicht zum Rückzug aus den aufnehmenden Institutionen, sondern unterstützen sie bei ihrer Integration (vgl. ebd.: 16f.).

Insgesamt ist die Pluralismusidee liberaler gestaltet als die Angleichungsforderungen aus den assimilationstheoretischen Ansätzen (vgl. ebd.: 18f.). Das politische Ziel des Multikulturalismusansatzes besteht darin, kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit herzustellen. Im Rahmen der Assimilationstheorien werden im Gegenteil Angleichung der einzelnen ethnischen Gruppen in der Gesellschaft bzw. Auflösung der Unterschiede zwischen ihnen als politische Ziele hervorgehoben (vgl. ebd.: 49).

¹¹ Multikulturalistische Strategien sind z.B. gezielte Förderung bestimmter Gruppen; Änderung des Lehrplans in den Schulen für die Fächer Geschichte und Literatur; Berücksichtigung religiöser Feiertage in Schulen und Betrieben; antirassistische Unterrichtseinheiten; Normen zur Vermeidung von Belästigung am Arbeitsplatz und in der Schule; Finanzierung ethnischer Kulturfestivals und Forschungsprogramme; muttersprachlicher Dienstleistungsangebot; zweisprachiger Unterricht für Kinder (vgl. Grote 2011: 17)

2.1.4 Integration vs. Inklusion

Der Integrationsbegriff wird in einigen nationalen und europäischen Integrationsdokumenten oft als Synonym des Begriffs Inklusion verwendet. Ein Paradebeispiel dafür ist die Verwendung des Begriffs in den Dokumenten des europäischen Projekts „Decade of Roma Inclusion“ (2005-2015).

Der Inklusionsansatz geht von der Idee über die Akzeptanz von Vielfalt und Diversität, von der Anerkennung der Unterschiedlichkeit der Menschen aus. Anderssein wird nicht als die Abweichung von einer allgemein angenommen Norm verstanden. Die Partizipation aller Menschen an der Gesellschaft wird als Oberwert hervorgehoben. Inklusion kann als eine Vision von der Gesellschaft, die es in Anerkennung der Gleichheit und Verschiedenheit der Menschen gar nicht zur Ausgrenzung kommen lässt (vgl. Markowetz 2007: 223), betrachtet werden.

Wissenschaftliche Definitionen des Begriffs Inklusion unterstreichen zumeist eine Abgrenzung vom Begriff der Integration: „Während sich Integration als Leitbegriff stärker auf die Wiederherstellung einer Einheit und damit vor allem auch auf besondere Maßnahmen bezieht, die es Menschen (...) ermöglichen sollen, *wieder* am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, von dem sie *vorher ausgeschlossen* waren, geht der Begriff [Inklusion] weit darüber hinaus und fordert radikal, dass [Anderssein] als normale Spielart menschlichen Seins in allen gesellschaftlichen Bereichen akzeptiert (...) werden muss.“ (ebd.: 222, Hervorhebung: T.G.).

Die multiethnische Situation in Bulgarien nähert sich dem Ideal einer Akzeptanz von Anderssein als normale Spielart menschlichen Seins oder und der Anerkennung aller Gesellschaftsmitglieder als gleich nicht an. Die nationalen Eingliederungsbemühungen gehen in Richtung Wiederherstellung eines Ganzen. In dieser Arbeit wird daher die Verwendung des Integrationsbegriffs bevorzugt. Trotzdem kann auf die Verwendung des Inklusionsbegriffs nicht völlig verzichtet werden, da er in vielen nationalen und europäischen Dokumenten explizit benutzt wird.

2.2 Der theoretische Ansatz der Europäisierung

Neben Integration zählt Europäisierung zu den wichtigsten Konzepten bzw. theoretischen Ansätzen in der EU-Forschung. Während sich Integrationstheorien mit der Beschreibung und Erklärung des europäischen Integrationsprozesses bzw. des immer engeren

Zusammenschlusses der europäischen Völker beschäftigen, setzen sich Theorien der Europäisierung mit der Frage über die Auswirkungen der Integration auf Mitgliedsstaaten oder auf Beitrittskandidaten und ihre nationalen Strukturen auseinander¹². Der Prozess der Europäisierung erstreckt sich auf: Politikinhalte (Policy)¹³, politische Prozesse (Politics)¹⁴ sowie auf Polity-Elemente¹⁵. Diese drei Bereiche bilden insgesamt die Objekte der Europäisierung.

Die Zunahme der theoretischen und empirischen Forschung über Europäisierung hat zu einer verstärkten Ausdifferenzierung des Begriffsinhaltes und zu verschiedenen und zum Teil sehr komplexen Definitionen und Theoretisierungen geführt (vgl. Luif 2007: 19). Folgende Problemstellung kommt in diesem Kontext in Vordergrund: „(...) looking at how the literature defines the concept and its content. This is a challenging task because, although the field is rich on definitions of Europeanization, a single and precise meaning of the term remains elusive. Definitions are often specific to individual pieces of work with no clear overall agreement in which direction the Europeanization concept should be taken, nor on how far back the concept should reach.” (Flockhart 2010: 789).

Eine mögliche Definition von Europäisierung schlägt Robert Ladrech vor: „Europeanization is then understood as the change within a member state whose motivating logic is tied to an EU policy or decision-making process. The prime concern of any Europeanization research agenda is therefore establishing the causal link, thereby validating the impact of the EU on domestic change.” (Ladrech 2010: 2). Vom wissenschaftlichen Interesse sind in diesem Konzept die Veränderungen auf Ebene der Nationalstaaten: „perspective (...) based on an appreciation of how the EU’s enhanced influence in policy-making has impacted the *domestic* politics and institutions of the member states. In other words, the consequences of continual empowerment of the EU have begun to be visible within domestic political systems, illustrated by changes to institutions, policies and politics. This process of domestic adaptation to the impact of the EU within member states has been labelled

¹² Im Vergleich mit Integrationstheorien der EU-Forschung ist der theoretische Ansatz der Europäisierung neu: „(...) no unified Europeanization approach can be said to have emerged in the mid 1990s; rather than began to develop was a number of comparative politics analyses invoking the EU as an independent variable to explain changes in national arenas. This comparative politics turn toward the EU and indeed the use of the term Europeanization date from a cluster of articles published between 1994 and 1999.” (Ladrech 2010: 12). Europäisierung wird in der wissenschaftlichen Literatur öfters als Konzept bezeichnet und relativ selten als Theorie (vgl. ebd.: 13).

¹³ Veränderungen in den einzelnen politischen Bereichen, in den politischen Diskursen und Prioritäten, in den einzelnen Strategien und Instrumenten der Politikgestaltung

¹⁴ Veränderungen in vielfältigen politischen Prozessen und von Akteuren, wie z.B. von politischen Parteien, Interessenvertretungen, Wahlprozessen, NGOs, Prozessen der Entscheidungsfindung, usw.

¹⁵ institutionelle Veränderungen, z.B. Verfassungsänderungen, Veränderungen in Exekutive, Legislative und Judikative eines Staates (Regierung, Parlamente, Gerichte) sowie von Institutionen auf regionaler und subnationaler Ebene und von Normen und Werten.

Europeanization.” (ebd.: 1, Hervorhebung i.O.). Ladrech vertritt dabei keinesfalls die These, dass die Effekte der Europäisierung zu einer „across-the-board harmonization, convergence or homogenization in member states” (ebd.: 13) führen, sondern behauptet die Existenz von einem so genannten Differenzialeinfluss. Europäisierung ist mit Konvergenz bzw. Annäherung von politischen Praktiken und Ergebnissen sowie mit Homogenisierung bzw. Vereinheitlichung von politischen Prozessen nicht gleichzusetzen.

Die Veränderungen auf nationalstaatlicher Ebene können als Resultat eines Transfers von europäischen Normen und Ideen charakterisiert werden: „Europeanization can be characterized as different forms of diffusion processes of European ideas and practices *across time and space*” (Flockhart 2010: 788, Hervorhebung T.G.).

Der Begriff Europäisierung wird von Johan Olsen verwendet, um verschiedene politische Phänomene zu bezeichnen. Olsen schlägt fünf mögliche Definitionen des Terminus vor: die europäische Einigung¹⁶; die Veränderung der Grenzen der EU bzw. die Erweiterung der Union¹⁷; die Entwicklung der europäischen Institutionen¹⁸; der innerstaatliche Einfluss der europäischen Institutionen¹⁹ und der Export europäischer Institutionen²⁰ (vgl. Luif 2007: 18). In ihrer Gesamtheit stellen, so Olsen, diese Phänomene den Kern der Europäisierung dar. Relevant für die Untersuchung der sozialen Integration der Roma in Bulgarien ist in diesem Hinblick die Dimension der Europäisierung nationalstaatlicher Politik bzw. das politische Phänomen des innerstaatlichen Einflusses der europäischen Institutionen (Europäisierung als Anpassung nationaler und sub-nationaler politischer Ebenen an Vorgaben und Normen eines europäischen Zentrums). Die Hauptfrage, die dabei gestellt werden soll, betrifft „process and extent to which Member States (...) adopt EU rules and implement EU policy-making” (Flockhart 2010: 790).

Eine Reihe weiterer Definitionen von Europäisierung, die den Umfang des Begriffs ausweiten, wie z.B. die Definition von C.M. Radaelli (vgl. Ladrech 2010: 15), subsumieren

¹⁶ Europäisierung als „building up of a distinct European political identity” (Ladrech 2010: 13)

¹⁷ Europäisierung als Schaffung eines ‚European system of governance‘ in Folge eines von der expandierenden EU kontrollierten politischen Raumes (vgl. Olsen 2002: 923f.). Nach Ladrech: „Europeanization is associated with the external boundaries of the EU, and therefore the process of enlargement is the dynamic in which change in Europe’s boundaries incorporating new members is understood.” (Ladrech 2010: 13).

¹⁸ Europäisierung als Entwicklung eines europäischen politischen Zentrums mit eigenem Institutionensystem (vgl. Olsen 2002: 923f.) oder „the development of common practices and norms at the European level, suggesting a new form of governance” (Ladrech 2010: 13)

¹⁹ Europäisierung als Anpassung nationaler und sub-nationaler politischer Ebenen an Vorgaben und Normen eines europäischen Zentrums (vgl. Olsen 2002: 923f.) bzw. „impact of EU governance on domestic practices” (Ladrech 2010: 13)

²⁰ Europäisierung als Export des europäischen Modells politischer Organisation und von europäischen Vorgaben und Normen in andere Länder und Regionen (vgl. Olsen 2002: 923f.) bzw. als „export of European norms to the wider international system, whether in the context of international negotiations, or agenda-setting” (Ladrech 2010: 13)

unter diesem Terminus vielfältige Prozesse der Konstruierung, Diffusion und Institutionalisierung von formalen und informalen Prozeduren, Regeln, politischen Paradigmen, Verhaltensweisen und geteilten Einstellungen und Normen. Diese politischen Paradigmen, Regeln und Prozeduren sieht Radaelli als „defined in the making of EU decisions and (...) afterwards incorporated into domestic discourses, identities and political structures” (Flockhart 2010: 789).

Wichtig ist darauf hinzuweisen, dass der Europäisierungsprozess keine Einbahnstraße ist. So sind die EU-Mitgliedsstaaten nicht nur passive Rezipienten von Forderungen nach innenpolitischem Wandel. Der so genannte top-down-Prozess (downloading process) wird durch eine bottom-up-Perspektive (uploading process) ergänzt, wobei die EU-Staaten die europäischen Politiken bzw. die europäische Ebene wiederum beeinflussen können (vgl. Luif 2007: 21). Es wird zwischen verschiedenen Mechanismen der Europäisierung unterschieden: hard-law (bindende Regelungen) und soft-law (politische Verpflichtungen) oder Veränderungen ohne konkrete Vorgaben (vgl. Ladrech 2010: 31ff.). Eine Rolle spielen auch intervenierende Variablen auf struktureller Ebene oder auf Ebene der Akteure sowie situative Faktoren, die den Wandel hemmen oder fördern können (vgl. ebd.: 33ff.).

Die Untersuchung der Integration der Roma in Bulgarien im Hinblick auf die europäischen Vorschriften, Programme und Strategien, die die europäische Roma-Politik der Union bilden, konzentriert sich auf folgenden Fragen: Inwieweit wird die Roma-Politik auf nationalstaatlicher Ebene mitberücksichtigt? Wird sie durch konkrete nationalstaatliche Maßnahmen im Land umgesetzt und implementiert? Inwieweit findet eine Europäisierung der nationalen Roma-Politik statt?

III. Die Roma-Politik der Europäischen Union

Mit 10 bis 12 Millionen Menschen sind Roma die größte ethnische Minderheit in Europa. Roma sind überwiegend EU-Bürger und beheimatet in allen EU-Mitgliedsstaaten. Ein großer Anteil von ihnen lebt in Bulgarien, Serbien, Rumänien, in der Slowakei und Ungarn. In diesen Ländern macht die ethnische Gemeinschaft zwischen sieben und zehn Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Vorurteile gegenüber Roma sind in den europäischen Kulturen tief verwurzelt (vgl. Kropp/Striethorst 2011: 1).

Die Situation der ethnischen Minderheit ist fast überall von sozialer Ausgrenzung und Intoleranz gekennzeichnet: „Viele der rund zehn bis zwölf Millionen in Europa lebenden

Roma sind tagtäglich mit Vorurteilen, Intoleranz, Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung konfrontiert. Sie leben als Randgruppe unter äußerst prekären sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen. Dies ist in der Europäischen Union (...) zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht hinnehmbar.“ (Europäische Kommission 2011: 2).

Besonders prekär ist die Situation der Roma in Mittel- und Osteuropa (vgl. Kropp/Striethorst 2011: 1): „ (...) hier gehören sie buchstäblich zu den Ärmsten der Armen. Mangelnde Ausbildung und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt verwehren ihnen den Zugang zu Beschäftigung, und ihre Einkommenssituation ist weitaus schlechter als die der restlichen Bevölkerung“ (ebd.). Diese und darüber hinausgehende Probleme wie Kriminalität und niedrige Gesundheitskultur zeichnen ihre soziale Lage aus und verdeutlichen die Notwendigkeit, gemeinsam Handlungen für ihre Integration zu unternehmen.

1. Wesen und Ziele der europäischen Roma-Politik

Roma-Politik ist spätestens seit der ersten Osterweiterungswelle im Jahr 2004 zu einem wichtigen Wirkungsfeld für die Union und für die europäischen Institutionen geworden. Das Thema der sozialen Integration der Roma hat auf europäischer Ebene besonders in diesem Kontext an Relevanz gewonnen. Zunächst hat vor allem die Sorge vor einem Anstieg der Migration der Roma das Handeln der europäischen Akteure motiviert. Mit Blick auf die Freizügigkeit der neuen EU-Bürger erschien es den EU-Mitgliedstaaten wichtig, die wirtschaftliche und rechtliche Position der Roma in den Beitrittsländern bzw. in den osteuropäischen Ländern zu stärken und verbessern: „Der Beitritt von Ländern aus Zentral- und Osteuropa hat die Europäische Union vor folgende Herausforderung gestellt: Im Rahmen des „Kontinents ohne Grenzen“ können sich Gruppen aus einer Bevölkerung, die in den makrosozialen Strukturen der Staaten nicht völlig integriert ist, die sich durch tiefste Armut, niedriges Bildungsniveau sowie oft auch durch eine ghettoisierte Lebensweise charakterisiert und an schweren Erkrankungen leidet, mit dem Ziel eines Dauer- oder Saisonaufenthalts frei bewegen.“²¹ (Topalova/Pamporov 2007: 7, Übersetzung T.G.). Heute basiert das Handeln der europäischen Institutionen weitgehend auf der Überzeugung, dass die Lage der Roma in

²¹ „Присъединяването на страни от Централна и Източна Европа изправя Европейския съюз пред предизвикателството в рамките на „континента без граници“ да могат да се придвижват трайно или сезонно групи от население, което не е напълно интегрирано в макросоциалните структури и се характеризира с дълбока бедност, ниско образование, висока заболяемост, често и с гетоизиран начин на живот.“ (Топалова/Пампоров 2007: 7)

Europa nicht im Einklang mit den Werten der Union steht, und dass die EU dazu verpflichtet ist, ihre Rechte als Unionsbürger gegenüber den Mitgliedsstaaten zu verteidigen (vgl. ebd.: 2).

Die Krisensituation einer Abschiebung von Roma aus Frankreich im Sommer 2010 sowie ihre Wiederholung im Jahr 2012, die keine Präzedenz in der Geschichte Europas darstellen, haben gezeigt und bewiesen, dass die soziale Integration der Roma nicht nur ein Problem von Osteuropa ist, an dessen Lösung nur die neuesten Mitgliedsländer arbeiten sollen, sondern ein politisches Anliegen von besonderer Bedeutung, das in der gemeinsamen Verantwortung der gesamten europäischen Gemeinschaft und der von ihr geschaffenen Institutionen liegt: „The Roma repatriation attempts, undertaken by the Government of France in early 2010, triggered unprecedentedly intensive policy involvement by the EC on Roma issues. (...) The political pressure on member states to improve the situation of Roma in their countries is stronger than ever before and results in sound commitment at the central level.” (Ivanov 2012: 88); „Europe’s Roma policy was thrust into the spotlight three years ago when the French government cracked down on illegal gypsy camps. At the time, Ms Reding compared the move to the treatment of Jews during the second world war.” (Paterakis/Fontanella-Khan 2013: o.S.).

Die soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Inklusion der Roma ist ein kompliziertes Unterfangen, das Bemühungen auf allen Ebenen benötigt und mit allen zur Verfügung stehenden finanziellen und anderen Mitteln und Ressourcen sowie in allen Sphären und Bereichen befördert werden soll. Sie ist keine Angelegenheit der einzelnen Länder, in denen der Anteil der Roma an der Gesamtbevölkerung ein hohes Prozent ausmacht, sondern vielmehr ein Thema vom gesamteuropäischen Interesse.

Die europäischen Institutionen unternehmen jeweils vielfältige Handlungen, um die Integration der Roma in der europäischen Gesellschaft zu fördern und veröffentlichen eine Reihe von Dokumenten, Programmen und Strategien, die diese Intentionen in schriftlicher Form darlegen. Eine Vorreiterrolle beim Schutz der Roma spielt das Europäische Parlament. Es hat die Kommission in Entschlüssen vielfach dazu aufgefordert, die soziale Lage der Roma zu verbessern, sie in den EU-Strukturfonds-Programmen mit zu bedenken, Rassismus und Segregation zu bekämpfen sowie das Bewusstsein für die Geschichte des Holocaust an den Roma zu schärfen. Zahlreiche Dokumente der Kommission sowie auch Schlussfolgerungen anderer europäischer Institutionen wie z.B. des Rates richten die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Situation der Roma in Europa (vgl. Topalova/Pamporov 2007: 2).

Die Union verfügt über *keine einheitliche Politik* hinsichtlich der Integration der Roma „Trotz der zahlreichen Rechenschafts-, Empfehlungen- und Berichte, die jedes Jahr veröffentlicht werden, fehlt in der Europäischen Union ein konkreter Plan für die Integration der Roma.“²² (Petrov 2009: 7, Übersetzung T.G.). Unterschiedliche Handlungen zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Roma in Europa werden durch die europäischen Institutionen und Akteure geplant und unternommen, die in ihrer Gesamtheit mit dem Begriff Roma-Politik bezeichnet werden. Die Roma-Politik der Union *erzielt* eine verstärkte Einbeziehung und Teilhabe der Minderheit der Roma und umfasst die in Europa unternommenen Bemühungen, um ihre Situation insgesamt zu verbessern, um die damit einhergehenden Probleme zu beseitigen sowie um die Diskriminierungsprozesse aufgrund der ethnischen Herkunft ein Ende zu setzen.

Projekte, Ideen und Initiativen für die soziale Eingliederung der Roma in den europäischen Staaten werden von der EU *finanziell unterstützt und gefördert*. Programme bzw. Projekte in den Nationalstaaten können mit finanziellen Mitteln aus den europäischen Strukturfonds ermöglicht werden.

Dennoch bleibt die strukturelle Ausgrenzung der Roma in vielen Mitgliedsstaaten weiter bestehen (vgl. Topalova/Pamporov 2007: 2). Obwohl die europäischen Institutionen, die Mitgliedsstaaten und die zivilgesellschaftlichen Organisationen seit Jahrzehnten Maßnahmen ergriffen haben, um die Integration der Roma in Europa zu verbessern, sind *keine wesentlichen Resultate* bisher erreicht worden. Experten vertreten sogar die Meinung, dass nicht nur keine großartigen Auswirkungen zu sehen sind, sondern dass sich die soziale Situation der Roma auf dem Kontinent durch die Tendenz einer Verschlechterung auszeichnet.

Die vertragliche Grundlage der europäischen Roma-Politik bilden Dokumente wie z.B. der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, der Bestimmungen über die Bestrafung von Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft enthält, oder die Gleichbehandlungsrichtlinien der Europäischen Gemeinschaft. Die Roma-Politik soll nicht nur im begrenzten Kontext dieser vertraglichen Bestimmungen verstanden, sondern auch als Teil einer Reihe von umfassenden europäischen Initiativen zu Armutsbekämpfung, Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und Steigerung der Bildungsqualität wahrgenommen werden.

Eine große Vielfalt von Initiativen, Foren, Gipfel, Entschlüsse, Forderungen und anderen Initiativen, die auf Ebene der EU bzw. mit seiner Beteiligung im Laufe der Entwicklung der europäischen Roma-Politik zustande gekommen sind, existiert. Im Folgenden

²² „Въпреки многобройните отчети, препоръки и доклади, които излизат всяка година, в Европейския съюз липсва конкретен план за действие по интеграцията на ромите.“ (Петров 2009: 7).

werden *ausgewählte* Aktivitäten und Entschlüsse der wichtigsten Institutionen der Union dargelegt, um einen Überblick über die Tätigkeiten der EU in diesem Policy-Bereich, über die dabei wirkenden Entscheidungsmechanismen sowie über die Aufteilung der Kompetenzen zwischen der Gemeinschaftsebene und der Ebene der Mitgliedsstaaten zu schaffen. Die aktuelle Grundlage der Roma-Politik der Union wird daran anknüpfend vorgestellt und im Hinblick möglicher Kritikpunkte analysiert.

2. Aktivitäten und Entschlüsse der EU-Institutionen mit Bezug auf Roma-Integration

2.1 Entschlüsse des Europäischen Parlaments und des Rats der EU

Die ersten Versuche, die Aufmerksamkeit der europäischen Institutionen auf die Roma-Problematik zu richten und Handlungen zu fördern, die die Verbesserung ihrer sozial-ökonomischen Situation erzielen, wurden bereits in den 80er Jahren unternommen. Das Europäische Parlament hat am 24. Mai 1984 eine Entschlüsselung zur Lage der Zigeuner in der Gemeinschaft angenommen, in der es den Regierungen der Mitgliedstaaten insbesondere empfiehlt, ihre Haltung zu koordinieren, und die Kommission ersucht, aus Gemeinschaftsmitteln mitfinanzierte Programme zu entwickeln, um die Lage der Zigeuner zu verbessern, ohne jedoch ihre spezifischen Werte zu zerstören (vgl. Amtsblatt der EG Nr. C 153 1989: 3).

Zehn Jahre später, im Jahr 1994, sowie 2005 und 2010 hat das Parlament erneut Entschlüsse zur Situation der ethnischen Minderheit angenommen. In der Entschlüsselung des legislativen Organs zur Lage der Roma in der EU aus 2005 sind zahlreiche Empfehlungen, Forderungen und Verbesserungsvorschriften zu finden. Das Parlament fordert, dass die Kommission eine Mitteilung darüber ausarbeitet, wie die EU in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten die Bemühungen zur Verbesserung der Situation der Roma am besten koordinieren und fördern kann, und ein Aktionsprogramm mit eindeutigen Empfehlungen an die Mitgliedstaaten und die Beitrittsländer zu verabschieden, um eine verbesserte wirtschaftliche, soziale und politische Integration der Roma zu erreichen (vgl. Amtsblatt der EU Nr. C 45E 2006: o.S.). In diesem Dokument wird die Notwendigkeit einer Vereinheitlichung der europäischen Integrationspolitik deutlich angesprochen.

Auch in der Parlamentsentschließung zu der Idee einer europäischen Strategie für die Roma aus 2008 sind ähnliche besorgniserregende Feststellungen und Forderungen wie in vorherigen Dokumenten zu finden: „ (...) ist der Auffassung, dass die Europäische Union und die Mitgliedstaaten eine gemeinsame Verantwortung für die bessere Eingliederung der Roma und die Durchsetzung ihrer Grundrechte als europäische Bürger tragen und ihre diesbezüglichen Bemühungen im Hinblick auf sichtbare Ergebnisse dringend verstärken müssen; fordert die Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen auf, geeignete soziale und politische Rahmenbedingungen für die effektive Eingliederung der Roma zu schaffen (...)” (Europäisches Parlament 2008: o.S.).

Entschlüsse des Parlaments betreffen nicht nur die Roma-Gemeinschaft als Ganzes, sondern richten sich auch an spezifische Untergruppen wie die Roma-Frauen, z.B. Entschluß des Europäischen Parlamentes zu der Situation der Roma-Frauen aus 2005, oder beziehen sich auf spezifische Bereiche, z.B. Entschluß des Europäischen Parlamentes zu der sozialen Lage der Roma und der Verbesserung ihres Zugangs zum EU-Arbeitsmarkts aus 2009.

Auch andere europäische Institutionen begannen Ende der 80er Jahre in Bereichen der sozialen Integration der Roma wie z.B. Bildungsintegration der Roma-Kinder politisch tätig zu sein. Im Mai 1989 hat der Rat der EU eine Entschluß zur schulischen Betreuung von Kindern von Sinti und Roma sowie von Fahrenden ausgearbeitet und veröffentlicht, wodurch bestimmte Maßnahmen zur Beseitigung der Haupthindernisse beim Zugang der Roma-Kinder zur Schulausbildung auf der Ebene der Mitgliedsstaaten sowie auf Gemeinschaftsebene gefördert werden (vgl. Amtsblatt der EG Nr. C 153 1989: 3f.).

2.2 Aktivitäten der Europäischen Kommission

Das größte europäische Forum, auf dem EU-Institutionen, Nationalstaaten und ihre Regierungsvertreter, regionale und lokale Akteure sowie die Zivilgesellschaft über die Eingliederung der Roma-Gemeinschaft intensiv diskutieren und gemeinsam Lösungswege zu finden versuchen, ist eine der bemerkenswerten Errungenschaften der Europäischen Kommission in diesem politischen Feld. Der erste Gipfel zur Lage der Roma fand 2008 in Brüssel statt und stellte eine neue Vorgehensweise bei der Behandlung der Roma-Themen auf europäischer Ebene dar. Die Veranstaltung zog ein großes vielfältiges Publikum und unerwartet großes Interesse an. Zu großen Kontroversen ist es im Rahmen dieser Veranstaltung vor allem während der Diskussion über die Entwicklung einer europäischen

Rahmenstrategie zur Roma-Inklusion und über die Zentralisierung in diesem politischen Bereich durch die Gründung eines europäischen Komitees für Roma-Angelegenheiten und von den damit einhergehenden neuen Policy-Instrumenten. Zu diesen Fragen wurde kein Konsensus erreicht. Die mangelnde Kooperation der politischen Institutionen mit direkt Betroffenen, Roma-Aktivisten und Roma-Organisationen wurde zum Anlass für Kritik. Insgesamt brachte der erste Gipfel zur Lage der Roma in Europa wenig Fortschritt bezüglich der politischen Initiativen, eröffnete aber eine neue Plattform, auf welcher die Konsens- und Problemlösungsstrategiesuche gefördert werden können (vgl. EurActiv 2012: o.S.).

Der zweite europäische Roma-Gipfel fand zwei Jahre später in Spanien anlässlich des internationalen Tages der Roma im April statt. Wiederum nahmen EU-Institutionen und europäische politische Akteure, nationale Regierungen, lokale und regionale Behörden und Roma-Organisationen teil. Die direkte Beteiligung von Organisationen und Vertretern der Roma war ein Hauptmerkmal des Ereignisses. Zwei umfassende Strategiepapiere wurden als Hauptbeiträge zum Gipfel von der Kommission herausgegeben: Mitteilung über die soziale und wirtschaftliche Integration der Roma in Europa und Fortschrittsbericht über die Umsetzung von EU-Instrumenten und Strategien für die Einbeziehung der Roma für die Periode zwischen den beiden Gipfeln 2008-2010 (vgl. Europäische Kommission 2010: o.S.).

Das Ziel des zweiten Gipfels bestand darin, von den Errungenschaften, die auf EU-Ebene für die Integration der Roma in den letzten zwei Jahren erreicht wurden, eine Bestandsaufnahme zu machen und diese Verpflichtung zu erneuern. Der Fokus der zweiten europäischen Plattform lag auf den zehn gemeinsamen Grundprinzipien für die Einbeziehung der Roma²³. Die Mitgliedsstaaten werden aufgefordert, sich bei der Erarbeitung aller Maßnahmen auf diese Prinzipien zu beziehen (vgl. ebd.).

Daneben koordiniert die Kommission die Durchführung von zahlreichen Studien, Meinungsumfragen und erstellt Forschungsberichte, deren Resultate Hinweise auf weiterführende Maßnahmen und Problemstellen geben. Typisch für alle Aktivitäten und Entschlüsse der europäischen Institutionen ist die Zusammenarbeit mit zahlreichen europäischen, nationalen, regionalen und lokalen Experten, Organisationen, Foren, Netzwerke und Agenturen sowie intern zwischen den einzelnen EU-Institutionen, Komitees und Räten.

²³ 1. Konstruktive, pragmatische und nichtdiskriminierende Maßnahmen; 2. Gezielte Strategien ohne ausschließenden Charakter; 3. Interkultureller Ansatz; 4. Ausrichtung auf den Mainstream; 5. Bewusstsein für die Gleichstellung der Geschlechter; 6. Übernahme bewährter Konzepte; 7. Nutzung von Gemeinschaftsinstrumenten; 8. Einbindung der regionalen und lokalen Behörden; 9. Einbindung der Zivilgesellschaft; 10. Aktive Beteiligung der Roma

3. Dekade der Roma-Inklusion

Die Dekade der Roma Inklusion 2005-2015 ist „an unprecedented political commitment by European governments to eliminate discrimination against Roma and close the unacceptable gaps between Roma and the rest of society” (Decade of Roma Inclusion 2005-2015 2013: o.S.) und stellt einen der wichtigsten und umfassendsten Schritte, die zur Verbesserung der sozialen Integration der Roma auf europäischer Ebene bisher unternommen worden sind, dar. Im Fokus der Dekade stehen vier soziale Bereiche: Bildung, Gesundheitsfürsorge, Beschäftigung und Wohnraum. Die Dekade ist eine Initiative, die die Zusammenarbeit von Regierungen, intergouvernementalen Organisationen, NGOs sowie von der Roma-Zivillgesellschaft fördert und unterstützt. Zwölf Länder nehmen an dieser Initiative teil: Albanien, Bosna und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Tschechien, Ungarn, Mazedonien, Montenegro, Rumänien, Serbien, die Slowakei und Spanien. Slowenien und USA haben einen Beobachterstatus. Mit der Unterzeichnung der Roma-Dekade haben sich diese europäischen Staaten verpflichtet, ihre Bemühungen zur Beseitigung der Diskriminierung sowie zur Verbesserung der sozioökonomischen Lage der in Europa lebenden Roma zu verstärken (vgl. ebd.).

Diese Initiative wird von der Weltbank stark unterstützt. Die Dekade der Roma-Inklusion ist keine eigenständige Institution bzw. stellt keine neue Form von Bürokratie dar. Sie bietet den teilnehmenden europäischen Regierungen vielmehr die Möglichkeit an, bessere Resultate in diesem Bereich durch ein besseres Ressourcenmanagement sowie durch zusätzliche finanzielle Instrumente von multinationalen, internationalen und bilateralen Gebern zu gewährleisten. Die zur Verfügung stehenden operativen Elemente sind vielfältig: nationale Programme und Strategien, Koordinierungsmechanismen, Erfahrungsaustausch, Revisionen und Progressüberwachung, Roma-Partizipation, Informationsaustausch und Beratung durch Experten (vgl. ebd.).

In der Dekade-Deklaration verpflichtet sich Bulgarien neben anderen europäischen Staaten „to support the full participation and involvement of national Roma communities in achieving the Decade’s objectives and to demonstrate progress by measuring outcomes and reviewing experiences in the implementation of the Decade’s Action Plans.” (ebd.). In den von den Nationalstaaten ausgearbeiteten Aktionsplänen der Dekade formulieren diese Zielvorgaben für die Bereiche, in denen Handlungen zu unternehmen sind, und bestimmen institutionalisierte Instrumente, wodurch diese Handlungen zu erreichen sind.

Der Roma Education Fund wurde als Teil der Initiative im Jahr 2005 gegründet. Das Hauptziel des Fundes ist die Schließung der großen Kluft zwischen der Ausbildung von Roma und Nicht-Roma in den Teilnahmestaaten. Die Organisation unterstützt Politiken und Programmen, die eine Verbesserung des Bildungsniveaus innerhalb der Roma-Gemeinschaft erzielen, inklusive die Desegregierungsprozesse im Bildungssystem.

Eine ähnliche Initiative stellt das Netzwerk EURoma, das 2007 von zwölf europäischen Staaten mit dem Ziel, die Effektivität des Prozesses der sozialen Inklusion der Roma in Europa durch die Förderung einer besseren Anwendung der Ressourcen aus den Strukturfonds der EU zu steigern, dar. Die Mechanismen, wodurch diese Effektivitätssteigerung zu erreichen ist, sind Informationsaustausch durch verschiedene interne und externe Kommunikationskanäle sowie durch „mutual learning“, wobei best practice-Strategien, Initiativen, Vorgehensweisen und Erfahrung auf unterschiedlichen Foren verglichen, diskutiert und ausgetauscht werden. Bulgarien partizipiert am Netzwerk EURoma. Die anderen elf Staaten, die aktuell an dieser Initiative teilnehmen, sind Tschechien, Finnland, Griechenland, Italien, Ungarn, Polen, Portugal, Rumänien, Spanien, die Slowakei und Schweden. Die institutionelle Netzwerkstruktur ähnelt dieser der europäischen Organe. Das Managementkomitee ist das Entscheidungsorgan des Netzes, besteht aus Vertretern der Mitgliedsstaaten, einem Repräsentant der Kommission und dem technischen Sekretariat und tagt zwei Mal jährlich in jeweils einem der Teilnehmerländer nach einem Rotationsprinzip (vgl. EURoma 2013: o.S.).

4. Aktuelle Grundlage: EU-Rahmen zur Integration der Roma in den Mitgliedsstaaten

Vielen Förderprojekten der EU fehlt es vielfach an Kohärenz und Nachhaltigkeit. Viele Maßnahmen widmen sich nur einem Aspekt, sind nur von kurzer Dauer oder gehen ohne die Beteiligung der Roma an deren tatsächlichen Bedürfnissen vorbei. 2008 forderte das Parlament die Kommission deshalb auf, einen *verpflichtenden europäischen Rahmen* für nationale Roma-Politiken vorzulegen. Dabei wurde hervorgehoben, dass die EU zwar eine bedeutende Rolle bei der Bekämpfung der Diskriminierung spielt, die Verpflichtung zum Schutz und zur Förderung der Roma jedoch bei den Mitgliedstaaten liegt (vgl. Kropp/Striethorst 2011: 2). Der EU-Rahmen für nationale Strategien zur Roma-Integration bietet die Möglichkeit, auf allen Ebenen (EU, national, regional) und unter Einbeziehung aller Beteiligten – u. a. der Roma –

die Kräfte zu bündeln, um eine der größten sozialen Herausforderungen in Europa anzugehen und der Ausgrenzung der Roma ein Ende zu setzen (vgl. Europäische Kommission 2011: 15).

Den europäischen Organen und Ländern obliegt *die gemeinsame Verantwortung*, die soziale Inklusion der Roma zu fördern und zu verbessern und dabei Politiken und Instrumente einzusetzen, die in ihrem Zuständigkeitsbereich fallen. Insoweit von einem eigenen Policy-Bereich für die Integration der Roma als Teil der europäischen Politik die Rede sein kann, sind die Kompetenzen zwischen Union und Mitgliedsstaaten in dieser Sphäre *nach intergouvernementalen Prinzipien* aufgeteilt. Die Staaten arbeiten zur Lösung der gemeinsamen Probleme auf europäischer Ebene zusammen, behalten aber gleichzeitig ihre politische Souveränität und Entscheidungskompetenzen. Die in diesem Bereich unternommenen Handlungen entsprechen dem Modell der offenen Methode der Koordinierung, das in vielen sozialpolitischen Bereichen der Union zur Anwendung kommt. Vieles in der Rahmenstrategie zeugt von der Zielsetzung, die Mitgliedstaaten in die Pflicht zu nehmen, ihnen aber gleichzeitig eigene Wege zur Erreichung der EU-Ziele zu gewähren (vgl. Kropp/Striethorst 2011: 3). Obwohl die Integration der Roma in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten liegt, kann die Zusammenarbeit mit der EU einen Mehrwert darstellen.

Das aktuelle Grundsatzdokument der europäischen Roma-Politik ist das Resultat mehrjähriger Gespräche und stellt den Versuch, die Rolle der EU im Bereich der Roma-Integration zu stärken, dar. Die Rahmenstrategie wurde im April 2011 von der Kommission während der ungarischen Ratspräsidentschaft vorgelegt. Den Mitgliedsstaaten wurde bis Dezember 2011 Zeit gelassen, um eigene nationale Strategien zur Integration der Roma-Gemeinschaft vorzulegen (vgl. ebd.: 1). Die Strategie heißt offiziell EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020. Sie wurde deshalb notwendig, weil die EU-Institutionen bei Maßnahmen zur Förderung der Roma keine Gesetzgebungskompetenz haben. Mit dem weichen Instrument einer Rahmenstrategie kann die Kommission die Mitgliedstaaten immerhin zu Handeln auffordern (vgl. ebd.: 2).

In der Strategie bettet die Kommission ihre Vorschriften über die soziale Integration in Kontext der EU-Strategie Europa 2020 bzw. in Kontext der allgemeinen Bemühungen zur Bekämpfung der Armut ein und fordert ein entschlossenes Handeln der Staaten. Insgesamt sollen die Staaten Bemühungen in Richtung Nichtdiskriminierung, Gleichberechtigung und –behandlung, Sicherstellung von Grundrechten sowie Armutsbekämpfung unternehmen. Sowohl auf die demographische Situation in Europa als auch auf den wirtschaftlichen und sozialen Nutzen einer erfolgreichen Integration der zahlreichen Minderheit der Roma wird im

Dokument hingewiesen. Sie wird als eine Investition in der Zukunft Europas, die von erheblicher ökonomischer Bedeutung ist, beschrieben.

Oberstes Ziel des EU-Rahmens ist, sicherzustellen, dass die nationalen, regionalen und lokalen Integrationsstrategien der Roma-Thematik gezielt Rechnung tragen, konkrete Integrationsmaßnahmen enthalten und mit den EU-Integrationszielen übereinstimmen.

Die Kommission hat *vier Kernbereiche* ausgewählt, in denen Fortschritte erzielt werden sollen: Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge und Wohnraum. In den drei Bereichen Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge sowie Zugang zu Wohnraum und öffentlichen Versorgungsnetzen soll die Situation der Roma an die der restlichen Bevölkerung angeglichen werden. Im vierten Bereich Bildung hingegen ruft die Kommission die Mitgliedstaaten nur dazu auf, sicherzustellen, dass alle Roma-Kinder Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Bildung haben, nicht diskriminiert oder ausgegrenzt werden und wenigstens die Grundschule abschließen (vgl. ebd.: 2f.). Die Mitgliedstaaten sollen uneingeschränkten Zugang zur beruflichen Bildung und zum Arbeitsmarkt den Roma bieten, dafür sorgen, dass sie in gleichem Maße und unter den gleichen Bedingungen wie die restliche Bevölkerung Zugang zu Gesundheitsprävention und sozialen Dienstleistungen haben sowie den Zugang zum Wohnraum fördern (vgl. Europäische Kommission 2011: 6ff.).

Die Regierungen der Mitgliedstaaten sollen nationale Ziele zur Integration der Roma in den Kernbereichen, die in der Periode 2011-2020 erreicht werden sollen, erarbeiten und ihre Umsetzung mit soliden Monitoring-Methoden überwachen. Für die Maßnahmen sollen ausreichende staatliche Finanzmittel bereitstehen (vgl. Kropp/Striethorst 2011: 3). Europäische finanzielle Mittel sowie solche von anderen Gebern sollen auch *zielgerecht* verwendet werden. Formale Kriterien, an denen die nationalen Integrationsstrategien auf jeden Fall angepasst werden sollen, werden im Dokument aufgezählt. Die Staaten werden ebenso aufgefordert, bei der Stärkung der Einflussmöglichkeiten der Zivilgesellschaft sowie bei der Realisierung einer besseren Überwachung und Kontrolle der Maßnahmenausführung zu kooperieren.

Die Verabschiedung der Strategie stellt *den ersten Versuch* der EU dar, eine *kohärente europäische und mitgliedstaatliche Roma-Politik* zu schaffen. Gleichzeitig setzt sie den Schlussstrich unter die jahrelange Debatte, ob die Lage der Roma eher durch ihre Berücksichtigung in übergreifenden Politiken, durch Mainstreaming, oder durch eine eigene Politik, durch Targeted Approach, verbessert werden kann. Mit der Verabschiedung der Rahmenstrategie spricht sich die EU dafür aus, dass diese komplexe Problematik beides erfordert – sowohl ein stetes Mainstreaming als auch speziell auf Roma zugeschnittene Maßnahmen (vgl. ebd.: 3).

Der EU-Rahmen wird von vielen Seiten positiv angenommen und begrüßt. Trotzdem wurde auch vielfältige Kritik daran ausgeübt. Die meiste Kritik macht sich an drei Kernpunkten fest. Obwohl Diskriminierung ein Hindernis für den Zugang der Roma zu Arbeit, öffentlichen Dienstleistungen und Bildung ist, sind Maßnahmen gegen Roma-Feindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung in der Strategie nicht vorhanden (vgl. ebd.). Dabei soll aber auch bedacht werden, dass konkrete Maßnahmen gegen Diskriminierung schwer durch staatliche oder europäische Organe zu formulieren, befolgen und durchsetzen sind, weil sie aufs Engste mit den tief verwurzelten Stereotypen in den Einstellungen der Mehrheitsgesellschaft verbunden sind, die am schwierigsten durch staatliches Handeln zu handhaben sind.

Auch die Durchsetzung der europäischen Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Roma auf nationaler Ebene wird als problematisch angesprochen. Die Rahmenstrategie hat geringe Bindewirkung und viele in ihr enthaltenen Vorgaben sind offen und wenig ambitioniert formuliert. Den Regierungen bleibt es selbst überlassen zu definieren, welche Ziele ihnen erreichbar erscheinen und welche Finanzmittel sie dafür aufwenden wollen. Es fehlt an konkreten Schritten und Indikatoren für die Erreichung der vier EU-Ziele. Die Strategie enthält auch keinen Durchsetzungsmechanismus oder zumindest Durchsetzungsanweisungen. Die Staaten sollen ihre Fortschritte selbst überwachen und sind an keinem zentralen Monitoring-Verfahren gebunden (vgl. ebd.). Die Vorgaben, die das letzte offizielle Dokument im Bereich der Roma umfasst, fassen das zusammen, was die EU seit lange von den Mitgliedsstaaten fordert, und sind vage formuliert (vgl. ebd.: 4).

Kritisiert wird auch die mangelnde Konsultation der Roma-Verbände bei der Ausarbeitung der Strategie und der Maßnahmen. Die Rahmenstrategie gibt außerdem nur schwache Empfehlungen, wie Roma in die Planung und Implementierung regionaler und lokaler Förder-Projekte eingebunden werden sollen. Deswegen besteht die Befürchtung, dass Roma weiterhin nicht konsultiert werden und Projekten auch in der Zukunft am tatsächlichen Bedarf vorbeigehen und wenig nachhaltig sein werden (vgl. ebd.: 3).

Bis März 2012 entwickelten alle Mitgliedsstaaten nationale Strategien für die Roma-Integration oder damit korrespondierende Zusammenstellungen von politischen Maßnahmen innerhalb ihren sozialen Inklusionspolitiken und stellte sie der Union vor. Manche Staaten brachten bereits existierende Strategien in Einklang mit dem EU-Rahmen ergänzten sie nur. Andere Staaten, wie z.B. Bulgarien, erarbeiteten neue Strategien für die Periode 2012-2020. Die nationalstaatlichen Strategien wurden von der Kommission überprüft, die daran anschließend eine Bewertung veröffentlichte, in welcher Feedback und

Verbesserungsvorschläge zu finden sind. Gute Praktiken bestimmter europäischer Länder wurden im Bewertungsdokument der Institution ebenfalls kurz beschrieben. Gleichzeitig wurde weiterhin auf die Notwendigkeit, konkretere Handlungen zu unternehmen, hingewiesen: „Socio-economic inclusion of Roma remains first and foremost the responsibility of the Member States and they will need stronger efforts to live up to their responsibilities, by adopting more concrete measures, explicit targets for measurable deliverables, clearly earmarked funding at national level and a sound national monitoring and evaluation system.” (Europäische Kommission 2012: 18).

Obschon die Entscheidungskompetenzen immer noch bei den nationalstaatlichen Institutionen liegen, lässt sich eine schwache Entwicklung in Richtung Koordinierung und Vereinheitlichung, insbesondere durch die Entwicklung des EU-Rahmens für nationale Integrationsstrategien, beobachten. Die Mitgliedsstaaten nehmen immer mehr Verpflichtungen, in diesem Policy-Feld zusammen zu arbeiten, auf. Auf struktureller Ebene ist diese Koordinierungstendenz nicht zu merken. Die Zentralisierungsforderungen, eine europäische Agentur für Roma-Angelegenheiten zu gründen, fanden bisher keine Zustimmung.

IV. Roma-Integrationsprozess in Bulgarien

Der Prozess der sozialen Integration der Roma in Bulgarien begann noch vor dem russisch-türkischen Befreiungskrieg (1877-1878). Im 21. Jahrhundert ist er immer noch nicht abgeschlossen und steht sogar zunehmend im Fokus der öffentlichen, medialen und politischen Aufmerksamkeit²⁴.

Mit der Gründung des modernen bulgarischen Staates begann ein sehr langwieriger und kontroverser Prozess der sozialen Integration der Zigeunerbevölkerung. Zu Beginn war dieser Prozess spontan und gar nicht gezielt reguliert vom Staat. Die größten Herausforderungen, die die gezielte Steuerung des Prozesses stark hinderten, waren die unsäbhfarte Lebensform der zu integrierenden Bevölkerungsgruppen, ihre Primitivität, die oft mit einem Analphabetismus

²⁴ Die Entwicklung der staatlichen Politik zur Integration der Roma kann in mehreren Phasen aufgeteilt werden: „The evolution of state policy towards minorities in Europe is usually phased in four stages, according to the regime of the respective state: (a) imperial (...); (b) authoritarian states (...); (c) the state socialism systems and (d) the democratic phase after 1989. With the increasingly active involvement in Roma inclusion of international institutions – and the European Commission in particular – one can argue that we are witnessing (and participating) in the shift to a fifth stage (...). It could be considered as a separate stage due to the changing context (resurgence of xenophobic instincts, protectionism and intolerance in both established and new democracies) as well as the re-definition of the national and supra-national structures prerogatives in regards Roma inclusion.” (Ivanov 2012: 87)

einherging, sowie ihre traditionellen Werte, die mit der Kultur eines modernen Staates nicht korrespondierten.

In der Periode 1878-1944 wurde die Mehrheit der Roma im Staat sozial marginalisiert. Roma nahmen die niedrigste Stufe auf der Lebensstandardleiter sowie auch hinsichtlich Bildung, Teilnahme am gesellschaftlich-politischen Leben und Kultur ein. Die bulgarischen Regierungen führten in diesem Zeitraum keine zielgerichtete Politik bezüglich der Roma und stellten keine Bemühungen für ihre bessere Integration in der bulgarischen Gesellschaft an. Gleichzeitig haben sie bestimmte Diskriminierungsmaßnahmen unternommen, die als Sanktionen für bestimmte Praktiken wie z.B. für Missbrauch während Wahlen mit der Beteiligung von Roma gerechtfertigt wurden (vgl. Njagulov 2007: 24ff.).

Die lang andauernde Ignorierung des Problems und sogar ihre Verstärkung durch staatliche und andere Diskriminierungshandlungen reflektieren auch auf die Situation, in der sich Roma heutzutage befinden: „Insoweit die Spuren von dieser Situation erhalten bleiben, und die Probleme, die in der Vergangenheit geboren sind, heutzutage eskalieren, ist die Erforschung der Geschichte der Zigeuner in Bulgarien in dieser Periode auch aktuell von Bedeutung.“²⁵ (ebd.: 39, Übersetzung T.G.).

Die Politik der bulgarischen Regierungen gegenüber Roma seit 1944 widerspiegelt sich in einer Reihe unterschiedlicher Entscheidungen, die im Rahmen von staatlichen und politischen Foren angenommen wurden, staatlicher Akten und politischer Dokumente. Insgesamt ist die Stellung zu der sozialen Integration der Roma auf staatlich-politischer Ebene *nicht kohärent und kontinuierlich* (vgl. Tilkidziev 2011: o.S.).

1. Historische Bestandsaufnahme

1.1 Roma im Kommunismus

Mit der kommunistischen Übernahme der Macht am 9. September 1944 begann eine staatliche Politik, die in der Sekundärliteratur auf folgender Art und Weise beschrieben wird: „Gypsies became the targets of purposeful, though rather inconsistent...state policy. Following decrees of the Council of Ministers, compulsory sedentarization and permanent residence were imposed on all nomads in the 50s. Many Gypsies moved to the big cities as part of the overall

²⁵ „Дотолкова доколкото следите от тази ситуация се запазват до днес, а проблемите, родени в миналото, ескалират в наши дни, изследването на историята на циганите в България през периода от 1878 до 1944 г. има и актуално значение.“ (Нягулов 2007: 39)

processes of migration. Many Gypsy groups were forced to abandon their traditional occupations and lifestyle in the existing radical economic changes of the socialist era. (...) Bulgaria conducted an assimilation campaign lasting for some 30 years” (Weeds 2012: 61).

Ab Mitte der 40er bis Mitte der 50er Jahre wurden die Roma als eine ethnische Gemeinschaft mit eigener Identität und gleichen Rechte innerhalb der Struktur der bulgarischen Nation angenommen. Die in dieser Periode unternommenen staatlichen Maßnahmen erzielten eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Zigeuner und ihre vollständige Inklusion in die bulgarische Gesellschaft (vgl. Tilkidziev 2011: o.S.).

Nach dieser kurzen Periode, die sich durch die Absicht staatlicher Behörden „to develop and promote a sense of Roma identity” (ebd.) charakterisiert, begann Mitte der 50er Jahre eine politische Praxis, die mit der allgemeinen Kampagne der Machthabenden gegen Religion, die als Gefahr für die Loyalität der Menschen zu der Partei wahrgenommen wurde, einher ging. Die neue Parteipolitik widmete sich der Aufgabe, eine einheitliche bulgarische sozialistische Nation zu bilden. Die legale Anerkennung der Roma als eigene ethnische Gruppe bzw. die Zugehörigkeit zu dieser Minderheit waren unerwünscht. Dies ist auch von den Resultaten der öffentlichen Volkszählungen aus dieser Periode abzulesen. Diese politische Praxis erzielte die Integration der Roma in der bulgarischen Gesellschaft, um ihre Identifizierung mit der türkischen Minderheit, die auch als muslimische Minderheit konzipiert wurde, vorzubeugen. Eine der Maßnahmen, die dieser Integrationspolitik diene, war die berühmte Verordnung der sozialistischen Regierung, wodurch alle Menschen mit muslimischen Namen gezwungen wurden, diese zu ändern und zwar indem sie slawischen Namen übernahmen (vgl. Weeds 2012: 62).

Auch hinsichtlich der Integration im Bildungsbereich hat die kommunistische Regierung ähnliche Zwangsmaßnahmen unternommen: „In terms of education, a similar policy of forced integration can be discerned, with the communist government building schools in predominantly Roma neighbourhoods where the Romani language was forbidden, a fact that, when combined with the closing down and expropriating of Roma newspaper and associations, is taken (...) as indicative of a complete reversal of governmental policy, which now targeted undermining the ability of Gypsies to preserve their individuality. (...) Once again, behind these policies can be identified a strong preoccupation with halting the process whereby Roma increasingly identified with the Turkish minority.” (ebd.).

Das Verhalten den Roma gegenüber in diesem Abschnitt aus der Geschichte Bulgariens sowohl im Allgemeinen als auch im Rahmen der einzelnen Integrationsbereichen kann am Inhalt eines offiziellen Dokuments aus 1958 veranschaulicht werden. In einem Protokoll des

politischen Büros des Zentralkomitees der Bulgarischen Kommunistischen Partei aus 1958 hebt die Partei hervor, dass eine dringende Notwendigkeit, die Roma im Land zu integrieren, vorhanden ist. Die Begründung dafür ist folgende: „part of the Gypsy population drops behind the development of the majority, they do not work, do not settle, beg, tell fortunes, steal and commit other violations of public order. In many cases the Gypsy population spreads illness and is the bearer of huge underdevelopment. For these reasons, the objections of the Department of Work among the National Minorities were dismissed, and the Roma were to be forced to settle, integrate and conform.” (ebd.: 63).

Der Zwang „to settle and conform” hat zur Herausbildung der ersten Zigeunerghettos und –stadtviertel in Bulgarien geführt. Die Wanderschaft und das Betteln wurden 1958 offiziell mit einer Verordnung der Partei verboten. Mit einer Entscheidung des Politbüros des Zentralkomitees der Partei aus 1962 wird die Absicht erklärt, alle Zigeuner als Bulgaren zu registrieren, sie im Einklang mit den Werten des Sozialismus zu erziehen und sie dadurch aktiv in die Strukturen der bulgarischen Gesellschaft einzuführen (vgl. Tilkidziev 2011: o.S.).

Oberstes Ziel dieser Politik war die Zerstörung der Roma-Identität durch einen kontinuierlichen, gewaltsamen Integrationsprozess und Bulgarisierung der Gemeinschaft. Der *Erfolg* dieser staatlichen Vorgehensweise war *sehr begrenzt*. Ein Paradebeispiel für den Misserfolg der in dieser Periode getriebenen Politik ist in der Bildungssituation Ende der 80er Jahre zu finden: „In terms of education, the failure of the integrated education agenda was even more pronounced, with a 1978 Central Committee Report concluding that only 30 percent of Gypsy children completed primary school, while the number who finished secondary school was negligible. This led to an eventual reversal of policy and the establishment of segregated schooling” (Weeds 2012: 64).

In den 60er Jahren wurden viele Roma-Kinder im Schulalter in Internaten aufgenommen. Ziel der Gründung von Roma-Internaten war die aktive Sozialisierung der Kinder aus der ethnischen Minderheit. Getrennt von ihren Familien und ihrer gewöhnlichen Umgebung veränderten sich die Kinder in kurzer Zeit und verwandelten sich in vollwertige bulgarische Bürger, die die sozialistischen Ideen völlig akzeptierten (vgl. Tilkidziev 2011: o.S.). Ab Mitte der 70er Jahre wurden der *Mangel an Effektivität dieser Maßnahmen* sowie die fehlenden Resultate für die verantwortlichen Behörden sichtbar, so dass sich eine Umorientierung in der Parteipolitik notwendig erwies. Die neuen Maßnahmen der kommunistischen Regierung erzielten eine Eliminierung der segregierten Roma-Stadtviertel, die Gründung von zusätzlichen Kindergärten sowie die Steigerung der Bildungsqualität insgesamt und die Abschaffung von segregierten Schulen und Internaten (vgl. ebd.).

Der Versuch der Bulgarischen Kommunistischen Partei, die großen Minderheitengruppen gewaltsam, schnell und endgültig zu assimilieren, hat Ende der 80er Jahre fast einen Bürgerkrieg verursacht sowie die Situation eines stark ausgeprägten Misstrauens und eines lang andauernden Konflikts zwischen den ethnischen Gemeinschaften hinterlassen (vgl. Tomova 2006: 538f.). Die Ereignisse zwischen 1944-1989, die „controlled media and socialist propaganda, (...) promotion of atheism, Muslim Roma names change, the prohibition of the nomad way of life, (...) replacement of Roma traditional rituals with the newly established universal socialist rituals” (Weeds 2012: 64) umfassten, bestimmen auch die aktuelle Situation vor und geben eine deutliche Antwort auf die Frage, ob Assimilation einen erfolgreichen Weg zu Entwicklung und Prosperität der gesamten Gesellschaft sein kann.

Aufgrund der Assimilationspolitik, die die BKP bis 1989 durchführte, ist es sehr schwierig, verlässliche Daten und Informationen über die sozioökonomischen Lebensbedingungen der großen ethnischen Minderheiten im sozialistischen Bulgarien zu finden. Daher erweist sich die Rekonstruktion der genauen Armutssituation unter den Roma in der sozialistischen Periode eine schwierige Aufgabe. Die Annahme einer plötzlichen Verarmung der Roma-Gemeinschaft nach 1990 impliziert eine Idealisierung ihres Lebens vor der Transformation und entspricht der Realität nicht. Die niedrige Arbeitslosigkeit, die relativ ausreichende Arbeitsbelohnung, die vorhandenen Krankenversicherungen für alle und der stark kontrollierte Pflichtschulbesuch von allen Kindern werden oft als Beweis dafür, dass die Roma im Sozialismus gut integriert waren, interpretiert, ohne die Nachteile der angewendeten Zwangsmaßnahmen in Betracht zu nehmen. Die Selbsteinschätzung ihres eigenen Wohlstands während des Sozialismus ist bei den meisten Roma auch unrealistisch hoch (vgl. Tomova 2006: 547).

Die Hypothese darüber, dass die Roma noch Ende der 80er Jahre verhältnismäßig arm bzw. ärmer als den Rest der Bevölkerung im Land waren, findet unter der Mehrheit der Transformationswissenschaftler Anerkennung. Diese Hypothese findet z.B. darin ihre Bestätigung, dass die Armut während der sozialistischen Periode eng mit der Anzahl der Familienmitglieder, die nicht erwerbstätig sind, bzw. mit der Kinderanzahl zusammenhängte. Die so genannte demographische Struktur der Armut betraf auch damals vor allem Roma-Haushalte, die sich durch eine entsprechend hohe Kinderanzahl auszeichneten (vgl. ebd.: 547f.).

Wichtige Dimensionen, die die soziale Situation der Roma in der sozialistischen Periode charakterisieren, sind die Wohnbedingungen und der Zugang zu sozialen Dienstleistungen wie Gesundheitsfürsorge und Bildung. Ungefähr die Hälfte (49 %) der Roma

wohnten schon während des Sozialismus in abgesonderten Stadtvierteln, in denen die Mehrzahl der Häuser ohne fließendes Wasser und Basiseinrichtung war. Die Wohnbedingungen der meisten Roma waren mehrmals schlechter als diese der restlichen Bevölkerung. Mehr als die Hälfte der Roma lebten in dieser Periode in Dörfergebieten, wo auch die Möglichkeiten zur Bildung und medizinischer Behandlung geringer waren. Die Bedingungen, bei denen Roma damals arbeiteten, vervollständigen das Bild ihres Alltags während des Kommunismus. Nur 33 % von ihnen arbeiteten bei „normalen“ Arbeitsbedingungen, der Rest arbeitete in einer gesundheitsschädlichen Umgebung. Auch in der Periode des Sozialismus, die sich durch eine gewisse Sicherheit im Beschäftigungsbereich auszeichnete, waren die Roma vorwiegend in Sphären mit niedrig qualifiziertem Personal erwerbstätig (vgl. ebd.: 548).

1.2 Integration der Roma in der postkommunistischen Periode

In der postkommunistischen Zeit kam es zu einer schwerwiegenden Verarmung der gesamten bulgarischen Gesellschaft. Die Armut vertiefte sich als Resultat der Wirkung einiger Faktoren. Innerhalb der Zeitspanne 1990 - 1997 gab es in Bulgarien kein einziges Jahr mit einer Inflationsrate kleiner als 60 %. Als Ergebnis dieser hohen und lang andauernden Hyperinflation schmolzen die Ersparnisse der bulgarischen Bevölkerung. Die Preise wurden zu Beginn des Übergangs liberalisiert, als Marktbedingungen noch nicht eingeführt worden waren. Dies führte zur Festlegung monopolistisch bestimmter hoher Preise für die Mehrheit der Waren des alltäglichen Bedarfs. Die aktive Kontrolle des Anstiegs der Löhne gehörte zu den Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung, so dass Bulgarien zu einem der europäischen Länder mit den niedrigsten Löhnen wurde.

Gleichzeitig wurden auch die Haushaltsausgaben für Gesundheitsfürsorge und Bildung verringert. Das Notwendige zur Unterhaltung der technischen Infrastruktur der bulgarischen Gemeinden wurde nicht unternommen und es kam zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen aller Menschen und vor allem dieser, die sich in einer besonders prekären Lage befinden. Daneben verstärkten auch die gestiegene Kriminalität, die politische Unsicherheit und die in allen Etagen der Verwaltung vorhandene Korruption die Überzeugung, dass sich die Lebensqualität für den überwiegenden Teil der Bulgaren fortschreitend verschlechterte (vgl. Tomova 2008: 61). Jedoch war die Armut unter den verschiedenen ethnischen Gruppen im Land nicht gleich verteilt. Bestimmte ethnische Gruppen gelten deswegen als die Verlierer im Transformationsprozess.

Die postkommunistische Zeit in Bulgarien ist durch eine Reihe ernsthafter Probleme gekennzeichnet. Der Zusammenbruch der kommunistischen Ideologie war nicht wie erwartet von der Durchsetzung neuer humanistischer Werte und demokratischer Normen gefolgt. Die gesamte Bevölkerung litt an einem Wertevakuum und am Fehlen allgemeiner Ideale, Prinzipien und Normen, welche das Streben der Menschen nach einem Lebenssinn begleiten sollten. Die Frustrationen über die Verschlechterung der Lebensqualität und die Eskalierung der finanziellen Schwierigkeiten führten zu einer wütenden Suche der Verantwortlichen für den langsamen und qualvollen Übergang. Die Roma wurden durch Politik und Medien bewusst als Sündenbock für die Kanalisierung der sozialen Unzufriedenheiten und Aggression genutzt. Ein Teil der gewöhnlichen Menschen sowie auch der bulgarischen Politiker suchte eine Stütze im Nationalismus, was unter den bulgarischen Bedingungen meist die Form einer Legitimierung der unbewussten oder institutionellen Diskriminierung der Andere bzw. der Roma und anderer leicht verletzbarer Gruppen annimmt (vgl. ebd.: 66f.).

Von besonderer Bedeutung für die demokratische Entwicklung des Staates war die Ablehnung der Assimilations- und Diskriminierungspolitik bezüglich der ethnischen Minderheiten, die während der kommunistischen Periode herrschte. Obwohl insgesamt eine Verbesserung der zwischenethnischen Verhältnisse während des Postsozialismus erreicht wurde, haben sich die Stereotype und Vorurteile gegenüber der Roma-Gemeinschaft insgesamt verstärkt (vgl. Tomova 2006: 539).

Die Roma in Bulgarien wurden in der postkommunistischen Phase mit den größten Schwierigkeiten konfrontiert. Die ökonomische Krise hatte die schlechtesten Effekte auf die zweitgrößte ethnische Minderheit im Land. Die Unterschiede im Grad der sozioökonomischen Exklusion und Verarmung der unterschiedlichen ethnokonfessionellen Gruppen verstärkten sich bereits am Anfang des Übergangs zur Marktwirtschaft (vgl. Tomova 2008: 53). Roma wurden am schwersten von der massenhaften und fortschreitenden Erwerbslosigkeit im Land betroffen (vgl. ebd.: 66): „(...) the structural changes, which took place with market transition, affected the Roma population more than other groups. According to studies of Roma in the region (...) the (...) most dramatic change in Roma life during the 1990s has been the sharp decline in the proportion of Roma in the labour force. According previous research Roma were the first laid off and they tend to be the last to be rehired, if they ever will be rehired” (Szelenyi 2006: 328f.).

Die Verringerungen der industriellen Produktionsleistung und der Niedergang im Bereich der sozialen Dienstleistungen seit 1990 führten zum Phänomen der Massenarbeitslosigkeit bei den Roma. Mit der Zerschlagung der landwirtschaftlichen

Kooperativen und der Rückgabe von Grund und Boden an die ehemaligen Besitzer stiegen die Entlassungen nach 1992 weiterhin. So war die Erwerbstätigkeit innerhalb der Bevölkerung der Roma in Bulgarien im Jahr 1997 47 %. Die fortschreitende ökonomische Rezession spiegelt sich am schwerwiegendsten bei den Angehörigen dieser Gruppe wider. Der Anteil der erwerbstätigen Roma erreichte 2001 außergewöhnlich niedrige Werte: 17,9 % der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter. Da nach 1990 ein großer Teil der Roma entweder im illegalen Erwerbsbereich tätig war oder zeitlich begrenzte Tätigkeiten übernahm, war auch der Anteil der arbeitslosen Roma-Bevölkerung mit Recht auf staatliche Leistungen nicht sehr hoch (vgl. Tomova 2008: 54).

In der postkommunistischen Zeit sei in Bulgarien, so Tomova, eine beunruhigende Tendenz der Verschlechterung des Bildungsstatus der Roma feststellbar, welche deren Aussichten auf den Eintritt in ein Erwerbsverhältnis zusätzlich verringert und zu einer Reproduktion der Armut innerhalb der nachfolgenden Generationen sowie zu einer fortschreitenden Marginalisierung der Gemeinschaft führt. So vergrößerte sich in der Periode 1992-2001 der Anteil der Analphabeten unter den Roma um fast 61 % (vgl. ebd.: 59).

Die soziale Exklusion der Roma in der postkommunistischen Periode, die sich durch Armut, Erwerbslosigkeit, Bildungsprobleme und niedrige Gesundheitskultur auszeichnet, wird durch eine Zunahme der räumlichen Segregation der Roma ergänzt. Mehr als $\frac{3}{4}$ der Roma wohnten in segregierten Stadtvierteln, was zu einer schweren sozialen Isolation besonders der jungen Generation beigetragen hat (vgl. Tomova 2006: 542).

Seit dem Jahr 2005 waren positive Veränderungen im Leben der gesamten bulgarischen Gesellschaft sowie auch in bestimmtem Ausmaß in diesem der bulgarischen Roma feststellbar. Als Resultat der ausländischen Investitionen im Land, der Belebung des Arbeitsmarkts sowie der Sozialpolitik der Regierung verringerte sich der Anteil der erwerbslosen Roma und der anhaltend von Sozialhilfe Abhängige. Die Verbreitung und die Ausprägung der Armut innerhalb der Roma-Bevölkerung nahmen nicht nur deswegen ab. Ein anderer wichtiger Grund für die Armutsverringerung ist die gewachsene Arbeitsemigration der Roma in die westeuropäischen Staaten und nach Griechenland (vgl. Tomova 2008: 67). Insgesamt ist die Verringerung der offiziellen Arbeitslosenzahlen für die Roma-Bevölkerung auf folgende Faktoren zurückzuführen: Verbesserung der makroökonomischen Situation, Zunahme der Beschäftigung und Verringerung der Erwerbslosigkeit im Land und Anstieg des Anteils der Haushalte, in denen mindestens ein Erwachsener im Ausland erwerbstätig ist (vgl. ebd.: 58).

Ungeachtet des Drucks der EU hinsichtlich einer vollwertigeren und beschleunigten Integration der Roma im Laufe der Beitrittsverhandlungen demonstrierten die bulgarischen

Politiker und staatlichen und lokalen Institutionen zwar Aktivität, führten in der postsozialistischen Periode jedoch *keine systematische und durchdachte Politik zur Verringerung der sozialen Unterschiede, zur Demokratisierung der bulgarischen Gesellschaft und zum gleichberechtigten Einschluss der Minderheiten in alle sozialen Strukturen ein* (vgl. Tomova 2008: 67). Der Widerwille und die Unfähigkeit der politische Eliten, der staatlichen Institutionen und der Zivilgesellschaft, sich mit der Lösung dieses Problems ernsthaft auseinanderzusetzen, hat die Entwicklung der demokratischen Prozesse in Bulgarien verlangsamt und erschwert, das Risiko vor Destabilisierung erhöht, zur Verschlechterung der Lebensqualität für alle bulgarischen Bürger geführt und verbirgt eine große Gefahr für die Entwicklung der bulgarischen Gesellschaft (vgl. Tomova 2006: 558).

2. Integration der Roma nach 2007. Roma-Integration und EU-Mitgliedschaft

2007 und 2008 – die ersten zwei Jahre der Mitgliedschaft Bulgariens in der EU – waren besonders erfolgreich im Hinblick auf die Entwicklung von verschiedenen Programmen und Projekten, die die Verringerung der sozialen Exklusion verletzbarer ethnischer Gruppen, inkl. Roma, erzielten (vgl. Tomova 2010: 129). Diese Jahre begünstigten das Starten von vielen Programmen zur Armutsbekämpfung und sozialen Inklusion unter anderem aufgrund der neu entstandenen Möglichkeit, finanzielle Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds sowie aus den Fonds zu Verringerung der sozialen Ungleichheit, Entwicklung der Regionen und Erhöhung der administrativen Kapazität in den Beitrittskandidatenländern zu verwenden.

Die ersten Mitgliedschaftsjahre zeichneten sich außerdem durch einen intensiven Prozess der Erfahrungsgewinnung aus. Der Austausch mit anderen europäischen Ländern, die Durchführung der notwendigen Änderungen in den normativen Dokumenten im Land und ihre Harmonisierung mit der europäischen Gesetzgebung sowie die Ausarbeitung von neuen Strategien im Hinblick auf die europäischen Vorschriften sind wichtige Mechanismen, wodurch dieser Prozess gefördert wurde. Die allgemeine Erhöhung des Lebensstandards, bedingt durch die kurzfristige Verbesserung der wirtschaftlichen Situation im Land, führte indirekt auch zu Verringerung der zwischenethnischen Anspannung, die ihrerseits die Verwirklichung einer Reihe von Integrationsbemühungen begünstigte (vgl. ebd.: 129f.).

Die Analyse der aktuellen Situation und sozialen Lage der Roma in Bulgarien hebt aber die parallele Entwicklung von einigen beunruhigenden Tendenzen hervor. Das größte Risiko, an dem die ethnische Gruppe der Roma aktuell ausgesetzt ist, ist die Gefahr vor einer scharfen

Verschlechterung der Parameter ihrer sozialen Beteiligung und der Perspektiven für eine vollwertige soziale Realisierung der nächsten Generationen. Der soziale Status der Roma-Gruppe generiert momentan eine äußerst hohe soziale Anspannung in der Gesellschaft und verschlechtert deutlich die Perspektiven der kommenden Generationen für erfolgreiche soziale Entwicklung.

Die Bemühungen zur Überwindung der sozialen Exklusion der Roma sollen sich vor allem *in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge und Wohnraum* konzentrieren. Dafür sprechen diverse Argumente. Diese Sphären verfügen nicht nur über ein strategisch hohes Integrationspotenzial, sondern stellen auch die erste klar definierte Zone des Konsenses zwischen den staatlichen Institutionen, den Roma-Organisationen und den europäischen Organen darüber, in welchen Sphären dringende Integrationsmaßnahmen zu unternehmen sind, dar (vgl. Galabov 2008: 25).

Die jeweiligen Problemstellen in den einzelnen Bereichen hängen eng miteinander zusammen und beeinflussen sich gegenseitig: „Die Probleme der Roma haben einen komplexen Charakter – sie hängen sehr eng miteinander zusammen. Beschreiben wir diesen Teufelskreis mal detaillierter (...): Das Stadtghetto oder das ghettoisierte Dorf induzieren niedrige Gebildetheit und schlechten Gesundheitszustand, die niedrige Qualifizierung und mangelnde Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt als Folge haben, die zu Armut führen und daraus – niedrige Gebildetheit, schlechter Gesundheitszustand der Kinder usw.“²⁶ (Ivanov 2008: 76, Übersetzung T.G.). In diesem Sinne ist die Beschaffung von einem Überblick über die Situation in allen der genannten Sphären notwendig, um Schlussfolgerungen über die Effektivität der gesamten staatlichen Politik zur sozialen Integration der Roma-Minderheit ziehen zu können.

Im Kontext dieser Überlegungen stellen sich wichtige Fragen wie z.B. welche staatlichen Maßnahmen in diesen Prioritätssphären nach dem EU-Beitritt des Landes erarbeitet wurden, inwieweit diese als effektiv betrachtet werden können sowie was für Maßnahmen noch notwendig sind, um bessere Resultate zu erreichen. Im Folgenden werden die *wichtigsten* Gruppen von nationalen Maßnahmen dargestellt und analysiert, wodurch auch das Bild über die Entwicklung des Integrationsprozesses ab 1944 vervollständigt wird. Dabei wird auch der Versuch unternommen, Defizite jeglicher Art herauszufinden und anzusprechen. Die Auseinandersetzung mit einem Teil der grundlegenden Dokumente und Programme für die

²⁶ „Проблемите при ромите имат комплексен характер – те са взаимно обвързани. Нека да опишем по-детайлно омагосания кръг (...): градското гето или гетоизираното село индуцират ниска образованост и лошо здравно състояние, които има за следствие ниска квалификация и неконкурентноспособност на пазара на труда, от което произтича бедност и отток – ниска образованост, недобро здраве на децата и т.н.“ (Иванов 2008: 76).

Periode 2007-2013 ermöglicht die Darlegung der Hauptmechanismen, wodurch die soziale Politik zur Integration der Roma in den grundlegenden Integrationsbereichen angestrebt wird.

2.1 Integration der Roma im Bildungsbereich

In den letzten Jahren lässt sich in Bulgarien einen verzögernd stattfindenden Prozess der Verbesserung des Bildungsstatus der Roma-Gemeinschaft beobachten. Trotzdem besucht ein großer Teil der Roma-Kinder die Schule, ohne die offizielle Sprache (gut) zu beherrschen sowie ohne über die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten, um die wichtigsten Herausforderungen im Lernprozess zu bewältigen, zu verfügen. Die Sozialisationsmodelle in vielen Roma-Familien und insbesondere in den Zigeunerstadtvierteln erzeugen zusätzliche Adaptionsschwierigkeiten für die Roma-Kinder im Schulalter. Die meisten von ihnen besuchen auch keine vorschulische Bildungseinrichtung. Diese Schwierigkeiten führen oft zu einem frühzeitigen Ausscheiden der Roma-Kinder aus dem Bildungssystem. Trotz der Tendenz einer Zunahme des Anteils der Roma mit höherer Bildung sind viele junge Roma weiterhin ungebildet, verlassen frühzeitig die Schule oder besuchen sie gar nicht (vgl. Nationaler Rat für Zusammenarbeit in den ethnischen und Integrationsfragen 2012a: 7f.).

Der Prozess der Bildungsintegration der Roma wird durch die Sicherung der Balance zwischen der Einbeziehung der Roma in das Wertemodell der Aufnahmegesellschaft und der Achtung und der Anerkennung der eigenen kulturellen Identität der aufzunehmenden Subjekte realisiert. Einerseits garantiert die Einbeziehung der Kinder und Schüler aus den ethnischen Minderheiten in das Bildungssystem ihre erfolgreichere Realisierung in der Gesellschaft. Andererseits vervollständigen die Bewahrung und Entwicklung ihrer kulturellen Identität die Palette der Mannigfaltigkeit im modernen und geeinigten Europa. Dieses Europa, das das Beste von den Traditionen aller Gesellschaften, woraus sie besteht, widerspiegelt und dies mit ihrem Streben nach der Entwicklung einer modernen und an gemeinsamen Werten reichen Gesellschaft verbindet.

In der Dynamik und Vielfalt der heutigen Welt hat Bildung eine Schlüsselrolle für die Formierung einer entwickelten Gesellschaft aus gleichberechtigten und vollwertigen Bürgern. Und die Integration der Kinder und Schüler aus allen ethnischen Minderheiten stellt eine absolut notwendige Bedingung für das Erreichen einer qualitativ hochwertigen Bildung dar. Die Schule hat eine entscheidende Bedeutung nicht nur als Ort, an dem das Wissen als Wert verfestigt wird, aber auch als Raum, der das gegenseitige Kennen Lernen und die Wechselbeziehung der unterschiedlichen Kulturen ermöglicht, ihre Annäherung begünstigt,

das Dialog zwischen den unterschiedlichen Ethnien möglich macht. Diese Elemente sind einen beständigen Teil jeder Integrationspolitik und sollen auch als den besten Weg zur Beseitigung der im bulgarischen Bewusstsein tief verwurzelten Stereotype sowie der eskalierenden Diskriminierungspraktiken verstanden werden.

Einige der befragten Experten haben die besondere Bedeutung dieser Sphäre unterstrichen: „Wir glauben, dass die Bildung der Schlüssel zur Lösung aller Probleme, die typisch für unsere Ethnie sind, ist. Aus diesen finanziellen Mitteln, die für Bulgarien bestimmt sind, sollen mindestens 50 % in Bildung investiert werden. (...) Bildung ist der Schlüssel zu allem. Mit Investitionen im Bereich der Bildung können auch Probleme krimineller Natur gelöst werden. Die Anzahl der Personen, die kriminelle Taten begehen, wird zurückgehen. Auch die demographische Situation hängt damit zusammen. (...) Der gebildete Mensch kann viel besser einschätzen, wie viele Kinder er in der Lage zu erziehen ist. (---) Die Beschäftigung auch – der gebildete Menschen findet viel leichter einen Arbeitsplatz (...). Die Bildung beeinflusst auch die Gesundheitskultur. Der gebildete Mensch nimmt viel mehr Rücksicht auf seine Gesundheit. Also alles hängt zusammen mit der Bildung.“ (Kanchev 2013: Z. 94ff., Übersetzung T.G.).

Zweifellos brauchen viele Kinder und Schüler aus den verletzbaren ethnischen Gemeinschaften zusätzliche Unterstützung, damit ihre Positionen beim Eintreten in das bulgarische Bildungssystem mit den Positionen der anderen Kinder und Schüler ausgeglichen werden. Das Unternehmen von *bestimmten* Unterstützungsmaßnahmen mit diesem Ziel entspricht den internationalen Standards im Bereich der Menschenrechte und des Schutzes der Minderheiten und soll nicht als Diskriminierung verstanden werden. Die Qualität der Bildung ist eine messbare Größe, deren Effektivität von der reellen Fähigkeit des gesamten Systems, den Bedürfnissen und Interessen aller Kinder, inkl. der Kinder ethnischer Minderheiten, reell und nicht nur formal zu entsprechen.

Damit die interkulturelle Perspektive als unabänderlichen Teil des Prozesses der Modernisierung des bulgarischen Bildungssystems bestätigt wird, müssen *kontinuierliche und zielgerichtete* Bemühungen zur Bildungsintegration der Kinder aus den ethnischen Minderheiten unternommen werden. Die Mehrheitsgesellschaft kann diese Aufgabe ohne die Kooperation der ethnischen Gemeinschaften nicht erreichen. Bildung kann nicht von außen zu einem hohen Wert innerhalb der Roma-Gemeinschaft sowie die Schule zu einem attraktiven Ort, wo sie ihre Kinder jeden Tag schicken, verwandelt werden, abgesehen davon welche innovativen Maßnahmen und Initiativen von den staatlichen Institutionen ausgearbeitet

werden. Der Bildungsintegrationsprozess ist ein bilateral Prozess aktiver sozialen Inklusion, der einen enormen Teil des gesamten Integrationsprozesses ausmacht.

2.1.1 Resümee der wichtigsten staatlichen Integrationsmaßnahmen und Integration begünstigenden Maßnahmen im Bildungsbereich

Die bulgarische Gesetzgebung sieht kostenlosen Zugang zu Bildung in allen staatlichen Schulen und Gemeindeschulen für alle Kinder, abgesehen davon was für ethnische Herkunft sie haben. Im Artikel 4 des Volksbildungsgesetzes werden Sanktionen für alle Handlungen, die zur jeglichen Form der Diskriminierung im bulgarischen Bildungssystem führen, vorgesehen. Begrenzungen sowie Privilegien aufgrund der Rasse, der Nationalität, des Geschlechts, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der Glaubensbekenntnis und der sozialen Lage sind laut dieses Gesetzes nicht zulässig (vgl. Lex.bg 1999: o.S.). Diskriminierung ist hinsichtlich der Sicherung eines gleichen Zugangs zu Bildung in Bulgarien formal nicht vorhanden.

In allen staatlichen und privaten Schulen und Kindergärten sowie auch in den Schulen und Kindergärten in den Gemeinden werden für alle Kinder und Schüler bis zur siebten Klasse Lernmaterialien für alle Unterrichtsfächer kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Sicherung von Lehrbüchern und Lehrmitteln zur unentgeltlichen Verwendung für alle Kinder erzielt gleichen Zugang zu Bildung im bulgarischen Bildungssystem und trägt für die Garantierung des Rechts auf qualitativ hochwertige Bildung für alle bei.

Mit dem Ziel, der Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung zu verbessern, sichert der Staat auch zusätzliche Finanzierung für die Bildung von diesen Kindern, die zu ihrer Schule länger fahren müssen. Diese Finanzierung umfasst die Kosten für Transport, die ganztägliche Organisation des Unterrichtstages und Ernährung. Diese Maßnahme richtet sich nicht speziell auf Roma. Da Roma-Kinder aber oft weiter entfernt von den Schulen, die sie besuchen, wohnen, werden sie davon im größten Ausmaß betroffen.

Als Teil der aktiven staatlichen Politik im Bildungsbereich werden Ressourcen für die Weiterentwicklung und Professionalisierung des Netzes von Schulen in den Gemeinden mit kleinen und zerstreuten bzw. weit voneinander entfernten Städten und Dörfern sichergestellt, wodurch ihre moderne Ausstattung und die Anstellung vom hoch qualifizierten Personal finanziert wird. Dadurch wird die Steigerung der Bildungsqualität in diesen Schulen, die größtenteils von Roma-Kindern besucht werden, erstrebt. Führend für diese Initiative zur

Weiterentwicklung der bulgarischen Schulen ist die Idee über die Verbesserung der Unterrichtsbedingungen.

Ihre Verkörperung findet die Idee über die Weiterentwicklung und Professionalisierung der Schulen z.B. im Projekt „Verbesserung der Bildungsqualität in den Schulen durch Einführung der ganztäglichen Organisation des Unterrichtsprozesses“ des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft, das mit 172 Millionen Leva finanziert wird. Für seine Realisierung wird die Periode 2012-2014 vorgesehen. Kofinanzierer dieses Projekts ist die EU. Finanzielle Mittel vom Europäischen Sozialfonds werden dafür zur Verfügung gestellt (vgl. Ministerium für Bildung und Wissenschaft 2013a: o.S.).

Die Erweiterung des Netzes von Schulen im Land und die Einführung der Möglichkeit eines ganztäglichen Unterrichts zählen zu den Mechanismen, die die Verwirklichung der Bildungsintegration der Kinder und Schüler aus den großen ethnischen Minderheiten fördern sowie zur Verringerung des in diesen Gruppen oft auftretenden Problems des frühzeitigen Verlassens der Schule beitragen können. Durch diese Mechanismen wird das Risiko vor einem frühzeitigen Ausscheiden aus dem Bildungssystem aufgrund von Schwierigkeiten mit dem Lernmaterial verkleinert sowie bessere Möglichkeiten für den Übergang zur nächsten Bildungsstufe geschaffen. Für das Schuljahr 2011/2012 haben an diesem Projekt 796 Schulen teilgenommen, in denen 3961 Gruppen mit 86 404 Schülern von der ersten bis zur siebten Klasse formiert wurden, die ganztäglich unterrichtet wurden. Die zusätzlichen Nachmittagsunterrichte sehen 2 Stunden Selbstvorbereitung, 2 Stunden Interessenmodule und 2 Stunden für Erholung und Spiele vor (vgl. ebd.).

Eine ähnliche Initiative stellt auch das Modul „Unterstützung des ganztäglichen Unterrichts der Schüler in der Grundschule“, das 2010 als Teil des umfassenden nationalen Programms „Die Schule – ein Territorium der Schüler“ startete. Durch den ganztäglichen Aufenthalt in bulgarischsprachiger Umgebung werden die Kinder, die eine andere Muttersprache haben bzw. in einer fremdsprachigen Umgebung aufgewachsen sind, bei seinem Erlernen unterstützt und gefordert. Die gute Beherrschung einer Sprache soll unter anderem auch als wichtige Voraussetzung für die Verbesserung des Bildungsniveaus, für die Vervollkommen der Kommunikationsfähigkeiten und der Fähigkeiten zur effektiven Kommunikation unter Kindern unterschiedlicher Herkunft verstanden und wahrgenommen werden. Im Jahr 2010 werden die Projekte von 94 Schulen finanziert und im Jahr 2011 – die Projekte von 88 Schulen. Im vorherigen Jahr werden die Projektvorschläge von ungefähr 90 Schulen angenommen, deren Realisierung mittels 800 000 Leva ermöglicht wurde (Ministerium für Bildung und Wissenschaft 2010b: 2ff.).

Noch im Jahr 2008 hat die Regierung gezielte Maßnahmen unternommen, um Kinder mit Sprachschwierigkeiten zu unterstützen. Durch normative Änderungen der bulgarischen Gesetzgebung im Bildungsbereich wird erstmals für diese Kinder, die eine andere Muttersprache haben, die Möglichkeit geschaffen, die bulgarische Sprache intensiver in der Schule im Rahmen von außerschulischen Aktivitäten und während der Ferien zu erlernen (vgl. Tomova 2010: 138).

Im Jahr 2012 wurden hinsichtlich der Bildungsintegration der Kinder und Schüler aus den ethnischen Minderheiten zwei wichtige Projekte von der Generaldirektion „Strukturfonds und internationale Bildungsprogramme“ realisiert. Im Rahmen des Programms „Reintegration der ausgefallenen Schüler in das Bildungssystem“ wurden 19 Projekte, die mit 2 955 271,97 Leva finanziert wurden, realisiert (vgl. Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik 2011: o.S.). 117 Projektvorschläge wurden im Rahmen des Programms „Bildungsintegration der Kinder und Schüler aus den ethnischen Minderheiten“ angenommen. Für die Realisierung von 58 von diesen Projekten wurden Verträge, womit sich die Generaldirektion verpflichtet, 7 857 498, 79 Leva zur Verfügung zu stellen, geschlossen. Für die restlichen 59 Projekte als Teil dieses Programms werden finanzielle Mittel im Ausmaß von 8 628 862, 13 Leva vorgesehen (vgl. Ministerium für Bildung und Wissenschaft 2011: o.S.).

Eine andere Maßnahme für die Verbesserung des Zugang zu Bildung und ihrer Qualität stellt das nationale Programm „Mit Sorge um jeden Schüler“, das 2005 startete und immer noch ausgeführt wird, dar, das den individuellen Umgang mit Kindern im Schulalter befürwortet. Es ist auf die Stimulierung der Anwendung von innovativen Vorgehensweisen bei der Unterrichtung sowie beim Umgang mit Kindern gerichtet. Ein großer Wert wird darauf gelegt, die individuelle Fähigkeiten und Interessen der Schüler zu berücksichtigen. Das Programm sichert Möglichkeiten zur Unterstützung von Kindern mit Lernschwierigkeiten und solchen, die Bulgarisch nicht als Muttersprache haben, durch zusätzliche Beschäftigungen in kleinen Gruppen und nach individuell herausgearbeiteten Programmen. Die Entwicklung eines individuellen Umgangs mit jedem Kind mit bestimmten Lernschwierigkeiten und die Anwendung moderner Bildungsmethoden stehen im Schwerpunkt dieses Programms (vgl. Ministerium für Bildung und Wissenschaft 2012: 1ff.).

Da eine große Anzahl von Kindern aus der Roma-Gemeinschaft sehr oft von der Schule fehlt und zwar ohne akzeptierbare Gründe wie z.B. Krankheit oder familiäre Gründe beweisen zu können, wird das nationale Programm „In der Schule ohne Fehlstunden“, die die Verringerung der Fehlstunden, ihre korrekte Dokumentierung sowie auch Maßnahmen zur Motivation des regelmäßigen Schulbesuchs beinhaltet, entwickelt. Dabei besteht immer noch

die Notwendigkeit, verlässliche Mechanismen zu Kontrolle, Überwachung und Buchführung bezüglich der Registrierung der Fehlstunden weiterzuentwickeln (vgl. Ministerium für Bildung und Wissenschaft 2013c: 1ff.).

Die beiden Programme „Mit Sorge um jeden Schüler“ und „In der Schule ohne Fehlstunden“ begünstigen die Realisierung der zwei wichtigsten Ziele der nationalen Strategie zu Prävention und Verringerung des Anteils der Kinder und Schüler, die aus dem Bildungssystem ausfallen oder es frühzeitig verlassen – die Einbeziehung der Kinder aus den ethnischen Minderheiten in den Lernprozess sowie die Prävention und die Verringerung der Fehlstunden. Diese Strategie wird im Jahr 2012 ausgearbeitet, umfasst die Periode 2013-2020 und enthält Maßnahmen, die in den Bereichen Intervention, Prävention und Kompensation aufgeteilt sind. Für die Finanzierung der Strategie werden staatliche Ressourcen und europäische Mittel aus den Fonds vorgesehen.

Eine zweifellos wichtige Bedingung für die Steigerung der Bildungsqualität und die Verbesserung der Bildungsintegration stellt die Sicherung von solchen Unterrichtsinhalten im Unterrichtsprogramm, die auf die Bewahrung und Entwicklung der kulturellen Identität der Schüler sowie auf die Verbesserung des Verständnisses von fremden ethnischen, nationalen oder kulturellen Identitäten gerichtet ist. Dieses Ziel stößt vornehmlich auf fehlende gesellschaftliche Zustimmung und wird deswegen nicht erfolgreich realisiert, obwohl es im Zentrum einer Vielzahl von staatlichen Integrationsstrategien wie z.B. in der Strategie zur Bildungsintegration der Kinder und Schüler aus den ethnischen Minderheit des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft steht.

Das Projekt „Machen wir die Schule zu einem attraktiven Ort für die jungen Menschen – Erfolg“, das als Teil des operativen Programms „Entwicklung der menschlichen Ressourcen“ 2007-2013²⁷ verwirklicht und vom europäischen Sozialfonds finanziert wird, findet dieses Problem eine vorläufige Lösung. Das Projekt bietet die Möglichkeit an, ganzjährig außerschulische freiwillige Aktivitäten zu organisieren, die auch das Erlernen von fremden Kulturen und Sprachen umfassen (vgl. Ministerium für Bildung und Wissenschaft 2013d: o.S.).

Neben diesen entweder Integration direkt erzielenden oder Integration begünstigenden Maßnahmen im Bildungsbereich wird auch eine Nationale Strategie zur Bildungsintegration der Kinder und Schüler aus den ethnischen Minderheiten ausgearbeitet.

²⁷ Im Fokus des operativen Programms „Entwicklung der menschlichen Ressourcen“ 2007-2013 steht die Lösung der Probleme der verletzbaren Gruppen, inkl. der ethnischen Minderheitengruppen und der Roma. In ihrem Rahmen werden Handlungen zur Steigerung der Niveaus an ökonomischer Aktivität, Beschäftigung, Bildung, Qualifizierung, sozialer Inklusion und Zugang zu sozialen und gesundheitsfürsorgenden Dienstleistungen vorgesehen.

2.1.2 Nationale Strategie zur Bildungsintegration der Kinder und Schüler aus den ethnischen Minderheiten

Im Jahr 2010 veröffentlichte das Ministerium für Bildung und Wissenschaft die aktuelle Version der Nationalen Strategie zur Bildungsintegration der Kinder und Schüler aus den ethnischen Minderheiten in Bulgarien. Die Originalversion der Strategie wurde im Jahr 2004 ausgearbeitet. Sie ist ein integraler Bestandteil des nationalen Projekts für Reformierung des bulgarischen Bildungssystems und Sicherung einer Qualitätsbildung, die im Einklang mit den europäischen Standards in dieser Sphäre steht. Ihre Prioritäten sind vollwertige Integration der Kinder und Schüler mit Roma-Herkunft durch Desegregation der Kindergärten und Schulen in den Zigeunerstadtvierteln und Beschaffung von Bedingungen für den gleichen Zugang zur qualitativ hochwertigen Bildung außerhalb diesen Stadtvierteln; Unterstützung der Schulen und Garantieren von Qualitätsbildung für alle; Durchsetzung der interkulturellen Perspektive als unabänderlichen Teil des Modernisierungsprozesses im bulgarischen Bildungssystem.

Die Hauptprobleme im Bildungsbereich, die alle ethnischen Minderheiten im Land in einem unterschiedlichen Ausmaß betreffen, werden in der Strategie beschrieben. Daran anknüpfend legt das Ministerium die spezifischen Probleme für jede große ethnische Gruppe (Roma, Türken, Armenier, Juden und Andere) dar. Für die Roma-Kinder werden folgende spezifische Probleme identifiziert: Isolation der Kinder und Schuler in den Kindergärten und Schulen in den Zigeunerstadtvierteln oder in abgesonderten Gruppen in den gemischten Kindergärten und Schulen; Ausbildung von Kindern ohne Behinderungen in Hilfsschulen; schwierige Adaptierung der Roma-Kinder in den Kindergärten und Grundschulen; keine ausreichenden Möglichkeiten zur Unterrichtung in ihrer Muttersprache; keine Lehrkräfte, die die Roma-Kultur kennen; unzureichende Anzahl von Lehrern, die Romani beherrschen; keine Lehrmittel und Lehrbücher, die das Erlernen von Romani in der Schule ermöglichen; fehlende präventive Mechanismen, die das Risiko vor Ausfällen aus dem Bildungssystem verringern.

Die drei gemeinsamen strategischen Ziele, mit deren Realisierung das Bildungsministerium bis 2015 rechnet, sind: (1) Durchsetzung des Rechts auf gleichen Zugang zur qualitativ hochwertigen Bildung der Kinder und Schüler aus den ethnischen Minderheiten in den normativen Dokumenten sowie in der Bildungspraxis und ihre effektive Integration; (2) Bewahrung und Entwicklung ihrer Identität und Verwandlung der ethnokulturellen Mannigfaltigkeit in Ressource eines gegenseitigen Kennen Lernens, Respekts und Mitarbeit in der Bildungsumgebung; (3) Entwicklung von Voraussetzungen für die erfolgreiche

Sozialisation der Kinder und Schüler aus den ethnischen Minderheiten und Formieren von einem passenden sozial-psychologischem Klima, das die Realisierung der aktuellen Strategie ermöglichen wird. Diese Ziele sollen mittels zwölf so genannten Richtlinien erreicht werden, wie z.B. Richtlinie 6: Sicherung von effektiven Finanzierungsmechanismen für die Realisierung der Ziele der aktuellen Strategie oder Richtlinie 11: Sicherung von vielfältigen Unterrichtsformen, die auf die Bewahrung und Entwicklung der kulturellen Identität der Kinder und Schüler aus den ethnischen Minderheiten gerichtet sind.

Spezifische strategische Ziele werden für jede große ethnische Minderheit im Land erarbeitet. Die zehn strategischen Ziele für die Integration der Kinder mit Roma-Herkunft korrespondieren eng mit den in der Strategie aufgelisteten spezifischen Problemen dieser Gemeinschaft und sehen institutionelle, strukturelle und inhaltliche Veränderungen sowie Veränderungen im Lehrplan vor, wodurch bessere Resultate im Prozess der Bildungsintegration erreicht werden sollen (vgl. Ministerium für Bildung und Wissenschaft 2010: 6).

In der Strategie wird explizit auf den Durchführungsplan 2010-2015, der zusätzlich für ihre Ausführung entwickelt werden sollte, hingewiesen. In ihm sollten konkrete Maßnahmen zum Erreichen der gesetzten Ziele formuliert, Fristen für ihre Realisierung sowie die verantwortlichen Institutionen und die notwendigen Ressourcen festgelegt werden. Ein einheitlicher Aktionsplan wird nicht herausgearbeitet. Anstatt eines einheitlichen Durchführungsplans erarbeitet das Zentrum zur Bildungsintegration der Kinder und Schüler aus den ethnischen Minderheiten Jahrespläne für die Realisierung der Strategieziele.

2.1.3 Auswertung, Defizite und Verbesserungsvorschläge

Die in der Nationalen Strategie zur Bildungsintegration formulierten typischen und spezifischen Probleme zeigen, dass die ethnische Gemeinschaft der Roma immer noch vor den gleichen Herausforderungen wie vor dem EU-Beitritt des Landes steht. Eine Fülle von staatlichen Strategien, Programmen, Maßnahmen und Projekte, die die Bildungsintegration der Roma-Kinder begünstigen oder direkt auf sie gerichtet sind, existiert. Ihre Ausführung und die Realisierung der dabei gesetzten Ziele erweisen sich problematisch: „Im Bereich der Bildung existieren bereits Versuche zu einer Verbesserung der Situation auf nationalstaatlicher Ebene, aber (...) sie sind sehr begrenzt und seit kurzer Zeit. Die Resultate sind noch nicht bekannt bzw. es ist nicht bekannt, ob es welche Resultate überhaupt gibt. Ahm, (---), die Maßnahmen, die existieren, betreffen wieder nicht nur die Roma, sondern

betreffen unter anderem auch die Bildung der Roma im Land.“ (Dimitrov 2013: Z. 397ff., Übersetzung T.G.). Die Mehrheit der nationalen Maßnahmen, die die Integration der Roma in diesem Bereich fördern, richtet sich nicht explizit auf die Kinder mit Roma-Herkunft. Sie betreffen entweder alle ethnische Minderheiten im Land oder begünstigen den gesamten Bildungsprozess und in diesem Rahmen auch die Roma-Integration.

Die bisher ausgeführten Programme und Projekte sind in Betracht der enthaltenen Maßnahmen positiv zu bewerten. Trotzdem mangelt es bei ihnen an Systematik und Kontinuität. Große Defizite sind auch im Bereich der Kontrolle und Überwachung der erreichten Resultate feststellbar: „Paar Konkurse, die die Verbesserung der Integration der Kinder und Schüler aus den ethnischen Minderheiten erzielen, wurden organisiert, wieder nicht nur der Kinder und Schüler aus der Minderheit der Roma (--). Welche Resultate erreicht wurden kann immer noch nicht gesagt werden. (-) Die Projekte aus diesen Konkursen laufen immer noch. Die Konkurse werden vom Bildungsministerium organisiert und gesteuert. Im Ministerium für Bildung und Wissenschaft wird ein so genanntes Zentrum zur Bildungsintegration der Kinder und Schüler aus den ethnischen Minderheiten. Dieses Organ organisiert Konkurse mehrmals jährlich, wieder nicht nur auf die Integration der Roma gerichtet. Außerdem führen die Projekte, die in diesem Rahmen organisiert werden, zu keinen Reformen und Veränderungen im Bildungssystem. Diese Projekte sind oft zeitlich begrenzt und das Geld reicht nur für zusätzliche Finanzierung, zum Beispiel für zusätzliche Stunden für bestimmte Kinder in einer Schule, die Lehrschwierigkeiten in einem bestimmten Fach haben. (...) Und das Programm wird ausgeführt nur insoweit das Geld reicht. Sogar wenn es einen Effekt geben wird, wird er temporär sein, weil die unternommenen Maßnahmen keine kontinuierlichen Maßnahmen sind.“ (ebd., Übersetzung T.G.).

Die Mechanismen zu Kontrolle und Monitoring im Bildungsbereich sind für die Bürger schwer zugänglich, zum Teil nur in der Form von komplexen Statistiken, Tabellen und Grafiken vorhanden und weisen sehr große Lücken vor. Bemühungen zur Verbesserung sollen auch in dieser Richtung unternommen werden (vgl. Kirilova 2013: Z.1138ff.).

Kritisiert werden nicht nur die einzelnen Programme, sondern auch die Ausführung der gesamten nationalstaatlichen Bildungsstrategie: „Für die Strategie zur Bildungsintegration der Kinder und Schüler aus den ethnischen Minderheiten stehen keine Ressourcen zur Verfügung. Im Moment ist nicht klar wer für ihre Realisierung verantwortlich ist, also das Problem, worüber ich Ihnen am Anfang erzählt habe, besteht immer noch, formal existiert ein politischer Willen, aber in der Realität passiert nichts.“ (Dimitrov 2013: Z. 442ff., Übersetzung T.G.).

Die inhaltliche Analyse der Bildungsstrategie lässt die Schlussfolgerung, dass Probleme nicht nur bezüglich des Ausführungsaspekts vorhanden sind, zu. Die Ziele und Richtlinien der Strategie sind zu tolerant und offen gestaltet und sind in diesem Sinne nicht viel erfolgsversprechend. Die Fristen für ihre Realisierung sind nicht realistisch. Strengere Maßnahmen sollen entwickelt und durchgesetzt werden. In Bulgarien werden tolerante und wenig intervenierende Maßnahmen zur Bildungsintegration der ethnischen Minderheiten gezielt angenommen. Dies wird damit erklärt, dass sie dadurch mehr Akzeptanz innerhalb der Gesellschaft finden. Die *Ausarbeitung und Anwendung von strengeren Maßnahmen*, die die Vertreter der Roma-Gemeinschaft zwingen werden, ihre Kinder in die Schule zu schicken sowie die allgemeine Regel zu befolgen, wird von der Expertin für Bildungsintegration befürwortet und als mögliche Problemlösung angeboten (vgl. Kirilova 2013: Z.1073ff.).

Das größte Problem für die Roma-Kinder, dem an erster Stelle Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte, ist, dass eine Vielzahl von ihnen die Schule überhaupt nicht besucht. Eine strengere Maßnahme, die in diesem Fall angewendet werden könnte, ist z.B. keine Gewährleistung von sozialer Hilfe für diese Eltern, deren Kinder keine Schule besuchen oder in der Gemeinde nicht registriert sind. Solche Ideen werden aber oft als zu radikal bewertet und finden in keinem staatlichen Dokument eine Widerspiegelung. Das Ziel „Beschaffung der notwendigen Bedingungen zur erfolgreichen Sozialisation der Kinder und Schüler aus den ethnischen Minderheiten und Formieren von einem passenden sozio-psychologischen Klima, das die Realisierung der vorliegenden Strategie ermöglicht“ aus der nationalen Bildungsstrategie ist sehr anstrengenswert, es ist aber gar nicht erreichbar, wenn die zu sozialisierenden Kinder die Schule nicht oder nicht regelmäßig besuchen. Diese Problematik wird in den Dokumenten nicht angesprochen.

In diesem Kontext können die in der Strategie aufgelisteten spezifischen Probleme wie z.B. keine ausreichenden Möglichkeiten zur Unterrichtung der Roma in ihrer Muttersprache; keine Lehrkräfte, die die Roma-Kultur kennen; unzureichende Anzahl von Lehrern, die Romani beherrschen; keine Lehrmittel und Lehrbücher, die das Erlernen von Romani in der Schule ermöglichen erstens nicht als die größten Probleme, mit denen die Roma-Kinder heutzutage konfrontiert sind, betrachtet. Zweitens wird ihre Beseitigung nicht als der richtige Weg zur Bildungsintegration der Roma-Kinder wahrgenommen.

Bezüglich der Desegregation als Integrationsmaßnahme, die als höchste Priorität in der Bildungsstrategie hervorgehoben wird, - vollwertige Integration der Kinder und Schüler mit Roma-Herkunft durch Desegregation der Kindergärten und Schulen in den Zigeunerstadtvierteln und Beschaffung von Bedingungen für gleichen Zugang zur qualitativ

hochwertigen Bildung außerhalb diesen Stadtvierteln – besteht keine Einigkeit: „Es ist aber zu spät für Desegregation der Schulen mit Roma-Kindern. Die Desegregation erhöht nur die zwischenethnische Spannung. Desegregation – die Schüler werden von den Roma-Stadtvierteln in die bulgarischen Schulen transferiert und so wird Spannung erzeugt. Die Eltern bulgarischer Kinder reagieren, indem sie ihre Kinder in eine andere Schule einschreiben, wo es keine Roma gibt.“ (Kanchev 2013: Z. 112ff., Übersetzung T.G.). Die möglichen negativen Auswirkungen des Desegregationsprozesses sollen auch bedacht werden.

Der Prozess der Bildungsintegration wird durch die für viele Vertreter der Roma-Gemeinschaft typische Mentalität, durch ihre Traditionen und Lebensweise stark gehindert: „Bildung stellt keine Priorität für sie dar. Vielleicht ist Bildung für die gesamte bulgarische Gesellschaft keine Priorität mehr, aber für sie ist Bildung sicher keine Priorität. Roma, die die achte Klasse abgeschlossen haben, glauben, dass sie genug gelernt haben, und beenden ihre Ausbildung. (-) Innerhalb ihrer Gemeinschaft heiraten sie traditionell sehr früh. Nach der achten Klasse heiraten die Mädchen normalerweise, wodurch ihr Zugang zur Bildung und daran anknüpfend auch das Finden von einem Job gehindert werden. Die Jungen (-) machen auch selten ihre Maturaprüfungen, sie beenden auch oft ihre Ausbildung nach der Grundschule und finden ein Job als Bauarbeiter, in der Landwirtschaft usw. (--)” (Kuzmanov 2013: Z. 772ff., Übersetzung T.G.). Handlungen auf staatlicher Ebene, die diesen Traditionen entgegenkommen können, sind schwer zu rechtfertigen und finden deswegen nicht statt.

Die Verbesserungsvorschläge der Interviewpartner sehen strengere Kontrolle des Bildungsprozesses in den vornehmlich von Roma besuchten Schulen, Prüfung der erreichten Resultate durch regelmäßige Durchführung und Benotung von Tests und finanzielle Stimulierung der Roma-Kinder, die gute Noten in der Schule bekommen, vor. Diese Ideen werden noch nicht realisiert und sind mit hohen zusätzlichen Kosten für die Organisation von zusätzlichen Klausuren, Prüfern, Lehrkräften und für die finanzielle Belohnung der erfolgreichen Kinder verbunden. Kanchev behauptet, dass dadurch eine deutliche Steigerung der Anzahl der Roma-Kinder, die in die Schule gehen, zu erreichen ist, da ihr Schulbesuch mit einer eventuellen Steigerung der Einkommen ihrer Eltern zusammenhängt. *Da die meisten Roma-Familien unter der Armutsgrenze leben, erweisen sich Maßnahmen, die finanzielle Belohnungen oder Sanktionen vorsehen, am effektivsten, wodurch sie auch gezwungen werden können, am Integrationsprozess teilzunehmen.*

Die bisher erreichten Resultate im Bildungsintegrationsbereich werden von den Interviewpartnern insgesamt als nicht genügend sowie die Maßnahmen als ineffektiv

bezeichnet. Die strategischen Ziele führen zu keiner Lösung der Probleme. Die wichtigsten Integrationsziele im Bildungsbereich werden bisher nicht erreicht. Auf die Frage wieso Integration insgesamt sowie konkreter im Bildungsbereich nicht erreicht werden kann, unterstreicht die interviewte Expertin aus dem Bildungsministerium die politische Kultur in Bulgarien nach 1989 als wichtigen Faktor. Der Wechsel der politischen Kräfte nach jeder Regierungsperiode hat die Entwicklung einer konsistenten sozialen Integrationspolitik gehindert. Mit jeder neuen Regierungsperiode beginnt der Prozess quasi aufs Neue, ohne dass die bisher erreichten Resultate oder die bisher erarbeiteten Strategien systematisch weiter entwickelt und ergänzt werden. Ein aufeinander Aufbauen kommt nicht zustande. Dadurch sind längerfristige Resultate nicht zu erreichen. Die Gründe für den Misserfolg der Integrationspolitik sollen unter anderem auch in der jeweiligen sozialen, politischen oder ökonomischen Situation im Land gesucht werden.

2.2 Integration der Roma im Beschäftigungsbereich

Die Mehrheit der Roma in Bulgarien befindet sich in einer prekären Lage auf dem Arbeitsmarkt. Dies wird zum Teil als Resultat der strukturellen Änderungen im Land nach der Wende wahrgenommen: „The Roma suffer from the most severe drop concerning employment – it decreased by 37-66 % after 1989. There is no other community in the country, which is so terribly affected by mass and long-term unemployment.” (Tomova 2009: 70). Die geänderte makroökonomische Situation im Staat führte zu ihrer dauerhaften Exklusion aus dem Arbeitsmarkt sowie zu einer kontinuierlichen Reproduktion der hohen Arbeitslosigkeitsniveaus in ihrer Gemeinschaft, genau so wie zu ihrer Beschäftigung vornehmlich in niedrig bezahlten Erwerbstätigkeiten. Die Arbeitslosigkeit bei den Roma stellt kein persönliches Problem mehr dar und verwandelt sich in ein gemeinschaftliches Problem, dessen Lösung außerhalb der Reichweite der Handlungen der einzelnen Individuen steht.

Roma sind insgesamt weniger konkurrenzfähig als die anderen ethnischen Gruppen im Land, wenn sie nach Kriterien wie Qualifikationen, Ausbildung, sozialem Image, Arbeitsstatus und Sozialkapital verglichen werden. Mehr als 60 % der Roma aus der Altersgruppe über 15 Jahre alt sind ökonomisch inaktiv. Ein großer Teil von den ökonomisch aktiven Roma arbeitet schwarz und ist schlecht bezahlt. Insgesamt ergibt sich eine enorme Anzahl von Personen, die weder versichert sind, noch in Pension gehen können, da sie nicht über die notwendigen Dienstjahre verfügen. Das dauerhafte Ausfallen der Roma aus dem Arbeitsmarkt ist der aussagekräftigste Indikator für ihre sozioökonomische Exklusion aus der

Gesellschaft (vgl. Nationaler Rat für die Zusammenarbeit in den ethnischen und Integrationsfragen 2012a: 6f.).

Die Gründe für die hohe Arbeitslosigkeitsrate unter den Roma sind vielfältig: „Undoubtedly, it is true that Roma are much less educated and qualified than the other ethnic communities in Bulgaria. (...) But there is discrimination on an ethnic basis, too. This discrimination becomes obvious when one compares the shares of the unemployed people with an equal level of education (...). Even when Roma have the same educational level as ethnic Bulgarians or Turks, when work is scarce, the level of unemployment among them is twice as high as in the other two groups (...). The other reason is that they possess less social capital. (...) The spatial segregation of the Roma also diminishes their chances to find a job. (...) Many people lose their feeling of connection to work in the formal economy. They no longer expect work to be a regular and regulating force in their lives. Young people grow up in an environment that lacks the idea of labor as a central experience of adults' lives. These circumstances increase the possibility that the residents will rely on illegitimate sources of income, thereby further weakening their attachment to the legitimate labor market.” (Tomova 2009: 76f.).

Die Arbeitslosigkeit ist nicht das einzige Problem, wodurch Roma auf dem Arbeitsmarkt betroffen sind. Die Arbeitsverhältnisse, die Roma offiziell oder unoffiziell eingehen, sind oft sehr prekär: „Not only is the employment of Roma people still very low but also lag the incomes of a large portion of those of them who work behind those of the other Bulgarian citizens. Roma are often employed for seasonal or temporary jobs or without any contracts. This practice leads to a permanent violation of their social rights. Roma often lack social, medical and work insurances and rarely enjoy additional social gains such as paid holidays, qualification courses, work dress, talons for food, additional medical insurance, etc. The risk that their work is not (fully) paid in case they have no contracts is very high. The working conditions in the grey economy are often much worse than in the regular sector and those who are engaged there rarely receive any health or syndicate protection.” (ebd.: 74).

Die Korrelation zwischen den Bereichen Bildung und Beschäftigung wird von den Interviewpartnern angesprochen sowie die Notwendigkeit, wirksame und aufeinander aufbauende Maßnahmen in den beiden Sphären zu unternehmen, hervorgehoben: „Die Beschäftigung hängt eng mit der Bildung zusammen.” (Kuzmanov 2013: Z. 767, Übersetzung T.G.); „Was die Beschäftigung betrifft – Bildung und Beschäftigung hängen immer sehr eng zusammen. (...) [L]aut des Nationalen Statistischen Instituts sind die Roma mit Hochschulabschluss weniger als 1 %, ungefähr 0,6 % der Roma haben einen

Hochschulabschluss. Fast alle von diesen 0,6 % (-) sind beschäftigt. Sehr selten kommt es vor, dass Roma mit Hochschulabschluss arbeitslos sind. (...) während 90 % der Roma mit Hochschulabschluss ein Job haben, haben 75 % der Roma mit Matura ein Job. Nur die Hälfte von den Roma, die nur die Grundschule abgeschlossen haben, hat ein Job. Und diese, die nicht einmal die Grundschule abgeschlossen haben, arbeiten sehr selten (--) legal.” (Dimitrov 2013: Z. 515ff., Übersetzung T.G.).

Das Fehlen von Bildung, Qualifikationen, Arbeitsgewohnheiten und professionellen Fähigkeiten formiert die Roma als Risikogruppe auf dem Arbeitsmarkt, was eine Reihe negativer sozialer und ökonomischer Auswirkungen als Folge hat. Bessere Chancen zur erfolgreichen Realisierung auf dem Arbeitsmarkt können nur durch die *reelle* Erwerbung von den notwendigen allgemeinbildenden und professionellen Kenntnissen und Fähigkeiten erreicht werden (vgl. Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik 2009: 2).

2.2.1 Resümee der wichtigsten staatlichen Integrationsmaßnahmen und Integration begünstigenden Maßnahmen im Beschäftigungsbereich

Das Nationale Programm für Beibringen von Lesen und Schreiben und Qualifizierung der Roma, das im Jahr 2006 vom Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik ausgearbeitet wurde, erzielt Verbesserungen im Integrationsprozess im Beschäftigungsbereich durch Erhöhung der Kenntnisse und Fähigkeiten der arbeitslosen, ungebildeten Roma mittels ihrer Ausbildung in Kurse, im deren Rahmen sie erstens Lesen und Schreiben lernen und zweitens professionelle Ausbildung bekommen können. Die Hauptziele dieses staatlichen Programms sind: (1) Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der arbeitslosen Roma durch Investition in ihrer Bildung; (2) Erhöhung der professionellen Qualifizierung der arbeitslosen Roma; (3) soziale Motivation zu aktiver Teilnahme am Arbeitsmarkt und Erhöhung der Bemühungen zur Verbesserung der eigenen Kenntnisse und Fähigkeiten; (4) Steigerung der Bildungsqualität durch Anwendung von für Erwachsene geeigneten Programmen und Lernmaterialien sowie durch Lehrkräfte mit Andragogik-Ausbildung; (5) Verbesserung der Zusammenarbeit und der Kooperation zwischen dem Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik, der Beschäftigungsagentur und den NGOs (vgl. ebd.: 2f.).

Das Programm umfasst Maßnahmen, die in zwei Modulen aufgeteilt sind: (1) Lesen und Schreiben beibringen und (2) professionelle Qualifizierung. Die Kurse des ersten Moduls dauern 5 Monate, umfassen 600 Lernstunden und enden mit einem Abschlusstest. Jede

Lerngruppe besteht aus 15 Personen. Auf das Bildungsniveau der Teilnehmer wird Rücksicht genommen. Roma werden auch finanziell gefördert, daran teilzunehmen, da der Umfang des für jeden Teilnehmer vorgesehenen Stipendiums direkt von der Anzahl der Anwesenheitsstunden abhängt. Am zweiten Modul, das eine professionelle Ausbildung vorsieht, können nur diese Personen teilnehmen, die das erste Modul erfolgreich absolviert haben. Für die Realisierung des Programms werden staatliche Ressourcen vorgesehen. Im Jahr 2008 wurden 878 820 Leva für die Ausbildung von 1 300 arbeitslosen Roma sichergestellt (vgl. ebd.: 3ff.). In der Periode 2006-2010 nahmen insgesamt 6289 Roma am Programm teil. Die Kosten für die gesamte Periode wurden auf 4 271 026 Leva geschätzt – davon 3 917 000 für das erste Modul und 354 000 für professionelle Qualifizierung.

Eine andere Initiative des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik, die ähnliche Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs von arbeitslosen Personen zum Arbeitsmarkt vorsieht, stellt das Nationale Programm „Von Sozialhilfe zu Sicherung von Beschäftigung“ dar. Das Programm richtet sich nicht nur auf Roma als Targetgruppe. Folgende Gruppen von Arbeitslosen können am Programm teilnehmen: dauerhaft Arbeitslose, die Sozialhilfe bekommen; Mitglieder aus Familien mit Kindern, in denen beide Eltern arbeitslos sind; arbeitslose Alleinerziehende u.a. Da Roma und Roma-Familien diese Kriterien sehr oft erfüllen, wirken sich die Maßnahmen des Programms vor allem auf ihre Integration begünstigend aus.

Die Hauptziele des Programms „Von Sozialhilfe zu Sicherung von Beschäftigung“ sind (1) Sicherung von Beschäftigung und soziale Integration der arbeitslosen Personen, die Arbeitslosen- und Sozialhilfe beanspruchen bzw. als solche registriert sind, durch Schaffung von Arbeitsplätzen z.B. im Bereich der Beschäftigung in gemeinnützigen und sozialen Aktivitäten oder in privaten Unternehmen und (2) Steigerung ihrer Konkurrenzfähigkeit durch professionelle Qualifizierung und Ausbildung. Eine win-win-Situation wird dabei angestrebt: Sicherheit für die arbeitslosen Personen und Verringerung der Kosten für Arbeitslosen- und Sozialhilfe für den Staat. Arbeitgeber bewerben sich im Rahmen des Programms mit ihren Projekten für die in Frage kommenden Beschäftigungsbereiche bei der Beschäftigungsagentur (vgl. Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik 2013: 1ff.). Die Summe der finanziellen Ressourcen für die Realisierung der Initiative für 2011 betrug 19,8 Millionen Leva. In diesem Jahr nahmen 28 943 Personen am Programm teil.

Problematisch erweist sich, dass eine Vielzahl von dauerhaft arbeitslosen Personen die Sozialhilfe als einen Weg zum Überleben wahrnimmt und dabei die Motivation zum Arbeiten verliert. Die Praxis, schwarz zu arbeiten, ohne irgendwelche Arbeitsverhältnisse einzugehen,

und gleichzeitig Sozialhilfe vom Staat zu bekommen, verfestigte sich innerhalb der Roma-Gemeinschaft als wichtigste Überlebenspraxis. Das aktuelle Design der Sozialsystems hat in bestimmten Fällen einen destimulierenden Effekt: z.B. auf Roma, die Sozialhilfe bekommen und keine ernsthaften Chancen haben, einen gut bezahlten Arbeitsplatz zu finden. Da der Mindestlohn in Bulgarien sehr niedrig ist, verzichten Roma oft auf niedrig bezahlte Jobs und beanspruchen Sozialhilfe. Die Sozialhilfe stellt nur eine temporäre und unzureichende Lösung ihrer Probleme dar, wodurch ihre soziale Unvollständigkeit und die daraus resultierende Exklusion aus der Gesellschaft sich nur vertiefen (vgl. Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik 2013: 1). Um den Anteil der von Sozialhilfe abhängigen gesunden und arbeitsfähigen Personen zu verringern, hat das Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik auch normative Änderungen unternommen, wodurch die Fristen für monatliche Sozialhilfe für Arbeitslosigkeit und Armut zunächst auf 18 und dann auf 12 Monate reduziert wurden (vgl. Tomova 2010: 136f.).

Als Teil des operativen Programms „Entwicklung der menschlichen Ressourcen“ 2007-2013, das unter anderem auch die Integration von verletzbaren Gruppen auf dem Arbeitsmarkt als Priorität hat, startete im Juni 2013 ein ähnliches Projekt - „Erhöhung der Qualifizierung und Integration der verletzbaren Gruppen auf dem Arbeitsmarkt“, das von Juni 2013 bis März 2014 mit finanziellen Mitteln aus den europäischen Fonds ausgeführt werden soll. Eine der größten Targetgruppen des operativen Programms bilden verletzbare Personen aus den ethnischen Gruppen, deren soziale Integration im Beschäftigungsbereich durch Maßnahmen wie Qualifizierung, Ausbildung (unter Anderem Erlernen von Fremdsprachen und Erwerben von Computerkenntnissen), Vermittlungsdienste bei Jobsuche, Schaffung von Arbeitsplätzen und Beschäftigung als Praktikanten gefördert wird.

Die speziell auf junge Menschen gerichtete Maßnahme „Neuer Arbeitsplatz“ wurde im Zusammenhang mit der Ausführung der Nationalen Strategie zur Integration der Roma von der Beschäftigungsagentur im Jahr 2012 ausgearbeitet. Sie erzielt die Ausbildung von jungen Menschen bis 29 Jahre alt, die im Beschäftigungsbüro als arbeitslos registriert sind, und unterstützt Unternehmen und Arbeitgeber beim Schaffen von neuen Arbeitsplätzen für diese Targetgruppe. Dazu werden auch Möglichkeiten zur professionellen Ausbildung der angestellten Jugendlichen geschaffen, damit ihre Integration im jeweiligen Beschäftigungsbereich leichter und erfolgreicher gelingt. Das gesamte Budget für die Verwirklichung dieser Maßnahme umfasst 18 000 000 Leva (vgl. Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik 2012: o.S.).

Als Resultat der 2007 auf Initiative des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik durchgeführten Untersuchung der Roma-Integration auf dem Arbeitsmarkt wird eine Möglichkeit zur effektiveren Ausführung der beschriebenen staatlichen Beschäftigungspolitiken und -maßnahmen durch die Einführung vom Amt Arbeitsmediator identifiziert. Diese Möglichkeit findet ihre Realisierung im Nationalen Beschäftigungsplan aus 2008. Die Arbeitsmediatoren haben als Vermittler Aufgaben wie z.B. die Beschäftigungsmaßnahmen den Roma zu erklären sowie die Arbeitslosen im Prozess der Arbeitssuche und bei der Registrierung im Beschäftigungsbüro zu unterstützen (vgl. Husseinov 2008: 187f.).

Eine Reihe anderer Programme, Projekte und Maßnahmen des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik, die Roma-Integration begünstigende Verbesserungen im Beschäftigungsbereich vorsehen, existieren: Projekt für Jugendliche, die die Schule verlassen haben, Nationales Programm „Aktivierung der inaktiven Personen“, Projekt „Realisierung“, die Rücksicht auf die zunehmende Tendenz der Marginalisierung und Isolierung der verletzbaren und tief von Arbeitslosigkeit betroffenen Gruppen, inkl. der ethnischen Gruppen, im Land nehmen.

Führend für alle diese Initiativen sind die Prinzipien der EU-Politik „Beschäftigung für soziale Integration“. Die europäische Politik erzielt Reintegration der Risikogruppen durch Sicherung von Arbeitsplätzen und Maßnahmen zur Überwindung der dauerhaften Arbeitslosigkeit. Die Maßnahmen fördern die Arbeitslosen und die inaktiven Personen, die Sozialhilfe bekommen, ihre Fähigkeiten zu vervollkommen oder neue zu entwickeln sowie ihre Arbeitsgewohnheiten wiederherzustellen, um bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben (vgl. Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik 2012: o.S.).

2.2.2 Auswertung, Defizite und Verbesserungsvorschläge

Die Integrationsmaßnahmen in diesem Bereich konzentrieren sich vor allem in Qualifizierung und Ausbildung von Roma und Schaffung von Arbeitsplätzen für dauerhaft aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossene Personen. In ihrer Mehrheit betreffen sie *nicht nur* Roma, sondern erzielen die soziale Inklusion einer Reihe von verletzbaren gesellschaftlichen Gruppen auf dem Arbeitsmarkt. Die meisten von diesen Maßnahmen sind *befristet* und werden nur für eine bestimmte Periode ausgeführt. Sie haben außerdem einen freiwilligen Charakter. Die Kurse, die organisiert werden, umfassen nur einen kleinen Teil der ungebildeten und unqualifizierten Roma, die freiwillig daran teilnehmen, und können

deswegen keine Auswirkungen auf die Situation der gesamten Gemeinschaft haben: „Die Regierung unternimmt sporadische Maßnahmen und Handlungen zu temporärer, subsidiärer Beschäftigung. Diese Maßnahmen umfassen nur Teil der dauerhaft arbeitslosen Menschen und tragen nicht deutlich für die Lösung des Arbeitslosigkeitsproblems unter den Roma im Land bei.“²⁸ (Dimitrov/Grigorova/Detscheva 2012: 41, Übersetzung T.G.).

Der Effekt der staatlichen Programme für Ausbildung und Qualifizierung der Roma wird nicht positiv bewertet: „Gleichzeitig ist der Effekt (...) nicht groß. Die Personen, die die Kurse zum Beibringen von Lesen und Schreiben besucht haben, werden nicht konkurrenzfähiger (...). Die Qualifizierungskurse, die nach den Kursen zum Beibringen von Lesen und Schreiben durchgeführt werden, bieten keine ausreichend gute Qualifizierung an, so dass der Benefizient sich darauf verlassen kann, dass er nachher angestellt wird. Immer noch existiert kein System zur Validisierung der Kenntnisse und Fähigkeiten (...).“ (Tomova 2010: 136, Übersetzung T.G.). Die Kurse zum Beibringen von Lesen und Schreiben decken nur das Minimum an Kenntnissen und bilden aus diesem Grund keine reelle Möglichkeit zur Realisierung auf dem Arbeitsmarkt. Die Qualifizierungskurse sind oft mit der spezifischen Situation auf dem Arbeitsmarkt in den einzelnen Regionen nicht abgestimmt.

Die Evaluierung der bisherigen Ausführung des Nationalen Programms „Von Sozialhilfe zu Sicherung von Beschäftigung“ zeigt, dass die Motivation und die Einstellung der Arbeitslosen nicht ausreichend für eine aktive Teilnahme an den Kursen sind. Eine große Anzahl von arbeitslosen Personen hat abgesagt, daran teilzunehmen. Andere haben aus „medizinischen Gründen“ sehr oft von den Kursen gefehlt.

Ausreichende Informationen über die Möglichkeit, an Programmen und Kursen teilzunehmen, können unter anderem auch an den Schulen mit einer hohen Anzahl von Roma-Schülern verbreitet werden. Am Ende jedes Schuljahres können Beratungstermine für die Absolventen angeboten werden, wodurch sie Unterstützung bei ihren professionellen Orientierung, Adaptierung an den Bedingungen am Arbeitsmarkt, Qualifizierung und Arbeitsmotivation bekommen werden. Für die Verbesserung der Motivation der Roma ist ebenfalls die stärkere Zusammenarbeit mit den Roma-NGOs notwendig.

Zweckmäßig ist die Sicherung von besseren Beschäftigungsbedingungen durch *kontinuierlich subventionierte* Programme. Für viele arbeitslose Roma stellt diese Möglichkeit die einzige Beschäftigungsalternative dar. Bessere Bedingungen für die vollwertige Inklusion der Roma-Bevölkerung sollen geschaffen werden, indem *mindestens* für einen Familienmitglied

²⁸ „Правителството предприема спорадични мерки и дейности за временна, субсидирана заетост. Тези мерки обхващат само част от дълготрайно безработните хора, но не допринасят значително за разрешава на проблема с безработицата сред ромите в страната.“ (Димитров/Григорова/Дечева 2012: 41)

Beschäftigung gesichert wird. Die Fristen für die Ausführung der Programme sollen länger sein.

Da Roma sehr oft in segregierten Stadtvierteln oder in Regionen, die vom Stadtzentrum und den urbanisierten Teilen der Städte entfernt sind, wohnhaft sind, haben sie begrenzten Zugang zu Informationsstellen und Kontakten, die ihre Jobsuche erleichtern können. Besserer Zugang für diese Personen kann durch die Schaffung von zusätzlichen „Filialen“ der Beschäftigungsbüros in den Zigeunerstadtvierteln oder in der Nähe von den segregierten Stadtvierteln ermöglicht werden. In diesen Filialen können wöchentlich Informationen über Arbeitsplätze, Kurse und neue Möglichkeiten zur Verfügung gestellt sowie persönliche Konsultationen angeboten werden. Dadurch wird auch dem Fakt, dass Roma in diesen Stadtvierteln und Regionen sehr oft nicht mobil sind sowie, bedingt durch ihre Ungebildetheit, sich selbst nicht gut informieren können, Rechnung getragen. Die erfolgreiche Realisierung dieser Verbesserungsvorschläge hängt sehr eng mit Veränderungen der administrativen Kapazität der verantwortlichen Institutionen und Strukturen zusammen.

Die Diskriminierung der Roma auf dem Arbeitsmarkt wird nicht ausreichend berücksichtigt. Obwohl die Diskriminierungspraktiken nicht mehr so offensichtlich sind, werden Roma bei der Jobsuche weiterhin diskriminiert: „Zum Beispiel wenn Roma auf der Jobsuche sind, finden sie schwieriger ein Job, sogar als Kellner oder Verkäufer, weil sie dieser Minderheit angehören. Vor allem wenn ihre Herkunft physisch erkennbar ist.“ (Kuzmanov 2013: Z. 948ff., Übersetzung T.G.). Ein Faktor, der den Integrationsfortschritt im Beschäftigungsbereich hemmt, lässt sich in den zwischenethnischen Verhältnissen auf dem Arbeitsplatz entdecken: „Das gleiche Verhalten Roma gegenüber lässt sich auch im Hinblick der Meinung der Teilnehmer bezüglich der Distanz im Berufsleben feststellen (--). Der durchschnittliche Bulgare will nicht am gleichen Arbeitsplatz mit einer Person aus der Roma-Gemeinschaft arbeiten, vor allem wenn die Person mit Roma-Herkunft eine höhere Position als seine Position annehmen würde. Das können Bulgaren nicht akzeptieren. Viel verständlicher ist für sie, wenn Roma unqualifizierte Jobs wie z.B. Reinigungskräfte oder Bauarbeiter haben. (Dimitrov 2013: Z. 377ff., Übersetzung T.G.).

Die Mentalität der Roma, die sich in patriarchalen Traditionen und Werten widerspiegelt, erweist sich ebenso als ein großes Hindernis für ihre erfolgreiche professionelle Realisierung: „Innerhalb ihrer Gemeinschaft heiraten sie traditionell sehr früh. Nach der achten Klasse heiraten die Mädchen normalerweise, wodurch ihr Zugang zu Bildung und daran anknüpfend auch das Finden von einem Job gehindert werden. Die Jungen (-) machen auch selten ihre Maturaprüfungen, sie beenden oft ihre Ausbildung nach der Grundschule und

finden ein Job als Bauarbeiter, in der Landwirtschaft usw. (--)" (Kuzmanov 2013: Z. 775ff., Übersetzung T.G.). Informationskampagnen können Veränderung in dieser Hinsicht in einer längerfristigen Perspektive eventuell beibringen.

Immer noch werden Roma nicht als wichtige Menschenressource wahrgenommen, sogar unter den Bedingungen der wachsenden demographischen Krise im Land. Die bulgarische Regierung initiiert keine zielgerichteten Aktivitäten zur Steigerung des Beschäftigungsniveaus unter den Roma, sondern arbeitet weiterhin in Richtung Sicherung von einer befristeten subsidiären Beschäftigung, wodurch nicht mehr als eine temporäre Lösung des Problems und seine Verschiebung in die Zeit zu erreichen sind. Die Regierende sollen ernsthafte Maßnahmen, die das Problem der zunehmenden Diskriminierung der Roma auf dem Arbeitsmarkt adressieren, unternehmen (vgl. Dimitrov/Grigorova/Detscheva 2012: 8).

2.3 Integration der Roma im Bereich der Gesundheitsfürsorge

Die gute Gesundheit ist ein Wert an und für sich und stellt einen unabänderlichen Teil der wesentlichen Menschenrechte dar. Sie ist in der Regel eine notwendige Voraussetzung für die erfolgreiche Realisierung der Menschen auf dem Arbeitsmarkt sowie für ihre vollwertige Integration in allen restlichen sozialen Strukturen. Der Gesundheitsstatus der Roma ist niedrig und ihr Zugang zum Gesundheitsschutz – begrenzt. Die Roma-Gemeinschaft zeichnet sich durch hohe Kinder- und Muttersterblichkeit, niedrige Lebensdauer, hohe Invalidität und äußerst schlechte Lebensqualität für die kranken Personen und ihre Familien aus. Die Erleichterung des Zugangs zu medizinischen Dienstleistungen, die Erhöhung der Gesundheitskultur und der diesbezüglichen Informiertheit sowie die daran anknüpfende Verbesserung der Gesundheit von Millionen Roma sind wichtige Indikatoren für die Fähigkeit der verantwortlichen Institutionen, positive Veränderungen in dieser Sphäre zu erreichen sowie Lösung für ein wichtiges transnationales soziales Problem zu finden. Es stellt eine riesige Herausforderung für die europäischen und nationalstaatlichen Institutionen dar. Seine Handhabung zeigt, inwieweit diese fähig sind, das Leben und die Menschenrechte als wichtige moralische, humanitäre und soziale Werte zu schützen (vgl. Tomova/Nikolova 2011: 6f.).

Der Gesundheitszustand der Nation, inkl. der Personen aus den ethnischen Minderheiten, wird im Hinblick auf vielfältige Kriterien wie z.B. demographische Prozesse, Krankenstand, Risikofaktoren, physische Entwicklung und Leistungsfähigkeit sowie

Selbsteinschätzung der Gesundheit, bewertet. Der Gesundheitszustand der verletzbaren ethnischen Minderheiten im Land kann nicht außerhalb des Kontexts der tief greifenden Krise, in der sich der bulgarische Gesundheitsschutz befindet, betrachtet werden. Das Ausmaß der finanziellen Mittel, die aus dem staatlichen Budget für Gesundheitsschutz bestimmt sind, ist minimal und höchst unzureichend. Das gesamte Gesundheitssystem funktioniert nicht effektiv. Mehr als ein Million bulgarische Bürger sind nicht krankenversichert. Große Lücken bestehen im Bereich der Durchführung von regelmäßigen prophylaktischen Untersuchungen, der frühen Diagnostizierung von Krankheiten und ihrer rechtzeitigen Behandlung (vgl. Ivanov 2008: 71).

Die demographischen Prozesse innerhalb der Roma-Gemeinschaft, die ein wichtiges Kriterium für die Bestimmung ihres Gesundheitszustands sind, haben ihre Spezifiken. Sie ist die jüngste Gemeinschaft im Land – 2/3 sind Kinder oder junge Menschen. Obwohl sie die jüngste ethnische Gemeinschaft im Land sind, sind sie nicht die Gemeinschaft mit dem besten Gesundheitsstatus. Aufgrund der breit verbreitenden Unmöglichkeit, sich rechtzeitige und lang andauernde medizinische Behandlung zu leisten, tritt die Sterblichkeit bei vielen Roma viel früher als beim Rest der Bevölkerung ein. Auch die Letalität bei Erkrankungen wie Herzinfarkt, Insult oder Lungenentzündung ist entsprechend höher. Die durchschnittliche Lebensdauer der Roma ist kurz – 10 Jahre kürzer als die Durchschnittlebensdauer für das Land. Die Kindermortalität ist ebenfalls höher. Der Anteil der Personen über 60 Jahre an der Roma-Gemeinschaft ist vier Mal kleiner als der Anteil dieser Altersgruppe an der bulgarischen Gesellschaft.

Roma leiden oft unter chronischen oder schweren Erkrankungen und sind an hohen Risiken auf dem Arbeitsmarkt sowie im Hinblick auf die schlechten Wohnbedingungen und die Armut in den segregierten Zigeunerstadtvierteln ausgesetzt. Ein wichtiger Indikator für die Bestimmung ihres Gesundheitsstatus sind die Wohnbedingungen. Der Mangel an elementaren hygienischen Bedingungen und die Übervölkerung in den Roma-Wohnungen und -Stadtvierteln sind wichtige Gründe für die schwierige Bewältigung der Infektionskrankheiten und ihr Überwachsen in Epidemien. Die Armut und die schlechten Wohnbedingungen sind nicht die einzigen Faktoren, die einen schlechten Einfluss auf die Gesundheit der Roma ausüben. Ein großer Teil der Roma hat eine sehr niedrige Gesundheitskultur, die zur Verschlechterung der Probleme führt (vgl. Tomova/Nikolova 2011: 308).

Fast die Hälfte der Roma im Land ist nicht krankenversichert, so dass sie über keinen gleichberechtigten Zugang zu medizinischen Dienstleistungen verfügen.²⁹ Die Tendenz der frühen Heirat, der Geburt des ersten Kindes im Jünglingsalter und der nächsten Geburten mit einem sehr kurzen Intervall zwischen ihnen bleibt bestehen und führt zu einer Verschlechterung der Gesundheit vieler Roma-Frauen. Ein spezifisches und sehr breit verbreitetes Problem bei den Roma-Kindern und -Neugeborenen, das das Bild der Gesundheitssituation der Roma in Bulgarien vervollständigt, ist die Nicht-Immunisierung, die die Unverantwortlichkeit der Eltern nicht nur bezüglich der eigenen Gesundheit, sondern auch bezüglich der Gesundheit der Kinder signalisiert (vgl. Nationaler Rat für die Zusammenarbeit in den ethnischen und Integrationsfragen 2010: 2ff.). Heutzutage haben immer mehr Roma-Eltern Schwierigkeiten beim Aufziehen ihrer Kinder. Für einen sehr großen Teil der Eltern und besonders für die arbeitslosen Roma-Eltern spielen die Mutterschaftsprivilegien und die Kinderzuschläge eine sehr große Rolle bei der Formierung des Monatsbudgets der Familie (vgl. Petrov 2009: 46), so dass sie die Mutterschaft und ihre Kinder als Einkommensquelle ausnutzen. Die Roma-Kinder bilden somit eine eigene Risiko-Gruppe. Die gesundheitlichen Probleme der Roma führen zu einer sehr niedrigen Leistungsfähigkeit (vgl. Nationaler Rat für die Zusammenarbeit in den ethnischen und Integrationsfragen 2010: 2ff.).

2.3.1 Resümee der wichtigsten staatlichen Integrationsmaßnahmen und Integration begünstigenden Maßnahmen im Bereich der Gesundheitsfürsorge

Die Politik des Ministeriums für Gesundheitsschutz ist auf die Schaffung von Bedingungen zur Sicherung des gleichen Zugangs zu Gesundheitsdienstleistungen für alle bulgarischen Bürger, abgesehen von Geschlecht, Alter, ethnischer, sozialer oder politischer Zugehörigkeit, gerichtet. Besondere Aufmerksamkeit wird der Verbesserung der Gesundheitsbedienungen von Gruppen in ungünstiger Lage, inkl. der Roma-Bevölkerung, im Hinblick auf ihre im Vergleich mit den durchschnittlichen Werten für das Land mehrmals schlechteren Gesundheitsindikatoren geschenkt.

Konkrete Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung des Gesundheitszustands der Personen aus den ethnischen Minderheiten sind in der Gesundheitsstrategie für die Personen

²⁹ 1/3 der Roma in Bulgarien besitzen keinen Lichtbildausweis und daran anknüpfend auch keine Krankenversicherung. Das Fehlen eines Lichtbildausweises schließt sie automatisch aus allen öffentlichen und administrativen Diensten aus – diese Personen existieren für den Staat quasi nicht (Dimitrov/Grigorova/Detscheva 2013: 45).

aus den ethnischen Minderheiten, die sich in einer ungleichwertigen Lage befinden, für die Periode 2005-2015 und im dazu ausgearbeiteten Aktionsplan 2011-2015 zu finden (vgl. ebd.: 1f.). Hauptziele der Gesundheitsstrategie sind: (1) Überwindung der negativen Tendenzen bezüglich der Gesundheit der Personen aus den ethnischen Minderheiten sowie Schaffung von Bedingungen für ihre Verbesserung; (2) Sicherung des gleichen Zugangs zu Gesundheitsdienstleistungen; (3) Erhöhung der Gesundheitskultur und Sicherung des Zugangs zu Gesundheitsinformation; (4) Überwindung der kulturellen Barrieren und jeglicher Formen von Diskriminierungseinstellungen und –praktiken und (5) Erhöhung des Anteils der krankenversicherten Personen in den ethnischen Gemeinschaften. Sie geben die Richtlinien für die notwendigen Handlungen für die Verbesserung der sozialen Integration der Roma und der anderen ethnischen Minderheiten im Bereich der Gesundheitsfürsorge.

Im Aktionsplan der Strategie für die Periode 2011-2015 werden Ressourcen, Fristen, verantwortliche Institutionen und Indikatoren für die Realisierung der geplanten Aktivitäten und Maßnahmen festgelegt. Einige der wichtigsten Maßnahmen, die bis 2015 realisiert werden sollen, sind: Verminderung der Kindermortalität durch frühe Registrierung und Überwachung der Schwangerschaft sowie Sicherung von regelmäßigen Untersuchungen und medizinischer Konsultation; Verminderung der Schwangerschaft im Jünglingsalter durch Beratung und frühe Diagnostizierung von Erbkrankheiten; rechtzeitige Registrierung und Immunisierung der neugeborenen Kinder; regelmäßige Durchführung von prophylaktischen Untersuchungen der Kinder und stärkere Zusammenarbeit mit Ärzten und Gesundheitsmediatoren; Verbesserung der Informiertheit durch entsprechende Kampagnen und Organisation von systematischen prophylaktischen Untersuchungen zur frühen Diagnostizierung von unterschiedlichen Erkrankungen; Konsultationsdienste und Einrichtung von „mobilen Sprechzimmer“ für Information über und Prävention von Geschlechtskrankheiten; Ausbildung von Gesundheitsmediatoren und Identifizierung von Regionen, in denen Gesundheitsmediatoren notwendig sind; Erhöhung des Anteils der Ärzte und des medizinischen Personals mit Roma-Herkunft durch Sicherung von Stipendien und Ausbildungsmöglichkeiten für Vertreter der Roma-Gemeinschaft; Verbreitung von Informationen über Krankheiten und Risikofaktoren; Ausbildung der Spezialisten für effektive Arbeit in multiethnischer Umgebung; Ausbildung und Information der Roma über ihre Rechte und Pflichten als Patienten (vgl. Nationaler Rat für die Zusammenarbeit in ethnischen und Integrationsfragen 2011: 1ff.).

Im Rahmen des Projekts „Verbesserung des Zustands und Integration der Minderheitengruppen in ungleichwertiger Lage mit speziellem Fokus auf Roma“ werden 1,6

Milliarden Euro in der Realisierung von Integrationsmaßnahmen aus dem Gesundheitsfürsorgebereich investiert. Am Projekt, das vom Februar 2008 bis Juli 2009 ausgeführt wurde, nahmen sechs Landesgebiete teil. 100 Vertreter aus Institutionen und Organisationen, die in der Sphäre der Gesundheitsfürsorge tätig sind, wurden ausgebildet, um in einer multiethnischen Umgebung effektiver arbeiten zu können. 6300 Untersuchungen wurden in den drei mobilen und komplett neu eingerichteten Laboratorien durchgeführt. 23 mobile Sprechzimmer wurden speziell für die Durchführung von prophylaktischen Untersuchungen von Vertretern der Roma-Gemeinschaft geschaffen (vgl. Ministerium für Gesundheitsschutz 2009: o.S.). Im Jahr 2010 wurden mehr als 25 000 Untersuchungen im Land gemacht, wobei 7000 Personen diagnostiziert wurden und entsprechende Anweisungen zur notwendigen medizinischen Behandlung bekommen haben. Die Bemühungen des Ministeriums fokussieren sich vor allem auf die Durchführung einer präventiven Gesundheitspolitik. Jährlich werden finanzielle Mittel für die Durchführung von prophylaktischen Untersuchungen und Immunisierungen in den Regionen mit einem großen Anteil der Roma-Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

Im Jahr 2009 startete ein Stipendienprogramm für die Unterstützung von Medizinstudenten und Spezialisanten mit Roma-Herkunft, das die Überwindung der Diskriminierung im Gesundheitsfürsorgebereich erzielt. Die Initiative kam vom Institut Offene Gesellschaft Sofia in Zusammenarbeit mit dem Bildungsfonds für die Roma. Mit dem wachsenden Interesse am Programm, das immer noch ausgeführt wird, bekam es auch die Unterstützung des Ministeriums für Gesundheitsschutz und des Ministeriums für Wissenschaft und Bildung und ist ein Beispiel für die Kooperation zwischen den verantwortlichen staatlichen Institutionen und den zivilgesellschaftlichen Organisationen, die für die Verbesserung der Integration der Roma zusammenarbeiten. Zurzeit werden jährlich 80-100 Stipendien für Medizinstudenten aus der Minderheit vorgesehen. Im Jahr 2009 haben sich nur 30 Personen beworben. In diesem Jahr gab es ungefähr 150 Kandidaten - 80 davon bekamen Stipendien (vgl. Dimitrov 2013: Z. 457ff.).

Eine andere Maßnahme zur Verbesserung des Gesundheitszustands der Roma stellt die Einführung des Amts Gesundheitsmediator dar. Dieses Amt soll als „Brücke“ zwischen der Gemeinschaft der Roma und den Gesundheits- und sozialen Dienststellen dienen: „Die[] Gesundheitsmediatoren haben die Aufgabe zu vermitteln, zu informieren und den Roma, die einen erschwerten Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen bzw. zu Gesundheitseinrichtungen und -institutionen haben, zu helfen. (...) Sie helfen nicht nur, dass Roma besser in Kontakt mit Ärzten kommen, sie stehen auch gerne selbst zur Verfügung und diskutieren mit ihnen

Fragen wie Gesundheit, Mutterschaft, Kinderpflege, Gesundheitsprophylaxe usw.“ (ebd.: Z. 451ff., Übersetzung T.G.). Das von Ministerium für Gesundheitsschutz entwickelte Netz von Gesundheitsmediatoren umfasst im Moment 109 Personen, die sowohl die Roma-Bevölkerung als auch das medizinische Personal in 57 Gemeinden unterstützen.

Das Ministerium für Gesundheitsschutz hat außerdem eine Reihe von nationalen Programmen ausgearbeitet und angenommen - Nationales Programm für Prophylaxe und Kontrolle von HIV und Geschlechtskrankheiten, Nationales Programm für Prophylaxe, frühere Diagnostizierung und Behandlung von Tuberkulose, Nationales Programm für Prävention, Behandlung und Rehabilitation von Rauschgiftsüchtiger, Nationaler Plan für die Stärkung des Systems zur Infektionskrankheitenüberwachung u.a., die unter anderem auch Aktivitäten, die die Integration der Roma im Bereich der Gesundheitsfürsorge begünstigen können, enthalten (vgl. ebd.: 5). Viele NGOs arbeiten ebenso aktiv für die Verbesserung der Gesundheit der Personen aus den ethnischen Minderheiten.

2.3.2 Auswertung, Defizite und Verbesserungsvorschläge

Die Roma-Gemeinschaft ist Zielgruppe in einer Reihe von strategischen Dokumenten im Bereich der Gesundheitsfürsorge, die größtenteils die wichtigsten Gesundheitsdefizite der Roma berücksichtigen. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben diese Dokumente keine reelle Verbesserung des Gesundheitsstatus der Roma bewirkt: „Wie in den meisten Sphären der öffentlichen Politik sind die strategischen Dokumente für die Integration der Roma auch im Bereich der Gesundheitsfürsorge gut ausgearbeitet und definiert, besonders nach dem Beitritt Bulgariens in die EU (...). Dies genügt für die effektive Inklusion der Roma in die Gesellschaft aber nicht. Viele Hindernisse und Barrieren, die überwunden werden sollen, existieren immer noch. Die meisten Maßnahmen für die Integration der Roma sind Teil der nationalen Grundpolitiken und richten sich nicht ausdrücklich auf die Roma, wodurch ihre uneffektive Ausführung bedingt wird. Die ethnische Minderheit der Roma stellt weiterhin keinen gleichwertigen Teil der bulgarischen Gesellschaft dar.“³⁰ (Dimitrov/Grigorova/Detscheva 2012: 46, Übersetzung T.G.).

³⁰ „Както и в повечето сфери на публичната политика, стратегическите документи за интеграция на ромите са добре разработени и дефинирани и в областта на здравеопазването, особено след присъединяването на България към ЕС (...). Това, оказва се не е достатъчно за ефективното приобщаване на ромите към обществото и все още има много пречки и бариери за преодоляване. Повечето мерки ориентирани към ромите са основни национални политики и не са насочени изрично към ромите, което води и до тяхното неефективно изпълнение и ромското етническо малцинство продължава да не бъде част от българското общество.“ (Димитров/Тригорова/Дечева 2012: 46).

Die nationalen Maßnahmen im Bereich der Gesundheitsfürsorge adressieren die Verbesserung des Zugangs zu Gesundheitsdienstleistungen, Prävention und Prophylaxe, Behandlung von diagnostizierten Erkrankungen, Informations- und Erklärungskampagnen und Unterstützung beim Aufbau des Gesundheitsmediatorennetzes. *Einige Projekte* werden mit staatlicher und europäischer Finanzierung erfolgreich realisiert (vgl. ebd.).

Die Maßnahmen in diesem Integrationsbereich zeichnen sich durch die gleichen Problemstellen wie die Maßnahmen in den anderen Sphären der sozialen Integration aus. Sie werden nur für eine bestimmte unzureichende Periode ausgeführt wie z.B. im Projekt „Verbesserung des Zustands und Integration der Minderheitengruppen in ungleichwertiger Lage mit speziellem Fokus auf Roma“. Die Fristen für die Realisierung der breit gelegten Integrationsziele sind unrealistisch. Viele Maßnahmen sollen bis 2015, wenn die Dekade der Roma-Inklusion endet, erfolgreich realisiert werden.

Die Maßnahmen haben außerdem einen freiwilligen Charakter, so dass ihr Erfolg im großen Ausmaß vom Willen und von der Kooperationsbereitschaft der Roma abhängt. Roma entscheiden selbst, ob sie von der Möglichkeit, kostenlos untersucht und gegebenenfalls auch diagnostiziert zu werden, Gebrauch machen möchten. Die Durchführung von mindestens einer jährlichen prophylaktischen Untersuchung soll obligatorisch sein und von einem zuständigen staatlichen Organ kontrolliert bzw. überwacht werden. Erst dadurch die Sicherung von regelmäßigen Untersuchungen und medizinischen Konsultationen in der Praxis erfolgen. Das gleiche Problem betrifft den Bereich der frühen Registrierung und Überwachung von Schwangerschaft sowie der Registrierung von neugeborenen Kindern. Mehr Bemühungen sollen für die Verbreitung von Informationen und die Organisation von Informationskampagnen bzw. für die Informierung der Roma über ihre Rechte und *Pflichten* als Patienten angestellt werden. Dabei muss dem Fakt, dass viele Roma bzw. Roma-Familien keinen oder nur einen sehr begrenzten Internet- und Medienzugang haben, Rechnung getragen werden.

Die vorhandenen Ressourcen sind definitiv nicht ausreichend. Viele Problemstellen hängen eng mit dem Finanzierungsaspekt zusammen. Die Anzahl der gemachten prophylaktischen Untersuchungen und diagnostizierten Erkrankungen ist in Betracht der Anzahl der Roma im Land minimal. Die Anzahl der mobilen Sprechzimmer sowie der ausgebildeten Gesundheitsmediatoren ist in Betracht der durchschnittlichen Werte der Gesundheitsindikatoren für die Roma-Gemeinschaft ebenfalls nicht ausreichend. Dadurch können keine erheblichen Resultate in der Präventionssphäre erreicht werden. Die bisher erreichten Resultate wie z.B. Organisation von 25 000 prophylaktischen Untersuchungen im

Jahr 2010 oder Ausbildung von mehr als 100 Gesundheitsmediatoren sollen trotzdem nicht unterschätzt werden.

Die schlechte Gesundheit der Roma und die Ungleichheiten im Zugang zu Gesundheitsfürsorge sind Grundhindernisse für die erfolgreiche Realisierung der sozialen Integration der Roma in Bulgarien. Der Fakt, dass ein großes Prozent der Roma nicht krankenversichert ist, führt zu einer Verstärkung der Distanz zwischen Roma und Nicht-Roma. Die dadurch bedingte Distanz wird in der Nationalen Strategie zur Integration der Roma sowie in den restlichen Integrationsprogrammen und –projekten nicht ausreichend berücksichtigt. Diese Feststellung wird von der Europäischen Kommission in ihrer Bewertung der Nationalen Strategie Bulgariens bekräftigt. Im Jahr 2012 werden in Bulgarien laut der Kommission gar keine Handlungen zur Überwindung dieses Problems unternommen. Auch im Bericht aus der Untersuchung der Agentur der Union für Grundrechte aus 2012 „The situation of roma in 11 EU member states“ wird diese Problematik unterstrichen: „There are noticeable differences when comparing Roma and non-Roma responses in Greece, Romania and Bulgaria in particular, where only around 45 % of the Roma said they have medical insurance in contrast to around 85 % for the non-Roma. A small number of the Roma surveyed in Bulgaria (...) said that they do not know or that they could not understand the question.“ (European Union Agency for Fundamental Rights 2012: 21). Obwohl im Rahmen einer einjährigen Periode keine großen Resultate erreicht werden können und die Erwartung einer raschen Entwicklung nicht realistisch ist, sollen Bemühungen für Veränderungen im Modell des funktionierenden Gesundheitssystems, das als Quelle einer systematischen Exklusion betrachtet werden kann, dringend angestellt werden, damit Resultate zumindest in einer absehbaren Zeit erreicht werden (vgl. Dimitrov/Grigorova/Detscheva 2012: 48).

Damit die negative Tendenz bezüglich des Gesundheitszustands der Roma beendet wird, reicht es nicht aus, Roma in die existierenden Gesundheitsprogramme zu inkludieren und als eine von vielen Target-Gruppen anzusprechen. Nötig sind dringende zusätzliche Maßnahmen wie z.B. *obligatorische* Massenimpfungen oder Tuberkulose-Screening von *gesamten* Gemeinschaften, wodurch die bestehenden Lücken in der Gesundheitsfürsorge zu kompensieren und Integrationshandlungen einzuholen sind. Themen wie Gesundheitskultur oder Familienplanung sollen verstärkt in den Schullehrplänen oder sogar auf dem Arbeitsplatz angesprochen werden (vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen 2002: 8).

Die Bemühungen zur Verbesserung der Gesundheit der Roma können sich nicht nur im Bereich der medizinischen Hilfe, der Prophylaxe und der Gesundheitsausbildung konzentrieren. Wichtige Voraussetzungen für den Erfolg der staatlichen Politik in diesem

Bereich sind die Verminderung der Arbeitslosigkeit und der Armut, die Erhöhung der Einkommen, die Verbesserung der Infrastruktur und der Wohnbedingungen, die Erhöhung des Bildungsstatus und des Allgemeinwissens von Roma. Von besonderer Bedeutung sind Veränderungen und Reformen im Gesundheitsfürsorgesystem wie z.B. Erhöhung der staatlichen Ressourcen für Gesundheitsfürsorge sowie Senkung der Preise für lebensrettende Medikamente (vgl. Nationaler Rat für die Zusammenarbeit in den ethnischen und Integrationsfragen 2010: 8).

2.4 Integration der Roma im Wohnbereich

Ein großes Problem, vor dem die bulgarischen Roma heutzutage stehen, ist die Zunahme der räumlichen Abgesondertheit ihrer Gemeinschaft. Die Konzentration der Roma in abgesonderten Stadtvierteln hat in den letzten 15 Jahren sowohl in den städtischen als auch in den ländlichen Regionen zugenommen (vgl. Nationaler Rat für die Zusammenarbeit in den ethnischen und Integrationsfragen 2012a: 5f.). Die räumliche Segregation betrifft ungefähr 4/5 der Vertreter der Roma-Gemeinschaft im Land. Sie hängt mit schwerwiegenden Problemen der Wohnungsumgebung wie z.B. illegalen Gebäuden, Wohnungen, die die elementaren hygienischen Normen nicht entsprechen, Übervölkerung, Mangel an technischer Infrastruktur oder schlechtem Zustand der vorhandenen Infrastruktur, die die Gesundheit und das Leben einer Vielzahl von Roma-Familien gefährdet, zusammen (Tomova 2010: 141f.). Die Konzentration der Roma in abgesonderten Stadtvierteln führt oft zu Verschlechterung der Wohnungsbedingungen, zu Problemen beim Aufbau und bei der Wartung der Infrastruktur, zu Transportproblemen sowie zu Schwierigkeiten bei der Sicherung von öffentlichen Dienstleistungen (vgl. Nationaler Rat für die Zusammenarbeit in den ethnischen und Integrationsfragen 2012a: 5f.).

Ein bedeutender Anteil der Roma, die in den Städten wohnen, bewohnen überfüllte Stadtviertel, oft außerhalb der städtischen Regulation, an Orten ohne Wasserleitungs- und Kanalisationsnetz oder mit einem sehr schlecht funktionierenden Wasserleitungs- und Kanalisationsnetz. Sie zeichnen sich außerdem oft durch ein illegales Stromnetz aus. Manche von diesen Stadtvierteln haben gar keinen Stromzugang. Die ländlichen Regionen verfügen im Prinzip über ein schlechtes Kanalisationssystem und das bedingt die schlechteren Wohnbedingungen der Roma in diesen Regionen. Immer noch wohnen 2/5 der Roma in Wohnungen ohne Wasserleitung. Sie sind auf alternative Möglichkeiten zur Wasserversorgung wie z.B. auf öffentliche Wasserleitungen hingewiesen. 3/5 der Roma-

Wohnungen haben keine Verbindung zum zentralen Kanalisationssystem und in 4/5 der Wohnungen ist keine Toilette vorhanden (vgl. ebd.). Die Mehrzahl der Gebäude ist mit Handmaterialien gebaut, illegal und im Verstoß gegen die existierenden Stadtpläne. Das Straßennetz und die kommunale Infrastruktur in diesen Stadtvierteln sind ebenfalls in einem sehr schlechten Zustand.

Eine Reihe von regionalen Untersuchungen stellt neben der beunruhigenden Tendenz einer Verschlechterung der Wohnbedingungen in den abgesonderten Roma-Stadtvierteln auch eine andauernde, für die Roma-Gemeinschaft charakteristische Armut fest. Viele Roma-Haushalte leben unter der Armutsschwelle für das Land. Obwohl die meisten Roma in Bulgarien seit Langem eine sesshafte Lebensweise führen, besitzen sie keinen Boden und keine Immobilien bzw. keine eigene Wohnung. Umso bedeutender ist diese Feststellung, wenn in Betracht gezogen wird, dass ungefähr 90 % der leistungsfähigen Personen in Bulgarien eine eigene Wohnung haben (vgl. Nationaler Rat für die Zusammenarbeit in den ethnischen und Integrationsfragen 2006: 7).

Darüber hinausgehende Probleme der räumlichen Segregation sind die Sozialisierungsprobleme ihrer Bewohner und vor allem der jungen Menschen. Einige der schlimmsten Folgen der Abgesondertheit und der sozialen Isolation sind die Verschlechterung der Möglichkeiten zur Vorbereitung der jungen Generationen für die Arbeitsverhältnisse in der formalen Wirtschaft und die sich dadurch verstärkenden Schwierigkeiten beim Suchen und Finden von Arbeitsplätzen (vgl. Nationaler Rat für die Zusammenarbeit in den ethnischen und Integrationsfragen 2012a: 5f.). In vielen Ghettos, in denen ein bedeutender Anteil der Erwachsene lange Zeit ohne einen festen Arbeitsplatz oder in Misere lebt, verwandelt sich die traditionelle Roma-Kultur in eine Kultur der Armut.

Die räumliche Segregation erschwert ernsthaft den Zugang zum Arbeitsmarkt, zur qualitativ hochwertigen Bildung, zu Gesundheitsdienstleistungen, zu wichtigen administrativen Einheiten. Sie stellt somit ein enormes Hindernis für die erfolgreiche soziale Integration der Roma in der bulgarische Gesellschaft dar (vgl. Tomova 2010: 142): „Efforts to improve equal treatment and foster social inclusion need to actively combat residential segregation. (...) Segregation can severely limit the access to education, employment and health care for many Roma and Travellers. Segregated or insecure settlements mean inadequate or interrupted access to schooling; living in segregated sites means fewer opportunities to hear about work or to use public transport to get to work, and there is evidence that having an address in a certain Roma area means that job applications are rejected outright. Inadequate standards of housing leads to poor health and higher incidences

of diseases, and segregated sites mean more difficult access to medical facilities. There is also evidence that segregation makes Roma and Travellers more susceptible to violent attacks.” (European Union Agency for Fundamental Rights 2009: 5).

Die aktuelle Situation im Wohnbereich wird von den Interviewpartnern als besonders besorgniserregend beschrieben: „Ahm, was die Wohnungssituation betrifft (-), das ist vielleicht *das schwierigste Thema*. Das Problem in diesem Bereich wurde (-) mit Jahren total vernachlässigt, so dass heutzutage viele illegale Stadtviertel bzw. illegale Gebäude in diesen Stadtvierteln existieren. Obwohl diese Gebäude oft illegal gebaut worden sind, haben sie einen legalen Zugang zu öffentlichen Diensten wie Strom, Kanalisation usw. Das sollte praktisch nicht möglich sein. (...) Zu vielen Stadtvierteln, in denen Roma segregiert wohnen, existieren keine Kartographien. Einige von diesen Stadtvierteln figurieren nicht einmal in den Stadtplänen. Nur ungefähr 40 % der Roma haben Zugang zu öffentlichen Diensten, wie Kanalisation, Strom, fließendem Wasser usw. (-) (...) [I]n nur 2 % der Zigeunerstadtviertel sind Kinderspielplätze oder Kindergärten vorhanden. (-) In der Entwicklung dieser Stadtviertel wird nicht investiert, infrastrukturell betrachtet. Die Straßen sind aufgebrochen, es gibt nur sehr wenige Straßen, die gut asphaltiert sind. (---) ” (Dimitrov 2013: Z. 475ff., Übersetzung und Hervorhebung T.G.). Der Wohnbereich wird als die Sphäre, in der die meisten Defizite vorhanden sind und entsprechend die meisten Bemühungen angestellt werden müssen, bezeichnet: „Bezüglich der Wohnungssituation (...), in diesem Bereich soll am meisten gearbeitet werden.” (Kuzmanov 2013: Z. 746f., Übersetzung T.G.). Die offiziellen soziologischen Untersuchungen der Ungleichheit der Lage der Roma-Gemeinschaft im Land reihen die schlechten Wohnbedingungen bzw. die Unmöglichkeit, eine eigene Wohnung zu haben, an erster Stelle.

Die Lösung der Probleme in diesem sozialen Bereich ist sehr komplex, da sie erstens von der ökonomischen Stabilität der gesamten Gesellschaft und zweitens von der ökonomischen Stabilität der jeweiligen Familie, die sich in einer ungleichwertigen Lage befindet, abhängt. Die Mehrzahl der Roma verfügen immer noch über kein festes Einkommen bzw. über keine ökonomische Stabilität. Als Resultat ihrer stark begrenzten finanziellen Möglichkeiten und der quasi völlig fehlenden Kaufkraft können sich Roma sowohl keine eigene Wohnung als auch die Miete einer Wohnung bzw. keine Sicherheit leisten. Damit normale Wohnbedingungen für die Roma gesichert werden, sollen der Staat, die Gemeinden, die NGOs sowie das Banksystem ihre Bemühungen zur Unterstützung der Roma-Gemeinschaft unbedingt einigen und koordinieren (vgl. Nationaler Rat für die Zusammenarbeit in den ethnischen und Integrationsfragen 2006: 9f.).

2.4.1 Resümee der wichtigsten staatlichen Integrationsmaßnahmen im Wohnbereich

Das staatliche Hauptdokument für die Integration der Roma im Wohnbereich ist das Nationale Programm für die Verbesserung der Wohnbedingungen der Roma in der Republik Bulgarien für die Periode 2005-2015. Der Fokus des Programms liegt auf der Verbesserung der Wohnbedingungen der Roma in den städtischen Regionen und das wird mit dem schlechteren Zustand, mit den ernsthafteren und dringenden Herausforderungen und mit den schwerwiegenderen und vielfältigeren Problemen in den großen Städten argumentiert. Trotzdem richten sich die Vorschriften aus dem Programm an alle Gemeinden und Regionen mit einem großen Anteil von Roma-Bevölkerung. Drei Prioritäten lassen sich im Programm klar abgrenzen: (1) Ausarbeitung von Strategien für die kommunale ökonomische Entwicklung der Ortschaften, inkl. der Roma-Stadtviertel; (2) Vervollkommnung der Gesetzgebung und Beschaffung von Bedingungen für Regulierung und bauliche Gestaltung der Roma-Stadtviertel; (3) Regulierung der Territorien, Verbesserung der technischen Infrastruktur oder Aufbauen von neuer Infrastruktur (vgl. ebd.: 4ff.).

Die auszuführenden Programmmaßnahmen werden in Gruppen aufgeteilt: (1) Regulierung der Territorien der existierenden Stadtviertel – Ergänzung und Vervollständigung der Stadtpläne und der Register, Verbesserung der Raumordnungspläne der Stadtviertel; (2) Verbesserung der vorhandenen Infrastruktur und Aufbauen von neuer Infrastruktur in den Roma-Stadtvierteln, inkl. Straßen und die dazu gehörenden Anlagen, Wasserleitung und Verbesserung des Pflasters, Kanalisation und Verbesserung des Pflasters, Stromversorgung und Straßenbeleuchtung; (3) Verbesserung der Qualität der Wohnungen in den existierenden Stadtvierteln – Verbesserung von 25 % der Wohnungen bzw. Rekonstruktion von 47 245 Wohnungen bis 2015; (4) Ausarbeitung von detaillierten Raumordnungsplänen für die neuen Gemeinde-Terrains für Wohnungsbau – Regulierung des Eigentums und Änderung des Zwecks der Terrains, Regulierung vom Wohnungsbau in den Ortschaften; (5) Aufbau oder Vervollständigung der technischen Infrastruktur in den neuen Gemeinde-Terrains; (6) Aufbau von Sozialwohnungen in den neuen Gemeindeterrains – Aufbau von 30 000 Wohnungen und der dazu gehörenden Infrastruktur bis 2015; (7) Aufbau von Objekten der sozialen Infrastruktur in den existierenden und in den neuen Wohnungsbauterrains, inkl. Gesundheitseinrichtungen, Bildungseinrichtungen, Kulturobjekte, staatliche Administration, Polizei, Post und Erholungseinrichtungen (vgl. ebd.: 10ff.).

Das Programm enthält konkrete Vorschläge für Veränderungen der bulgarischen Gesetzgebung, die die Realisierung der oben genannten Maßnahmen ermöglichen werden.

Die nötigen finanziellen Mittel aus dem staatlichen Budget, den Gemeindebudgets und den EU-Strukturfonds für die Realisierung des Programms werden auf 1,26 Milliarden Leva geschätzt. Für jede Gruppe von Maßnahmen werden die notwendigen Ressourcen sowie die Monitoringsmechanismen festgelegt. Auch die Zuständigkeiten werden zwischen den verantwortlichen Institutionen (Regierung, Gemeindeadministration, Organe der kommunalen Selbstverwaltung, NGOs, Roma-Gemeinschaften) geteilt. Der Nationale Rat für die Zusammenarbeit in den ethnischen und Integrationsfragen ist für die Ausarbeitung der Aktionspläne verantwortlich. Bisher wurden vom Rat aber nur zwei Aktionspläne für die Perioden 2006-2007 und 2008-2009 ausgearbeitet (vgl. ebd.: 15ff.). Die Gemeinden können sich mit ihren Projekten um Teilnahme am Programm bewerben.

Mit der erfolgreichen Realisierung des Programms sollen die Wohnbedingungen für insgesamt 412 500 Personen oder ungefähr 85 900 Haushalte in 100 Stadtvierteln in 88 Städten verbessert werden. Im Jahr 2008 nahmen 35 Gemeinden an der Ausführung des Programms teil. Das waren vor allem kleine Gemeinden in den ländlichen Regionen. Ihre Projekte umfassten Maßnahmen zur Verbesserung der technischen Infrastruktur in den Zigeunerstadtvierteln. Als Resultat daraus wurden laut des Ministeriums für regionale Entwicklung und bauliche Gestaltung die infrastrukturellen Probleme in einigen Stadtvierteln beseitigt. An den Projekten zur Verbesserung der Wohnbedingungen in noch 25 Gemeinden wird gearbeitet. In der Periode 2005-2007 werden soziale Wohnungen gebaut. Ab 2007 werden Teile des Nationalen Programms für die Verbesserung der Wohnbedingungen der Roma ausgelassen, so dass vorwiegend Maßnahmen zur Verbesserung der existierenden Infrastruktur in den Roma-Stadtvierteln ausgeführt werden (vgl. Tomova 2010: 142).

Einige NGOs, die im Bereich der sozialen Integration der Roma tätig sind, versuchen den Integrationsprozess im Wohnbereich zu fördern. Vertreter des Instituts Offene Gesellschaft Sofia arbeiten für die Legalisierung der ungesetzlichen Gebäude in den Roma-Stadtvierteln. Dadurch versuchen sie dem Prozess, illegale Häuser und Gebäude in den Zigeunerstadtvierteln abzureißen, der die Situation der Roma nur verschlechtert, entgegenzuwirken: „Ich und ein paar Kollegen haben eine Lösung für dieses Problem gesucht. Jetzt läuft eine einjährige Frist, im deren Rahmen die ungesetzlichen Gebäude legalisiert werden können. Dadurch wird das Problem nicht wirklich beseitigt, weil das Gebäude legalisiert werden kann, indem Skizzen von Architekten gemacht werden usw., aber der Boden darunter immer noch nicht den Personen, die da wohnen, gehört.“ (Dimitrov 2013: Z. 482ff., Übersetzung T.G.). Problematisch erweist sich dabei auch, dass die legalisierten Gebäuden oft den minimalen Wohnungsbaunormen nicht entsprechen und weiterhin eine

Gefahr für die Gesundheit und das Leben der Roma-Familien darstellen. Diese Maßnahmen stellen somit nur eine temporäre Lösung eines von vielen Problemen dar.

2.4.2 Auswertung, Defizite und Verbesserungsvorschläge

Vier Hauptprobleme werden bei der Anwendung des Programms für die Verbesserung der Wohnbedingungen der Roma in der Praxis festgestellt. Diese Probleme betreffen die Realisierung der Mehrzahl der nationalen Roma-Integrationsmaßnahmen. Das erste Problem stellt der normative Status des strategischen Rahmens dar. Da das Programm durch eine Entscheidung des zuständigen Ministeriums angenommen wurde und nicht per Gesetz, kann dieses bei einem Regierungswechsel von der neuen Regierung problemlos außer Kraft gesetzt werden. Im Kontext der politischen Situation in Bulgarien gewinnt dieses Problem an Bedeutung. Das zweite wichtige Problem ist der Mangel an einem ernsthaften finanziellen Engagement aus dem staatlichen Budget bei der Realisierung der Maßnahmen. Das dritte Problem hängt mit dem Fehlen einer administrativen Infrastruktur, die für die Ausführung des Programms zuständig ist, zusammen. Viertens existieren keine Mechanismen zur Regulierung des Engagements der Roma-Organisationen und der Roma-Gemeinschaft (vgl. Offene Gesellschaft 2008: 65).

Das Programm, das Investitionen im Umfang von mehr als 1,2 Milliarden Leva für den Aufbau von sozialen Wohnungen und der dazu gehörenden Infrastruktur vorsah, wurde nicht wie geplant ausgeführt. Es ist auf formaler Ebene sehr gut ausgearbeitet, enthält eine Vielzahl von konkreten Maßnahmen, regelt die Ausführungsparameter und enthält konkrete Fristen und finanzielle Vorgaben für die Realisierung der Maßnahmen. Da das Programm nur die ethnische Gruppe der Roma als Zielgruppe hat und auf ihre spezifische Probleme Rücksicht nimmt, synthetisiert es die wichtigsten staatlichen Maßnahmen, wodurch die soziale Integration in diesem Bereich vorangetrieben wird. Die guten Absichten verbleiben aber wiederum nur auf formaler Ebene: „(...) the legal and strategic framework aimed at improving the housing situation of Roma needs to become reality. Most of the obstacles in Roma housing access have already been identified in various policy documents, yet not enough has been done in addressing these concerns. To achieve meaningful change, authorities should undertake everything that is in their power in order to implement the relevant measures.” (Perić 2012: 62).

Diese Feststellung wird von der europäischen Agentur der Grundrechte im Jahr 2009 bestätigt: „One of the positive findings of this study has been that the vast majority of

Member States have recognised the need for the adoption of Roma specific initiatives for the residential inclusion of Roma. However, the findings of this study show that the most have thus far failed to improve the housing situation of Roma and Travellers commensurably with the funds that have been expended and the expectations they nurtured.” (European Union Agency for Fundamental Rights 2009: 7f.). Ein möglicher Grund für den Misserfolg der staatlichen Politik im Wohnbereich ist: „Another reason is the reluctance on the part of some regional and local authorities, which are often the bodies responsible for local housing policies, to implement effectively the national housing policies. (...) Furthermore, even when state authorities have the power to put pressure on local authorities to implement housing policies for Roma and Travellers, there is little evidence that they are willing to do this.” (ebd.: 8).

Sogar vor Beginn der wirtschaftlichen Krise im Land waren die zur Verfügung gestellten finanziellen Ressourcen für die Realisierung des Programms definitiv unzureichend und minimal im Vergleich mit im Plan festgelegten notwendigen finanziellen Mitteln. Im Jahr 2009 wurde die Ausführung des Programms unterbrochen. Die Aktionspläne wurden vom Ministerium für regionale Entwicklung und bauliche Gestaltung nicht mehr aktualisiert. Die realen öffentlichen Investitionen in der Verbesserung der Wohnbedingungen der Roma bis 2013 betrugen nur 7 Millionen Euro. Das Geld war für die Realisierung von Starkprojekten in vier Gemeinden ausreichend. Es gibt einige Beispiele für erfolgreiche NGO-Initiativen in diesem Bereich, die aber wiederum kleine Projekte in ausgewählten Gemeinden umfassen (vgl. Dimitrov/Grigorova/Detscheva 2012: 50).

Die mangelnde Finanzierung soll nicht als das einzigste Hindernis für die erfolgreiche Ausführung der Maßnahmen im Wohnbereich betrachtet werden: „At a practical level, the obligations incumbent on Member States regarding the right to housing cannot be adequately met without channelling significant resources, and can only be achieved progressively. The current economic crisis may therefore pose a barrier in this regard. However, while the availability of resources is often noted to be a barrier to improving the housing situation of Roma and Travellers, the lack of success of some housing initiatives is not simply for reasons of lack of funding. For instance, new housing developments built for Roma in segregated settings are not an issue of funding but an issue of the absence of political will to provide integrated, adequate housing.” (European Union Agency for Fundamental Rights 2009: 95f.).

Ein wesentliches Problem ist auch das Fehlen von aktualisierten Raumordnungsplänen. Die Organe der kommunalen Selbstverwaltung heben dies als den Hauptgrund für die Verspätung beim Starten von Programmen und Projekten zur baulichen

Gestaltung und zum sozialen Wohnungsbau in den Zigeunerstadtvierteln hervor (vgl. Tomova 2010: 142).

Der Legalisierungsprozess verläuft ebenfalls nicht besonders erfolgreich: „Die unternommenen Schritte für Legalisierung der Roma-Wohnungen sind sehr klein und unsicher. Diese Frage wird prinzipiell ignoriert (-). Keine nationale Politik wird entwickelt. Einige NGOs arbeiten für die Legalisierung von Roma-Wohnungen und helfen ihnen im Legalisierungsprozess.“ (Kuzmanov 2013: Z. 748ff., Übersetzung T.G.). Die Verbesserung der existierenden Infrastruktur in den Zigeunerstadtvierteln setzt in bestimmten Fällen die Zerstörung von illegal gebauten Gebäuden voraus. Zusätzliche Gemeindewohnungen, in denen die Bewohner der zerstörten illegalen Häuser unterbracht werden können, sollen in diesen Fällen zur Verfügung gestellt werden. Aufgrund des Fehlens von freien Gemeindewohnungen oder sozialen Wohnungen sind die infrastrukturellen Verbesserungen oft kosmetisch und partiell. So werden Straßen asphaltiert, ohne dass die nötigen Verbesserungen der Kanalisation oder des Wasserleitungssystems gemacht werden. Auf dieser Art und Weise wird ein großer Teil des sowieso unzureichenden Geldes verschwendet. Die Qualität der Lebensweise in den abgesonderten Stadtvierteln wird dadurch nicht wesentlich oder gar nicht verbessert (vgl. Tomova 2010: 142f.).

In einigen Roma-Stadtvierteln wurden finanzielle Mittel der Agentur für die Bekämpfung von Naturkatastrophen und Havarien in der Verbesserung der technischen Infrastruktur investiert. Dadurch sollten vor allem Überflutungsschaden repariert werden. Die Kontrolle der erreichten Resultate in zehn Gemeinden für die Periode 2007-2008 zeigt, dass in den meisten Gemeinden die gesamte für die Reparaturarbeiten zur Verfügung gestellte Summe angeeignet wurde. Die Firmen haben aber ohne gut ausgearbeitete Ingenieurpläne sowie ohne die technischen Normen zu beachten gearbeitet. Als Resultat daraus ist in der Hälfte der Fälle dazu gekommen, dass das Kanalisationssystem nicht mehr funktioniert. Ein großer Teil der Wohnungen hat kein fließendes Wasser mehr, da die Besonderheiten des Terrains nicht berücksichtigt wurden. Diese Beispiele zeigen wie paradoxal die Situation ist. Als Resultat der technischen „Verbesserungen“ ist es sogar zu einer Verschlechterung der Wohnbedingungen in bestimmten Stadtvierteln in den Gemeinden Samokov, Sliven, Plovdiv und Montana gekommen. Da diese Gemeinden nicht zu den Gemeinden, in denen das Nationale Programm für die Verbesserung der Wohnbedingungen der Roma ausgeführt wird, zählen, trägt das Ministerium für regionale Entwicklung und bauliche Gestaltung keine Verantwortung für die Effektivität der Reparaturarbeiten (vgl. ebd.: 143). Diese Beispiele

zeigen das mangelnde Engagement bei der Ausführung der Reparaturarbeiten sowie die fehlenden Einigung und Koordinierung der Bemühungen der verantwortlichen Institutionen.

Eine besonders heikle Frage über die Existenz von segregierten Roma-Stadtvierteln, die im Hinblick auf die schlechten Wohnbedingungen und die Misere meistens als Ghettos definiert werden dürfen wird in diesem Zusammenhang oft diskutiert: Sollen die Bemühungen in Richtung Verbesserung der Wohnbedingungen in den Ghettos angestellt werden?: „Ich weiß nicht was besser ist. Meine persönliche Meinung ist, dass die jungen Leute nicht in solchen Stadtvierteln angehalten werden sollen, sie sollen ausgehen, kommunizieren, Zugang zu Information, Bildung, Mobilität haben. Meistens fehlen diese Sachen in solchen Stadtvierteln. Auf der anderen Seite, wenn die Menschen entschieden haben, dass sie dort wohnen wollen, dann haben sie das Recht darauf und sollen auch Zugang zu allen Diensten haben, die in den anderen durchschnittlichen Stadtvierteln vorhanden sind. Wenn es im „Mladost“ ein Geschäft gibt, ein Internetclub, eine Kassa, an der sie ihre Rechnungen zahlen können usw. Das ist normal. Oder eine Poliklinik und eine Polizeiverwaltung, wieso auch in diesen Stadtvierteln nicht? (--). Dazu noch ist die Bevölkerung im „Fakulteta“ zum Beispiel sogar zahlreicher als in einem unsegregierten Stadtviertel in Sofia, das genau so groß ist. (---) Bezüglich der Infrastruktur und der Wohnungssituation bin ich der Meinung, dass viele Ressourcen in diesem Bereich investiert werden sollen. Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln, zu Elektrizität, zur Gesundheitsfürsorge. Mehr Ärzte sollen in diesen Stadtvierteln beschäftigt sein, (--) ich weiß nicht, alle Sachen sollen vorhanden sein, die in einem normalen, durchschnittlichen Stadtviertel vorhanden sind.“ (Dimitrov 2013: Z. 500ff., Übersetzung T.G.). Die Investition in abgesonderten Roma-Stadtvierteln bietet aber keine Lösung für bestimmte Auswirkungen der räumlichen Segregation wie die soziale Isolation an.

Die wichtigsten Verbesserungsvorschläge über Maßnahmen, die im Wohnbereich dringend unternommen werden sollen, umfassen schnelle Aktualisierung der Raumordnungspläne; Zerstörung der illegalen Wohnungen, die den Aufbau der technischen Infrastruktur verhindern oder das Leben und die Gesundheit ihrer Bewohner gefährden und Beschaffung von temporären Wohnmöglichkeiten für diese Personen, deren Wohnungen zerstört werden; reelle Sanktionen für eigenwilligen Aufbau von Gebäuden; Entwicklung von neuen Projekten und Programmen, die realistische staatliche Interventionsmöglichkeiten beinhalten; Teilnahme der Roma an den Projekten und Programmen für die Verbesserung ihrer eigenen Wohnbedingungen, die der Verringerung der Arbeitslosigkeit und der Zunahme der Verantwortungen bei der Lösung der eigenen Probleme dient (vgl. Tomova 2010: 143f.).

2.5 Nationale Strategie der Republik Bulgarien zur Integration der Roma 2012-2020

Die Nationale Strategie zur Integration der Roma ist ein politisches Rahmendokument, das die Vorschriften für die Ausführung der staatlichen Politik zur sozialen Integration der Roma in der Periode 2012-2020 enthält und als Teil der europäischen Initiative zur Vereinheitlichung der nationalen Integrationsstrategien der EU-Mitgliedsstaaten entwickelt wurde. Sie wurde im Hinblick auf die Prinzipien des aktuellen Grundsatzdokuments der EU im Bereich der Roma-Integration - des EU-Rahmens für nationale Strategien zur Integration der Roma aus 2011 – ausgearbeitet und der Kommission zur Bewertung vorgelegt. Die Strategie wird als den Ausdruck des politischen Engagements der Regierung zur europäischen Entwicklung Bulgariens beschrieben und bezieht sich sowohl auf das nationale Reformenprogramm der Republik Bulgariens (2011-2015) als auch auf den nationalen Aktionsplan der Initiative „Dekade der Roma-Inklusion 2005-2015“ (vgl. Nationaler Rat für die Zusammenarbeit in den ethnischen und Integrationsfragen 2012a: 1).

Im Dokument wird darauf hingewiesen, dass es auf dem in diesem Bereich bisher Erreichten in der letzten Dekade sowie auf dem Rahmenprogramm zu gleichberechtigter Integration der Roma in die bulgarische Gesellschaft, das 2010 für die Periode 2010-2020 vom Ministerrat angenommen wurde, aufbaut. Es wird auch explizit auf eine Vielzahl von Entschlüssen und Aktivitäten der europäischen Institutionen mit Bezug auf Roma-Integration hingewiesen und bestätigt, dass die Strategie im Kontext der europäischen Politiken im Bereich der sozialen Integration der Roma-Gemeinschaft gelesen und verstanden werden soll. Das Dokument einigt die Ziele und Maßnahmen aus den strategischen Dokumenten zur Integration der Roma in den Bereichen Bildung, Gesundheitsfürsorge, Wohnraum und Beschäftigung und zwar um bessere Koordinierung und Ergänzung der geplanten Aktivitäten zu erreichen. Dadurch soll auch die Effektivität bei der Ausführung der Sektorpolitiken gesteigert werden (vgl. ebd.: 2ff.).

In der Strategie wird der aktuelle Zustand der Roma-Gemeinschaft, je nach Sektoren aufgeteilt, beschrieben. *Soziale Integration* wird als eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche und beständige Entwicklung der gesamten bulgarischen Gesellschaft qualifiziert. Der *Begriff Roma-Integration* wird als einen aktiven bilateralen Prozess der sozialen Inklusion, der auf die Überwindung der existierenden negativen sozioökonomischen Charakteristiken der zu integrierenden Gemeinschaft und auf die darauf folgende Prosperität dieser Gemeinschaft in der bulgarischen Gesellschaft gerichtet ist, definiert. Das strategische Hauptziel des Dokuments ist die Beschaffung von Bedingungen für die gleichberechtigte

Integration der Roma in das gesellschaftliche und ökonomische Leben durch Sicherung der gleichen Möglichkeiten und des gleichen Zugangs zu Rechten, Waren und Dienstleistungen, durch Teilnahme an allen gesellschaftlichen Sphären und Verbesserung der Lebensqualität bei Einhaltung der Prinzipien der Gleichheit und der Nicht-Diskriminierung. Führend für die Ausführung der Strategie sind die *zehn Prinzipien* des Rates der EU aus 2009 (vgl. ebd.: 4ff.).

Die prioritären Sphären der Regierung für diese Periode sind Bildung, Gesundheitsfürsorge, Wohnbedingungen, Beschäftigung, Gerechtigkeit und Nicht-Diskriminierung, Kultur und Medien. Für jede einzelne Sphäre werden in der Strategie ein operatives Ziel und so genannte Durchführungsziele formuliert. Die konkreten Maßnahmen, wodurch diese Ziele zu erreichen sind, werden im Aktionsplan der Strategie näher ausgeführt. Im Dokument wird jeweils ein führendes und für die Realisierung dieser Ziele zuständiges Organ bzw. eine führende verantwortliche Institution festgelegt (vgl. ebd.: 11ff.).

Die operativen Ziele der Regierung für diese Periode umfassen: (1) Einschreibung der Roma-Kinder und Roma-Schüler im Bildungssystem und Sicherung des Schulbesuchs, Sicherung von Qualitätsbildung und einer multikulturellen Bildungsumgebung; (2) Sicherung des gleichen Zugangs zu qualitativ hochwertigen Gesundheitsdienstleistungen sowie von Präventivprogrammen; (3) Verbesserung der Wohnbedingungen und der technischen Infrastruktur; (4) Verbesserung des Zugangs der Roma zum Arbeitsmarkt und Erhöhung des Anteils der erwerbstätigen Roma; (5) Garantierung der Bürgerrechte mit Akzent auf Frauen und Kinder, Schutz der gesellschaftlichen Ordnung, keine Zulassung von Intoleranz und „Hasssprache“; (6) Beschaffung von Bedingungen für den gleichen Zugang der Roma-Gemeinschaft zum gesellschaftlichen Kulturleben, Bewahrung und Entwicklung der traditionellen Roma-Kultur; (7) Beschaffung von Bedingungen für die gleichwertige Präsentation der Roma-Gemeinschaft, Änderung des negativen Bildes der Roma aus den Printmedien sowie aus den elektronischen Medien (vgl. ebd.).

Die Koordinierung und die Kontrolle der Strategieweiterführung übernahm der nationale Rat für die Zusammenarbeit in den ethnischen und Integrationsfragen. Im Rahmen des vorgesehenen Monitorings sollen regelmäßig Fortschrittsberichte veröffentlicht werden. In allen Phasen (Planung, Ausführung, Auswertung) sollen sowohl zivilgesellschaftliche Organisationen als auch Roma selbst miteinbezogen werden (vgl. ebd.: 18ff.).

Der Aktionsplan für die Implementierung der nationalen Integrationsstrategie wird in zwei Phasen ausgeführt. In der ersten Periode 2012-2014 passiert dies durch die Weiterausführung des nationalen Aktionsplans der „Dekade der Roma-Inklusion (2010-2015)“. Mit dem Ende der Dekade im Jahr 2015 wird die Realisierung des gesamten

Aktionsplans der Dekade analysiert und bewertet, wodurch Hinweise für die zweite Implementierungsphase sowie für die Ausarbeitung des zweiten Aktionsplans gewonnen werden. Die zweite Periode 2014-2020 deckt die nächste Programmperiode der Union. Die aktuelle Version des Plans enthält nur die Aktivitäten, die im Rahmen der ersten Phase 2012-2014 unternommen werden sollen.

Die vorgesehenen Maßnahmen werden nach Bereichen gruppiert. Folgende Informationen über ihre Ausführung sind im Aktionsplan vorhanden: verantwortliche Institutionen, Zeitrahmen und notwendige finanzielle Mittel für ihre Realisierung sowie Indikatoren, die der Messung der erreichten Resultate dienen (vgl. Nationaler Rat für die Zusammenarbeit in den ethnischen und Integrationsfragen 2012b: 1ff.).

Für jeden prioritären Bereich werden unterschiedliche Gruppen von Maßnahmen vorgesehen. Die Maßnahmen im *Bildungsbereich* umfassen Entwicklung von einer Integration begünstigenden multikulturellen Umgebung in allen Schulen und Kindergärten, Desegregierung, Möglichkeiten für einen ganztägigen Unterricht für Kinder und Schüler bis zur siebten Klasse, Überwindung von Sprachschwierigkeiten durch zusätzliche Unterrichtung der Roma-Kinder, finanzielle Unterstützung der Roma-Familien in besonders prekären Lage, Überprüfung der Policy-Instrumente zur Bildungsintegration, zusätzliche Qualifizierung der Lehrkräfte und des gesamten Schul- und Kindergärtenpersonals u.a. (vgl. ebd.: 4ff.).

Im *Bereich der Gesundheitsfürsorge* sind an erster Stelle Maßnahmen, die Mutterschaft und Kinderpflege betreffen, vorgesehen: Schwangerschaftskonsultationen und Untersuchungen sowie Informierung durch professionelle Mediatoren, Immunisierung von unregistrierten Kindern und Kindern, die nicht in einem Krankenhaus geboren sind und Sicherung von prophylaktischen Untersuchungen für Frauen und Kinder in den segregierten Stadtvierteln. Andere Maßnahmen, die in der Periode 2012-2014 in diesem Bereich realisiert werden sollen, sind frühe Diagnostizierung und Behandlung von schweren Erkrankungen (HIV, Tuberkulose, usw.), Sicherung von Stipendien für Roma-Medizinstudenten, Erhöhung des Gesundheitsbewusstseins und Sicherung von zugänglicher Information, inkl. über die Krankenversicherungsrechte (vgl. ebd.: 18ff.).

Im Wohnbereich enthält der Plan Maßnahmen wie z.B. Entwicklung von Programmen zur Verbesserung der Infrastruktur in den Zigeunerstadtvierteln, Legalisierung der Immobilien in diesen Stadtvierteln, Vervollständigung der Register und Verbesserung der Raumordnungspläne und -karten, Entwicklung der technischen Infrastruktur, Sicherung von alternativer Unterkunft für Roma-Familien in besonders prekärer Wohnlage, Rekonstruktion der sozialen Infrastruktur u.a.

Zu den wichtigsten Maßnahmen im *Beschäftigungsbereich* zählen Organisierung von Kursen für arbeitslose Roma, die sie bei der Jobsuche unterstützen und motivieren und ihre Qualifikationen entwickeln, Anstellen von Roma-Arbeitskräften in unterschiedlichen gesellschaftlichen Strukturen und Bereichen, Gestaltung von Training-Programmen für Roma u.a. (vgl. ebd.: 37ff.).

Die Kommission evaluierte die nationalen Integrationsstrategien von allen Mitgliedsländern und formulierte Policy-Empfehlungen. Sie bewertete das Engagement der Staaten in den prioritären Bereichen sowie bezüglich der Ausführungsbedingungen wie Finanzierung, Monitoring, Kooperation mit der Zivilgesellschaft und mit den Roma.

Die Maßnahmen, die laut der Bewertung der Kommission in der Nationalen Strategie Bulgariens nicht vorhanden und zu ergänzen sind, sind: (1) Widening access to quality early childhood education and care, (2) Increasing tertiary education, (3) Measures aimed at preventing segregation, (4) Support measures im Bildungsbereich; (1) General measures under the principle of equal treatment to reduce the employment gap, (2) Access to micro credit, civil servants in the public sector, personalised services im Beschäftigungsbereich; (1) General measures relying on existing structures to reduce the health gap, (2) Access to quality healthcare especially for children and women im Gesundheitsfürsorgebereich; (1) General measures relying on existing structures, (2) Addressing the needs of the non-sedentary population, (3) Integrated approach im Wohnraumbereich. Neben diesen inhaltlichen Verbesserungen seien, so die Kommission, auch bestimmte strukturelle Änderungen notwendig wie z.B. starkes Monitoring, wodurch Resultate besser evaluiert werden können. Die Kommission hebt deutlich hervor, dass die Ausarbeitung dieser Maßnahmen nur den ersten Schritt aus der Realisierung des EU-Rahmens darstellt, und unterstreicht die Notwendigkeit, mehr Wert auf der Ausführung der geplanten Maßnahmen zu legen (vgl. Europäische Kommission 2012: 7ff.).

Die Kommission übt nicht nur Kritik aus, sondern nennt auch positive Beispiele im Rahmen ihrer Bewertung der Strategien. Folgende Maßnahme der bulgarischen Regierung im Beschäftigungsbereich stellt ein solches Beispiel dar: „Bulgaria aims to raise the level of Roma in employment by 2015, primarily with ESF support, by organizing training courses for more than 28 000 unemployed and employed Roma in order to raise their employability and qualifications and by training 1 500 people in management and entrepreneurship.” (ebd.: 9). Der europäische Fortschrittsbericht aus dem Jahr 2013 enthält eine positive Bewertung des bisherigen Fortschritts Bulgariens: „Although the report criticizes some countries for failing to act, it also cites progress in Romania, Bulgaria and Hungary, the three EU countries with

the largest Roma populations; between them they are home to about half of all Roma in the EU. (...) Bulgaria is cited for using EU development funds to help Roma communities. One of the steps it has taken is to set up an “inter-ministerial working group” that teams up with non-governmental organisations to find ways to spend funding from Brussels on Roma causes.” (Paterakis/Fontanella-Khan 2013: o.S.).

2.6 Effektivität und Realisierung der nationalen Politik zur sozialen Integration der Roma in Bulgarien³¹

Die Analyse der Ausführung von staatlichen Maßnahmen in vier sozialen Bereichen, wodurch die soziale Integration der Roma in Bulgarien als EU-Mitglied vorangetrieben wird, zeigt einen deutlichen Mangel an Synergie, Kontinuität und finanzieller Sicherung bei der Ausführung der staatlichen Integrationspolitik. Damit die ausgearbeiteten Maßnahmen in den einzelnen Sphären sowie diese aus der Nationalen Strategie zur Integration der Roma von der bulgarischen Regierung erfolgreich und effektiv realisiert werden, sind adäquate strukturelle Bedingungen wie z.B. andauernder politischer Willen, geeigneter Gesetzgebungsrahmen, Expertise, Wissen und ausreichende Finanzierung nötig. Die Arbeit in diesem Bereich soll sich unbedingt auf Prinzipien wie Transparenz, Inklusion, Partnerschaft und Effektivität stützen, damit messbare und längerfristige Resultate erreicht werden (vgl. Dimitrov/Grigorova/Detscheva 2012: 7).

Ein *beträchtlicher* Fortschritt bezüglich der Integration der Roma im Land ist seit 2007 *nicht* feststellbar. Trotz der großen Anzahl von strategischen Dokumenten und operativen Programmen, die in allen in Frage kommenden politischen Sphären in dieser

³¹ Die vorliegenden Überlegungen über die Wirksamkeit der staatlichen Integrationspolitik basieren nicht auf einer quantitativen Untersuchung des Verhältnisses zwischen der Anzahl der in den Dokumenten fixierten Maßnahmen und der Anzahl der in der Praxis erfolgreich ausgeführten Maßnahmen. Zwei quantitative Möglichkeiten zur Bewertung der erreichten Resultate existieren: Erforschung der Ergebnisse des durch die staatlichen Institutionen durchgeführten Monitorings oder Durchführung von unabhängigen Monitoringsforschungen in einer repräsentativen Anzahl von Gemeinden. Dies wäre aus verschiedenen Gründen im Rahmen dieser Masterarbeit nicht möglich. Der wichtigste Grund ist das Fehlen von systematischen Daten und Berichten über die Ausführung der staatlichen Strategien und ihrer Aktionspläne. Die Überwachung der Maßnahmenrealisierung erfolgt nicht kontinuierlich und wird in jedem sozialen Bereich anders und separat organisiert. Die vorliegenden Schlussfolgerungen über die Realisierung der staatlichen Integrationspolitik und ihre Effektivität stützen sich auf die Aussagen von Experten aus vier unterschiedlichen beruflichen Sphären sowie auf eine detaillierte Literaturanalyse bzw. sind qualitativer Natur. Der Schwerpunkt dieses Kapitels liegt auf den vorhandenen Lücken, Defiziten und Problemstellen, die die Wirksamkeit der Integrationsmaßnahmen verschlechtern oder verhindern. Die wichtigsten Ergebnisse aus der Auswertung der Integrationsbemühungen in den einzelnen Sphären werden an dieser Stelle in ihrer Gesamtheit analysiert und zusammengefasst. Die Untersuchung erzielt nicht, die quantitativen Messungen der Resultate zu ersetzen, sondern den sozialen Einfluss der staatlichen Initiativen zu widerspiegeln.

Periode ausgearbeitet und von dem jeweiligen zuständigen staatlichen Organ angenommen wurden, existiert in der Praxis kein ausreichender politischer Willen zu ihrer Realisierung auf Regierungsebene. Die Annahme von Programmen durch die Regierung verläuft instrumentell. Nur ein kleiner Teil der notwendigen Maßnahmen wird erfolgreich ausgeführt. Die Strategien und Programme zur Förderung der Integration der Roma bzw. die erklärten politischen Absichten werden in der Praxis *nicht realisiert*: „(...) diese Dokumente werden nur geschrieben. Sie werden nur ausgearbeitet. Sogar wenn es Fristen für ihre Realisierung gibt und diese nicht eingehalten werden, treten keine Sanktionen für die Gemeinde oder das Ministerium, die bzw. das sie nicht berücksichtigt hat, in Kraft. Die Begründungen sind immer die gleichen: kein Geld, keine Kapazität usw. (Kuzmanov 2013: Z. 877ff., Übersetzung T.G.).

Die Fristen für die Realisierung von vielen strategischen Zielen sind unrealistisch. Viele Programme werden nur für eine bestimmte Periode ausgeführt. Ihre Ausführung wird aus diversen Gründen beendet, ohne die Ziele des Programms erreicht zu haben. Der komplexe Prozess der sozialen Integration der Roma soll permanent gepflegt und gesteuert werden, damit Resultate überhaupt zu erwarten sind. Die wichtigsten Integrationsziele, die sich der Staat gesetzt hat, werden bisher nicht realisiert (vgl. Kirilova 2013: Z.1107ff.).

Wesentliches Hindernis für das Erreichen von bedeutenden Resultaten im Bereich der Roma-Inklusion stellt die unangemessene finanzielle Sicherung der Integrationsmaßnahmen dar: „(...) die Regierungen haben in den letzten 15-20 Jahren (-) einen politischen Willen zur Arbeit im Bereich der Integration der Roma-Gemeinschaft gezeigt, indem sie unterschiedliche strategische programmatische Dokumente auf nationalstaatlicher Ebene, manchmal in Partnerschaft mit NGOs, die in dieser Sphäre tätig sind, herausgearbeitet haben. (---) Unser Staat partizipiert an vielen internationalen Verträgen und Verordnungen zur Integration der Minderheit der Roma. Leider verbleiben diese guten Absichten nur in der Form von Dokumenten ohne reelle Ausführung. Normalerweise befindet sich das Problem ihrer Realisierung in den Ressourcen, die notwendig für ihre Durchführung sind. Das größte Problem ist mit der Allokation der notwendigen finanziellen Mittel aus dem staatlichen Budget verbunden (--), weil finanzielle Mittel nicht vorgesehen worden und nicht vorhanden sind. (...) die meisten (---) Machthabenden reden darüber, wenn sie explizit gefragt werden, und zwar mit Besorgnis und großer Rücksicht. Es ist aber deutlich sichtbar, dass diese Agenda für sie (--) nicht dringend ist bzw. kein wichtiges Thema ihrer Tagesordnung darstellt.“ (Dimitrov 2013: Z. 295ff., Übersetzung T.G.). Unterstrichen wird von den Interviewpartnern mehrmals, dass das Geld nicht ausreichend ist. Genau so wichtig sei, so die

Experten, aber auch der fehlende politische Willen, sich mit dieser Problematik ernsthafter auseinanderzusetzen: „(...) das fehlende Verständnis der Machthabenden, dass dieses Problem sehr groß ist und gelöst werden soll. Die Machthabenden haben andere Prioritäten.“ (Kuzmanov 2013: Z. 886ff., Übersetzung T.G.).

Bei der Planung von allen staatlichen Handlungen in den Sektorpolitiken ist die Festlegung von konkreten Summen bzw. die Definierung von einem Budget, sowohl aus staatlichen finanziellen Mitteln als auch aus den Strukturfonds der EU, nötig. Die Sicherung von ausreichenden Ressourcen und vor allem die Optimierung der vorhandenen finanziellen Ressourcen sind dringende Verbesserungsvorschläge und stellen Voraussetzungen, ohne die alle anderen Bemühungen wirkungslos bleiben, dar (vgl. Dimitrov/Grigorova/Detscheva 2012: 9). Das Fehlen von konkreten finanziellen Quellen, wodurch die geplanten öffentlichen Politiken realisiert werden können, verwandelt sich in einen wichtigen Faktor für Unstabilität und auch für schlechte Qualität der gesamten Integrationspolitik (vgl. Galabov 2008: 27). Nicht zu erwarten im Kontext des unzureichenden Ausmaßes der Ressourcen und der Unklarheit bezüglich der Quellen ist, dass die bei der Anwendung der Aktionspläne erreichten Resultate den in den strategischen Dokumenten gesetzten Zielen entsprechen werden. Eine Verlangsamung und Verschlechterung des Integrationsprozesses bewirkt auch die Korruption – eins der größten Probleme Bulgariens, das den Weg des Landes „nach Europa“ zusperrt.

Der Prozess zunehmender Synergie und Kohärenz beim Planen der Finanzierung mittels nationaler und europäischer Ressourcen soll gefordert werden. Das größte Problem ist, dass sogar wenn die Regierung die notwendigen finanziellen Mittel für die soziale Inklusion der Roma und der anderen verletzbaren Gruppen in ihren Politiken und Programmen festlegt, die Inklusionspolitiken in den meisten Fällen bei mehr als die Hälfte der geplanten Personen gar nicht angewendet werden (vgl. Tomova 2010: 145). Das Ausmaß der Fonds aus dem staatlichen Budget für die Realisierung der Integrationsziele ist sehr begrenzt und das Land verlässt sich vor allem auf die Eignung von finanziellen Mitteln aus „fremden“ bzw. europäischen Fonds.

Ein anderer Faktor, der die effektive Anwendung der sozialen Programme erschwert, ist der legale Status der Maßnahmen. Diese Maßnahmen stützen sich auf politische Dokumente der Ministerien oder der entsprechenden zuständigen Organe und nicht auf die Gesetzgebung (vgl. Rechel 2008: 86).

Bemühungen zur Verringerung der Bürokratie bei der Organisierung der einzelnen Projekte, inkl. in der Bewerbungsphase, könnten den effektiven Verlauf des Integrationsprozesses begünstigen. Die Definierung von Minimalstandards und Indikatoren

für die Politiken der sozialen Inklusion durch die Union kann ebenfalls eine Zunahme der Effektivität der Integrationspolitik bewirken. Die Realisierung der Sektorpolitiken soll auf der Entwicklung eines unabhängigen Mechanismus zur Überwachung und rechtzeitiger und regelmäßiger Signalisierung des Umfangs und des Effekts des Erreichten basieren. Je konkreter der Rahmen für die Ausführung der Integrationsmaßnahmen gestaltet wird, desto effektivere Resultate können erwartet werden (vgl. Dimitrov/Grigorova/Detscheva 2012: 10).

Vielfältige Probleme lassen sich im Hinblick auf die existierenden Überwachungsmechanismen feststellen. Kritisch niedrig ist der Anteil der strategischen Dokumente, die eine konkrete Form der Kontrolle der Maßnahmenrealisierung und der Qualität der erreichten Resultate enthalten: „Es wird nicht bekannt gegeben, wer für die Kontrolle der Durchführung verantwortlich ist, wer überwachen wird, wie er überwachen wird, mittels welcher Mechanismen er beobachten wird, wie dabei Information gesammelt wird, um zu schauen, ob etwas dabei erreicht wird oder nicht, wer am Prozess der Informationssammlung teilnehmen wird, wie die Bürgerorganisationen an diesem Prozess teilnehmen können, weil sie ein notwendiges Korrektiv des Verhaltens der Machthabenden sind. Also die Kontrolle ist minimal. Jedes Jahr werden Berichte über die Ausführung aller Dokumente geschrieben (-), von den einzelnen Institutionen, aber (--) sie widerspiegeln nicht den reellen Zustand. Ab und zu werden Berichte auch von Bürgerorganisationen geschrieben, die (-) manchmal sehr kritisch geschrieben sind und genau aus diesem Grund nicht immer an die Öffentlichkeit gebracht werden.“ (Dimitrov 2013: Z. 587ff., Übersetzung T.G.). Diese Defizite bestimmen die Unmöglichkeit, die Effektivität der meisten Maßnahmen genau zu messen sowie die Entwicklung ihrer Realisierung rechtzeitig zu beobachten und zu korrigieren. Die Mechanismen für Kontrolle und Monitoring sind für die Bürger schwer zugänglich, zum Teil nur in der Form von komplexen Statistiken, Tabellen und Grafiken vorhanden und weisen sehr große Lücken vor (vgl. Kirilova 2013: Z.1138ff.).

Auch die Nationale Strategie zur Integration der Roma enthält keine konkreten Mechanismen für Überwachung und Kontrolle auf nationaler Ebene, sondern delegiert die Monitoringsaufgaben. Sie sieht keine finanziellen Mittel für die Durchführung dieser Kontrollaufgaben vor. Die in den Aktionsplänen enthaltenen Indikatoren hängen nur mit der technischen Ausführung der einzelnen Maßnahmen zusammen, z.B. Ausbildung von einer konkreten Anzahl von Personen mit Roma-Herkunft. Sie befinden sich nicht auf einer abstrakteren Ebene und messen die praktische Effektivität bzw. den Fortschritt und das Erreichen der gesetzten Ziele und Prioritäten wie z.B. Realisierung der ausgebildeten Roma

auf dem Arbeitsmarkt nicht. Sie messen somit nur den Produkt der Maßnahmen und nicht die in der Realität erreichten Resultate (vgl. Dimitrov/Grigorova/Detscheva 2012: 22).

Die vorhandenen politischen Maßnahmen sind „zerrissen“, Teil von uneinheitlichen strategischen Projekten, nicht miteinander abgestimmt und führen daher keineswegs zum Erreichen von festen Resultaten, die ihrerseits zur Verbesserung der sozialen Lage der gesamten Roma-Gemeinschaft beitragen können. Obwohl ein Teil von den ausgearbeiteten Maßnahmen in der Praxis realisiert wurde, bewirken diese Resultate keine Änderung des sozialen Status der Gemeinschaft (vgl. Dimitrov/Grigorova/Detscheva 2012: 10). Verbesserungen in der Koordinierung der geplanten Politiken und in der interministeriellen Zusammenarbeit sind nötig.

Die wesentlichen Politiken erzielen die Verbesserung der sozialen Situation von vielen so genannten verletzbaren Gruppen und richten sich nicht explizit auf Roma (vgl. ebd.). Die Roma-Politiken werden meistens nach so genannten Mainstream-Prinzipien in die allgemeinere Politiken zur Lösung der Probleme von allen ethnischen Gruppen inkludiert. Die thematische Verteilung der Dokumente und Maßnahmen bzw. die Struktur der thematischen Prioritäten ist ungleich. Die ausgearbeiteten staatlichen Maßnahmen im Bereich der Gesundheitsfürsorge sind z.B. deutlich mehr als diese im Wohnbereich.

Dazu kommt noch, dass die Besonderheiten der Roma-Situation in den einzelnen Gemeinden bei der Ausarbeitung der Maßnahmen nicht ausreichend miteinbezogen werden. Die Gemeinden zeigen keine eigene Initiative, sondern übernehmen einfach die bereits ausgearbeiteten Programme von anderen Gemeinden. Diese Art und Weise enthält keine Effektivitätsgarantie: „Die meisten Gemeinden (-) übernehmen einfach die Programme von den anderen Gemeinden. D.h. eine Gemeinde hat ein Programm entwickelt, eine andere Gemeinde interessiert sich dafür und übernimmt es einfach, wobei sie es gar nicht an der jeweiligen Situation in der Gemeinde anzupassen versucht. In einer bestimmten Gemeinde hat (---) die Roma-Gemeinschaft Probleme vorwiegend im Bereich der Wohnsituation, in einer anderen – im Beschäftigungsbereich, in der nächsten – gesundheitliche Probleme. Die Maßnahmen sollen im Hinblick auf die Situation in der jeweiligen Gemeinde ausgearbeitet werden. Das wird in Bulgarien nicht gemacht. Also ich kann die Politik des Staates nicht sehr positiv bewerten.“ (Kuzmanov 2013: Z. 684ff., Übersetzung T.G.).

NGOs stellen einen wichtigen Partner bei der Gestaltung und Ausführung der Integrationsmaßnahmen dar. Die Sicherung von Resultaten verbleibt aber eine Verantwortung des Staates. Der Staat und die zuständigen staatlichen Institutionen brauchen diese Aufgabe ernsthafter übernehmen. Die bürgerlichen Organisationen können den Integrationsprozess

unterstützen, Interessen vermitteln, lobbyieren oder die Formulierung von Ideen und die Ausarbeitung von strategischen Dokumenten beeinflussen. Eine klare Trennung der Aufgaben ist notwendig, damit Spekulationen und Übertragung der Verantwortungen vermieden werden können. NGOs können den Staat und seine Aufgaben nicht ersetzen. Andauernde und erfolgreiche Resultate sind nur durch miteinander zusammenhängende, gut ausgearbeitete staatliche Politiken, die von den staatlichen Institutionen in Zusammenarbeit mit den NGOs verantwortungsbewusst ausgeführt werden, zu erreichen (vgl. Dimitrov/Grigorova/Detscheva 2012: 10).

Eine wichtige Barriere, die die vollwertige Inklusion der Roma und ihre Verwandlung in gleichberechtigte bulgarische Bürger in der Praxis verhindert, ist die zunehmende soziale Distanz zwischen Roma und Nicht-Roma in der bulgarischen Gesellschaft. Die Diskriminierung der Roma im Land ist strukturell und öffentlich tief verwurzelt, wie viele aktuelle soziologische Untersuchungen zeigen. Kein großer Fortschritt wird im Bereich der Überwindung von Vorurteilen und Stereotypen bisher erreicht. Die Entwicklung von geeigneten Maßnahmen zur Verkürzung der Distanz zwischen den ethnischen Gruppen könnte zur Überwindung des Status Quo beitragen und den Verlauf des gesamten Integrationsprozesses intensivieren (vgl. ebd.).

Der Misserfolg der staatlichen Integrationspolitik soll auch in Betracht der seitens der Roma-Gemeinschaft angestellten Bemühungen, Teil der bulgarischen Gesellschaft zu werden, analysiert werden. Ein großer Teil der staatlichen Maßnahmen hat einen freiwilligen Charakter und hängt direkt vom Willen und von der Kooperationsbereitschaft der Roma ab. Ihre Gemeinschaft zeichnet sich durch eigene Traditionen, „Gesetze“ und Normen sowie eine eigene Kultur, die sie trotz ihrer Jahrzehnte andauernden Sesshaftigkeit beibehalten hat. Das Integrationspotenzial der staatlichen Maßnahmen hängt in diesem Sinne direkt vom Integrationswillen der Roma, der in den meisten Fällen nicht besonders hoch ist, ab. So soll die räumliche Segregation der Roma nicht nur als eine Folge der schlechten staatlichen Inklusionspolitik kanonisiert werden, sondern auch als einen Ausdruck der Eigenwilligkeit der Roma und ihres Wunsches, ein Leben nach ihren Regeln und Normen zu führen, verstanden werden. Dieser Aspekt wird in den programmatischen Dokumenten meistens ausgelassen. Die Nicht-Beachtung dieses Faktors trägt zur Verschlechterung der Effektivität der Maßnahmen bei. Der Faktor „Mensch“ soll stärker sowohl in der Phase der Ausarbeitung der staatlichen Maßnahmen als auch in der Phase der Maßnahmenrealisierung miteinbezogen werden. Die staatlichen Maßnahmen sollen nicht nur Rücksicht auf die Mentalität der Roma nehmen, sondern auch die oben skizzierte Abhängigkeit ihres Erfolgs in Betracht ziehen.

Dabei soll Toleranz die Kontinuität und die Systematik der Maßnahmen nicht ausschließen. Die Nicht-Erfüllung von Pflichten soll unbedingt mit konkreten Sanktionen zusammenhängen.

Im Kontext dieser Überlegungen wird die Meinung vertreten, dass die Idee über mehr Toleranz und Verständnis bei der Realisierung bestimmter Maßnahmen empirisch nicht bestätigt wird. In einer Situation, die als chaotisch beschrieben werden darf, sind mehr Ordnung und Striktheit notwendig. Die von einem der Experten als positiv bewertete Praxis, toleranter gegenüber der Nicht-Erfüllung von Pflichten und Normen, die für alle bulgarischen Bürgern gleich gelten, durch Roma zu sein, kann keinesfalls empfohlen werden: „Sie sind (--) zum Beispiel toleranter gegenüber Roma-Schülern, die von der Schule fehlen. Sie verstehen, dass die Roma-Kinder zu Hause mehr helfen müssen, deswegen können sie öfters fehlen, bevor ihre Eltern administrativ sanktioniert werden, wie z.B. durch keine Gewährung vom Sozialhilfegeld.“ (Kuzmanov 2013: Z. 833ff., Übersetzung T.G.). Obwohl Toleranz und Verständnis immer willkommen sind, dürfen sie nicht als Rechtfertigung für das Ignorieren der geltenden Normen in der Gesellschaft akzeptiert werden.

Die Probleme bei der Adaptierung und Realisierung der Roma-Gruppen können nicht nur als Integration in die bulgarische Gesellschaft dargelegt werden. Die Integration ist ein bilateraler Prozess. Das bedeutet, dass das Niveau an sozialer Geschlossenheit, das die bulgarische Gesellschaft erreicht hat, nicht nur von den Bemühungen der einen oder der anderen Seite abhängig ist (vgl. Galabov 2008: 24).

Die positive Diskriminierung stößt auf keine Akzeptanz der bulgarischen Mehrheitsgesellschaft und wird als Privilegierung verstanden vor allem deswegen, weil Roma sich meistens als Konsumenten verhalten. Sie nutzen das soziale System des Staates aus und sind größtenteils nicht bereit, Adaptionsbemühungen ihrerseits anzustellen: „Zurzeit sind die Roma Konsumenten [von sozialen Ressourcen]. Die Mehrheit der Roma in Bulgarien sind Konsumenten. [Das] Ziel ist sie zu ändern: von Konsumenten zu Steuerzahlern.“ (Kanchev 2013: Z. 171ff., Übersetzung T.G.). Das Einkommen vieler Roma-Familien ist von der sozialen Hilfe des Staates sowie von anderen Budgettransfers wie z.B. Pensionen und Zuschüssen abhängig, während gleichzeitig eine sehr geringe Anzahl von Roma im formalen wirtschaftlichen Sektor beschäftigt ist. Dies führt zu einer stark ausgeprägten asymmetrischen Beteiligung der Roma an den Systemen sozialer Unterstützung (vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen 2002: 7). Diese Praxis könnte durch die direkte Umbindung der sozialen Hilfe mit Arbeitsbeteiligung verringert werden.

Die positive Form der Diskriminierung generiert auch ethnische Konflikte. Roma werden als Teil einer sozialen Gemeinschaft wahrgenommen und jede Bestimmung von zusätzlichen Ressourcen oder Bemühungen für sie vergrößert das Konfliktpotenzial der zwischenethnischen Beziehungen und stellt die demokratischen Prinzipien der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz in Frage. Denn Roma werden in Bulgarien als gleichberechtigte bulgarische Bürger mit den gleichen Rechten und Pflichten geboren, obwohl sie eine andere Herkunft haben (vgl. Galabov 2008: 31). Dabei dürfen ihr Status einer verletzbaren Gruppe³² sowie ihre finanzielle Unmöglichkeit, den Armutsteufelkreis allein zu beenden, nicht außer Sicht gelassen werden.

In Bulgarien mangelt es insgesamt an öffentlicher Unterstützung der staatlichen Politik zur Integration der Roma. Die öffentlichen Einstellungen sind den Machthabenden bekannt. Der festgestellte fehlende politische Willen kann auch in diesem Kontext analysiert werden. Die Ausführung von Maßnahmen, die vom bulgarischen Elektorat, das selber in einem sehr großen Ausmaß mit großen ökonomischen Schwierigkeiten konfrontiert ist, als Privilegierung von bestimmten gesellschaftlichen Gruppen wahrgenommen werden können, erweist sich als potenzielle Gefahr für das Interesse der Politiker, an der Macht zu bleiben (vgl. Rechel 2008: 85).

Eins der größten Probleme der staatlichen Integrationspolitik sehen zwei von den interviewten Experten im Fehlen von einem speziell für die Integration der Roma zuständigen staatlichen Organs das vor allem Konsolidierungsfunktionen übernehmen soll. Nötig für die effektive Ausführung des Integrationsprozesses sei, so die Experten, eine adäquate, inklusive administrative Struktur, die diesen Prozess zielgerichtet steuern soll. Das Fehlen von einem Konsolidierungsorgan hat schwerwiegende Folgen: „Das Fehlen eines staatlichen Organs, das (-----) (...) diese Programme und Strategien konsolidieren, analysieren und kontrollieren soll, hat Bedingungen für eine Vielzahl finanzieller Verbrechen geschaffen. (...) Dazu noch sind die für die soziale Integration der Roma verantwortlichen Institutionen in verschiedenen Ministerien zerstreut sowie in der Hierarchie dieser Ministerien sehr unbedeutend. Ahm, der Nationale Rat für die Zusammenarbeit im ethno-demographischen Bereich ist ein Organ, das gar nicht funktioniert. (--) Es hat keine operativen Funktionen, es hat nur eine Beratungsfunktion (---), die keinesfalls zum Wohlstand der Roma beigetragen hat. Alles, was dieser Rat bisher gemacht und erledigt hat, konzentriert sich im Organisieren

³² Mitglieder einer verletzbaren ethnischen Gruppe sind diese Personen, die sich am Ende der sozialen Hierarchie befinden. Diese Definition ist im Memorandum der sozialen Inklusion der Republik Bulgariens aus dem Jahr 2005, das im Prozess des Beitritts Bulgariens in die EU ausgearbeitet wird, enthalten (vgl. Ivanov 2008: 68).

von teuren Cocktails und Feiern für die wichtigsten Roma-Feiertage.” (ebd.: Z.50ff., Übersetzung T.G.); „Ich bin der Meinung, dass eine Agentur für die Roma im Ministerrat geschaffen werden sollte, damit der Integrationsprozess in Bulgarien schneller und effektiver verläuft. So eine Agentur existiert noch nicht. (...) oder zumindest eine Agentur für die ethnischen Minderheiten, wenn nicht speziell für die Roma.” (Kuzmanov 2013: Z. 865ff., Übersetzung T.G.).

Insgesamt haben die für die Roma-Integration zuständigen Regierungsorgane eine kleine Kapazität. Oft sind sie rein konsultative Organe mit sehr begrenzten Möglichkeiten zu Koordinierung und Ausführung von konkreten sozialen Politiken (vgl. Rechel 2008: 86). Der Nationale Rat für die Zusammenarbeit in den ethnischen und Integrationsfragen, der im Jahr 1997 als das wichtigste Regierungsorgan für Minderheitenangelegenheiten geschaffen wurde, ist ein konsultatives Organ, das für die Formulierung, Ausführung und Überwachung der staatlichen Politiken zur Integration der ethnischen Minderheiten in Bulgarien verantwortlich ist. Es dient der Förderung der Zusammenarbeit zwischen den staatlichen, regionalen und lokalen Mächten und den NGOs (vgl. Dimitrov/Grigorova/Detscheva 2012: 19). Die wichtigsten Herausforderungen für das effektive Funktionieren des Rates sind: niedriges Kapazität bezüglich der Programmierung, Realisierung und Überwachung der Maßnahmen; mangelnde Kontinuität der geplanten Maßnahmen und Interventionen; niedrige Niveaus an Unterstützung durch die staatliche Administration, schwierige Kommunikation mit den und mangelndes Engagement der Ministerien und staatlichen Organen in den jeweiligen Ressorts. Keine Personen mit Roma-Herkunft nehmen an der Arbeit im Rat teil (vgl. ebd.). Die Teilnahme der Gruppen, auf die die Maßnahmen gerichtet sind, wird als eine wichtige Garantie oder zumindest als ein wichtiges Kriterium für die bessere Effektivität der öffentlichen Politiken betrachtet (vgl. Galabov 2008: 27). Die vom Rat bisher geleistete Arbeit wird negativ bewertet und sein Ersetzen durch eine staatliche Agentur wird für absolut nötig gehalten.

Ein institutioneller Rahmen, der die Verteilung der Verantwortungen zwischen den Institutionen der exekutiven Macht regelt, ist vorhanden. Bisher wurde aber in keinem der Ministerien eine administrative Abteilung geschaffen, die für die Integration der Roma verantwortlich ist. Normalerweise wird in jedem politischen Sektor jeweils ein für die Inklusion der Roma zuständiger Experte angestellt. Inwieweit diese Experten in Kontakt miteinander stehen ist unklar. Oft werden diese Experten sogar nicht durch einen Arbeitsvertrag engagiert, sondern nur temporär beschäftigt (vgl. Dimitrov/Grigorova/Detscheva 2012: 19f.). Die Delegation von Aufgaben und

Verantwortungen funktioniert bisher nicht effektiv, so dass die Notwendigkeit einer Zentralisierung im diesem Policy-Bereich an der Tagesordnung gelegt werden soll. Die Nationale Strategie zur Integration der Roma registriert diese Notwendigkeit nicht und sieht administrative und strukturelle Veränderungen bzw. die Schaffung von einer Institution mit klar geregelten exekutiven Funktionen nicht vor.

Diese Institution kann z.B. Agentur der gleichen Möglichkeiten genannt werden, damit ihre Existenz für die zwischenethnische Spannung in der Gesellschaft zumindest formal nicht beiträgt. Das Organ soll alle existierenden Programme und Projekte konsolidieren und für die Überwachung ihrer Finanzierung verantwortlich sein. Es soll der Zentralisierung des Systems dienen sowie unter staatlicher, öffentlicher und politischer Kontrolle stehen (vgl. Kanchev 2013: Z. 70ff.). Darüber hinausgehende Verbesserungsvorschläge umfassen die Schaffung eines europäischen Kommissariats der gleichen Möglichkeiten. Die Argumentation dahinter: „ (...) für jede eigene soziale Schicht und ihre Probleme soll ein eigenes Ressort geschaffen werden, der sich mit ihr individuell beschäftigt und für sie einen eigenen Umgang entwickelt.“ (ebd.: Z.82ff., Übersetzung T.G.). Die Entwicklung eines EU-Rahmens mit Vorschriften für die nationalen Strategien der Mitgliedsstaaten wird positiv bewertet, aber nicht als ausreichenden Zentralisierungsmechanismus, der die Effektivität der staatlichen Integrationspolitik sichern könnte, betrachtet.

Die politische Situation in Bulgarien nach 1989 bestimme, so Kirilova, die Realisierung der staatlichen Politik zur sozialen Integration der Roma. Der Wechsel der politischen Kräfte nach jeder Regierungsperiode hinderte bis jetzt die Entwicklung einer konsistenten und effektiven sozialen Integrationspolitik. Mit jeder neuen Regierungsperiode beginnt der Prozess quasi aufs Neue, ohne dass die bisher erreichten Resultate oder die bisher entwickelten Strategien weiter entwickelt und ergänzt werden. Ein aufeinander Aufbauen lässt sich dabei nicht beobachten. Dadurch sind längerfristige Resultate nicht zu erreichen. Dieser Aspekt hängt direkt mit der angesprochenen Problematik des legalen Status der Maßnahmen zusammen. Die Gründe für den Erfolg bzw. für den Misserfolg der staatlichen Maßnahmen sollen in der jeweiligen sozialen, politischen oder ökonomischen Situation im Land gesucht werden. Das Erfolgspotenzial von bestimmten Maßnahmen oder Ideen soll immer auch in diesem Kontext betrachtet werden (vgl. Kirilova 2013: Z.112ff.).

Das Hauptziel der staatlichen Integrationspolitik besteht im Moment in der Überwindung der akkumulierten sozialen Ungleichheiten. Eine effektive staatliche Politik soll proaktiv und nicht reaktiv gestaltet werden. Das Prinzip der Proaktivität umfasst die rechtzeitige Entwicklung von Problemlösungsstrategien, d.h. bevor die Probleme kritische

Werte erreicht haben, sowie die Identifizierung von Risiken und Gefahren. Diese proaktive Vision lässt sich in Bulgarien in der Praxis nicht anwenden, stellt aber eine erstrebenswerte Alternative für die Zukunft dar (vgl. Offene Gesellschaft 2008: 59).

In der Sekundärliteratur wird im Kontext der mangelnden Effektivität bei der Ausführung der staatlichen Integrationspolitik die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, dass die Ausarbeitung von politischen Dokumenten nur deswegen unternommen wird, um die Erwartungen der westlichen bzw. der europäischen Institutionen zu entsprechen. Die Annahme der Politiken zur sozialen Integration der ethnischen Minderheiten wird als die Art und Weise, um den Anforderungen der Union auf formaler Ebene zu entsprechen, wahrgenommen (vgl. Rechel 2008: 86). Die europäische Kommission lässt sich von diesem auf Papier vorhandenen politischen Willen nicht täuschen und stellt die Diskrepanz zwischen den politischen Absichten und der operativen Realität sowie die oben beschriebenen Problematiken bei der Realisierung der Inklusionspolitik fest. Die Politiken zur Integration der Roma verbleiben laut Veröffentlichungen der Kommission ungenügend finanziert, auf einem Anfangsniveau ihrer Realisierung und stellen vielmehr eine Liste mit erwünschten Resultaten als anwendbare und realistische Politiken dar (vgl. ebd.: 84).

Im Prozess der Auswertung des empirisch gewonnenen Materials wurden zwei von den der Arbeit zugrunde liegenden Hypothesen verifiziert – Hypothese 1³³ und Hypothese 2³⁴. Folgende Komponente konnte dabei empirisch nicht bewiesen werden: die bulgarische Exekutive hat Engagement und harte Arbeit in diesem Unterfangen investiert. Hypothese 3 konnte nicht bestätigt werden. Eine Reihe von Faktoren, die die erfolgreiche Realisierung der nationalen Programme und Strategien in Bulgarien beeinflussen und verhindern, wurde identifiziert. Obwohl ein diskriminierendes Verhalten der Mehrheitsgesellschaft gegenüber der ethnischen Minderheit der Roma im Land laut der Meinung der Experten vorhanden und sogar breit verbreitet ist, stellt dieses Verhalten nicht das Haupthindernis für die Realisierung der staatlichen Maßnahmen dar. Eine größere Rolle spielt z.B. der Finanzierungsaspekt.

Die wichtigsten Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung werden auch in Betracht der ihr zugrunde liegenden theoretischen Ansätze interpretiert. Der aktuelle Zustand der

³³ Die nationalstaatliche Politik zur sozialen Integration der Roma in Bulgarien entwickelt sich aktuell im Rahmen der europäischen Roma-Politik und entspricht *auf formaler Ebene* den Forderungen nach Entwicklung von Strategien zur Verbesserung der sozioökonomischen Lage der Roma-Gemeinschaft. Die Prinzipien der Union werden auf Ebene der Entwicklung von Strategien und Maßnahmen gefolgt.

³⁴ Die nationalstaatlichen Strategien in Bulgarien umfassen Maßnahmen in den Bereichen Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und Wohnungsbedingungen. Für jeden dieser Sektoren werden spezifische Ziele ausgearbeitet. Defizite bestehen bei der Realisierung dieser Maßnahmen. Die Ausführung der nationalen Politiken *in allen Sphären* der sozialen Integration ist *mangelhaft*, obwohl die bulgarische Exekutive Engagement und harte Arbeit in diesem Unterfangen investiert hat. Im Hinblick auf in der Praxis erreichte Resultate befindet sich das Land weit entfernt vom Erreichen der Integrationsziele der Union.

bulgarischen Gesellschaft bezüglich der Situation der Roma entspricht den im theoretischen Teil der Arbeit beschriebenen Kriterien für Integration deutlich nicht. Er kann vielmehr mit dem Begriff Segmentation bzw. Desintegration bezeichnet werden. Desintegration zeichnet sich dadurch aus, dass die einzelnen Teile nicht in einer wechselseitigen Beziehung bzw. nicht in einem symmetrischen Abhängigkeitsverhältnis zueinander stehen. Dadurch kommt es zu Exklusion des zu integrierenden Teils aus der Gesellschaft und ihren sozialen Sphären, zu einer dauerhaften Etablierung der ethnischen Gruppe als eine eigene gesellschaftliche Einheit sowie zu Festigung der systematischen Unterschiede zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen.

Wenn die innerliche Dynamik des Integrationsprozesses bzw. die Mikro-Perspektive mitberücksichtigt wird, lässt sich Folgendes feststellen: Lücken existieren in allen vier Dimensionen der Sozialintegration (Kulturation, Platzierung, Interaktion und Identifikation). Roma besitzen die notwendigen Kompetenzen und das nötige Wissen, durch die sie sich erfolgreich integrieren können, nicht. Sie beherrschen massenhaft weder gut die offizielle Sprache, noch verfügen sie über die Fähigkeit, in wichtigen Situationen den jeweiligen Bedingungen entsprechend angemessen und adäquat reagieren und handeln zu können. Sie werden in das bestehende soziale System durch die Besetzung von bestimmten gesellschaftlichen Positionen nicht oder nicht vollständig inkludiert. Auch im Hinblick der Interaktion zwischen den Vertretern der Mehrheitsgesellschaft und der Minderheit können keine positiven Befunde gemacht werden. Sie bauen keine guten Relationen zueinander auf. Die soziale Isolation der Roma kann einerseits als Resultat der mangelnden Effektivität der staatlichen Integrationspolitik gedeutet werden. Andererseits kann sie auch als ein Zeichen für den mangelnden Willen der zu integrierenden Subjekte, sich als Teil der Mehrheitsgesellschaft zu identifizieren, verstanden werden.

Die staatlichen Bemühungen zur Integration der Roma gehen deutlich nicht in Richtung Assimilation. Ihre Handlungen reflektieren eine multikulturalistische Vision von der bulgarischen Gesellschaft. Sie fordern, dass die Identität des Individuums bzw. der gesamten Gruppe mit allen ihren Besonderheiten innerhalb der Gesellschaft bzw. innerhalb des Staates anerkannt werden, an. Eine Angleichung bzw. eine Verschmelzung, bei dem Einzelne oder Gruppen die Traditionen, Gefühle und Einstellungen anderer Gruppen übernehmen und in diesen allmählich aufgehen, wird nicht erzielt.

Die Untersuchung des Verlaufs des Integrationsprozesses in Bulgarien stellt die wichtigsten innerlichen Gründe für den Abgrund zwischen den auf formaler Ebene existierenden Maßnahmen und ihrer Ausführung in der Realität dar. Diese innerlichen

Faktoren sind auch im europäischen Kontext von Bedeutung, da sie unter anderem auch die Auswirkungen der Union auf die Integrationspraktiken im Land beeinflussen können.

2.7 Implementierung der europäischen Roma-Politik und Europäisierung

In den letzten Jahren wächst der Umfang der Literatur über den Einfluss der EU auf die Mitgliedsländer und die beitrittswilligen Länder, der mit dem Begriff Europäisierung bezeichnet wird, immerfort. Obwohl fast kein Zweifel daran besteht, dass die zwischenstaatliche Organisation in vielen Fällen einen bedeutenden Einfluss auf die innerstaatlichen Politiken und Strukturen der europäischen Länder ausübt, wird der Anfangsenthusiasmus zunehmend durch eine realistischere Reflexion davon, wo und wann die EU eine spezifische Rolle spielen kann, ersetzt. Dies ist auch in der Sphäre der sozialen Integration der Roma der Fall. In Mittel- und Osteuropa haben die Beitrittsländer Programme zur Verbesserung der sozialen Lage der Minderheiten vor allem als Antwort auf die Erwartungen auf europäischer Ebene ausgearbeitet. Zunächst wurden diese Programme als den Beginn einer neuen Ära in der demokratischen Entwicklung dieser Länder erklärt. Bald danach wurde klar, dass ihre Ausführung unbefriedigend ist. Die Europäische Kommission selbst hat die große Nichtübereinstimmung zwischen der formalen Ebene und der realen Ausführung der Dokumente festgestellt (vgl. Rechel 2008: 84f.). Trotzdem hat die Mitgliedschaft Bulgariens in der EU auch in diesem Hinblick bestimmte Auswirkungen.

Der Europäisierungsprozess lässt sich in zwei Phasen unterteilen: vor und nach dem EU-Beitritt des Landes. Die bulgarischen Regierungen waren im Hinblick des bevorstehenden EU-Beitritts im Jahr 2007 gezwungen, adäquater und schneller auf die Kritik der internationalen Organisationen und vor allem der Union zu reagieren. Die EU und ihre Fähigkeiten, die nationalstaatliche Politik zur Integration der Roma zu überwachen und politischen Druck auch diesbezüglich auszuüben, haben eine wichtige Anregungsrolle gespielt (vgl. Schuler 2008: 143).

Im Rahmen des Beitrittsprozesses hat die Kommission ihre Kontrollfunktionen nicht konstruktiv ausgeübt. Sie hat in ihren regelmäßigen Berichten *keine* detaillierten Bemerkungen zum erreichten Fortschritt auf nationaler Ebene in diesem politischen Bereich bzw. keine konkreten Bewertungen der staatlichen Roma-Politik formuliert. Ein detailliertes und kritisches Monitoring der bulgarischen Integrationspolitik, die Ausarbeitung von einem Monitoringsprogramm und die daran anknüpfenden Forderungen zur Ausarbeitung und

Ergänzung der notwendigen Aktionspläne vor dem EU-Beitritt könnten wichtige Antriebe zu rechtszeitigeren politischen Handlungen auf nationalstaatlicher Ebene sein (vgl. ebd.).

Eine sehr große Rolle für die Intensivierung des Integrationsprozesses in Bulgarien in der letzten Dekade haben die Hilfe und die Forderungen der Union im Rahmen des PHARE-Programms, das unter anderem auch Unterstützung im sozialen Bereich und konkret Bemühungen zur sozialen Annäherung der neuen EU-Mitgliedsländer vorsieht, gespielt. Das Programm stellt eins der drei wesentlichen Instrumente der Union, um die *Beitrittsvorbereitung der beitrittswilligen Länder* aus Mittel- und Osteuropa³⁵ (finanziell) zu unterstützen. In dieser Veränderungen begünstigenden Situation wurde eine Reihe von programmatischen und operativen Dokumenten auf Regierungsebene ausgearbeitet, in denen die wichtigsten sozialen Probleme der Roma skizziert, strategische Ziele im Integrationsbereich formuliert sowie konkrete Maßnahmen definiert werden. Einige Beispiele dafür sind die Gesundheitsstrategie für Personen aus den ethnischen Minderheiten, die sich in ungleichwertiger Lage befinden, aus dem Jahr 2005, das Nationale Programm zur Verbesserung der Wohnungsbedingungen der Roma in Bulgarien für die Periode 2005-2015, der Nationale Aktionsplan für die Dekade der Roma-Inklusion 2005-2015, u.a (vgl. ebd.).

Die Veränderungen in den auf nationalstaatlicher Ebene und auf Gemeindeebene angestellten Bemühungen zur sozialen Integration der Roma werden auf verschiedene Faktoren zurückgeführt. Während die Dynamisierung des Integrationsprozesses auf Gemeindeebene als Resultat der klar gewordenen Notwendigkeit einer Veränderung der sozialen Lage der Roma wahrgenommen wird, wird auf nationalstaatlicher Ebene der Prozess des Beitritts des Landes in die EU bzw. seine Mitgliedschaft in der Union als den wesentlichsten Faktor, der diese Veränderungen stimuliert hat, betrachtet (vgl. Ivanov 2008: 78).

Insgesamt wird die Meinung vertreten, dass die Union vor allem für oberflächliche politische Veränderungen in den neuen Mitgliedsländern beigetragen hat. Sie haben angenommen, dass die Ausführung der formalen Verpflichtungen zu dem erfolgreichen Ausgang aus der durch den Beitritt geschaffenen Bedingtheit führt (vgl. Rechel 2008: 87).

In den Mitgliedschaftsjahren wurde ein wenn auch minimaler Fortschritt beim Umgang mit den Integrationsproblemen auf Regierungsebene erreicht – vor allem als Resultat der zugenommenen Zusammenarbeit zwischen den regionalen, lokalen und zentralen Institutionen und den NGOs (vgl. Ivanov 2008: 78). Diese Prozesse können ohne nähere Untersuchungen nicht direkt mit dem Einfluss der EU in Beziehung gesetzt werden.

³⁵ Tschechien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Slowenien, die Slowakei, Bulgarien und Rumänien

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der staatlichen Roma-Politik nach 2007 sei, so Ivanov, die Möglichkeit, Projekte und Programme zur sozialen Integration der Roma mit europäischen Ressourcen zu finanzieren. Diese finanzielle Unterstützung ermöglichte die Realisierung verschiedener Initiativen im Land. Problematisch erweist sich dabei, dass das Land in vielen Fällen sich nur auf diese Finanzierungsmöglichkeit verlässt. Eine effektive Lösung der komplexen Probleme ist nur dadurch nicht zu erreichen (vgl. ebd.: 82).

Die interviewten Experten haben ihre Meinung über die Europäisierung der staatlichen Integrationspolitik vorsichtig (oder gar nicht) geäußert. Ein starker europäischer Einfluss lässt sich ihrer Meinung nach *nicht* beobachten: „Also, ich würde nicht sagen, dass sich eine starke Entwicklung beobachten lässt. Die Richtung [ist] die gleiche. Der einzige Unterschied besteht darin, dass letztes Jahr die bulgarische Regierung eine Nationale Strategie zur Integration der Roma in Bulgarien angenommen hat. Das ist ein strategisches Dokument und es wurde auf eine Empfehlung der Europäischen Kommission angenommen. Alle Mitgliedsländer haben solche Dokumente auf nationalstaatlicher Ebene angenommen. Deswegen haben auch wir das gemacht, aber dabei beobachten sich die gleichen Probleme. Keine Ressourcen stehen für die Realisierung der Strategie zur Verfügung. Es wird nur mit der Finanzierung aus den Fonds der EU gerechnet und es ist sehr (--) unklar wann das passieren wird, ob es passieren wird und ob solche finanziellen Mitteln überhaupt zur Verfügung gestellt werden. Aber vor der Kommission und vor der EU haben wir unsere Aufgabe erledigt.“ (Dimitrov 2013: Z. 568ff., Übersetzung T.G.). Die Ausarbeitung der Nationalen Strategie zur Integration der Roma wird als ein der wenigen Zeichen für den Einfluss der Union in dieser Sphäre betrachtet. Die Hypothese über die rein formale Ausführung der mit dem EU-Beitritt übernommenen Verpflichtungen wird bestätigt.

Die Existenz eines Europäisierungsprozesses auf diskursiver Ebene wird von einem der befragten Experten behauptet: „Um ehrlich zu sein, mit dem Beitritt in die EU haben wir begonnen, öfters über Integration und alles, das mit Integration irgendwie zusammenhängt, zu reden. (--) Seit 2007 nehmen viele NGOs, inklusive „Amalipe“, an europäischen Projekten teil, wodurch Fortschritte in bestimmten Regionen und Gemeinden erreicht wurden. (...) Aber ja, die Mitgliedschaft in der Union hat eine besondere Rolle gespielt, erstens begann die Gesellschaft mehr und offener darüber zu reden und zweitens wurden bestimmte Organisationen und Programme finanziell unterstützt.“ (Kuzmanov 2013: Z. 901ff., Übersetzung T.G.). Die Mitgliedschaft in der Union habe, so Kuzmanov, für die

Überwindung bestimmter Barrieren und für die Intensivierung der Diskussion über die soziale Integration der Roma im Land beigetragen.

Die Untersuchung der Integration der Roma in Bulgarien im Hinblick auf die europäischen Vorschriften, Programme und Strategien, die die europäische Roma-Politik der Union formieren, lässt folgende Schlussfolgerungen zu: Die Integrationsbemühungen auf nationaler Ebene *berücksichtigen die Vorschriften der Union* bzw. die europäische Roma-Politik. Sie wird durch konkrete strategische und programmatische Dokumente auf nationalstaatlicher Ebene umgesetzt. Bulgarien beteiligt sich an vielen europäischen Projekten, Ideen und Initiativen zur sozialen Eingliederung der Roma wie z.B. an der Dekade der Roma-Inklusion. Mit der Teilnahme an diesen Initiativen verpflichtet sich das Land, seine Bemühungen zur Beseitigung der Diskriminierung sowie zur Verbesserung der sozioökonomischen Lage der Roma zu verstärken. Die Vorschriften aus dem aktuellen EU-Rahmen zur Integration der Roma in den Mitgliedsstaaten werden berücksichtigt, indem eine Nationale Strategie zur Integration der Roma ausgearbeitet und der Kommission zur Bewertung vorgelegt wurde. Die Kommission hat die Strategie Bulgariens angenommen und bestätigt, dass sie den meisten europäischen Richtlinien aus dem EU-Rahmen entspricht. Insoweit wird sichergestellt, dass die nationalen Integrationsziele und –maßnahmen inhaltlich mit den EU-Zielen zur Integration der Roma korrespondieren.

Der innerstaatliche *Einfluss* der europäischen Institutionen ist *begrenzt*. Obwohl einige Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft vorhanden sind, kann die Rede von einer bedeutenden Reorientierung der staatlichen Integrationspolitik nicht sein. Die europäischen Normen und Ideen werden vor allem im Prozess der Ausarbeitung und Formulierung von Strategien und Dokumenten mitberücksichtigt. In vielen der im Rahmen dieser Untersuchung analysierten Strategien und Programme wird auf die europäischen Dokumenten zur sozialen Integration der Roma hingewiesen. In allen sozialen Sphären, die von der Union als prioritär definiert werden – Bildung, Beschäftigung, Wohnbereich und Gesundheitsfürsorge, werden Integrationsmaßnahmen ausgearbeitet. Die europäischen Richtlinien werden aber ausschließlich auf formaler Ebene befolgt. In der Ausführungsphase wird die Anpassung an den Vorgaben und Normen des europäischen Zentrums nicht so sichtbar. Die europäischen Strategieziele, die die Roma-Politik festlegt, werden bisher nicht erreicht.

Der Europäisierungsprozess im Bereich der sozialen Integration der Roma betrifft die *Policy-Dimension* bzw. umfasst Veränderungen in den politischen Diskursen und Prioritäten, in den einzelnen Strategien und Instrumenten der Politikgestaltung. Institutionelle Veränderungen (der Polity-Elemente) oder Veränderungen der politischen Prozesse und

Akteure (Politics-Veränderungen) als Resultat der Mitgliedschaft in der EU können bisher nicht konstatiert werden. Der Transfer von einzelnen Elementen, für deren Entwicklung der notwendige institutionelle Kontext fehlt, erweist sich problematisch. Die erfolgreiche Übertragung eines gesamten Modells setzt einen komplexen und langwierigen Prozess voraus. Er inkludiert sowohl die Beschaffung von neuen institutionellen Strukturen und Kapazität und die Umgestaltung der alten Institutionen und Strukturen als auch Bemühungen für eine Veränderung der negativen gesellschaftlichen Einstellungen. Die Einführung von ausgewählten Elementen eines europäischen Modells hat keinen erheblichen Einfluss in Richtung Transformation und zwar aufgrund des Fehlens einer adäquaten normativen Basis sowie von Institutionen und Instrumenten für ihre Ausführung und Kontrolle.

Die Europäisierung in diesem Bereich erfolgt durch soft-law-Instrumente und – Mechanismen. Die offene Methode der Koordinierung setzt sich auch in dieser Sphäre wie im sozialpolitischen Bereich im Allgemeinen als wichtigstes institutionelles Europäisierungsinstrument durch. Die Union und seine Institutionen verfügen in diesem politischen Bereich über keine Rechtssetzungskompetenz und versuchen durch weiche Instrumente und Mechanismen geringer Bindewirkung, die staatlichen Handlungen zu koordinieren. Die damit eng zusammenhängenden begrenzten Kontroll- und Sanktionsfähigkeiten, die mangelnde Einheitlichkeit der europäischen Roma-Politik und die fehlende Zentralisierung bedingen das geringe Europäisierungspotenzial in dieser Sphäre.

3. Die Roma-Politik Ungarns³⁶. Ein Vergleich

Die Roma-Integration ist kein spezifisches Anliegen Bulgariens. Sie betrifft in einem jeweils unterschiedlichen Ausmaß eine Vielzahl von europäischen Ländern. Der Vergleich mit ausgewählten Aspekten der Roma-Politik Ungarns in diesem Kapitel erzielt, die diesbezügliche Situation in Bulgarien in einen breiteren Kontext einzubetten. Die „Vögelperspektive“ überschreitet die mehr oder weniger begrenzte Sichtweise, die sich nur auf das Nationalstaatliche konzentriert, und schafft die Möglichkeit, eine realistischere Vorstellung davon, was im Land passiert, zu gewinnen. Die Gegenüberstellung der Roma-Politik Bulgariens mit den Bemühungen zur sozialen Integration der Roma in Ungarn erweitert die Perspektive und zeigt inwieweit die Situation in Bulgarien als außergewöhnlich wahrgenommen werden darf bzw. inwieweit die Probleme der Roma in Bulgarien als ein

³⁶ In diesem Kapitel werden einzelne Elemente und Aspekte der ungarischen Roma-Politik dargestellt. Eine umfassende Analyse der staatlichen Maßnahmen zur sozialen Integration der Roma in Ungarn ist nicht möglich.

Unterscheidungsmerkmal des Landes betrachtet werden dürfen. Dadurch werden auch Beispiele für gute Praktiken und alternative Wege bzw. alternative Integrationsmaßnahmen und -strategien gewonnen. Da die vorliegende Arbeit neben der Darstellung der wichtigsten staatlichen Maßnahmen zur sozialen Integration der Roma im Land eine tiefer gehende Analyse der Effektivität der staatlichen Politik, der Hindernisse für ihre erfolgreiche Realisierung und der möglichen Schritte zur Verbesserung der vorhandenen Problemstellen darzustellen versucht, bietet sich der Vergleich mit einem anderen europäischen Land, das davon in einem vergleichsweise ähnlichen Ausmaß betroffen ist, gut an.

Laut den Ergebnissen der Volkszählung aus dem Jahr 2011 bekannten sich in Ungarn ungefähr 315 000 Menschen als Roma. Andere repräsentative Einschätzungen gehen aber von 700 000 bis 1 000 000 Menschen aus, die zur Roma-Minderheit gehören (vgl. Rozsics 2013: 1). Die Einwohnerzahl in Ungarn beträgt insgesamt 9 908 798 Personen. Das Land trat mit der ersten Osterweiterungswelle im Jahr 2004 die EU bei. Die größte ethnische Minderheit bilden die Roma. Der prozentuale Anteil der Roma an der ungarischen Bevölkerung ist umstritten. Nach Bulgarien und Rumänien hat Ungarn den drittgrößten Roma-Anteil gemessen an seiner Gesamtbevölkerung. Im Gegensatz zur sinkenden Gesamtbevölkerung Ungarns, nimmt die Anzahl der Roma kontinuierlich zu: „The estimated 700–800 thousand Roma population comprises the largest and most dynamically-growing minority in Hungary. While the majority of the rest of the population is rapidly ageing, the percentage of Roma is fast increasing. According to some forecasts, by the year 2050 the percentage of Roma in Hungary of working age will be greater than those of non-Roma background.” (Jároká 2013: o.S.). Die demographische Situation in Ungarn ist mit der demographischen Situation Bulgariens vergleichbar.

Die Roma in Ungarn sind von ähnlichen Problemen wie die Roma in Bulgarien sowie europaweit betroffen – Arbeitslosigkeit, schlechte Wohnbedingungen und räumliche Segregation, Diskriminierung, niedriges Bildungsstatus und schwerwiegende Gesundheitsprobleme. Die soziale und wirtschaftliche Rückständigkeit im Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft wird auch in Ungarn mit der Zeit immer größer. Ein bedeutender Anteil der ungarischen Roma lebt heutzutage in tiefer Armut (vgl. Rozsics 2013: 1).

Die Anzahl der Roma in Ungarn, die mit der Anzahl der Roma in Bulgarien vergleichbar ist, bzw. der Roma-Anteil an der Gesamtbevölkerung sind nicht die einzigen Argumente für die Auswahl des Landes für den Vergleich. Das Land wurde in den durchgeführten Experteninterviews mehrmals genannt, so dass sich diese auch auf der Meinung der interviewten Personen beruht. Die ähnliche politische Geschichte der beiden

Länder hat ebenfalls eine wichtige Rolle dabei gespielt. Die sozialistische Vergangenheit Ungarns als Teil des Ostblocks zählt in diesem Kontext als einen wichtigen Grund für die Gegenüberstellung. Obwohl das Land im Hinblick auf ihre geographische Lage als mitteleuropäisches Land betrachtet wird, teilt es mit den anderen osteuropäischen Ländern, inkl. mit Bulgarien, eine ähnliche Geschichte, die auch auf den Integrationsaspekt einen Einfluss ausgeübt hat.

Auf sozialem Gebiet wurden einige Integrationsmaßnahmen seitens des ungarischen Staates bereits nach dem Zweiten Weltkrieg ergriffen, wodurch sich die Lage der Roma vorübergehend verbesserte. Roma haben von dem Vollbeschäftigungsprogramm und anderen sozialen Leistungen des Staates, wie beispielsweise der Errichtung von Wohnungen für Sozialbedürftige teilweise profitiert, jedoch wurden sie während des Sozialismus nie als Minderheit definiert. Bis zur politischen Abkehr vom Sozialismus im 1989 wurden die Roma offiziell nicht als Minderheit anerkannt. In den 90er Jahren gerieten die bis dahin verschwiegenen Minderheitsprobleme wieder in den Mittelpunkt. Die Roma-Bevölkerung war von den massenhaften Entlassungen nach dem Systemwandel im großen Maße betroffen. Danach bildete sich allmählich eine Schicht innerhalb der Gesellschaft ohne effektive Interessenvertretung aus. Die meisten Leute blieben dann Generationen lang ohne Arbeit und mussten zwangsläufig an den Rand der Städte und schließlich in die Dörfer ziehen, wo sie immer noch segregiert leben (vgl. ebd.: 2).

Ungarn nahm nach der Wende eine besondere Stellung im Integrationsbereich ein: „Since 1989, more policy and project activity related to Roma has taken place in Hungary than in any other country in Central and Eastern Europe. Considerable research has been conducted; a wide-range of Roma-related NGOs have been set up; and numerous projects and pilot projects have been implemented. Successive governments have played an active role in setting policy.” (Ringold/Orenstein/Wilkens 2005: 124). Die Gründe dafür sind vielfältig: „In the first place, Hungary’s post-transition development process has been both faster and more successful than most. Hungary was among the leading countries for EU accession in the lead-up to enlargement in May 2004. Second, Hungary has historically had a greater involvement in minority issues than its neighbours because of the large number of Hungarians who live as minorities in other countries. Third, the growth of civil society has been more rapid in Hungary than in other countries.” (ebd.).

Eine Reihe von Mechanismen auf institutioneller Ebene, die die soziale Integration der Roma unterstützt, wurde in der postkommunistischen Periode eingerichtet: „Successive Hungarian governments have played an active role in policymaking and establishing

institutions to address minority policies in general and Roma issues in particular. Perhaps most notably, in 1993 Hungary adopted the Minorities act, which granted considerable cultural, educational, and linguistic rights to Hungary's 13 recognized minorities through a system of national and local minority self-governments. This system is unique to Hungary. The country has also established the Office for National and Ethnic Minorities and the independent Minorities Ombudsman to oversee minority rights and protections. Most recently (...) the government established a new Roma Office under the Office of the Prime Minister, to coordinate Roma policy across the government." (ebd.: 129). In struktureller Hinsicht erreichte Ungarn einen schneller und besser stattfindenden Fortschritt. In Bulgarien wird die Idee über die Errichtung einer separaten Agentur für die Integration der Roma bzw. eines Organs, das den Integrationsprozess fördern und unterstützen soll, erst besprochen.

Ungarn hat sich auch auf europäischer Ebene bzw. als EU-Mitglied besonders für die Intensivierung der Handlungen zur Integration der Roma in der Union eingesetzt. Im Rahmen der ungarischen Ratspräsidentschaft (erstes Halbjahr 2011) wurde dieses Thema auf ungarischer Initiative intensiver besprochen und an der Tagesordnung gelegt: „Erst in dem letzten Jahrzehnt ist eine positive Zuwendung zu dieser Problematik auf europäischer Ebene zu sehen, als die europäische Gemeinschaft die Roma-Frage im Jahr 2011 (aufgrund einer ungarischen Initiative) behandelt hat, und ein Konzept für ihre Befreiung aus der Armut ausgearbeitet hat." (ebd.). Bereits am Anfang ihrer Ratspräsidentschaft erklärte Ungarn die verbesserte Integration der Roma zu einer ihrer Prioritäten.

Die zwischenethnische Situation in Ungarn ist sehr konfliktenreich und daher ist die Notwendigkeit rechtzeitiger und effektiver Integrationsmaßnahmen sehr dringend. Im April 2011 kam es nach einer paramilitärischen Übung der rechtsradikalen Vereinigung „Schutzmacht" in der nordostungarischen Ortschaft Gyöngyöspata zu einer Massenschlagerei mit ortansässigen Roma. Auslöser war die Attacke der Extremisten auf einen 14-jährigen Jungen mit Roma-Herkunft. Als Resultat musste die gesamte Roma-Bevölkerung des Dorfes polizeilich geschützt werden. Das ist nur ein von vielen Beispielen für die schwere zwischenethnische Spannung im Land, die die Grenzen des „Normalen" deutlich überschreitet (vgl. Bracht 2011: o.S.): „(...) in Ungarn – ich glaube, dass da am schwierigsten ist (...). Dort werden viele anti-Roma-Proteste organisiert. In Bulgarien wurden auch ein paar solche Proteste organisiert. Aber dort passieren sie täglich, ständig gibt es (--) Opfer, inklusive Kinder, als Resultat der zwischenethnischen Spannungen." (Dimitrov 2013: Z. 641ff., Übersetzung T.G.). In Bulgarien gab es bisher keine Opfer aus ethnischen Konflikten zwischen Roma und Nicht-Roma.

Das im Bereich der sozialen Integration der Roma in Ungarn bisher Erreichte ist unbefriedigend. Ein minimaler Anteil der Integrationsmaßnahmen in der *Bildungssphäre* führt zu konkreten Resultaten: „We can observe a 20 per cent success ratio. In other words, every fifth child can compensate for the failures of the previous four.” (Jároká 2013: o.S.). In Ungarn existieren immer noch getrennte Schulen und Klassen für Roma und Nicht-Roma, obwohl es gesetzlich geregelt wird, dass diese Praxis nicht toleriert werden darf. Die Segregation von Roma-Kindern ist im ungarischen Bildungswesen nach wie vor breit verbreitet.

Im *Beschäftigungsbereich* wird ebenfalls keinen bedeutenden Fortschritt bisher erreicht: „The vast majority of the Roma community suffers from general unemployment on an unacceptable scale: the percentage of the long-term unemployed in some areas of Hungary reaches 70%. While the expansion of Roma employment figures high in employment policy plans, these are often poorly executed or outdated.” (ebd.). Die wichtigsten Gründe, die die Realisierung der Beschäftigungsmaßnahmen in Ungarn verhindern, unterscheiden sich von den Haupthindernissen in diesem Bereich sowie allgemein in Bulgarien nicht: „The main reason for the low employment of Roma is the lack of proper education. Besides training, however, there are many other factors that create such large scale unemployment: a) disadvantages – the majority of Hungarian Roma live in doomed, small village areas; b) isolation – distinction according to ethnic affiliation constitutes racial discrimination; c) the demise of the former Communist economic structure – elevated sections of the planned economy (construction, mining, heavy industry) went bankrupt; the areas which employed a large proportion of the Roma work force disappeared; d) the demand for a new type of work force – modern, market-oriented employers show greater interest in a trained, highly qualified work force; e) hurdles to self-employment – inadequate capital, and the absence of entrepreneurial experience and know-how, hamper the establishment of Roma-owned companies; f) the poverty trap – in the current system, the needs of the combined family income make it more beneficial to stay at home since the social aid in certain instances exceeds the attainable wage under the given conditions;” (ebd.).

Im Bereich der *Gesundheitsfürsorge* sowie im *Wohnbereich* ist die Lage der Roma genau so prekär. Die Anzahl der ungarischen Roma, die in isolierten Stadtvierteln wohnen, nahm in den letzten Jahren zu. Roma haben immer noch einen begrenzten Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen und werden täglich mit jeglichen Diskriminierungspraktiken in dieser Sphäre konfrontiert (vgl. ebd.).

Problematisch erweist sich in Ungarn, wie in Bulgarien, die Umsetzung der ausgearbeiteten Programme und Strategien. Die EU-Vorgaben und die bestehenden nationalen

Gesetze für die Verbesserung der Roma-Situation werden nicht erfolgreich umgesetzt (vgl. Bracht 2011: o.S.).

Im Hinblick auf die bestehenden Umsetzungsprobleme wurde in Ungarn im September 2011 ein so genannter Expertenrat geschaffen, der die ungarische Roma-Politik legitimieren soll. Im ungarischen Parlament konstituierte sich der Roma-Koordinationsrat als Expertengremium für die Implementierung und Begleitung neuer Gesetzesvorhaben, die die Verbesserung der Situation der ungarischen Roma betreffen (vgl. Lloyd 2011: o.S.). Der Rat wird vom Staatssekretär für soziale Integration, Zoltán Balogh, geleitet und besteht aus 27 Mitgliedern – Vertretern von Roma-Organisationen und Kirchen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen, NGOs, dem Ombudsmann für Minderheiten, Vertretern von Kommunen, der Akademie der Wissenschaften, dem Statistischen Amt sowie dem Amt für Gleichstellung. Die breite Einbeziehung einer großen Anzahl von gesellschaftlichen Gruppen dient der besseren Realisierung der nationalen Romastrategie (vgl. ebd.).

Die Schaffung von einem Expertenrat, der speziell der Lösung der Probleme der Roma dient, wird von den befragten Experten als ein deutliches Zeichen für den besseren Umgang Ungarns mit der Roma-Problematik interpretiert. Im Hinblick auf diese institutionelle Neuerung wird die Meinung vertreten, dass Ungarn einen besseren Fortschritt in diesem Bereich erreicht hat: „In Ungarn wird das Problem ernsthaft wahrgenommen.“ (Kanchev 2013, Z. 252, Übersetzung T.G.).

Die ungarische Praxis könne insgesamt, so Kuzmanov, als Vorbild für die bulgarische Politiker dienen: „Das beste Beispiel ist Ungarn, wo nicht das Wort Integration, sondern das Wort Annäherung verwendet wird wie z.B. in der Nationalen Strategie zur Annäherung. Dort verlaufen die einzelnen Schritte des Integrationsprozesses gleichzeitig: Gesundheitsfürsorge, Bildung, Wohnungspolitik, usw. Also in Bulgarien soll das auch angestrebt werden.“ (Kuzmanov 2013: Z. 807ff., Übersetzung T.G.). Die gute Integrationspraxis Ungarns umfasst unter anderem folgende Integrationschritte: „Sie haben sehr gute Ideen. (--) Neben ihrer Nationalen Strategie zur Annäherung, die alle Bereiche umfasst, (-) versuchen sie, ich gebe noch ein gutes Beispiel, in der schwierigen Periode einer Wirtschaftskrise, den Roma zu helfen, sich selbst zu unterhalten, indem sie spezielle nationale landwirtschaftliche Programme entwickeln. (-) Roma können sich im Rahmen dieser Programme bewerben, eine eigene Landwirtschaft führen, produzieren und sogar Teil ihrer Produktion verkaufen und dadurch ihr Einkommen erhöhen. Ich habe die Möglichkeit gehabt, mit ungarischen Experten zu reden. Sie haben ihre Meinung mitgeteilt, dass sich in Ungarn eine positive Entwicklung

(...) beobachten lässt. Trotzdem bleibt noch viel zu tun. (...) Aktiv arbeiten sie auch im Bereich der Legalisierung von illegalen Wohnungen.” (ebd.: Z. 825ff., Übersetzung T.G.).

Die Meinung der Experten über den besseren Fortschritt Ungarns im Prozess der Integration wird durch eine Untersuchung der Lage der Roma in Mittel- und Osteuropa der Weltbank bestätigt: „Bulgaria provides the most dramatic example, 89 percent of Roma had primary education or less, while only 10 percent had some secondary education.” (Revenga/Ringold/Tracy 2002: 24). In Ungarn haben 76 % der Roma „primary education or less” (ebd.) und 23 % - „secondary education” (ebd.).

Der Vergleich zeigt, dass die beiden Länder von ähnlichen Problemen im Bereich der politischen Steuerung der sozialen Roma-Integration betroffen sind – Implementierungsschwierigkeiten, mangelnde Effektivität bei der Ausführung der ausgearbeiteten Dokumente, unzureichende Resultate. Ähnlichkeiten lassen sich auch im Hinblick der den Integrationsprozess beeinflussenden Faktoren und Hindernisse feststellen. Die Situation in Bulgarien kann in dieser Hinsicht nicht als außergewöhnlich betrachtet werden. Obwohl die Gegenüberstellung von nur zwei europäischen Ländern Generalisierungen nicht zulässt, lässt sich an dieser Stelle die Vermutung, dass die Roma europaweit eine ähnliche isolierte Lebensweise führen, die mehr oder weniger unabhängig von den nationalstaatlichen Spezifiken ist, formulieren. Dies verdeutlicht die Möglichkeit, neben nationalen Steuerungsmechanismen auch gemeinsame Bemühungen zur Beseitigung der gemeinsamen Probleme auf einer europäischen bzw. globaleren Ebene anzustellen. Die Idee über die Notwendigkeit einer zunehmenden Zentralisierung in dieser Policy-Sphäre findet in dieser Hinsicht eine Fundierung.

Trotz der Identifizierung von vielen Gemeinsamkeiten lässt sich Ungarn natürlich auch durch ihre Spezifiken charakterisieren – z.B. durch ihre stark ausgeprägte Zivilgesellschaft und ihre Extremistbewegungen oder ihre lange Traditionen im Bereich des Minderheitenschutzes. Die politische Praxis in Ungarn wird von den bulgarischen Experten als beispielhaft bezeichnet. Ungarn zeichnet sich besonders als Initiator von vielfältigen Projekten und Programmen und vor allem durch ihre Initiative bei der Ausarbeitung des EU-Rahmens für die nationalen Strategien zur Integration der Roma in der Union aus. In diesem Aspekt kann das Land als Vorbild für Bulgarien, die sich ihrerseits durch einen fehlenden politischen Willen und mangelnde Initiative auszeichnet, und alle andere europäischen Länder, die mit dieser Problematik umgehen müssen, dienen. Die Zunahme der Zusammenarbeit erhöht die Chancen, voneinander lernen zu können, und schafft neue Möglichkeiten, ein Korrektiv für das eigene Handeln zu haben.

V. Schluss

1. Zusammenfassung und Ergebnisse

Roma sind eine ethnische Gruppe, deren Identität sich durch eine multidimensionale Mannigfaltigkeit auszeichnet. Sie sind Nachfahren von Migranten aus Indien aus der Periode des Mittelalters, eine heterogene soziokulturelle Gruppe, die hierarchisch strukturiert ist. Traditionell gehören sie zu den ärmsten und marginalisierten Minderheiten in ganz Europa. Die Roma-Integration stellt eine der größten Herausforderungen vor der bulgarischen Gesellschaft im 21. Jahrhundert dar, obwohl Bemühungen zu ihrer sozialen Inklusion im Land bereits seit Jahrhunderten angestellt werden.

Während des Sozialismus wurde eine Reihe von repressiven Maßnahmen seitens des bulgarischen Staates unternommen, die auf die zwangsmäßige ökonomische Integration der Roma und ihre volle Assimilation gerichtet waren. Gleichzeitig hatten die Vertreter dieser ethnischen Gruppe, bedingt durch die Charakteristiken des politischen Regimes, einen guten Zugang zu Arbeit, ständiges Einkommen, soziale Sicherheit und bessere Bildungsmöglichkeiten bzw. eine gewisse Lebensstabilität. Der Erfolg der staatlichen Vorgehensweise im Kommunismus war sehr begrenzt.

Neben vielen anderen Änderungen brachte die Wende neue sozioökonomische Schwierigkeiten für die bulgarische Gesellschaft insgesamt und besonders für die leicht verletzliche Roma-Gemeinschaft: hohe Arbeitslosigkeitsniveaus, Verarmung, Diskriminierung, zunehmende räumliche Segregation, Bildungsprobleme und Verschlechterung der Gesundheit. Von besonderer Bedeutung für die demokratische Entwicklung des Staates war die Ablehnung der Assimilations- und Diskriminierungspolitik bezüglich der ethnischen Minderheiten.

Ungeachtet des Drucks der EU hinsichtlich einer vollwertigeren und beschleunigten Integration der Roma im Laufe der Beitrittsverhandlungen demonstrierten die bulgarischen Politiker und staatlichen und lokalen Institutionen zwar Aktivität, führten in der postsozialistischen Periode jedoch keine systematische und durchdachte Politik zur Verringerung der sozialen Unterschiede, zur Demokratisierung der bulgarischen Gesellschaft und zum gleichberechtigten Einschluss der Minderheiten in alle sozialen Strukturen.

In der letzten Dekade lässt sich eine bestimmte Intensivierung im Integrationsprozess feststellen. Eine Vielzahl unterschiedlicher strategischer und programmatischer Dokumente

sowie nationale Programme zur Verbesserung der sozialen Lage der Roma wurden ausgearbeitet. Obwohl das Konzept der geplanten Integrationshandlungen versprechend ist, stellen Roma immer noch nicht das Objekt einer effektiven staatlichen Politik mit multidimensionalen Strategien zur Lösung der vielfältigen Probleme in dieser Sphäre dar.

In allen im EU-Rahmen bzw. von der Union als prioritär definierten Bereichen (Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge, Wohnsituation) wurden konkrete Maßnahmen auf nationalstaatlicher Ebene ausgearbeitet, wodurch die soziale Integration der Roma vorangetrieben wird. Die vorliegende Arbeit bietet eine Übersicht über die wichtigsten Gruppen von Maßnahmen in den vier Bereichen an. Nur ein kleiner Teil von diesen Maßnahmen wird in der Praxis angewendet. Obwohl eine Vielzahl von kurz- und längerfristigen Strategien, operativen Dokumenten und Programmen, die die Vorschriften der Union berücksichtigen, vorhanden ist, sind die öffentlichen Politiken in allen Bereichen nicht ausreichend effektiv.

Die Analyse der Ausführung der staatlichen Integrationspolitik in den vier sozialen Bereichen zeigt einen deutlichen Mangel an Synergie, Kontinuität und finanzieller Sicherung bei der Realisierung der Maßnahmen. Ein beträchtlicher Fortschritt bezüglich der Integration der Roma im Land wurde seit 2007 nicht erreicht. Die Annahme von Programmen durch die Regierung verläuft instrumentell. Die Strategien und Programme zur Förderung der Integration der Roma bzw. die erklärten politischen Absichten werden in der Praxis nicht realisiert.

Die Mehrheit der staatlichen Maßnahmen richtet sich nicht explizit auf die Personen mit Roma-Herkunft. Sie betreffen entweder alle ethnischen Minderheiten im Land oder begünstigen den gesamten Prozess in der jeweiligen Sphäre und in diesem Rahmen auch die Roma-Integration. Bei den Programmen mangelt es an Systematik und Kontinuität – sie sind befristet und werden nur für eine bestimmte Periode ausgeführt. Notwendig sind kontinuierlich subsidierte Programme, deren Verlauf regelmäßig bewertet und kontrolliert wird. Viele Maßnahmen haben einen freiwilligen Charakter. Ihre Realisierung ist somit direkt von der niedrigen Kooperationsbereitschaft der Roma abhängig. Die Nicht-Erfüllung von Pflichten soll unbedingt mit konkreten Sanktionen zusammenhängen, was bisher nicht passiert. Große Defizite sind auch im Bereich der Kontrolle und Überwachung der erreichten Resultate vorhanden. Die Fristen für die Ausführung der Programme sollen realistisch gestaltet und bei Notwendigkeit verlängert werden bis die gesetzten Ziele erreicht werden. Die vorhandenen politischen Maßnahmen sind „zerrissen“, Teil von uneinheitlichen strategischen Projekten, nicht miteinander abgestimmt und führen daher keineswegs zum

Erreichen von festen Resultaten, die ihrerseits zur Verbesserung der sozialen Lage der gesamten Roma-Gemeinschaft beitragen können.

Vier Hauptprobleme werden in der Praxis festgestellt. Das erste Problem ist der normative Status der strategischen Dokumente. Sie werden durch eine Entscheidung des Ministerrats oder des zuständigen Ministeriums angenommen und nicht per Gesetz. Die Maßnahmen stützen sich somit auf politische Dokumente der Ministerien oder der entsprechenden zuständigen Organe und nicht auf die Gesetzgebung. Das zweite Problem ist der Mangel an einem ernsthaften finanziellen Engagement aus dem staatlichen Budget für die Realisierung der Maßnahmen. Als Drittes kommt das Fehlen von einer administrativen Infrastruktur, die für die Ausführung der angenommenen Roma-Strategien zuständig ist. Das Fehlen eines speziell für die Integration der Roma zuständigen staatlichen Organs, das Konsolidierungsfunktionen übernimmt, für die Koordinierung und Ausführung der sozialen Politiken sowie für ihre Überwachung zuständig ist, wird als ein großes Defizit identifiziert. Viertens existieren keine Mechanismen zur Regulierung des Engagements der Roma-Organisationen und der Roma-Gemeinschaft.

Neben allgemein gültigen Problemen werden für jede Sphäre konkrete Problemstellen identifiziert sowie Verbesserungsvorschläge formuliert, die bei der Aktualisierung der Programme bzw. bei der Ausarbeitung von neuen Programmen berücksichtigt werden sollen.

Seit dem EU-Beitritt Bulgariens im Jahr 2007 wäre die Bewertung der staatlichen Politik auch in diesem Feld ohne die europäische Perspektive unvollständig. Die Union verfügt über keine einheitliche Politik hinsichtlich der Integration der Roma. Den europäischen Organen und Ländern obliegt die gemeinsame Verantwortung, die soziale Inklusion der Roma zu fördern und zu verbessern und dabei Politiken und Instrumente einzusetzen, die in ihrem Zuständigkeitsbereich fallen. Die Staaten arbeiten zur Lösung der gemeinsamen Probleme auf europäischer Ebene zusammen, behalten aber gleichzeitig ihre politische Souveränität und Entscheidungskompetenzen. Die in diesem Bereich unternommenen Handlungen entsprechen dem Modell der offenen Methode der Koordinierung. Die Union und seine Institutionen verfügen über keine Rechtssetzungskompetenz und versuchen durch weiche Instrumente und Mechanismen geringer Bindewirkung, die staatlichen Handlungen zu koordinieren. Obwohl die Entscheidungskompetenzen immer noch bei den nationalstaatlichen Institutionen liegen, lässt sich eine schwache Entwicklung in Richtung Koordinierung und Vereinheitlichung, insbesondere durch die Entwicklung eines EU-Rahmens für nationale Integrationsstrategien,

beobachten. Die Verabschiedung des EU-Rahmens stellt den ersten Versuch der EU, eine kohärente europäische und mitgliedstaatliche Roma-Politik zu entwickeln, dar.

Die Integrationsbemühungen auf nationaler Ebene berücksichtigen die Vorschriften der Union bzw. die europäische Roma-Politik. Sie wird durch konkrete strategische und programmatische Dokumente umgesetzt. Bulgarien beteiligt sich an vielen europäischen Projekten, Ideen und Initiativen zur sozialen Eingliederung der Roma.

Der innerstaatliche Einfluss der europäischen Institutionen ist aber begrenzt. Obwohl einige Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft vorhanden sind, kann die Rede von einer bedeutenden Reorientierung der staatlichen Integrationspolitik nicht sein. Die europäischen Normen und Ideen werden vor allem im Prozess der Ausarbeitung und Formulierung von Strategien und Dokumenten mitberücksichtigt. Ein starker europäischer Einfluss lässt sich nicht feststellen. Die Ausarbeitung der Nationalen Strategie zur Integration der Roma ist ein der wenigen Zeichen für den Einfluss der Union in dieser Sphäre. Die durch die EU-Mitgliedschaft entstandene Möglichkeit, Projekte mithilfe der finanziellen Unterstützung der Union zu realisieren, ist die einzige sichtbare Änderung. Die Mitgliedschaft in der Union trug außerdem für die Intensivierung der Diskussion über die soziale Integration der Roma im Land bei. Die Europäisierung umfasst nur Policy-Elemente und erfolgt durch soft-law-Instrumente und –Mechanismen.

Die Mitgliedsländer der EU stehen vor ähnlichen Problemen im Bereich der Roma-Integration. Der Vergleich mit Ungarn zeigt, dass die Situation in Bulgarien nicht außergewöhnlich ist. Einige gute Praktiken werden dabei herausgefiltert. Vor allem in struktureller Hinsicht aber auch im Hinblick auf die Vorreiterrolle, die das Land im Bereich der Roma-Integration auf europäischer Ebene spielt, zeichnet sich Ungarn durch einen besseren Fortschritt aus.

2. Ausblick

Die Ergebnisse, die im Rahmen dieser Arbeit präsentiert werden, bedürfen weiterer Erforschung. Die Integrationsmaßnahmen, die im vierten Kapitel dargestellt werden, sind nicht als die einzigen Maßnahmen, wodurch die soziale Integration der Roma im Land vorangetrieben wird, wahrzunehmen. Eine Reihe von Projekten und Programmen, die in dieser Arbeit nicht genannt werden konnten, können in anderen Untersuchungen analysiert werden. Der Vergleich der staatlichen Politik Bulgariens zur sozialen Integration der Roma

mit der Roma-Politik Ungarns könnte vertieft werden. So könnten z.B. die Maßnahmen in den einzelnen Integrationsbereichen gegenübergestellt werden, um detailliertere Informationen über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu gewinnen und darauf aufbauend besser fundierte Aussagen über die Vor- und Nachteile in den beiden Ländern zu formulieren. Ebenso bietet sich der Vergleich Bulgariens mit einem Nicht-EU-Land an, wobei die Frage über den EU-Einfluss in dieser Sphäre intensiver und in einem anderen Licht besprochen werden könnte. Auf den kausalen Zusammenhang zwischen Veränderungen auf nationalstaatlicher Ebene und den EU-Auswirkungen könnte man im Rahmen einer quantitativen Untersuchung eingehen, um seine konkreten Parameter zu bestimmen.

Der ausgewählte Forschungsbereich unterliegt ständigen Veränderungen. Deswegen ist eine kontinuierliche Aktualisierung der Ergebnisse notwendig. Viele der in der Arbeit analysierten Strategien und Programme werden im Jahr 2015 beendet, so dass sich die Evaluierung der bis dahin erreichten Resultate ebenfalls für weitergehende Untersuchungen anbietet.

Der wissenschaftliche Beitrag dieser Arbeit ist trotz der unvermeidbaren Notwendigkeit weiterer Auseinandersetzungen mit dem Thema darin zu sehen, dass sie einen kritischen Blick auf die Komplexität und auf die vielfältigen Aspekte der Problemstellung richtet, ein besseres Verständnis von der Verflechtung wichtiger Kategorien, Politikbereiche und Handlungsspielräume anstrebt. Die Arbeit versucht über die Grenzen des Nationalstaatlichen hinauszugehen, die historische Perspektive mit dem aktuellen Zustand in Beziehung zu setzen sowie mögliche Policy-Inputs auf der Basis einer umfassenden Analyse vorzulegen. Sie richtet einen kritischen Blick auf eine äußerst sensible Problematik, die in den öffentlich-politischen Debatten oft bewusst außer Sicht gelassen wird. Dadurch versucht sie die Entwicklung eines angemessenen Problembewusstseins der Leser zu fördern. Die Botschaft dahinter ist folgende: Wir müssen heute handeln, um die Krise von morgen zu verhindern. Oder wie es Viviane Reding formulierte: “Member states should put their money where their mouth is. Commitments and strategies are only as good as the action that follows. (...) Roma integration is too important to be left to Sunday speeches that are not followed up come Monday morning.” (Reding 2013, zit. nach Paterakis/Fontanella-Khan 2013: o.S.).

Anhang

Interviewleitfaden auf Deutsch (Übersetzung T.G.)

Interviewfragen zum Thema: „Die soziale Integration der Roma in Bulgarien im Kontext der Roma-Politik der Europäischen Union“

Die Hauptfrage, die im Fokus der Untersuchung steht, ist: Durch welche nationalen Maßnahmen wird die soziale Integration der Roma in Bulgarien vor dem Hintergrund der Roma-Politik der Europäischen Union vorangetrieben?

I. Aufwärmphase:

1. Wie bewerten Sie im Allgemeinen die staatliche Politik zur sozialen Integration der Roma? Werden in Bulgarien Maßnahmen zur Verbesserung der sozio-ökonomischen Lage der Roma unternommen?

Mögliche Nachfrage:

1.1. Inwieweit können die unternommenen Maßnahmen bzw. die staatliche Integrationspolitik als effektiv betrachtet werden?

II. Inhaltliche Fragen

2. Die soziale Integration der Roma umfasst Aktivitäten in verschiedenen sozialen Sphären - Bildung, Gesundheitsfürsorge, Wohnungssituation und Beschäftigung. Welche sind die wichtigsten staatlichen Integrationsmaßnahmen, die im:

- Bildungsbereich;
- Gesundheitsfürsorgebereich;
- Beschäftigungsbereich und
- Bereich der Wohnungssituation

in Bulgarien nach 2007 unternommen worden sind?

3. Welche konkreten Resultate werden in diesen Bereichen bisher erreicht? Inwieweit werden die wichtigsten Integrationsziele erreicht?

Mögliche Nachfrage:

3.1 Wie bewerten Sie den Zusammenhang zwischen formal gesetzten Zielen, zum Beispiel in den nationalen Integrationsstrategien, und ihrer Realisierung in der Praxis?

3.2 Existieren effektive Mechanismen zu Kontrolle und Überwachung der erreichten Resultate und wenn ja, welche?

4. Welche sind Ihrer Meinung nach die Haupthindernisse für die Realisierung der staatlichen Maßnahmen zur Integration der Roma in den einzelnen sozialen Sphären? Was für Defizite lassen sich bei ihrer Realisierung beobachten und wie können sie überwunden werden?

Mögliche Nachfrage:

4.1 Wie bewerten Sie die Finanzierung der einzelnen Integrationsschritte? Ist diese ausreichend? Werden europäische Ressourcen zur Verfügung gestellt?

5. Lassen sich Ihrer Meinung nach Veränderungen in der Integrationspolitik des Staates nach seinem EU-Beitritt beobachten? Wie beeinflusst die Mitgliedschaft in der EU die soziale Integration der Roma im Land? Lässt sich in diesem Hinblick ein Europäisierungsprozess beobachten? Welche sind die realen Folgen daraus? Wie würden Sie die in Bulgarien erreichten Resultate im Kontext der Bemühungen zur sozialen Integration der Roma auf europäischer Ebene interpretieren?

6. Der Integrationsprozess ist komplex. Was ist Ihres Erachtens notwendig, damit er erfolgreich verläuft? Was für Bemühungen brauchen die Mehrheitsgesellschaft und die Roma dabei anstellen?

III. Schluss

7. Werden die Roma in Bulgarien Ihrer Meinung nach diskriminiert? Wie?

8. Wenn Sie die Situation bezüglich der Integration der Roma in Bulgarien mit der entsprechenden Situation in den anderen europäischen Ländern vergleichen, welche Schlussfolgerungen über den Fortschritt in Bulgarien können gezogen werden?

9. Welche staatlichen Maßnahmen sind Ihrer Meinung nach notwendig, damit sich der Prozess der Integration der Roma in Bulgarien verbessert? Können Sie konkrete Schritte/Maßnahmen, wodurch die soziale Integration der Roma in den oben genannten Bereichen besser vorangetrieben werden kann, vorschlagen? Welche Veränderungen in der Integrationspolitik und den institutionellen Praktiken sind dabei notwendig?

Въпроси за интервю на тема: „Социалната интеграция на ромите в България в контекста на интеграционната политиката на ЕС”

Основният въпрос, тема на проучването, е: Чрез какви държавни мерки се изпълнява социалната интеграцията на ромите в България в контекста на политиката на Европейския съюз за интеграция на ромите?

I. Въвеждащ въпрос:

1. Как оценявате политиката на страната ни за социалната интеграция на ромите като цяло? Предприемат ли се в България мерки за подобряване на социалната и икономическа ситуация на ромите?

Възможен допълнителен въпрос:

1.1 До каква степен предприетите мерки/интеграционната политика могат да бъдат определени като ефективни?

II. Конкретни въпроси:

2. Социалната интеграция на ромите обхваща дейности в различни сфери - образование, здравеопазване, жилищната ситуация и заетост.

Кои са основните мерки, предприети в България след 2007-ма година, за социалната интеграция на ромите в:

- сферата на образованието
- сферата на здравеопазването
- сферата на заетостта
- сферата на жилищната ситуация?

3. Какви конкретни резултати са постигнати в тези сфери? До каква степен са постигнати основните интеграционни цели?

Възможен допълнителен въпрос:

3.1 Как оценявате връзката между формално поставени цели, например в националните стратегии за интеграция, и тяхната реализация на практика?

3.2 Съществуват ли ефективни механизми за контрол и оценка на постигнатите резултати и ако да, какви?

4. Какви са според Вас основните пречки за осъществяването на ефективна интеграция на ромите във всяка една от тези сфери? Какви дефицити съществуват и кои са начините да бъдат преодолени?

Възможен допълнителен въпрос:

4.1 Как оценявате финансирането на интеграционните стъпки? Достатъчно ли е то? До каква степен е възможно финансиране с европейски субсидии?

5. Наблюдават ли се промени в интеграционната политика на страната след присъединяването ѝ към ЕС? По какъв начин членството в ЕС се отразява на интеграцията на ромите? Наблюдава ли се процес на европеизация и какви са реалните последици от него? Как бихте интерпретирали постигнатите в България резултати в контекста на усилията за интеграция на ромите на европейско ниво?

6. Интеграционният процес е комплексен. Какво според Вас е необходимо, за да бъде той успешен? Какви усилия трябва да бъдат положени от страна на обществото и от страна на ромите?

III. Заключителни въпроси

7. Дискриминирани ли са според Вас ромите в България? По какъв начин?

8. Сравнявайки ситуацията в страната ни със ситуацията в другите европейски страни, какви изводи могат да бъдат направени за напредъка в тази посока в България?

9. Какви държавни мерки са необходими според Вас, за да се подобри интеграцията на ромите в България? Можете ли да предложите конкретни стъпки/мерки за постигане на социалната интеграция на ромите в гореизброените сфери? Какви промени в политиката и в институционалната практика са необходими според Вас?

1 Transkriptionen auf Deutsch (Übersetzung T.G.)

2 **Transkription** (mit Transkriptionsprogramm f4): Interview mit Tsvetelin Kanchev,
3 Parteichef von Euroroma (www.euroroma-bg.org)

4

5 Am 10 Mai 2013 von 12:00 bis ca. 12:45

6

7 Ort: Office der politischen Partei Euroroma, Sofia, Positano Straße 9

8

9 Interviewerin (1), befragte Person (I)

10

11 **(1): Gut, dann fangen wir gleich mit (-) den ersten Fragen an. Wie bewerten Sie die**
12 **staatliche Politik zur sozialen Integration der Roma in Bulgarien? (-) Welche**
13 **Integrationsmaßnahmen wurden bisher unternommen? Inwieweit sind diese Ihrer**
14 **Meinung nach effektiv?**

15

16 (I): (---) Ich fange mit einem Vergleich an. Die staatliche Integrationspolitik seit 1990 bis zu
17 diesem Zeitpunkt und zwar von allen Regierungen in Bulgarien (-) ist analog mit der
18 Schutzreaktion des Vogels Strauß in Angriffssituation, (-) d.h. Verstecken des Kopfs im Sand.
19 Und dabei bildet man sich ein, dass das Problem dadurch entgangen wird. (--) Darauf folgend,
20 ahm, (---) ist das größte Problem darin zu sehen, dass keine Regierung bisher und auch kein
21 europäisches (-) Subjekt die Partnerschaft mit den natürlichen Roma-Führern gesucht und
22 gewollt haben. (--) Und was bedeutet natürliche Roma-Führer? Ja, ich glaube, ich bin ein
23 Roma-Führer, weil (-), wenn Sie sich über mich bei der Zentralen Wahlkommission
24 informieren, Sie feststellen werden, wie viele Roma an die Partei Euroroma glauben.
25 Tausende, fast 100 000. Das ist ein großer Anteil der wahlberechtigten Roma in Bulgarien. (-)
26 Die anderen Roma glauben auch an Euroroma, aber sie bevorzugen, ihre Stimmen (-) bei
27 Wahlen zu verkaufen. Ahm (---), die Gesamtsituation, die Korruptionsprozesse, die in
28 unserem Land in den letzten 20 Jahren verlaufen, und der Mangel an politischem Willen,
29 Programme und Strategien, die wirklich funktionieren, zu entwickeln, haben sehr große
30 Folgen. Die vorhandenen Programme und Strategien wurden erstens von Experten
31 ausgearbeitet, die keine Roma-Stadtviertel gesehen und besucht haben. Das ist der größte
32 Fehler. Der zweitgrößte Fehler ist, dass keine von diesen Strategien Rücksicht auf die
33 Mentalität der Roma nimmt. Jedes Programm sowie jede Strategie, das bzw. die keine

Rücksicht auf die Mentalität und Lebensweise sowie auf das Verhalten der Ethnie nimmt, wird scheitern. (--)

(1): Ja, wenn man die Personen, die integriert werden sollen, nicht kennt, können auch keine geeigneten Integrationsmaßnahmen ausgearbeitet werden.

(I): Genau. (--) Das Fehlen eines staatlichen Organs, das (-----) alle diese Programme und Strategien konsolidieren, analysieren und kontrollieren soll, hat Bedingungen für eine Vielzahl finanzieller Verbrechen geschaffen. Laut unoffizieller Daten beträgt die Summe, die in der Integration der Roma in der Periode 1990-2005 investiert werden sollte, ca. 500 Millionen Dollar. Es gibt keinen Effekt. Es gibt keinen Effekt, weil dieses Geld die Roma eigentlich nie erreicht hat. (---)

(1): Also ein großes Hinderniss für die Realisierung der Maßnahmen ist die Korruption?

(I): Ja, die Korruption. Dazu noch sind die für die soziale Integration der Roma verantwortlichen Institutionen in verschiedenen Ministerien zerstreut sowie in der Hierarchie dieser Ministerien sehr unbedeutend. Ahm, der Nationale Rat zur Zusammenarbeit im ethno-demographischen Bereich ist ein Organ, das gar nicht funktioniert. (--) Es hat keine operativen Funktionen, es hat nur eine Beratungsfunktion (---), die keinesfalls zum Wohlstand der Roma beigetragen hat. Alles, was dieser Rat bisher gemacht und erledigt hat, konzentriert sich im Organisieren von teuren Cocktails und Feiern für die wichtigsten Roma-Feiertage.

(1): Also es gibt finanzielle Mittel, die für die Integration der Roma bestimmt sind, sie werden aber nicht gezielt verwendet?

(I): Ganz genau. Der Verbesserungsvorschlag unserer Partei ist nicht unbegründet. Beginnen wir mit Bulgarien. In Bulgarien soll eine Agentur der gleichen Möglichkeiten geschaffen werden. Wir wollen explizit nicht, dass sie Agentur für die Integration der Roma genannt wird, weil die zwischenethnische Spannung sowieso schon so hoch geworden ist. (----) Dafür ist auch die letzte Regierung verantwortlich, indem sie die Bürger, Bulgaren und Roma, einander gegenübergestellt hat, damit sie die öffentliche Aufmerksamkeit von den eigenen Fehlern und Verbrechen ablenkt (---).

(1): Welche sollen Ihrer Meinung nach die wichtigsten Funktionen dieses Organs sein?

(I): Dieses Organ soll alle Programme konsolidieren und auch für die Überwachung ihrer Finanzierung verantwortlich sein. (--) Das Organ soll auch unter staatlicher, öffentlicher und politischer Kontrolle stehen. Eine Zentralisierung ist notwendig, weil ohne Zentralisierung das Geld wieder verschwinden wird. NGOs wurden finanziert (-) und das Geld war weg. Es gibt keinen Effekt. Zurzeit werden riesige Summen, 26 Milliarden Euro, für die Integration der Roma in den Mitgliedsländern der Union vorgesehen. Die Entscheidung des Europäischen Parlaments wird abgewartet. (--) Bulgarien wird ca. 3-5 Milliarden Euro von dieser Summe bekommen. Ich nehme bei zwei Kommissionen, die für die Verteilung der Ressourcen zuständig sind, teil. Wenn wir vermeiden wollen, dass die gleichen Veruntreuungen passieren, soll diese Agentur geschaffen werden. Ein europäisches Kommissariat der gleichen Möglichkeiten soll auch geschaffen werden. Der Name des Ressorts von Frau Vivian Reding „Roma und Menschen mit Behinderungen“ klingt nicht gut. Ich respektiere und fühle mit allen Menschen mit Behinderungen, aber für jede eigene soziale Schicht und ihre Probleme soll ein eigenes Ressort geschaffen werden, der sich mit ihr individuell beschäftigt und für sie einen eigenen Umgang entwickelt. (--) Also wir stehen darauf, dass ein europäisches Kommissariat geschaffen wird. 16 Millionen Roma leben in den Mitgliedsländern der Union. Laut offiziellen Statistiken 12 Millionen, aber de facto 16 Millionen. In Europa werden jedes Jahr fast ein Million Roma geboren.

(1): Ja, und besonders im Hinblick der demographischen Situation in Europa.

(I): Ja, das ist eine große Zahl. Das bedeutet, dass alles außer Kontrolle geraten kann. Wenn jetzt ein Million Roma pro Jahr geboren werden, werden in 10 Jahren zwei Millionen pro Jahr geboren werden. Oder drei Millionen. Und was ist der Sinn, wenn sie nicht lesen können, nicht ausgebildet werden, wenn sie von ungebildeten Eltern geboren und erzogen werden. Wir glauben, dass der Schlüssel zur Lösung aller Probleme, die typisch für unsere Ethnie sind, die Bildung ist. Deswegen sollen mindestens 50 % von den finanziellen Mitteln, die für Bulgarien bestimmt sind, in Bildung investiert werden.

(1): Und in welchen anderen Bereichen soll der Rest des Geldes investiert werden?

(I): Bildung ist der Schlüssel zu allem. Mit Investitionen im Bereich der Bildung können auch Kriminalverbrechen vermieden werden. Die Anzahl der Personen, die verschiedenste kriminelle Taten begehen, wird zurückgehen. Auch die demographische Situation hängt davon ab. In Familien, in denen die Eltern Matura haben, gibt es zwei bis drei Kinder. Der gebildete Mensch kann viel besser einschätzen, wie viele Kinder er in der Lage zu erziehen ist. (----) Im Bereich der Beschäftigung auch – der gebildete Mensch findet viel leichter einen Arbeitsplatz, obwohl (--), es muss gesagt werden, dass es auch Fälle gibt, wenn sich eine Person mit Roma-Herkunft und Hochschulabschluss und eine Person mit bulgarischer Herkunft und Matura sich für die gleiche Stelle bewerben und die Person mit bulgarischer Herkunft angestellt wird. Nachher werden wir auch dieses Problem besprechen. Bildung beeinflusst auch die Gesundheitskultur. Der gebildete Mensch nimmt viel mehr Rücksicht auf seine Gesundheit. Also alles hängt zusammen mit der Bildung. (--) Es ist aber zu spät für Desegregation der Schulen mit Roma-Kindern. Die Desegregation erhöht die zwischenethnische Spannung nur. Desegregation – die Schüler aus den Roma-Stadtvierteln werden in die bulgarischen Schulen eingeführt und so wird Spannung erzeugt. Die Eltern bulgarischer Kinder reagieren, indem sie ihre Kinder an einer anderen Schule, in der es keine Roma gibt, einschreiben. Also es ist zu spät für Desegregation. Vor dem 10. November 1989 haben alle Schüler zusammen gelernt. Aber jetzt, 23 Jahre später, ist einfach zu spät.

(1): Und wie meinen Sie, welche Maßnahmen sollen im Bildungsbereich unternommen werden, damit die vorhandenen Probleme gelöst werden?

(I): Wir haben ein originelles Bildungsprogramm zusammen mit den Experten von Frau Janka Takeva, Direktorin des Lehrersyndikats in Bulgarien, entwickelt. (--) Es nimmt Rücksicht auf die Mentalität der Roma. Ein großer Teil der für seine Realisierung vorgesehenen Summe ist für Bonus bestimmt. Ich erkläre die Idee dieses Programms kurz. Das Bildungsniveau in den segregierten Roma-Schulen wird durch die Anstellung von hoch qualifizierten und gut bezahlten Lehrern gesteigert. Das Bildungsniveau soll definitiv verbessert werden. Es gibt Beispiele, wie in der Schule im Roma-Stadtviertel „Fakulteta“ - Schule, in der nur Roma-Kinder lernen, für Kinder, die die siebte Klasse mit einem guten Notendurchschnitt abgeschlossen haben und gleichzeitig nicht lesen und schreiben können. Was zeigt das? Alles existiert nur fiktiv, es gibt keinen Effekt. Hoch qualifizierte Lehrer sind nötig. Im Rahmen dieses Programms wird am Ende jedes Monats ein vom Regionalinspektorat herausgearbeiteter Test in den segregierten Schulen durchgeführt. Seine Durchführung soll

135 von der Agentur der gleichen Möglichkeiten kontrolliert werden. Dadurch wird auch das
136 Beschäftigungsniveau in diesem Bereich steigern, da neben Lehrern auch Prüfer monatlich
137 angestellt werden sollen. Also ein Effekt wird es auch auf die soziale Sphäre geben. Alles
138 wird gut bezahlt sein: Lehrer, Prüfer, Herausarbeiten des Testes. (--) Für jede Testnote „sehr
139 gut“ bekommen die Eltern des Kindes ein Bonus in der Höhe von 100 Euro, für Note „gut“ –
140 70 Euro, für Note „befriedigend“ – 50 Euro. Auf dieser Art und Weise wird Rücksicht auf die
141 Mentalität der Roma genommen. In einer Familie mit vier Kindern können diese das
142 Familieneinkommen um 400 Euro monatlich erhöhen. Die Eltern werden überlegen, ob sie
143 ihre Kinder auf der Straße zu betteln oder Müll zu sammeln schicken sollen. Anstatt dessen
144 werden sie ihre Kinder in die Schule schicken, damit sie dort wirklich lernen. (--)

145

146 **(1): Sollen alle Maßnahmen mit der Mentalität der Roma abgestimmt sein, damit**
147 **Resultate erreicht werden?**

148

149 (I): Auf jeden Fall.

150

151 **(1): Und zurzeit wird das nicht gemacht?**

152

153 (I): Nein. (---)

154

155 **(1): Also Sie meinen, dass alles mit der Bildung in der Schule anfangen soll und dann**
156 **wird es positive Auswirkungen auch auf die anderen Sphären geben?**

157

158 (I): Dann wird alles gut gehen.

159

160 **(1): Und wie würden Sie die bisher erreichten Resultate beschreiben? (---) Lässt sich**
161 **eine positive Entwicklungslinie im Hinblick auf unsere Integrationspolitik beobachten?**

162

163 (I): (--) Nein, leider gibt es gar keine Entwicklung, die Sachen verschlechtern sich nur.

164

165 **(1): Trotz unserer Mitgliedschaft in der EU? Lässt sich seit dem EU-Beitritt Bulgariens**
166 **ein bestimmter Effekt auf die Integrationspolitik beobachten? Eine Europäisierung**
167 **unserer Integrationspolitik?**

168

169 (I): (---) Viele Roma haben Spanisch, Italienisch, Französisch gelernt. So einen Effekt gibt es.
170 Sie versuchen als Gastarbeiter in anderen Ländern ihr Unterhalt zu sichern. Unser Endziel
171 schaut anders aus (---). Zurzeit sind die Roma Konsumenten. Die Mehrheit der Roma in
172 Bulgarien umfasst Konsumenten. Unser Ziel ist sie zu ändern: von Konsumenten zu
173 Steuerzahlern.

174

175 **(1): Was genau meinen Sie mit Konsumenten?**

176

177 (I): Konsumenten von sozialen Ressourcen. Das Endziel ist – von Konsumenten zu
178 Steuerzahlern. Sehr schöne Idee.

179

180 **(1): Die in einer längeren Perspektive erreicht werden könnte und nicht von heute auf**
181 **morgen.**

182

183 (I): Für die Realisierung längerfristiger Pläne und Perspektiven sind kurzfristige Strategien
184 nötig. In den Bereichen, in denen die bulgarische Gesellschaft Willen hat und zeigt, werden
185 auch Resultate erreicht. Sehr große Erfolge, auch bezüglich der Konsolidierung. Wenn es um
186 Integration geht, paraphasiere ich immer Karl May. Über die Zivilisation sagt er: Die
187 Zivilisation ist keine Kugel, die man in den Körper einer Person schießt. Das Gleiche gilt
188 auch für die Integration. Ich glaube, wir müssen über einen Ausgleich der Möglichkeiten
189 reden, über die Realisierung des Potenzials und über die Konsolidierung der Gesellschaft.

190

191 **(1): (--) Auf europäischer Ebene existiert eine Vielzahl von Strategien, Initiativen und**
192 **Programmen der EU-Institutionen, zum Beispiel die „Dekade der Roma-Inklusion“.**
193 **Welche Auswirkungen haben diese europäischen Strategien in Bulgarien?**

194

195 (I): Keine Auswirkungen. Die Dekade begann im Jahr 2005. Die sichtbaren Resultate aus der
196 Dekade sind die Feier, die für das Roma-Neujahr oder für den 8. April, den Tag der Roma,
197 organisiert werden. Das ist das Einzige, was bisher gemacht wurde.

198

199 **(1): Und wie schaut es mit der Finanzierung der Integrationsmaßnahmen mit**
200 **europäischen Ressourcen aus? Welche finanziellen Mittel stehen (--) für die Integration**
201 **der Roma zur Verfügung und wie werden diese in Bulgarien angewendet?**

202

203 (I): Revisionen sollen erst gemacht werden. Wir haben einen Überblick nur über diese
204 finanziellen Mittel, die vor dem EU-Beitritt als Subsidien für das Land vorgesehen wurden.
205 Die Summe der Subsidien aus Amerika beträgt ca. 500 Millionen Dollar. Revisionen sollen
206 gemacht werden. Es gibt keine Transparenz. Das Geld war nicht nur für die Integration der
207 Roma bestimmt, sondern auch für andere Gruppen von Personen.

208

209 **(1): Okay. Und wer ist für die Aneignung der materiellen Güter in Bulgarien**
210 **verantwortlich?**

211

212 (I): Vor allem NGOs. Der Rest der Ressourcen wird auf staatlicher Ebene von den
213 Bürgermeistern gesteuert und vor allem für den Ausbau der Infrastruktur verwendet. Die
214 letzte Regierung hat vom Programm für die soziale Unterstützung der Roma viel Geld
215 gestohlen. (--) Die Ressourcen aus dem Programm sollten für ihre Qualifizierung verwendet
216 werden. Vertreter der ethnischen Minderheit sollten zum Beispiel beim Abschluss ihrer
217 Ausbildung unterstützt werden. (-) Die Regierung bzw. GERB hat diesbezüglich eine
218 Verordnung veröffentlicht. Als Resultat daraus wurden (-) 30-40 Stiftungen, die für die
219 Ausbildung der Roma verantwortlich sind, registriert (*er lacht*). Gestern hat mich eine
220 Kollegin in diesem Zusammenhang angerufen und mir erzählt, dass Roma mit dem Personal
221 aus diesen Stiftungen sehr zufrieden waren, weil sie ihnen die richtigen Antworten von den
222 Testfragen verraten haben, bevor die Tests stattgefunden haben.

223

224 **(1): Okay. Nehmen wir an, dass der Integrationsprozess zweiseitig ist und sowohl von**
225 **der Roma-Gemeinschaft als auch von der bulgarischen Gesellschaft abhängt. Wie**
226 **meinen Sie, was soll in der Zukunft unternommen werden, damit dieser Prozess**
227 **erfolgreich verläuft, und welche sind die größten Hindernisse dabei? (---)**

228

229 (I): Der Wille. Mit der Verarmung der gesamten Nation begann auch ein
230 Diskriminierungsprozess. Vorher gab es keine Spannungen.

231

232 **(1): Also wo sollen die Gründe dafür, dass der Integrationsprozess nicht gut**
233 **funktioniert, gesucht werden?**

234

235 *Der Schwerpunkt des darauf folgenden Gesprächs wird geändert: die Notwendigkeit von*
236 *neuen, hoch qualifizierten und ausgebildeten Kader in Partei Euroroma sowie die Begegnung*

237 von Tsvetelin Kanchev mit Nigel Farage im Stadtviertel „Fakulteta“ in Sofia werden vom
238 Interviewpartner angesprochen. Nigel Farage zeigt offen seine Befürchtungen über eine neue
239 Emigrantenwelle von Bulgaren und Rumänen ab 1. Januar 2014. Er ist 2013 in Bulgarien
240 angekommen, um selbst herauszufinden, inwieweit die Roma in Bulgarien als eine
241 Emigrantengefahr wahrgenommen werden können (Ihr Treffen wird von Channel 4
242 aufgenommen).

243

244 (I): Die Demagogie soll ihre Grenzen haben. (---)

245

246 **(1): Ich hab eine andere Frage, die ich Ihnen stellen möchte. Wenn Sie Bulgarien mit**
247 **anderen europäischen Ländern vergleichen sollten, wie würden Sie die Situation in**
248 **Bulgarien bezüglich der sozialen Integration der Roma beschreiben?**

249

250 (I): Ungarn. Dort wurde keine staatliche Agentur geschaffen, dort wurde sogar ein
251 Ministerium der gleichen Möglichkeiten geschaffen. Und ein Zigeuner hat das Ministeramt
252 angenommen. In Ungarn wird das Problem ernsthaft wahrgenommen. Bei uns spielen die
253 Politiker mit dem Problem, man schaut nur, dass man ein Projekt gewinnt, dass man reich
254 wird. (Darauf folgte eine Erzählung des Interviewpartners über seine politische Karriere,
255 über die Korruption und die Erpressungsmechanismen in der Politik, über die
256 Herausforderungen im beruflichen Werdegang.)

257

258 **(1): Also Sie meinen, dass die Situation in Bulgarien schwieriger ist? Sie haben gesagt,**
259 **dass keine zuständigen Institutionen vorhanden sind. Sollen institutionelle**
260 **Veränderungen unternommen werden?**

261

262 (I): Nein, sie sollen erst geschaffen werden. Ich glaub am Sonntag werden wir an die Macht
263 kommen. Am Sonntag werden wir gegen GERB gewinnen. Viele Leute hoffen, dass wir
264 gewinnen werden, weil sie total übertrieben haben.

265

266 Das Thema über die bevorstehenden Parlamentswahlen wurde angesprochen. Ebenso wurde
267 einen Vergleich zwischen den bulgarisch-amerikanischen und den bulgarisch-europäischen
268 Verhältnissen und Kontakten gemacht. Im Hinblick auf die Telefongespräche, die der
269 Interviewpartner immer öfters durchführte, sowie vom Ton des Gesprächs selbst wurde
270 deutlich, dass die Zeit für die Besprechung anderer Fragen aus dem Leitfaden knapp ist. Die

271 *Notwendigkeit einer Harmonisierung der Bemühungen für die Verbesserung der erreichten*
272 *Resultate im Bereich der Integration der Minderheit in der Union wird kurz erwähnt.*

273

274 (I): Es existiert keine Harmonisierung. Schauen Sie sich auch unseres Programm SOS Appell
275 an.

276

277 **(1): Vielen Dank für die Zeit, die Sie sich genommen haben, und für Ihre**
278 **Kooperationsbereitschaft!**

279 **Transkription** (mit Transkriptionsprogramm f4): Interview mit Dimitar Dimitrov,
280 ddimitrov@osi.bg, Direktor des Programms „Roma“ des Instituts Offene Gesellschaft in
281 Sofia (www.osi.bg)

282

283 Am 13 Mai 2013 von 12:30 bis ca. 13:15

284

285 Ort: Office des Instituts Offene Gesellschaft, Sofia, Solunska Straße 56

286

287 Interviewerin (1), befragte Person (I)

288

289 **(1): Wenn Sie möchten, fangen wir mit einer allgemeinen Frage an. (-) Wie bewerten Sie**
290 **die staatliche Politik zur sozialen Integration der Roma? Inwieweit werden Ihrer**
291 **Meinung nach die notwendigen staatlichen Integrationsmaßnahmen unternommen und**
292 **inwieweit können diese als effektiv wahrgenommen werden?**

293

294 (I): Ahm, (--) die Regierungen haben in den letzten 15-20 Jahren (-) einen politischen Willen
295 zur Arbeit im Bereich der Integration der Roma-Gemeinschaft gezeigt, indem sie
296 unterschiedliche strategische programmatische Dokumente auf nationalstaatlicher Ebene,
297 manchmal in Partnerschaft mit NGOs, die in dieser Sphäre tätig sind, herausgearbeitet haben.
298 (---) Unser Staat partizipiert an vielen internationalen Verträgen und Verordnungen zur
299 Integration der Minderheit der Roma. Leider verbleiben diese guten Absichten nur in der
300 Form von Dokumenten ohne reelle Ausführung. Normalerweise befindet sich das Problem
301 ihrer Realisierung in den Ressourcen, die notwendig für ihre Durchführung sind. Das größte
302 Problem ist mit der Allokation der notwendigen finanziellen Mittel aus dem staatlichen
303 Budget verbunden (--), weil finanzielle Mittel nicht vorgesehen werden und nicht vorhanden
304 sind. Und das ist eigentlich das größte Problem bei der Realisierung dieser strategischen
305 Dokumente. Ahm, die meisten (---) Machthabenden reden darüber, wenn sie explizit gefragt
306 werden, und zwar mit Besorgnis und großer Rücksicht. Es ist aber deutlich sichtbar, dass
307 diese Agenda für sie (--) nicht dringend ist bzw. kein wichtiges Thema ihrer Tagesordnung
308 darstellt. Das soll sich ändern.

309

310 **(1): Also Strategien und Programme zur Förderung der Integration der Roma existieren**
311 **schon, in der Praxis werden sie aber nicht realisiert?**

312 (I): Leider werden sie nicht realisiert.

313

314 **(1): Sie haben den Aspekt Finanzierung angesprochen. Existiert die Möglichkeit,**
315 **nationalstaatliche Strategien und Programme mit europäischen Subsidien zu**
316 **finanzieren? Wie meinen Sie, werden auf nationalstaatlicher Ebene Bemühungen in**
317 **dieser Richtung unternommen?**

318

319 (I): In gewissem Sinne ja. Ahm (--), ein Teil der Programme sehen Interventionen, die auch
320 die Minderheit der Roma als Teil der bulgarischen Gesellschaft betreffen, vor. Zum Beispiel
321 das Programm „Entwicklung der europäischen Ressourcen“. Das ist das einzige Programm, in
322 dem ein eigenes Kapitel den Roma gewidmet wird. Es muss gesagt werden, dass fast
323 nirgendwo konkrete Maßnahmen oder Handlungen, die nur für die Roma ausgearbeitet
324 werden, zu finden sind. Ahm, (--) alles, was vorgeplant wurde, ist im Rahmen eines
325 umfassenden Programms vorgeplant. Je nach der jeweiligen Interpretation werden dann
326 bestimmte Konkurse angeboten, im deren Rahmen bestimmte Programme finanziert werden
327 können. Und diese Konkurse können unterschiedlich gestaltet werden, entweder mit Roma als
328 Target-Gruppe oder mit vielen Target-Gruppen, von denen Roma (--) nur einen Teil
329 ausmachen.

330

331 **(1): Meinen Sie, dass Bemühungen konkret auf die Gruppe der Roma gerichtet werden**
332 **sollen? Wie bewerten sie den Fakt, dass die Bemühungen meistens nicht konkret auf sie**
333 **gerichtet werden?**

334

335 (I): (----) Das ist eine (-) sensible Frage, auf die ich keine konkrete Antwort geben kann. Ich
336 glaube, dass die beiden Optionen ihre Vor- und Nachteile haben. Wenn wir das Targeting in
337 einem allgemeinen Mainstream, in der Form einer Finanzierung in einem globalen Rahmen,
338 betrachten, zum Beispiel ein Konkurs im Bereich der Verbesserung der Wohnbedingungen
339 von leicht verletzbaren Gruppen von Menschen. Diese leicht verletzbaren Gruppen von
340 Menschen können Roma, Menschen mit Behinderungen, arme Menschen, Menschen, die in
341 isolierten Regionen wohnen, u.a.umfassen. Diese Konkurse und Programme werden vom Rest
342 der Bevölkerung leichter akzeptiert. In Bulgarien sind die Menschen oft mit sehr vielen
343 Vorurteilen und Stereotypen belastet, vor allem gegenüber Roma, und können nur schwer
344 akzeptieren, wenn Roma privilegiert werden oder wenn (-) jemandem etwas gegeben wird nur
345 deswegen, weil er dieser Minderheit angehört. Daher glaube ich, dass das die leichtere

346 Variante ist. Eine Variante, die die Gesellschaft akzeptieren kann. Ahm, gleichzeitig existiert
347 dabei keine Garantie, dass die Finanzierung vom Konkurs die Vertreter der Roma-
348 Gemeinschaft unter Anderem wirklich erreichen wird. (-) Die zweite Variante, die nur auf die
349 Finanzierung der Roma-Integration gerichtet ist, stellt das Gegenteil dar. Dabei erreicht das
350 Geld sicher die Vertreter der Roma-Gemeinschaft. Diese Ressourcen, die sollen nicht
351 unbedingt Geld darstellen, werden die Gemeinschaft der Roma sicher erreichen, aber der Rest
352 der Bevölkerung wird das nicht (--) akzeptieren.

353

354 **(1): Mhm. Ahm, Sie haben die Stereotypen und die Vorurteile, die typisch für das**
355 **Verhalten der Mehrheitsgesellschaft gegenüber den Roma sind, genannt. In diesem**
356 **Kontext will ich Ihnen folgende Frage stellen. Inwieweit werden die Roma in Bulgarien**
357 **Ihrer Meinung nach diskriminiert? (--) Und da der Integrationsprozess als einen**
358 **zweiseitigen Prozess wahrgenommen wird – welche Bemühungen sollen beide Seiten**
359 **anstellen, damit er erfolgreicher und effektiver verlaufen kann?**

360

361 (I): Institut Offene Gesellschaft führt seit ein paar Jahren, seit mehr als 7-8 Jahren, eine
362 Untersuchung der sozialen Distanz zwischen den ethnischen Gruppen in Bulgarien durch. Die
363 letzte Untersuchung wird 2012 durchgeführt und zeigt (--) eine Zunahme der Distanz
364 zwischen den Roma und den anderen ethnischen Gruppen in Bulgarien (---), diese Resultate
365 sind sehr unangenehm. (-) Leider (--). Dabei werden unterschiedliche Fragen, je nach
366 Gruppen aufgeteilt, gestellt, die die Formierung einer Hypothese über die Einstellungen der
367 Mehrheit zu der Roma-Gemeinschaft zulassen. Den Teilnehmern werden die gleichen Fragen
368 bezüglich anderen Nationalitäten und ethnischen Gruppen, zum Beispiel Türken, Arabern,
369 Kurden, Juden, Menschen afrikanischer Herkunft, (--) sowie EU-Bürgern, gestellt. Dabei
370 stellte sich heraus, ahm, dass der durchschnittliche Bulgare viel lieber Nachbar, die (--)
371 Araber, Chinesen oder EU-Bürger sind, als Nachbar, die der Minderheit der Roma angehören,
372 hat. Und je größer die Distanz zwischen den ethnischen Gruppen wird, desto toleranter wird
373 der Bulgare. Tür neben Tür mit Roma – er ist nicht einverstanden, im gleichen Stadtviertel –
374 es ist immer noch nicht gut, aber akzeptabel, in der gleichen Stadt – geht schon, im selben
375 Staat geht auch, aber (--) wenn möglich – weit weg. Roma können im gleichen Staat leben,
376 aber besser nicht in der Nähe, nicht vor den Augen. Das gleiche Verhalten Roma gegenüber
377 lässt sich auch im Hinblick der Meinung der Teilnehmer bezüglich der Distanz im
378 Berufsleben feststellen (--). Der durchschnittliche Bulgare will nicht am gleichen Arbeitsplatz
379 mit einer Person aus der Roma-Gemeinschaft arbeiten, vor allem wenn die Person mit Roma-

380 Herkunft eine höhere Position als seine Position annehmen würde. Das können Bulgaren nicht
381 akzeptieren. Viel verständlicher für sie ist, wenn Roma unqualifizierte Jobs wie z.B.
382 Reinigungskräfte oder Bauarbeiter haben. Diese Tendenz ändert sich mit der Zeit nicht. Wir
383 werden auch die diesjährigen Resultate aus der Untersuchung analysieren. Aber diese
384 Tendenz lässt sich seit mehr als 7-8 Jahren beobachten. (---).

385

386 **(1): Ja. Die soziale Integration der Roma umfasst Aktivitäten in unterschiedlichen**
387 **Bereichen, die sowohl in den europäischen Dokumenten über die Integration der Roma**
388 **als auch in den Dokumenten auf nationalstaatlicher Ebene als Sphären, in denen**
389 **zielgerichtete Maßnahmen unternommen werden sollen, hervorgehoben werden. Diese**
390 **Bereiche sind: Bildung, Gesundheitsfürsorge, Beschäftigung und Wohnsituation.**
391 **Können Sie die wichtigsten staatlichen Maßnahmen, die in diesen Sphären jeweils**
392 **ausgearbeitet und angewendet werden, nennen sowie Ihre Meinung mitteilen, in welcher**
393 **Sphäre die meisten Bemühungen angestellt werden sollen bzw. was für Hindernisse und**
394 **Defizite sich dabei beobachten lassen?**

395

396 (I): Im Bereich der Bildung werden Versuche für eine Verbesserung der Situation auf
397 nationalstaatlicher Ebene unternommen, aber wie gesagt sie sind sehr begrenzt und existieren
398 seit kurzer Zeit. Die Resultate sind noch nicht bekannt bzw. es ist nicht bekannt, ob es welche
399 Resultate überhaupt gibt. Ahm, (---), die Maßnahmen, die existieren, betreffen wieder nicht
400 nur die Roma, sondern betreffen unter Anderem auch die Bildung der Roma im Land. Vor ein
401 paar Jahren wurde in Bulgarien eine riesige Reform durchgeführt – das Schließen von einem
402 großen Teil der Schulen in den kleineren Städten und Dörfer im Land und die Einführung der
403 Kinder aus diesen Schulen in andere größere Schulen. (---) Dadurch haben viele Kinder ihre
404 Ausbildung unterbrochen, weil, ahm, (--) manchmal sich die neue Schule 20-40 Kilometer
405 entfernt von der Stadt bzw. vom Dorf, wo das Kind wohnt, befindet. Kostenloser Transport
406 wird gesichert, aber die Eltern wollen nicht und das ist verständlich. Ich als Vater würde auch
407 viel darüber nachdenken müssen, ob ich ein 6 jähriges Kind jeden Tag mit dem Bus 40
408 Kilometer hin und zurück fahren lassen würde. Dadurch verringerte sich die Anzahl der
409 Kinder, die die Schule besuchen. Einige Konkurse, die die Verbesserung der Integration der
410 Kinder und Schüler aus den ethnischen Minderheiten erzielt haben, wurden organisiert,
411 wieder nicht nur der Kinder und Schüler aus der Minderheit der Roma (--). Welche Resultate
412 dabei erreicht wurden kann immer noch nicht gesagt werden. (-) Die Projekte aus diesen
413 Konkursen laufen immer noch. Die Konkurse werden vom Bildungsministerium organisiert

und gesteuert. Im Ministerium für Bildung und Wissenschaft wurde ein Zentrum zur Bildungsintegration der Kinder und Schüler aus den ethnischen Minderheiten geschaffen. Dieses Organ organisiert ebenfalls Konkurse, mehrmals jährlich, aber wieder nicht nur für die Roma. Diese Projekte führen zu keinen Reformen und Veränderungen im Bildungssystem. Diese Projekte sind oft zeitlich begrenzt und das Geld reicht nur für zusätzliche Finanzierung, zum Beispiel für zusätzliche Stunden für bestimmte Kinder in einer Schule, die Lehrschwierigkeiten in einem bestimmten Fach haben.

(1): Ja, also kein umfassendes Programm.

(I): Ja, so ist es. Und das Programm wird ausgeführt nur insoweit das Geld reicht. Sogar wenn es einen Effekt gibt, er wird temporär sein, weil die unternommenen Maßnahmen keine kontinuierlichen Maßnahmen sind. Ahm, ich weiß nicht, ob das im Moment noch geschieht, aber seit 2009-2010 wird an einem Projekt für die Herausarbeitung eines neuen Gesetzes für die vorschulische und schulische Bildung gearbeitet, im dessen Rahmen Reformen vorgesehen werden, die eventuell einen Einfluss auf (--) die Gemeinschaft der Roma haben können. An der Herausarbeitung dieses Gesetzes haben auch viele Organisationen, die sich mit der Integration der Roma beschäftigen, teilgenommen und Vorschläge gemacht. Ein großer Teil dieser Vorschläge wurde angenommen. Die Absicht der vorherigen Regierung war, über dieses Gesetz abzustimmen bzw. es anzunehmen, bevor die Regierungsperiode zu Ende ist, aber ihr Mandat wurde frühzeitig beendet, so dass zurzeit keinem klar ist, was mit diesem Gesetz passieren wird bzw. ob es überhaupt angenommen wird. Und in diesem Moment denkt auch keiner daran.

(1): Also der Integrationsprozess in Bulgarien ist ein Prozess in Entwicklung?

(I): Er wird nie enden. Das ist bezüglich der Bildung. Bezüglich der Gesundheitsfürsorge. Achso, ich wollte über die Bildung noch etwas sagen. Für die Strategie zur Bildungsintegration der Kinder und Schüler aus den ethnischen Minderheiten stehen keine Ressourcen zur Verfügung. Im Moment ist nicht klar, wer für ihre Realisierung verantwortlich ist, also das Problem, worüber ich Ihnen am Anfang erzählt habe, besteht immer noch. Formal existiert ein politischer Willen, aber in der Realität passiert nichts. Bezüglich der Gesundheitsfürsorge, ahm, (---) in diesem Bereich wurde auch eine Strategie entwickelt, die die Verbesserung des (--) Gesundheitszustands der Roma im Land erzielt. Ich

448 muss zugeben, ich kenne mich nicht so gut im Bereich der Gesundheitsfürsorge aus. Ich weiß,
449 dass in bestimmten Gemeinden im Land ungefähr 50 Gesundheitsmediatoren angestellt
450 wurden. Diese Gesundheitsmediatoren haben die Aufgabe zu vermitteln, zu informieren und
451 den Roma, die einen erschwerten Zugang zu Gesundheitsdiensten bzw. zu
452 Gesundheitseinrichtungen und -institutionen haben, zu helfen. (-) Ich habe keine persönlichen
453 Eindrücke, aber ich habe von Kollegen gehört, dass die Mediatoren und ihre Hilfe nötig sind.
454 Sie helfen nicht nur, dass Roma besser in Kontakt mit Ärzten kommen, sie stehen auch gerne
455 selbst zur Verfügung und diskutieren mit Ihnen Fragen wie Gesundheit, Mutterschaft,
456 Kinderpflege, Gesundheitsprophylaxe usw. (---) Der Bildungsfonds für die Roma in
457 Bulgarien sieht 80-100 Stipendien für Medizinstudenten. Diese Initiative wird zusammen mit
458 Institut Offene Gesellschaft Budapest organisiert. Wir administrieren dieses Programm. Ahm
459 (--), das Interesse an diesem Programm ist sehr hoch. Zu Beginn war es nicht so hoch. Vor 3-
460 4 Jahren gab es nur 30 Kandidaten, dieses Jahr waren die Kandidaten ungefähr 150. 80
461 Personen haben dieses Jahr im Rahmen dieses Programms Stipendien bekommen. Aufgrund
462 des hohen Interesses und weil es wichtig ist, mit dieser Gemeinschaft leichter zusammen
463 arbeiten zu können, ahm, hat Stiftung Amerika für Bulgarien zusätzliche Mittel zur
464 Verfügung gestellt, so dass wir fast alle, die sich beworben haben, unterstützt haben.
465 Gleichzeitig administrieren wir noch ein anderes Stipendienprogramm. Sie wird in
466 Zusammenarbeit mit dem Bildungsfonds für die Roma in Budapest organisiert. Im dessen
467 Rahmen wurden fast 200 Personen finanziell unterstützt, die in unterschiedlichen
468 Studienrichtungen und Universitäten in Bulgarien studieren. Die Kandidaten waren fast 600,
469 leider konnten nicht alle unterstützen werden. Im Endeffekt ist das ein Wettbewerb. (--)
470 Insgesamt gibt es im Bereich der Gesundheitsfürsorge viel zu tun. Die Resultate einer
471 Untersuchung, die wir gemacht haben, zeigen, dass fast 40 % der Roma, die dringend
472 medizinische Hilfe gebraucht haben, sie nicht bekommen haben und zwar aus
473 Diskriminierungsgründen. Als Resultat daraus gibt es auch Todesopfer. Ahm, was die
474 Wohnsituation betrifft (-), das ist vielleicht das schwierigste Thema. Das Problem in diesem
475 Bereich wurde (-) mit Jahren total vernachlässigt, so dass heutzutage viele illegale Stadtviertel
476 bzw. illegale Gebäude in diesen Stadtvierteln existieren. Obwohl diese Gebäude oft illegal
477 gebaut worden sind, haben sie einen legalen Zugang zu öffentlichen Diensten wie Strom,
478 Kanalisation usw. Das sollte praktisch nicht möglich sein. (----) Es ist schwierig, wenn man
479 sein ganzes Leben lang in einem Haus gewohnt hat, 20 oder 30 Jahre lang, und auf einmal
480 kommt jemand und sagt, weil er jetzt drauf gekommen ist, dass es ein Problem gibt: Es tut
481 mir Leid, aber dieses Haus ist illegal und wir müssen es abreißen. Und dann versteht man

482 nicht wieso es illegal ist, nachdem man sein ganzes Leben lang dort gewohnt hat. (--) Ich und
483 ein paar Kollegen haben eine Lösung für dieses Problem gesucht. Jetzt läuft eine einjährige
484 Frist, im deren Rahmen die ungesetzlichen Gebäuden legalisiert werden können. Dadurch
485 wird das Problem nicht wirklich beseitigt, weil das Gebäude legalisiert werden kann, indem
486 Skizzen von Architekten gemacht werden usw., aber der Boden darunter immer noch nicht
487 den Personen, die da wohnen, gehört. Über diese Frage sollte man juristisch korrekt reden und
488 ich bin kein Experte in diesem Bereich. Wenn Willen vorhanden ist, kann auch eine Lösung
489 gefunden werden. Zu vielen Stadtvierteln, in denen Roma segregiert wohnen, existieren keine
490 Kartographien. Einige von diesen Stadtvierteln figurieren nicht einmal in den Stadtplänen.
491 Nur ungefähr 40 % der Roma haben Zugang zu öffentlichen Diensten, wie Kanalisation,
492 Strom, fließendem Wasser usw. (-) Ahm, (--) in nur 2 % der Zigeunerstadtviertel sind
493 Kinderspielflächen oder Gärten vorhanden. (-) In der Entwicklung dieser Stadtviertel wird
494 nicht investiert, infrastrukturell betrachtet. Die Straßen sind aufgebrochen, es gibt nur sehr
495 wenige Straßen, die gut asphaltiert sind. (---)

496

497 **(1): Wie meinen Sie, sollen die Bedingungen in diesen Stadtvierteln verbessert werden**
498 **oder sollen überhaupt segregierte Stadtviertel heutzutage existieren?**

499

500 (I): Ahm, unterschiedliche Meinungen dazu existieren. Ich weiß nicht was besser ist. Meine
501 persönliche Meinung ist, dass die jungen Leute nicht in solchen Stadtvierteln angehalten
502 werden sollen, sie sollen ausgehen, kommunizieren, Zugang zu Information, Bildung,
503 Mobilität haben. Meistens fehlen diese Sachen in solchen Stadtvierteln. Auf der anderen
504 Seite, wenn die Menschen entschieden haben, dass sie dort wohnen wollen, dann haben sie
505 das Recht darauf und sollen auch Zugang zu allen Dienstleistungen haben, die in den anderen
506 durchschnittlichen Stadtvierteln vorhanden sind. Wenn es im „Mladost“ ein Geschäft gibt, ein
507 Internetclub, eine Kassa, an der sie ihre Rechnungen zahlen können usw. Das ist normal. Oder
508 eine Poliklinik und eine Polizeiverwaltung, wieso auch in diesen Stadtvierteln nicht? (--).
509 Dazu noch ist die Bevölkerung im „Fakulteta“ zum Beispiel sogar zahlreicher als in einem
510 unsegregierten Stadtviertel in Sofia, das genau so groß ist. (---) Bezüglich der Infrastruktur
511 und der Wohnsituation bin ich der Meinung, dass viele Ressourcen in diesem Bereich
512 investiert werden sollen. Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln, zu Elektrizität, zur
513 Gesundheitsfürsorge. Mehr Ärzte sollen in diesen Stadtvierteln beschäftigt sein, (--) ich weiß
514 nicht, alle Sachen sollen vorhanden sein, die in einem normalen, durchschnittlichen
515 Stadtviertel vorhanden sind. Was die Beschäftigung betrifft – Bildung und Beschäftigung

516 hängen immer sehr eng zusammen. Laut unserer Statistik sowie laut dem Nationalen
517 Statistischen Institut sind die Roma mit Hochschulabschluss weniger als 1 %, ungefähr 0,6 %
518 der Roma-Gemeinschaft hat einen Hochschulabschluss. Fast alle von diesen 0,6 % (-) sind
519 auch beschäftigt. Sehr selten kommt es vor, dass Roma mit Hochschulabschluss arbeitslos
520 sind. Zum Beispiel die Roma mit Matura finden auch ein Job, aber während 90 % der Roma
521 mit Hochschulabschluss ein Job haben, haben 75 % der Roma mit Matura ein Job. Nur die
522 Hälfte von den Roma, die nur die Grundschule besucht haben, haben ein Job. Und diese, die
523 nicht einmal die Grundschule abgeschlossen haben, arbeiten sehr selten (--) legal. (-) Die
524 meisten von ihnen arbeiten illegal, ohne Dokumente, ohne irgendwelche arbeitsrechtliche
525 Verhältnisse mit dem Arbeitgeber einzugehen usw. (--) In letzter Zeit wird sehr oft darauf
526 hingewiesen, dass wenn die EU-Länder ihre Arbeitsmärkte für alle öffnen, die Roma sofort
527 dorthin gehen und (--) ihre Sozialsysteme missbrauchen sowie (--) die Arbeitsplätze von den
528 Staatsbürgern in diesen Ländern weg nehmen werden. Diese Befürchtung ist nicht begründet.
529 Innerhalb der Gemeinschaft der Roma beobachtet sich natürlich auch Emigration als
530 Phänomen, wie innerhalb der bulgarischen Gesellschaft, wie innerhalb aller Gemeinschaften
531 und Gesellschaften. Die Roma bevorzugen aber bestimmte Destinationen, die definitiv nicht
532 mit den Ländern übereinstimmen, die die neuen Roma-Emigrationswellen befürchten. Die
533 bulgarischen Roma bevorzugen Griechenland, Italien und Spanien. Griechenland aus diversen
534 Gründen – erstens weil sich dieses Land in der Nähe befindet und (-) sie ihr Wochenende
535 quasi zu Hause verbringen können. Außerdem sind die Transportkosten nicht so hoch und die
536 Roma können sich (-) das leisten. Italien aus ähnlichen Gründen. Spanien, weil es so was wie
537 eine Mode gibt, in Spanien zu emigrieren, und das machen sie eigentlich nicht mehr. Fast alle,
538 die in Spanien waren, kamen zurück wegen der Wirtschaftskrise. Sowie diese aus Italien,
539 sowie aus (-) Griechenland, wo die Situation am schwierigsten ist. Also Deutschland, die
540 Niederlande, Großbritannien, Finnland und andere europäische Länder haben keinen Grund,
541 um Roma-Emigrationswellen zu befürchten. Außerdem, ahm, Bulgarien und Rumänien
542 werden immer gleichgestellt. Sie reden über Bulgarien und Rumänien als ein und dasselbe
543 Land, was nicht der Realität entspricht, und es gibt auch keine Aussichten (--), dass beide
544 Länder bald zusammen funktionieren werden. Ahm (-), es gibt signifikante Differenzen
545 zwischen dem Verhalten der Roma aus Bulgarien und dem Verhalten der Roma aus
546 Rumänien. Zum Beispiel in Italien. Italien ist ein Land, in dem viele illegale Asylantenlager
547 vorhanden sind. Die Gründe dafür sind vielfältig. Italien befindet sich in der Nähe von Afrika,
548 jeden Tag kommen Boot mit Asylsuchenden aus Afrika, die illegale Lager in Italien
549 aufbauen. Dort existieren auch viele illegale Roma-Lager. Ich hab persönlich solche Lager

besichtigt und in keinem der Roma-Lager in Italien, die ich besucht habe, gab es bulgarische Roma. In allen Lagern haben aber Roma aus Rumänien gewohnt. Die bulgarischen Roma (--) schaffen es irgendwie (--), sich dort zu integrieren. Sie wissen, dass Italien (-) ein buntes Land ist. Dort gibt es Menschen unterschiedlichster Herkunft. Natürlich gibt es auch dort Menschen, die anti-Roma eingestellt sind, aber niemand urteilt die Andere direkt und nur aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer Hautfarbe. Die bulgarischen Roma dort (-) arbeiten und finden ein Job sogar schneller als in Bulgarien. Es gibt viele Beispiele für Unternehmer mit Roma-Herkunft, die ein eigenes Business dort haben und gut verdienen. Sie haben gar nicht vor, nach Bulgarien zurückzukehren, weil hier sie das nicht schaffen könnten. Die Diskriminierung und das negative Verhalten den Roma gegenüber hindern ihre persönliche Entwicklung. Also Unterschiede im Verhalten der Roma aus den beiden Ländern lassen sich deutlich beobachten. (--)

(1): Mhm. Alle bulgarischen Bürger haben seit 2007 das Recht, frei innerhalb der Union zu reisen. Wie meinen Sie, werden in Bulgarien neue Integrationsmaßnahmen seit dem Beitritt Bulgariens in die EU ausgearbeitet bzw. lässt sich eine bestimmte Entwicklung der Integrationspolitik des Staates seit diesem Zeitpunkt beobachten?

(I): Also, ich würde nicht sagen, dass sich eine starke Entwicklung beobachten lässt. Die Richtung und das Tempo sind die gleiche. Der einzige Unterschied besteht darin, dass letztes Jahr die bulgarische Regierung eine Nationale Strategie zur Integration der Roma in Bulgarien angenommen hat. Das ist ein strategisches Dokument und es wurde auf eine Empfehlung der Europäischen Kommission angenommen. Alle Mitgliedsländer haben solche Dokumente auf nationalstaatlicher Ebene angenommen. Deswegen haben auch wir das gemacht, aber dabei beobachten sich die gleichen Probleme. Keine Ressourcen stehen für die Realisierung der Strategie zur Verfügung. Es wird nur mit der Finanzierung aus den Fonds der EU gerechnet und es ist sehr (--) unklar wann das passieren wird, ob es passieren wird und ob solche finanziellen Mitteln überhaupt zur Verfügung gestellt werden. Aber vor der Kommission und vor der EU haben wir unsere Aufgabe erledigt.

(1): Ja, auf formaler Ebene. Etwas Anderes, das interessant ist – existieren in Bulgarien effektive Maßnahmen zu Kontrolle und Monitoring?

583 (I): Nein. Wenn Sie sich diese Strategie zur (-) Integration der Roma auf nationaler Ebene aus
584 2012 anschauen, werden sie dort ein Kapitel über Überwachung und Kontrolle ihrer
585 Realisierung finden. Das ganze Kapitel besteht aus 2-3 Sätzen, die nichts aussagen. Es
586 enthält so eine Aussage: Während der Durchführung dieser Strategie werden Mechanismen
587 zur Kontrolle der Durchführung angewendet werden. Das ist bedeutungslos. Es wird nicht
588 bekannt gegeben, wer für die Kontrolle der Durchführung verantwortlich ist, wer überwachen
589 wird, wie er überwachen wird, mittels welcher Mechanismen er beobachten wird, wie dabei
590 Information gesammelt wird, um zu schauen, ob etwas dabei erreicht wird oder nicht, wer am
591 Prozess der Informationssammlung teilnehmen wird, wie die Bürgerorganisationen an diesem
592 Prozess teilnehmen können, weil sie ein notwendiges Korrektiv des Verhaltens der
593 Machthabenden sind. Also die Kontrolle ist minimal. Jedes Jahr werden Berichte über die
594 Durchführung aller Dokumente geschrieben (-), von den einzelnen Institutionen, aber (--) sie
595 widerspiegeln nicht den reellen Zustand. Ab und zu werden Berichte auch von
596 Bürgerorganisationen geschrieben, die (-) manchmal sehr kritisch geschrieben sind und genau
597 aus diesem Grund nicht immer an die Öffentlichkeit gebracht werden.

598

599 **(1): Ahm, ja, Sie haben ein paar wichtige Faktoren, ein paar Gründe für die mangelnde**
600 **Effektivität des Integrationsprozesses – vor allem die fehlende Finanzierung, genannt.**
601 **Können Sie andere Herausforderungen, vor denen der Staat in diesem Hinblick**
602 **heutzutage steht, nennen?**

603

604 (I): Die Integration ist kein mechanischer Prozess. Egal wie schön die Zigeunerstadtviertel
605 eines Tages ausschauen werden, egal wie viele Roma mit Hochschulabschluss es eines Tages
606 geben wird oder wie viele Roma hoch qualifizierte Positionen annehmen werden oder im
607 Verwaltungsbereich auf nationaler oder lokaler Ebene beschäftigt sein werden, egal wie viel
608 besser der Situation der Roma eines Tages ausschauen wird. Diese Sachen sind wichtig, aber
609 sind nicht das Wichtigste. Viel wichtiger ist, dass die Menschen ihre Denkweise ändern. Die
610 Bulgaren hassen die Zigeuner, manchmal auch umgekehrt. Diese Einstellungen sollen
611 geändert werden. Ahm, (--) laut einer Untersuchung der Kommission zum Schutz vor
612 Diskriminierung haben die kleinen Kinder, die 4-5 Jährige, in Bulgarien schon negative
613 Einstellungen gegenüber den Anderen, vor allem gegenüber Roma, aber auch gegenüber den
614 Unterschiedlichen insgesamt. Und das ist nicht normal. Es ist nicht möglich, dass ein
615 vierjähriges Kind allein zu der Schlussfolgerung gekommen ist, dass Roma schlecht sind. Das
616 hat dieses Kind irgendwo gesehen und gehört. Meistens in der Umgebung, in welcher dieses

617 Kind aufwächst, bzw. von den Eltern. Bis wir uns nicht ändern, bis wir die unterschiedlichen
618 Menschen nicht akzeptieren sowie bis wir die Stereotypen und Vorurteile nicht zur Seite
619 lassen, wird nichts Positives passieren, weil sie uns immer zurückziehen werden. (--)

620

621 **(1): Ja. Ich möchte Ihnen noch eine andere Frage stellen, die wieder mit den konkreten**
622 **Maßnahmen zusammenhängt. Was soll Ihrer Meinung nach in den nächsten Jahren**
623 **unternommen werden, damit der Integrationsprozess besser weiter läuft? Können Sie**
624 **ein paar Schritte nennen, die unternommen werden sollen, damit in den nächsten**
625 **Jahren zu einer positiven Entwicklung kommt?**

626

627 (I): Die strategischen Dokumente, die für die Integration der Roma in Bulgarien ausgearbeitet
628 sind, sind im Hinblick der vorgesehenen Maßnahmen gut. (--) Man muss nur daran arbeiten.
629 Es wäre genug, wenn diese Maßnahmen durchgeführt würden (--). Sie müssen angewendet
630 werden. Zurzeit existiert keinesfalls nationale Politik, die die Zusammenarbeit zwischen den
631 ethnischen Gemeinschaften im Land fördert, z.B. zwischen Bulgaren, Juden, Roma usw.
632 Keine Strategie, ahm, (--) die die Verbesserung des zwischenethnischen Klimas im Land
633 erzielt, ist vorhanden. Und das ist sehr wichtig. Es ist eine Sache, wenn wir über die (--)
634 Inklusion der Roma reden oder über Strategien. Eine andere Sache ist, wenn die
635 unterschiedlichen Kinder miteinander spielen. (--)

636

637 **(1): Die letzte Frage, die ich Ihnen stellen möchte, ist: Wie bewerten Sie die Situation in**
638 **Bulgarien im Kontext der Integrationspolitik anderer europäischer Länder?**

639

640 (I): Ahm, es ist unterschiedlich. Es gibt gute sowie auch nicht so gute Beispiele. Zum Beispiel
641 in Ungarn – ich glaube, dass da am schwierigsten ist, obwohl ich nicht so sicher sein kann.
642 Dort werden viele anti-Roma-Proteste organisiert. In Bulgarien wurden auch ein paar solche
643 Proteste organisiert. Aber dort passieren sie täglich, ständig gibt es (--) Opfer, inklusive
644 Kinder, als Resultat der zwischenethnischen Spannungen. Kinder wurden bei uns bis jetzt
645 nicht verletzt. Aber dieser Fakt darf uns nicht beruhigen. Nur im Rahmen der letzten paar
646 Monate wurden vier Personen mit Roma-Herkunft in Bulgarien getötet und zwar aufgrund
647 von ethnischen Konflikten. Ich kann nicht sagen, dass Romavertreter zu sein in Spanien sehr
648 gut ist, aber zumindest existieren dort keine Ghettos. Dort leben die Menschen unter normalen
649 Bedingungen. Natürlich sind Roma nirgendwo (---) als Gleichgestellte angenommen. Überall
650 spielt die Herkunft eine große Rolle. Aber es gibt auch gute Beispiele wie z.B. Spanien. In

651 Finnland handeln die lokalen Institutionen auch sehr (--) adäquat und schnell, indem sie
652 Roma-Familien unterstützen, die soziale Probleme oder Schwierigkeiten bei dem Erlernen der
653 offiziellen Sprache, oder in Hinsicht des Zugangs zu öffentlichen Diensten haben. Also es
654 gibt Beispiele, von denen wir lernen können. (--)

655

656 **(1): Das waren die wichtigsten Fragen über die soziale Integration der Roma in**
657 **Bulgarien meinerseits. Möchten Sie vielleicht etwas hinzufügen?**

658

659 (I): Im Moment nicht.

660

661 **(1): Vielen Dank für die Aufmerksamkeit sowie für die Zeit, die Sie sich genommen**
662 **haben!**

663 **Transkription** (mit Transkriptionsprogramm f4): Interview mit Atanas Kuzmanov,
664 kuzmanov_atanas@abv.bg, Regionalkoordinator des Zentrums für zwischenethnischen
665 Dialog und Toleranz „Amalipe” (www.amalipe.com)

666

667 Am 15 Mai 2013 von 12:15 bis ca. 13:00

668

669 Ort: Caféhaus, Sofia, Shipka Straße 6

670

671 Interviewerin (1), befragte Person (I)

672

673 **(I): Ich fange mit meiner ersten Frage an. Wie würden Sie die staatliche Politik zur**
674 **sozialen Integration der Roma in Bulgarien insgesamt bewerten? Werden**
675 **Integrationsschritte auf nationalstaatlicher Ebene unternommen? Wie effektiv sind**
676 **diese Schritte?**

677

678 (I): Ja, wie sie bereits schon wissen, hat Bulgarien als Mitglied der EU eine nationale
679 Strategie zur Integration der Roma ausgearbeitet. Die Strategie ist das Resultat der
680 ungarischen Ratspräsidentschaft in der Union. In dieser Periode wurde die Idee darüber, dass
681 jedes Mitgliedsland ein nationales Programm zur Integration entwickeln soll, angenommen.
682 Bulgarien hat natürlich auch ein nationales Programm ausgearbeitet und versucht diese Idee
683 nicht nur auf nationaler, sondern auch auf Gemeindeebene sowie auf regionaler Ebene
684 durchzusetzen. Eigentlich wurden Integrationsprogramme auf der Ebene der Gemeinden und
685 Regionen erst vor kurzem ausgearbeitet. Auch im Moment wird daran gearbeitet. Die meisten
686 Gemeinden (-) übernehmen einfach die Programme von den anderen Gemeinden. D.h. eine
687 Gemeinde hat ein Programm entwickelt, eine andere Gemeinde interessiert sich daran und
688 übernimmt es einfach, wobei sie es gar nicht an der jeweiligen Situation in der Gemeinde
689 anzupassen versucht. In einer bestimmten Gemeinde hat (---) die Roma-Gemeinschaft
690 Probleme vorwiegend im Bereich der Wohnsituation, in einer anderen – im
691 Beschäftigungsbereich, in der nächsten – gesundheitliche Probleme. Die Maßnahmen sollen
692 im Hinblick auf die Situation in der jeweiligen Gemeinde ausgearbeitet werden. Das wird in
693 Bulgarien nicht gemacht. Also ich kann die Politik des Staates nicht sehr positiv bewerten. (--
694 -)

695

(1): Meinen Sie, dass die nationalen Strategien in Bulgarien erfolgreich realisiert werden? Inwieweit sind diese effektiv bzw. welche Resultate wurden bisher erreicht?

(I): Mhm, die Nationale Strategie zur Integration der Roma wird vom Ministerrat ausgearbeitet. Zentrum „Amalipe“ hat daran teilgenommen. Ich persönlich habe an manchen Tagungen teilgenommen. Auch andere NGOs haben teilgenommen. Dabei werden finanzielle Mittel in den Bereichen Gesundheitsfürsorge, Bildung, Beschäftigung investiert. Diese Strategien werden ausgearbeitet und verbleiben leider nur in einer Papierform. Nein, sie sind nicht effektiv.

(1): Ja. Wenn über die soziale Integration der Roma geschrieben und geredet wird, werden meisten vier soziale Bereiche genannt, in denen Bemühungen angestellt werden sollen: Bildung, Gesundheitsfürsorge, Wohnsituation und Beschäftigung. Können Sie die wichtigsten Maßnahmen, die in diesen Sphären bisher unternommen wurden, nennen?

(I): Ja. (--) Fangen wir mit der Bildung an. In der Bildungssphäre hat das Ministerium für Bildung und Wissenschaft eine Strategie für Kinder, die Lernschwierigkeiten haben und nicht gut mit dem Lernmaterial vorankommen, entwickelt. Die Maßnahmen in diesem nationalen Dokument betreffen nicht nur Roma-Kinder, sondern alle Kinder, die irgendwelche Probleme im Lernprozess haben, inklusive Roma-Kinder. Neben diesem Programm, im dessen Rahmen Schulen sich bewerben können, um finanziell unterstützt zu werden und Lehrer anzustellen, die diesen Kindern mehr Aufmerksamkeit schenken können, werden auch andere Maßnahmen entwickelt - z.B. die Maßnahme „In der Schule ohne Fehlstunden“. Die Roma-Kinder fehlen am meisten, ohne einen akzeptierbaren Grund zu haben, und fallen als Resultat daraus oft aus der Schule aus. (-) Für sie und ihre Familien ist diese oft auftretende Abwesenheit nicht unbegründet – sie arbeiten. Im Rahmen des Programms „In der Schule ohne Fehlstunden“ werden Konkurse organisiert. Dabei werden diese Schulen, in denen es viele Kinder, die oft fehlen, gibt, vom Ministerium finanziell unterstützt. Mit diesen Kindern wird dann zusätzlich gearbeitet. Das Geld wird in Kindern, die oft fehlen und nicht gut lernen können, investiert. Andere Maßnahmen im Bildungsbereich wie z.B. eine Adaptierung des Lernstoffes werden zurzeit nicht ausgeführt. (-) Früher wurde die Idee, zusätzlich Lehrer anzustellen, die den Hauptlehrern helfen, besprochen. Wenn es zum Beispiel in einer Schule viele Roma-Kinder gibt, soll dieser Lehrer Roma-Herkunft haben. Und (--) er soll diesen Kindern helfen, indem

er auf Romani übersetzt, wenn sie Bulgarisch nicht gut verstehen können usw. Diese Idee wurde nicht realisiert. Ahm, im Bereich der Gesundheitsfürsorge arbeiten viele NGOs, denen finanzielle Mitteln aus (-) nationalen oder europäischen Fonds zur Verfügung gestellt werden. Ihre Tätigkeit konzentriert sich in Präventionen vor HIV und Aids, Prävention vor Tuberkulose in der Roma-Gemeinschaft (--)

(1): Informieren sie darüber?

(I): Sie informieren, ja. Die Informationsstellen befinden sich direkt in den Gemeinden, in denen viele Roma wohnen, in den Zigeunerstadtvierteln. (-) Die Leute, die da arbeiten, werden Gesundheitsmediatoren genannt (-). Sie informieren oder organisieren kostenlose Untersuchungen. Also im Gesundheitsfürsorgebereich existieren Präventivmaßnahmen in bestimmten Gemeinden. Insgesamt ist ein großer Anteil der Roma-Gemeinschaft aber sehr arm oder arbeitslos, so dass sie sich die Krankenversicherungen nicht leisten können. Der Staat hat das nicht geregelt, wie sich diese Menschen untersuchen lassen können oder wie sie in Krankenhäusern bei Notwendigkeit aufgenommen werden können. Sie haben keine Krankenversicherung. Sie können sich nur an die schnelle medizinische Hilfe wenden. Sie ist kostenlos. Über eine ernsthafte medizinische Behandlung kann die Rede nicht sein. Bezüglich der Wohnsituation (*er lacht*), in diesem Bereich soll am meisten gearbeitet werden. (-) Die unternommenen Schritte zur Legalisierung der Roma-Wohnungen sind sehr klein und unsicher. Diese Frage wird prinzipiell ignoriert (-). Keine nationale Politik wird entwickelt. Einige NGOs arbeiten für die Legalisierung der Wohnungen von Roma und helfen ihnen im Legalisierungsprozess. Insgesamt sind die Wohnungen von Roma sehr oft illegal. Eine europäische Initiative ist in diesem Zusammenhang nennenswert. Menschen, die finanzielle Probleme haben, können eine gewisse Menge Strom voraus kaufen. Diese Familien, die sich die Zahlung ihrer Stromrechnungen nicht immer leisten können, können voraus zahlen und die gekaufte Strommenge vernünftig verwenden.

(1): Ist das in Bulgarien nicht möglich?

(I): Nein, in Bulgarien noch nicht. Der Nachteil der Option des Vorauszahlens ist der Strompreis. Er kostet ein bisschen mehr. In Bulgarien kommt das nicht zustande. Das Problem mit dem Wasserleitungssystem in großen Stadtvierteln wie „Fakulteta“ in Sofia und „Stolipinovo“ in Plovdiv, wo viele Roma wohnen, ist sehr groß. (-) Dort gibt es kein

764 fließendes Wasser. Viel muss gemacht werden, damit die illegalen Wohnungen legalisiert
765 werden und, ahm, die letzte Sphäre ist die Beschäftigung, ja. (---) Traditionell sind die Roma
766 in Bulgarien größtenteils unqualifizierte Arbeitskräfte. Letztlich gibt es mehr Menschen, die
767 hoch qualifiziert sind und in anderen Berufsfeldern beschäftigt sind, wie z.B. in Ministerien,
768 als Experten, Ärzte oder Anwälte. Die Beschäftigung hängt eng mit der Bildung zusammen.
769 Gott sei Dank schließen letztlich immer mehr Roma ein Studium ab und finden ein besseres
770 Job. In den nord-westlichen Regionen Bulgariens wohnen viele Roma mit
771 Hochschulabschluss. (--) Obwohl die Anzahl der in Sofia lebenden Roma die größte ist,
772 haben die meisten von ihnen erstaunlicherweise keinen Hochschulabschluss. (--) Roma finden
773 immer schwieriger ein Job. Bildung stellt keine Priorität für sie dar. Vielleicht ist Bildung für
774 die gesamte bulgarische Gesellschaft keine Priorität mehr, aber für sie ist Bildung sicher keine
775 Priorität. Roma, die die achte Klasse abgeschlossen haben, glauben, dass sie genug gelernt
776 haben, und beenden ihre Ausbildung. (-) Innerhalb ihrer Gemeinschaft heiraten sie traditionell
777 sehr früh. Nach der achten Klasse heiraten die Mädchen normalerweise, wodurch ihr Zugang
778 zur Bildung und daran anknüpfend auch das Finden von einem Job gehindert werden. Die
779 Jungen (-) machen auch selten ihre Maturaprüfungen, sie beenden auch oft ihre Ausbildung
780 nach der Grundschule und finden ein Job als Bauarbeiter, in der Landwirtschaft usw. (--)

781

782 **(1): Wie meinen Sie, welche sind die wichtigsten Faktoren, die die Realisierung der**
783 **sozialen Integration der Roma in Bulgarien verhindern? Welche sind Ihrer Meinung**
784 **nach die Hindernisse für die effektive Realisierung des Integrationsprozesses?**

785

786 (I): Über Integration redet man in den letzten zehn Jahren. Die Roma, die in Bulgarien leben,
787 arbeiten da und werden da mit den gleichen Rechten und Pflichten wie die Bulgaren geboren.
788 (--) In jeder Gesellschaft sind in den unterschiedlichen Etappen ihrer Entwicklung
789 unterschiedliche Werte vorherrschend. Wie ich gesagt habe, heiraten die Roma oft sehr früh,
790 unter 18 oder sogar unter 16 Jahren. Diese Tradition zeichnete den Alltag der Bulgaren in den
791 50er-60er Jahre des vorherigen Jahrhunderts aus. Zurzeit wird in der bulgarischen
792 Gesellschaft sowie auch in der europäischen Gesellschaft insgesamt die frühe Ehe nicht
793 akzeptiert. Unsere Gesellschaft versucht dieses Verständnis gegenüber dem Verständnis der
794 Roma durchzusetzen. Die Roma sollen nicht früh heiraten. Hätten diese Roma in Indien oder
795 irgendwo in Afrika gelebt, hätten sie immer noch frühzeitig oder verabredet geheiratet. Die
796 Gesellschaft dort verurteilt dieses Verhalten nicht. Integration soll immer im Kontext des
797 Entwicklungsniveaus einer Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt betrachtet werden.

798 Nehmen wir an, wir wollen die Roma integrieren. Integration darf mit Assimilation nicht
799 verwechselt werden. Die Kultur der Roma soll geachtet und behalten werden. Genau so auch
800 die Sprache der Roma. Die Traditionen der Roma sind ein Reichtum für die Gesellschaft. Sie
801 müssen bestehen bleiben. (--) Wir versuchen die Roma zu überzeugen (--), dass sie sich
802 anständig verhalten sollen, damit sie leichter angenommen werden sowie mit der Gesellschaft
803 besser kooperieren können. Ahm (-), damit die Integration erfolgreich ist, sollen Bemühungen
804 kontinuierlich unternommen werden. Und nicht nur teilweise angestrebt werden – 5 Jahre
805 lang im Bildungsbereich, dann 5 Jahre lang im Bereich der Gesundheitsfürsorge, 5 Jahre lang
806 im sozialen Bereich. Alles soll gleichzeitig passieren. Das Problem ist, dass in Bulgarien diese
807 Sachen nicht gleichzeitig passieren. Das beste Beispiel ist Ungarn, wo nicht das Wort
808 Integration, sondern das Wort Annäherung verwendet wird wie z.B. in der Nationalen Strategie
809 zur Annäherung. Dort verlaufen die einzelnen Schritte des Integrationsprozesses gleichzeitig:
810 Gesundheitsfürsorge, Bildung, Wohnpolitik, usw. Also in Bulgarien soll das auch angestrebt
811 werden. Alles beginnt in der Schule, wo Roma Hilfe und Unterstützung bekommen sollen.
812 Nachdem sie ausgebildet werden, werden sie eine Arbeit finden. Dann werden sie auch einen
813 besseren Wohnstandard haben wollen. Und (--) werden nicht kriminell handeln, sondern die
814 legitime (--) Art und Weise bevorzugen. Sie werden die schöne Seite der Gesellschaft
815 entdecken und die Gesellschaft wird ihrerseits offener sein und sie leichter akzeptieren.

816

817 **(1): Also Bemühungen sollen gleichzeitig in allen Sphären sowie kontinuierlich angestellt**
818 **werden und nicht nur in bestimmten Perioden oder nur in einem bestimmten Bereich?**

819

820 (I): Genau. Das ist die Idee. Sie wird aber nicht realisiert.

821

822 **(1): Ja. Sie haben Ungarn genannt. Meinen Sie, dass die ungarische Praxis auch in**
823 **Bulgarien angewendet werden kann und soll?**

824

825 (I): Ja. Sie haben sehr gute Ideen. (--) Neben ihrer Nationalen Strategie zur Annäherung, die
826 alle Bereiche umfasst, (-) versuchen sie, ich gebe noch ein gutes Beispiel, in der schwierigen
827 Periode einer Wirtschaftskrise, den Roma zu helfen, sich selbst zu unterhalten, indem sie
828 spezielle nationale landwirtschaftliche Programme entwickeln. (-) Roma können sich im
829 Rahmen dieser Programme bewerben, eine eigene Landwirtschaft führen, produzieren und
830 sogar Teil ihrer Produktion verkaufen und dadurch ihr Einkommen erhöhen. Ich habe die
831 Möglichkeit gehabt, mit ungarischen Experten zu reden. Sie haben ihre Meinung mitgeteilt,

832 dass sich in Ungarn eine positive Entwicklung diesbezüglich beobachten lässt. Trotzdem
833 bleibt noch viel zu tun. Sie sind (--) zum Beispiel toleranter gegenüber Roma-Schülern, die
834 von der Schule fehlen. Sie verstehen, dass die Roma-Kinder zu Hause mehr helfen müssen,
835 deswegen können sie öfters fehlen, bevor ihre Eltern administrativ sanktioniert werden, wie
836 z.B. durch keine Gewährung vom Sozialhilfegeld. Aktiv arbeiten sie auch im Bereich der
837 Legalisierung von illegalen Wohnungen. Natürlich bleibt auch dort viel zu tun. Viele Sachen
838 werden dort aber auch gemacht.

839

840 **(1): Sie haben die Toleranz beim Fehlen von der Schule als positive Praxis**
841 **hervorgehoben. Wird bei der Entwicklung der Integrationsmaßnahmen Rücksicht auf**
842 **die Mentalität und den Alltag der Roma-Gemeinschaft genommen?**

843

844 (I): (--) Ja, weil diese Maßnahmen legal sind. In Bulgarien, und das ist kein großes
845 Geheimnis, verheimlichen viele Schulen bzw. viele Lehrer das Fehlen der Schüler, weil jeder
846 Schüler zusätzliches Geld für das Schulbudget bedeutet. Dabei handeln Lehrer gegen das
847 Gesetz. In Ungarn wird dieses Problem vom Staat gelöst, indem mehr Freiheit den Schülern
848 gegeben wird bzw. größere Toleranz bezüglich der Fehlstunden besteht.

849

850 **(1): Ja, ich verstehe. Ich möchte Ihnen eine andere Frage stellen. Existieren in Bulgarien**
851 **staatliche Mechanismen zu Kontrolle und Überwachung der erreichten Resultate bei**
852 **der Realisierung der einzelnen Strategien?**

853

854 (I): Nein, solche Mechanismen existieren nicht.

855

856 **(1): Meine nächste Frage betrifft den Finanzierungsaspekt. Ist die vorhandene**
857 **Finanzierung Ihrer Meinung nach ausreichend? Welche Maßnahmen werden wie**
858 **finanziert und inwieweit werden europäische Subsidien für die Integration der Roma**
859 **auf nationalstaatlicher Ebene angeeignet?**

860

861 (I): Für die Periode 2014-2020 werden ungefähr 10 % der finanziellen Mittel aus den
862 Strukturfonds der EU für die Integration der Roma vorgesehen. Die nationalen
863 Finanzierungsmöglichkeiten sind sehr begrenzt, da Bulgarien ein armes Land ist. Wichtigere
864 Probleme wie z.B. im Bereich der Gesundheitsfürsorge stehen an der Tagesordnung. Ich bin
865 der Meinung, dass eine Agentur für die Roma im Ministerrat geschaffen werden sollte, damit

866 der Integrationsprozess in Bulgarien schneller und effektiver verläuft. So eine Agentur
867 existiert noch nicht.

868

869 **(1): Mhm, ja, auf die spezielle Probleme der Roma soll Rücksicht genommen werden.**

870

871 (I): Mhm, oder zumindest eine Agentur für die ethnischen Minderheiten, wenn nicht speziell
872 für die Roma.

873

874 **(1): Also Mechanismen zur Kontrolle existieren auf institutioneller Ebene nicht?**

875

876 (I): Nein, diese Dokumente werden nur geschrieben. Sie werden nur ausgearbeitet. Sogar
877 wenn es Fristen für ihre Realisierung gibt und diese nicht eingehalten werden, treten keine
878 Sanktionen für die Gemeinde oder das Ministerium, die bzw. das sie nicht berücksichtigt hat,
879 in Kraft. Die Begründungen sind immer die gleichen: kein Geld, keine Kapazität usw.

880

881 **(1): Ja. Die Finanzierung erweist sich einen wichtigen Faktor bei der Realisierung der**
882 **Strategien?**

883

884 (I): (--) Ja. (--) Vielleicht ist das Geld einer der wichtigsten Faktoren, aber (----) andererseits
885 ist nicht nur das Geld wichtig, sondern (--) auch das fehlende Verständnis der
886 Machthabenden, dass dieses Problem sehr groß ist und gelöst werden soll. Die
887 Machthabenden haben andere Prioritäten.

888

889 **(1): Ich verstehe, ja. Ahm, wie würden Sie also den Zusammenhang zwischen erreichten**
890 **Resultaten und vorhandenen Strategien im Integrationsbereich beschreiben – existieren**
891 **nur Maßnahmen und Strategien, aber keine (-)?**

892

893 (I): Genau, Sie haben das richtig verstanden.

894

895 **(1): Ahm, meine nächste Frage betrifft die Mitgliedschaft Bulgariens in der EU. In 2007**
896 **ist Bulgarien Mitglied der Union geworden. Wie meinen Sie, hat die Mitgliedschaft in**
897 **der EU die Entwicklung der Integrationspolitik in Bulgarien beeinflusst oder verändert?**
898 **Lässt sich in diesem Aspekt eine Europäisierung beobachten?**

899

900 (I): Mhm. (--) Um ehrlich zu sein, mit dem Beitritt in die EU haben wir begonnen, öfters über
901 Integration und alles, das mit Integration irgendwie zusammenhängt, zu reden. (--) Seit 2007
902 nehmen viele NGOs, inklusive „Amalipe“ an europäischen Projekten teil, wodurch
903 Fortschritte in bestimmten Regionen und Gemeinden erreicht werden. (-) Gesamte staatliche
904 Projekte und Strategien werden von der EU nicht finanziert, insofern es mir bekannt ist. Aber
905 ja, die Mitgliedschaft in der Union hat eine besondere Rolle gespielt, erstens begann die
906 Gesellschaft mehr und offener darüber zu reden und zweitens wurden bestimmte
907 Organisationen und Programme finanziell unterstützt. (--)

908

909 **(I): Ist eine Europäisierung in der Denkweise bzw. in der Redeweise erkennbar?**

910

911 (I): (--) Ja, der Weg ist lang.

912

913 **(I): Ja, letztendlich sind wir erst in ein paar Jahren Teil der Union. Eine kurze Frist,**
914 **in der keine großartigen Resultate erreicht werden können.**

915

916 (I): Ja.

917

918 **(I): Da wir über Europa reden – wenn Sie die Situation in Bulgarien im Hinblick auf die**
919 **soziale Integration der Roma mit der Situation in anderen europäischen Ländern**
920 **vergleichen würden, wie würden Sie diese bewerten?**

921

922 (I): Wir haben die Entwicklungslinie in anderen Ländern wie z.B. in Griechenland, Portugal (-
923 -), Deutschland, Rumänien und Mazedonien beobachtet. Wir arbeiten mit vielen
924 Organisationen zusammen und hatten auch die Möglichkeit, viel zu reisen und persönlich
925 Eindrücke zu sammeln, sogar außerhalb Europas. Ich war vor kurzem in Litauen und dort
926 haben wir unter anderem auch diese Frage diskutiert. In Litauen soll viel mehr als in
927 Bulgarien getan werden. In Bulgarien hat man mehr erreicht. Ich möchte Ihnen ein frappantes
928 Beispiel aus Litauen geben. Dort (--) werden die Roma-Schüler in einer Klasse abgesondert
929 unterrichtet. Diese Klasse wird mit dem Buchstaben „Z“ für Zigeuner genannt, weil dort nur
930 Zigeunkinder lernen. Diese Praxis ist in Bulgarien unzulässig, das ist Segregation. Wir
931 haben eine starke Antisegregationspolitik entwickelt. Die Kinder sollen zusammen lernen.
932 Die Roma-Gemeinschaft in Litauen wohnt außerdem sehr geschlossen. Sie wohnen isoliert in
933 Ghettos. Gute Beispiele sind auf der anderen Seite entwickelte Länder wie Deutschland und

934 Frankreich, in denen auch sehr viele Roma wohnen. Die großen Länder wie Frankreich und
935 Deutschland haben eine gut entwickelte Integrationspolitik sowie eine gute Politik insgesamt
936 und nicht nur im Hinblick auf die Integration ethnischer Minderheiten. In vielen Ländern ist
937 die Lage aber nicht so gut, z.B. in Litauen, Rumänien, Mazedonien. Sogar in Portugal. Sie
938 haben große Probleme im Bereich der Wohnsituation, obwohl Portugal ein „altes“ EU-
939 Mitgliedsland ist. (--) In jedem europäischen Land kann etwas verbessert werden. In
940 bestimmten Ländern weniger, in den meisten mehr. (--)

941

942 **(1): Eine andere Frage. Es geht um die Diskriminierung der Roma. Werden die Roma in**
943 **Bulgarien Ihrer Meinung nach diskriminiert und wenn ja – wie?**

944

945 (I): (--) Über die Diskriminierung der Roma. Vielleicht werden die Roma diskriminiert (---).
946 Die Diskriminierung ist nicht so offensichtlich bzw. deutlich wie vorher, aber es gibt sie. Die
947 Gesellschaft hat mit der Zeit gelernt, versteckt zu handeln. Zum Beispiel wenn Roma auf der
948 Jobsuche sind, finden sie schwieriger ein Job, sogar als Kellner oder Verkäufer, weil sie
949 dieser Minderheit angehören. Vor allem wenn ihre ethnische Zugehörigkeit physisch
950 erkennbar ist. Diskriminierung ist auch darin zu sehen, dass die armen Roma keinen Zugang
951 zu medizinischen Diensten haben, wenn sie keine Krankenversicherungen zahlen.
952 Diskriminierung ist auch in den Zigeunerstadtvierteln vorhanden. Die Stromzähler befinden
953 sich auf Plätzen, zu denen Roma keinen Zugang haben, so dass sie diese nicht kontrollieren
954 können. (--) Bildung ist in Bulgarien für alle zugänglich, jeder hat Recht auf Bildung, aber in
955 der Realität ist das nicht wirklich so. (--) In den großen Schulen im Zentrum von Sofia
956 werden sie fast keine Roma sehen, weil sie nicht aufgenommen worden sind. Die Schulleiter
957 und die Direktoren von Kindergärten sagen in diesen Fällen, dass sie keine freien Plätze mehr
958 haben. Das kann auch wahr sein, aber ich zweifle diese Aussagen. In den elitären
959 Kindergärten und Schulen werden Roma diskriminiert. Jeder weißt, dass die bulgarischen
960 Kinder die Schule verlassen werden, wenn zu viele Roma-Kinder aufgenommen werden.
961 Deswegen lernen die meisten Roma-Kinder in Schulen, die sich am Rande der Stadt befinden,
962 oder in Schulen, in denen die Mehrheit der Schüler Roma sind. (--) So wird versteckt und
963 nicht offen diskriminiert. Das ist ein Problem der gesamten Gesellschaft, die mit sehr vielen
964 Vorurteilen beladen ist. (--)

965

966 **(1): Ja. Ahm, wir haben über die Herausforderungen in den unterschiedlichen**
967 **Bereichen gesprochen. Können Sie ein paar Schritte und Maßnahmen nennen, die sie**

für nötig halten bzw. die unternommen werden sollen, damit bessere Resultate erreicht werden? Haben Sie Vorschläge für Veränderungen?

(I): Mhm. Ahm (--), die politischen Roma-Organisationen sind nicht der gleichen Meinung. Viele politische Roma-Organisationen sind im Integrationsbereich aktiv tätig, aber keine von diesen Organisationen ist im Parlament vertreten. Auf nationaler Ebene können die politischen Organisationen für die Interessen der Roma nicht lobbyieren. (--) Deswegen betone ich, ein staatliches Organ, das mit diesem Problem ernsthafter umgehen wird, soll geschaffen werden. Kein Ministerium, sondern (--) eine Agentur. (--) Oft berichten die Medien und die Journalisten über kriminelle Taten und heben hervor, dass der Täter Roma-Herkunft hat. In letzter Zeit passiert das nicht so oft. Die Herkunft hat nichts damit zu tun. Trotzdem wird das ständig unterstrichen. (-) Roma, Bulgaren, Araber oder Türken sind an erster Stelle Menschen. Menschen sollen (-) toleranter und offener sein. Alles beginnt mit der Bildung. Die Bildung soll attraktiv für die Schüler sein. Praktische Sachen sollen unterrichtet werden. Die Bildung und die Lehrbücher sollen keine Qual für die Schüler darstellen, zugänglicher sein, damit auch die Roma-Schüler, die oft in einer Umgebung, in der kein Bulgarisch gesprochen wird, aufgewachsen sind und Sprachschwierigkeiten haben, sie verstehen können.

(1): Das waren meine Fragen über die soziale Integration der Roma. Möchten Sie noch etwas hinzufügen?

(I): (---) Nicht nur in Bulgarien, sondern in ganz Europa ist das demographische Problem der Gesellschaftsalterung sehr besorgniserregend. (-) Vielleicht die einzige Ethnie in Europa, die von diesem demographischen Problem keinesfalls betroffen ist, ist die Ethnie der Roma, obwohl sich auch innerhalb ihrer Gemeinschaft einen Rückgang der Geburtenzahlen beobachten lässt. (-) Die offiziellen Statistiken in Bulgarien zeigen, dass 10 % der bulgarischen Gesellschaft Roma sind. Laut unoffizieller Daten ist diese Zahl sogar größer. Ein großer Teil der Menschen bestimmt sich selbst aus diversen Gründen nicht als Roma. (---) Wenn wir die gleiche Lebensweise wie jetzt behalten wollen, sollen wir uns sehr bemühen, um den Roma zu zeigen, wie und woran sie sich anpassen sollen. Sie sollen ihre Steuer und Stromrechnungen zahlen, die Schule besuchen. Ob die Roma das wollen oder nicht, weiß ich nicht. Unsere Gesellschaft hat bestimmte Grenzen, die beachtet werden sollen, gesetzt. Damit

1001 die Gesellschaft sich entwickeln kann, sollen Bemühungen in dieser Richtung auf jeden Fall
1002 unternommen werden.

1003

1004 **(1): Ja, darauf soll Rücksicht genommen werden.**

1005

1006 (I): Ja, jetzt glauben viele Roma, dass sie keine Verträge schließen müssen, keine soziale
1007 Versicherungen haben sollen usw. So werden unser Pensionssystem sowie unser Sozialsystem
1008 eines Tages nicht mehr funktionieren können. (---)

1009

1010 **(1): Ja. Ich danke Ihnen für die Zeit, die Sie sich genommen haben!**

1011 **Protokoll**

1012

1013 **Experteninterview mit Viktoria Kirilova** (vpkirilova@mon.bg), Expertin im Bereich
1014 Zugang zu Bildung im Ministerium für Bildung und Wissenschaft und Dissertantin im
1015 Bereich der Bildungsintegration der Roma in Bulgarien

1016

1017 Am 17. Mai 2013 von 16:30 bis ca. 17:30 im Ministerium für Bildung und Wissenschaft, 4.
1018 Stock, Zimmer 420, Dondukov Straße 1, Sofia

1019

1020 Das Gespräch wurde nicht aufgenommen. Das vorliegende Protokoll basiert auf den während
1021 seiner Durchführung gemachten Notizen und wiedergibt die wichtigsten Inhalte, die
1022 angesprochen wurden. Zu Beginn unseres Gesprächs hat Frau Kirilova Interesse an dem
1023 Thema gezeigt und sich detailliert über Forschungsfrage(n), Hypothesen und bisher erreichte
1024 Ergebnisse der Arbeit informiert. Wir haben auch die bisher verwendeten Quellen, die
1025 Notwendigkeit über dieses Thema zu forschen und reden bzw. die Relevanz des Themas
1026 besprochen. Gleichzeitig hat die Expertin über ihren Werdegang, über ihre Karriere und ihre
1027 Verantwortungen im Ministerium für Bildung und Wissenschaft in Sofia sowie über ihre
1028 bisherigen professionellen Erfahrungen als Lektorin an der Sofioter Universität erzählt.
1029 Insgesamt hat sie großes Engagement und Interesse gezeigt und sich zur Verfügung für
1030 allerlei Fragen gestellt.

1031

1032 Da die Expertin keine konkreten Informationen über die Bereiche Gesundheitsfürsorge,
1033 Beschäftigung und Wohnsituation hatte, wurden Ihr keine Fragen über
1034 Integrationsmaßnahmen in diesen Sphären gestellt. Trotzdem wurden im Rahmen des
1035 Gesprächs einige allgemeine Schlussfolgerungen über die Entwicklung der staatlichen Politik
1036 zur sozialen Integration der Roma in Bulgarien gezogen.

1037

1038 Roma-Kinder werden formal bzw. im Hinblick auf den Zugang zu Bildung nicht gehindert,
1039 besitzen die gleichen Rechte wie alle anderen bulgarischen Bürger und werden in diesem
1040 Sinne nicht diskriminiert. Diskriminierung existiert formal nicht. Formal heißt auf Ebene der
1041 staatlichen Maßnahmen. Jede Person verfügt über das gleiche Recht auf Bildung, abgesehen
1042 davon welcher ethnischen Gruppe sie angehört.

1043

1044 Die Integration im Bildungsbereich wird als einen Prozess beschrieben, in dem einerseits die
1045 eigene Identität erhalten werden soll und andererseits eine Anpassung an die in der jeweiligen
1046 Gesellschaft existierenden Normen nötig ist. Er wird als einen zweiseitigen Prozess, der von
1047 den beiden Seiten gepflegt und gefördert werden soll, betrachtet. Integration darf nicht als
1048 Assimilation verstanden werden. Assimilation wird durch die existierenden Maßnahmen auf
1049 staatlicher Ebene nicht angestrebt. Der Integrationsprozess kann mittels Bildung erreicht
1050 werden. Bildung wird als Schlüssel zur besseren Integration wahrgenommen. Die
1051 herausragende Rolle der Maßnahmen im Bildungsbereich für den Fortschritt des gesamten
1052 Integrationsprozesses wird mehrmals unterstrichen.

1053

1054 Das Begriffspaar Integration-Privilegierung wird thematisiert. Laut der Meinung der Expertin
1055 soll die Grenze dazwischen immer präzise und exakt gezogen werden. Die große
1056 Notwendigkeit, Roma-Kinder zu unterstützen und ihnen zu helfen sowie das Ungleichgewicht
1057 der Möglichkeiten zu überwinden wird nicht in Frage gestellt. Trotzdem soll bei der
1058 Entwicklung der Maßnahmen und integrativen Ideen immer bedacht werden, ob sie nicht als
1059 Privilegierung bestimmter Personen bzw. bestimmter Gruppen von Personen wahrgenommen
1060 werden können. So könnte die Unterstützung von Roma-Kindern im Lernprozess zur
1061 Diskriminierung der anderen Kinder in der Klasse führen, wodurch das Ungleichgewicht
1062 nicht nur nicht überwunden wird, sondern sogar neu hergestellt werden könnte.

1063

1064 Die angestellten Bemühungen sollen kontinuierlich sein sowie der multikulturellen Situation
1065 im Staat gerecht werden.

1066

1067 Die aktualisierte Version der Nationalen Strategie zur Bildungsintegration der Kinder und
1068 Schüler aus den ethnischen Minderheiten stand im Fokus des Gesprächs. Ausgewählte Kapitel
1069 der Strategie wurden besprochen. Die in ihr formulierten strategischen Ziele und Maßnahmen
1070 werden als zu tolerant bewertet. Es wird die Meinung vertreten, dass in Bulgarien von allen
1071 möglichen Maßnahmen immer die tolerantesten Maßnahmen, die am wenigsten
1072 intervenierend sind, angenommen werden, damit sie Akzeptanz von Seite der Gesellschaft
1073 finden. Diese Praxis wird stark kritisiert. Die Lösung der bestehenden Probleme sieht die
1074 Expertin in der Entwicklung und Durchführung von strengeren Maßnahmen, die die Roma
1075 zwingen werden, ihre Kinder in die Schule zu schicken, damit sie dort bleiben und wirklich
1076 lernen.

1077

1078 Das größte Problem besteht darin, dass viele Roma-Kinder überhaupt nicht die Schule
1079 besuchen. Wenn sie nicht in der Schule anwesend sind, haben alle anderen strategischen
1080 Maßnahmen, wie z.B. Schaffen einer multikulturellen Atmosphäre gegenseitiger
1081 Anerkennung, keine Bedeutung. Eine strengere und wirksame Maßnahme ist z.B. keine
1082 Gewährleistung von sozialer Hilfe für diese Eltern, deren Kinder keine Schule besuchen. So
1083 werden sie im gewissen Maße gezwungen, ihre Kinder zu motivieren und kontrollieren,
1084 anstatt betteln oder klauen zu schicken. Das strategische Ziel „Herstellung und Festigung der
1085 notwendigen Bedingungen zur erfolgreichen Sozialisation der Kinder und Schüler aus den
1086 ethnischen Minderheiten und Formierung von einem dazu passenden sozio-psychologischen
1087 Klima, das die Realisierung der vorliegenden Strategie ermöglicht“ ist sehr anstrengenswert.
1088 Es ist aber gar nicht erreichbar, wenn man in Betracht zieht, dass viele Roma-Kinder gar nicht
1089 in den Schulen anwesend sind. Das ist das größte Problem im bulgarischen Bildungssystem.
1090 Sie sind nicht da, um integriert zu werden. Diese Problematik wird nicht direkt und konkret in
1091 den Dokumenten angesprochen.

1092

1093 In Bulgarien werden Roma-Kinder von ihren Eltern als eine Möglichkeit, zusätzlich Geld zu
1094 bekommen, indem sie Müll sammeln, klauen, betteln oder schwierige physische Tätigkeiten
1095 übernehmen, ausgenutzt. Es wird appelliert, strengere und konkretere Maßnahmen
1096 auszuarbeiten und zu übernehmen, um diese Praxis zu verringern. Oft nehmen Eltern ihre
1097 Kinder als Einkommensquelle wahr. Die Elternschaft wird in vielen Roma-Familien zu Beruf
1098 gemacht, der zusätzliche Einkommen der Familie bringt. Die Kinder werden nicht gut
1099 gepflegt und ausgebildet, weil das Geld dafür nicht ausreicht. Oft wird darauf verzichtet, sie
1100 in die Schule zu schicken, weil der Schulbesuch mit Kosten, wenn auch mit minimalen
1101 Kosten, verbunden ist. Aus diesen Gründen können die staatlichen Maßnahmen nicht effektiv
1102 sein.

1103

1104 Insgesamt werden die bisher erreichten Resultate als nicht genügend bewertet, sowie die
1105 Maßnahmen als uneffektiv bezeichnet. Die strategischen Ziele werden ironisch als „schön“
1106 und sehr adaptiv bezeichnet. Sie führen laut der Meinung der Expertin aber zu keiner Lösung
1107 der Probleme. Die Maßnahmen sind definitiv zu liberal gestaltet. Kritik wird auch daran
1108 ausgeübt, dass die meisten staatlichen Strategien und Programme zeitlich begrenzt sind. Der
1109 Prozess der sozialen Integration der Roma soll permanent gepflegt und gesteuert werden,
1110 damit Resultate überhaupt zu erwarten sind. Die wichtigsten Integrationsziele, die sich der
1111 Staat gesetzt hat, werden im Bildungsbereich bisher nicht erreicht.

1112 Klar und deutlich soll die Frage gestellt werden, wieso Integration bisher nicht erreicht wurde.
1113 Ein großes Problem in Bulgarien stellt die politische Kultur nach 1989 dar. Der Wechsel der
1114 politischen Kräfte nach jeder Regierungsperiode hat die Entwicklung einer konsistenten
1115 sozialen Integrationspolitik verhindert. Mit jeder neuen Regierungsperiode beginnt der
1116 Prozess quasi aufs Neue, ohne dass die bisher erreichten Resultate oder die bisher entwickelten
1117 Strategien weiter entwickelt und ergänzt werden. Ein aufeinander Aufbauen lässt sich dabei
1118 nicht beobachten. Dadurch sind längerfristige Resultate nicht zu erreichen. Wenn es um die
1119 Faktoren, die den Prozess der sozialen Integration der Roma im Land verhindern, geht, spielt
1120 die Diskriminierung der Roma keine große Rolle. Vielmehr sollen die Gründe in der
1121 jeweiligen sozialen, politischen oder ökonomischen Situation im Land gesucht werden. Das
1122 Erfolgspotenzial von bestimmten Maßnahmen oder Ideen soll immer im Kontext der
1123 allgemeinen Situation im Bildungsbereich sowie im Staat im Generellen bewertet werden.
1124 Projekte und Ideen verbleiben oft nur auf Ebene der Organisation von bestimmten Festivals,
1125 die das Ziel, die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Problem zu ziehen, verfolgen.

1126

1127 Weiterhin soll geachtet werden, dass die Aufnahme einer großen Anzahl von Schülern aus
1128 einer ethnischen Minderheit in einer Klasse zu der Herausbildung einer Mikro-Gemeinschaft
1129 in der Klasse führen kann. Dies kann den Fortschritt des Integrationsprozesses deutlich
1130 erschweren.

1131

1132 Befürwortet wird der persönliche Umgang mit allen Schülern und Kindern, die bestimmte
1133 Lernschwierigkeiten oder andere Schwierigkeiten im Lernprozess haben. Ein spezieller
1134 Umgang mit Kindern aus der Roma-Gemeinschaft ist nicht nötig. Bemühungen sind definitiv
1135 von beiden Seiten notwendig. Der Staat an sich kann keine Resultate erzwingen, wenn die
1136 Roma-Gemeinschaft nicht kooperiert.

1137

1138 Die Mechanismen zu Kontrolle und Monitoring sind für die Bürger schwer zugänglich und
1139 zum Teil in der Form von komplexen Statistiken, Tabellen und Grafiken vorhanden und
1140 weisen sehr große Lücken vor. Auf der Internetseite des Bildungsministeriums können
1141 bestimmte Statistiken und Schemata gefunden werden. Laut der Meinung der Expertin
1142 enthalten diese oft Fehler, so dass der Umgang damit sehr achtsam erfolgen soll.
1143 Bemühungen zur Verbesserung sollen auch in diesem Hinblick unternommen werden.

1144

1145 Auf die Frage über die Europäisierung der bulgarischen Integrationspolitik wird keine
1146 konkrete Antwort gegeben. Die Expertin hat sich nicht getraut, einen Vergleich mit der
1147 diesbezüglichen Situation in anderen Ländern zu machen, da sie Ihrer Meinung nach nicht
1148 über das nötige, gut fundierte Wissen darüber verfügt. Das Gespräch mit Frau Kirilova verlief
1149 nicht nach dem bekannten Frage-Antwort-Prinzip. Vielmehr hat die Expertin es als eine Art
1150 Besprechung gestaltet, indem sie ihre persönliche Meinung zu ihr wichtig erscheinenden
1151 Sachverhalten ausgedrückt hat.

Literaturverzeichnis

Monographien:

Aumüller, Jutta (2009): Assimilation. Kontroversen um ein migrationspolitisches Konzept, transcript Verlag, Bielefeld

Fenton, Steve (1999): Ethnicity. Racism, Class and Culture, Macmillan Press Ltd, Houndmills

Glatz, Ferenc (1993): Minderheiten in Ost-Mitteleuropa. Historische Analyse und ein politischer Verhaltenskodex, Europa Institut Budapest, Budapest

Grote, Maik (2011): Integration von Zuwanderern: Die Assimilationstheorie von Hartmut Esser und die Multikulturalismustheorie von Seyla Benhabib im Vergleich, Migremus Arbeitspapiere Nr 2, Universität Bremen

Kahanec, Martin/Zaiceva, Anzelica/Zimmermann, Klaus F. (2010): Ethnic Minorities in the European Union. An overview, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

Kroner, Michael (1992): Nationale Minderheiten in Südosteuropa. Verfolgung, Assimilierung, Flucht, Vertreibung und Umsiedlung, Eckart-Schriften, Heft 121, Wien

Ladrech, Robert (2010): Europeanization and national politics, Palgrave Macmillan, Basingstoke

Ludwig, Klemens (1995): Ethnische Minderheiten in Europa, Verlag C.H. Beck, München

Luif, Paul (2007): Österreich, Schweden, Finnland. Zehn Jahre Mitgliedschaft in der Europäischen Union, Böhlau, Wien-Köln-Weimar

Марушиакова, Елена/Попов, Веселин (2012): Цигани в Източна Европа, Издателство Парадигма, София [**Marushiakova, Elena/Popov, Vesselin** (2012): Zigeuner in Osteuropa, Verlag Paradigma, Sofia]

Майя, Грекова (2001): Малцинство: социално конструиране и преживяване, Издателска къща Курт Швитерс, София [**Maya, Grekova** (2001): Minderheit: soziale Konstruierung und Erlebnis, Publishing House K. S., Sofia]

Offene Gesellschaft (2008): Die Roma in Bulgarien, Programm „Roma“, Institut Offene Gesellschaft, Sofia

Петров, П. (2009): Раждаемостта сред ромския етнос в България. Реалности и перспективи, Издателство Амарт, Пловдив [**Petrov, P.** (2009): Die Geburtenentwicklung innerhalb der Roma-Ethnie in Bulgarien. Realitäten und Perspektiven, Verlag Amart, Plovdiv]

Pircher, Erich H. (1979): Der vertragliche Schutz ethnischer, sprachlicher und religiöser Minderheiten im Völkerrecht, Verlag Stämpfli & Cie Ag, Bern

Попова, Юлиана (2012): Интеграция на ромската общност в България и Румъния, Проект „ФромРома“, Русе [**Popova, Juliana** (2012): Integration der Roma-Gemeinschaft in Bulgarien und Rumänien, Projekt „FromRoma“, Russe]

Ringold, Dena/Orenstein Mitchell A./Wilkins, Erika (2005): Roma in an expanding Europa: Breaking the poverty cycle, The International Bank for Reconstruction and Development/ The World Bank, Washington DC

Томова, Илона/Николова, Станислава (2011): В огледалото на различието: Здравен статус и достъп на ромите до здравеопазване, Академично издателство „Проф. Марин Дринов“, София [**Tomova, Ilona/Nikolova, Stanislava** (2011): Im Spiegel des Andersseins: Gesundheitsstatus und Zugang der Roma zum Gesundheitsschutz, Akademischer Verlag „Prof. Marin Drinov“, Sofia]

United Nations (2010): Minority rights: international standards and guidance for implementation, United Nations Human Rights office of the High Commissioner, New York

Beiträge aus Sammelbänden:

Markowetz, Reinhard (2007): Inklusion und soziale Integration von Menschen mit Behinderungen, in: **Cloerkes, Günther** (Hrsg.): Soziologie der Behinderte. Eine Einführung, Universitätsverlag Winter GmbH Heidelberg, Edition S, S.207-279

Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike (2005): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht, in: **Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang** (Hrsg.): Das Experteninterview, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S.71-95

Нягулов, Благовест (2007): За историята на циганите/ромите в България (1878-1944), в: **Топалова, Велина/Пампоров, Алексей** (Hrsg.): Интеграцията на ромите в българското общество, Министерство на културата, София, с. 24-43 [**Njagulov, Blagovest** (2007): Über die Geschichte der Zigeuner/Roma in Bulgarien (1878-1944), in: **Topalova, Velina/Pamporov, Aleksej** (Hrsg.): Integration der Roma in der bulgarischen Gesellschaft, Ministerium der Kultur, Sofia, S. 24-43]

Пампоров, Алексей (2007): Броят на ромското население в България като проблем при изграждането на адекватна социална политика, в: **Топалова, Велина/Пампоров, Алексей** (Hrsg.): Интеграцията на ромите в българското общество, Министерство на културата, София, с. 63-77 [**Pamporov, Aleksej** (2007): Die Anzahl der Roma-Bevölkerung in Bulgarien als Problem für die Entwicklung einer adäquaten sozialen Politik, in: **Topalova, Velina/Pamporov, Aleksej** (Hrsg.): Integration der Roma in der bulgarischen Gesellschaft, Ministerium der Kultur, Sofia, S. 63-77]

Sewering-Wollanek, Marlis (1994): Die Roma in Ostmittel- und Südosteuropa, in: **Brunner. Georg/Lemberg, Hans** (Hrsg.): Volksgruppen in Ostmittel- und Südosteuropa, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 253-263

Szelenyi, Ivan (2006): Poverty and varieties of post-communist capitalism, in: **Boyadzieva, Pepka/Deyanova, Lilyana/Koleva, Svetla/Koev, Kolyo** (Hrsg.): Worlds in Sociaology, St. Kliment Ohridski University Press, Sofia, S.307-341

Томова, Илона (2006): Етничност и социално изключване. Ромите в посткомунистическия период, в: **Бояджиева, Пепка/Деянова, Лиляна/Колева, Светла/Коев, Коло** (Hrsg.): Светове в социологията, Университетско издателство „Св. Климент Охридски“, София, с. 537-560 [**Tomova, Ilona** (2006): Ethnizität und soziale Exklusion. Die Roma in der postkommunistischen Periode, in: **Boyadzieva, Pepka/Deyanova, Lilyana/Koleva, Svetla/Koev, Kolyo** (Hrsg.): Welten in der Soziologie, Universitätsverlag „Sv. Kliment Ohridski“, Sofia, S. 537-560]

Топалова, Велина/Пампоров, Алексей (2007): Ромската проблематика в академичната наука, в: **Топалова, Велина/Пампоров, Алексей** (Hrsg.): Интеграцията на ромите в българското общество, Министерство на културата, София, с. 7-13 [**Topalova, Velina/Pamporov, Aleksej** (2007): Die Roma-Problematik in der akademischen Wissenschaft, in: **Topalova, Velina/Pamporov, Aleksej** (Hrsg.): Integration der Roma in der bulgarischen Gesellschaft, Ministerium der Kultur, Sofia, S. 7-13]

Fachzeitschriften und Publikationen:

Димитров, Димитър/Григорова, Ваня/Дечева, Йоана (2013): Граждански доклад за изпълнението на Националната стратегия за интеграция на ромите и Плана за изпълнение на Десетилетие на ромското включване в България през 2012 г., Decade of Roma Inclusion Secretariat Foundation, Budapest [**Dimitrov, Dimitar/Grigorova, Vanya/Detscheva, Joana** (2013): Bürgerbericht über die Ausführung der Dekade der Roma-Inklusion in Bulgarien in 2012, Decade of Roma Inclusion Secretariat Foundation, Budapest]

Програма на ООН за развитие (2002): Извън капана на зависимостта. Регионален доклад за човешкото развитие, Регионално бюро на ПРООН за Европа и ОНД, България [**Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen** (2002): Außerhalb der Abhängigkeitsfalle. Regionaler Bericht über die Menschenentwicklung, Regionales Büro des Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen für Europa und GUS, Bulgarien]

European Union Agency for Fundamental Rights (2009): Housing Conditions of Roma and Travellers in the European Union. Comparative Report

European Union Agency for Fundamental Rights (2012): The Situation of Roma in 11 EU Member States, Publications Office of the European Union, Luxembourg

Flockhart, Trine (2010): Europeanization or EU-ization? The transfer of European norms across time and space, *Journal of Common Market Studies*, Volume 48, Number 4, pp. 787-810

Гълъбов, Антоний (2008): Десетилетието на ромското включване: Интегритет, ефективност и качество на публичните политики, *Социологически проблеми*, Институт по социология при БАН, специален брой 2008, с. 24-35 [**Galabov, Antonij** (2008): Dekade der Roma-Inklusion: Integrität, Effektivität und Qualität der öffentlichen Politiken, *Soziologische Probleme*, Soziologie Institut zu BAN, spezielle Nummer 2008, pp. 24-35]

Хюсеинов, Баки (2008): Действия на Министерството на труда и социалната политика за интеграция на ромите, *Институт по социология при БАН, специален брой 2008*, с. 178-192 [**Husseinov, Baki** (2008): Maßnahmen des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik zur Integration der Roma, *Soziologische Probleme*, Soziologie Institut zu BAN, spezielle Nummer 2008, pp. 178-192]

Ivanov, Andrey (2012): Quantifying the unquantifiable: Defining Roma populations in quantitative surveys, *Nasselenie Review. Review of the Institute for population and human studies*, Bulgarian Academy of Sciences, 3-4/2012, pp. 79-95

Иванов, Михаил (2008): За политиката на социално включване на ромите, *Социологически проблеми*, Институт по социология при БАН, специален брой 2008, с. 66-83 [**Ivanov, Michail** (2008): Über die Politik zur sozialen Inklusion der Roma, *Soziologische Probleme*, Soziologie Institut zu BAN, spezielle Nummer 2008, pp. 66-83]

Kropp, Manuela/Striethorst, Anna (2011): Europäische Romapolitik – die neue Rahmenstrategie der EU, *Reihe Standpunkte International*, Rosa Luxemburg Stiftung, 15/2011

Olsen, J. P. (2002): The many faces of Europeanization, in: *Journal of Common Market Studies* Volume 40, Number 5, pp. 921-952

Perić, Tatjana (2012): The Housing Situation of Roma Communities: Analysis of the Findings of the UNDP/World Bank/EC Regional Roma Survey 2011

Рехел, Бернд (2008): Неуспехът при изпълнението на мерките за защита на малцинствата, Социологически проблеми, Институт по социология при БАН, специален брой 2008, с. 84-102 [**Rechel, Bernd** (2008): Der Misserfolg bei der Ausführung der Maßnahmen zum Schutz der Minderheiten, Soziologische Probleme, Soziologie Institut zu BAN, spezielle Nummer 2008, pp. 66-83]

Revenge, Ana/Ringold, Dena/Tracy, William Martin (2002): Poverty and Ethnicity. A cross-country study of Roma poverty in Central Europa, The International Bank for Reconstruction and Development/The World Bank, Washington DC

Шулер, Соня (2008): Бедност и етничност в процеса на демократизация: ромите в България, Социологически проблеми, Институт по социология при БАН, специален брой 2008, с. 137-153 [**Schuler, Sonya** (2008): Armut und Ethnizität im Demokratisierungsprozess: die Roma in Bulgarien, Soziologische Probleme, Soziologie Institut zu BAN, spezielle Nummer 2008, pp. 137-153]

Tomova, Iona (2008): Social exclusion of Roma in post-socialism: A Bulgarian case study summary, Süddeutsche Mitteilungen 4/2008, pp. 52-67

Tomova, Iona (2009): The Roma in Bulgaria: Employment and Education, Südosteuropa Mitteilungen 02/2009, pp. 66-86

Tomova, Iona (2010): Assessment of the governmental measures for reduction of Roma social exclusion, Population 1-2/2010, pp. 126-148

Weeds, Martyn (2012): Government Policy towards the Roma communities of Bulgaria from the Ottoman Empire to the People's Republic, Nasselenie Review. Review of the Institute for population and human studies, Bulgarian Academy of Sciences, 3-4/2012, pp. 54-66

Internetquellen:

Amtsblatt der EG Nr. C 153 (1989): Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 22. Mai 1989 zur schulischen Betreuung von Kindern von Sinti und Roma und Fahrenden, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:1989:153:FULL:DE:PDF> , 13.06.2013

Amtsblatt der EU Nr. C 45E (2006): Lage der Roma in der Europäischen Union, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2006:045E:0129:0133:DE:PDF>, 12.06.2013

Богданов, Лъчезар/Ангелов, Георги (2007): Интеграция на ромите в България: необходими реформи и икономически ефекти, <http://www.osf.bg/downloads/File/ResumeG.Angelov.pdf>, 25.04.2013 [Bogdanov, Latschesar/Angelov, Georgi (2007): Integration der Roma in Bulgarien: notwendige Reformen und ökonomische Effekte, <http://www.osf.bg/downloads/File/ResumeG.Angelov.pdf>, 25.04.2013]

Bracht, Astrid (2011): Ungarn macht verbesserte Roma-Integration zu Hauptthema seiner EU-Ratspräsidentschaft, <http://www.gfbv.de/inhaltsDok.php?id=2201&stayInsideTree=1&backlink=pogrom.php?id=66>, 17.08.2013

Council of Europe (2012): Declaration of the Committee of Ministers on the rise of anti-gypsyism and racist violence against Roma in Europe, <https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=1902151&Site=CM>, 25.04.2013

Decade of Roma Inclusion 2005-2015 (2013): About the Decade, <http://www.romadecade.org/>, 13.06.2013

EurActiv (2012): Erster EU-Roma-Gipfel: Großes Interesse und viele Kontroversen, <http://www.euractiv.com/de/soziales-europa/erster-eu-roma-gipfel-grosses-in-news-254073>, 11.06.2013

EURoma (2013): European Network on Social Inclusion and Roma under the Structural Funds, <http://www.euromanet.eu/>, 13.06.2013

European Commission (2011): Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. An EU framework for national Roma integration strategies up to 2020, http://ec.europa.eu/justice/policies/discrimination/docs/com_2011_173_en.pdf, 23.04.2013

Europäische Kommission (2010): Zweiter Roma-Gipfel, <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=88&eventsId=234&furtherEvents=yes>, 12.06.2013

Europäische Kommission (2011): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0173:FIN:DE:PDF>, 13.06.2013

Europäische Kommission (2012): National Roma Integration Strategies. A first step in the implementation of the EU-Framework, http://ec.europa.eu/justice/discrimination/files/roma_nat_integration_strat_en.pdf, 15.06.2013

Europäisches Parlament (2008): Entschließung des Europäischen Parlaments vom 31. Januar 2008 zu einer europäischen Strategie für die Roma, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P6-TA-2008-0035&language=DE>, 13.06.2008

Евророма (2010): СОС Апел, http://www.euroroma-bg.org/SOS_APEL.pdf, 23.06.2013
[**Euroroma** (2010): SOS Apell, http://www.euroroma-bg.org/SOS_APEL.pdf, 23.06.2013]

Forum of the European Minorities (2012): House of Minorities in Flensburg, http://www.fuen.org/fileadmin/user_upload/downloads/house-of-the-minorities.pdf, 27.04.2013

Jároká, Livia (2013): Sixty suggestions in the interest of true Roma integration, http://www.hungarianreview.com/article/sixty_suggestions_in_the_intrest_of_true_roma_integration, 19.08.2013

Klöti, Ulrich (2003): Policy-Analyse, http://www.ch-hochschullehrer.ethz.ch/pdfs/2003_4_S22_Kloeti.pdf, 24.04.2013

Lex.bg (1999): Volksbildungsgesetz, <http://lex.bg/laws/ldoc/2132585473>, 28.06.2013

Lloyd, Pester (2011): Ein „Expertenrat“ soll die ungarische Romapolitik legitimieren, http://www.pesterlloyd.net/2011_39/39romarat/39romarat.html, 17.08.2013

Министерство на труда и социалната политика (2009): Национална програма за ограмотяване и квалификация на роми, <http://www.mlsp.government.bg/bg/projects/>, 03.07.2013 [**Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik** (2009): Nationales Programm zu Beibringen von Lesen und Schreiben und Qulifizierung der Roma, <http://www.mlsp.government.bg/bg/projects/>, 03.07.2013]

Министерство на труда и социалната политика (2011): Реинтеграция на отпаднали ученици в образователната система, http://ophrd.government.bg/view_doc.php/5368, 28.06.2013 [**Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik** (2011): Reintegration der ausgefallenen Schüler in das Bildungssystems, http://ophrd.government.bg/view_doc.php/5368, 28.06.2013]

Министерство на труда и социалната политика (2012): „Ново работно място“, http://ophrd.government.bg/view_doc.php/6063, 03.07.2013 [**Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik** (2012): „Neuer Arbeitsplatz“, http://ophrd.government.bg/view_doc.php/6063, 03.07.2013]

Министерство на труда и социалната политика (2013): Национална програма „От социални помощи към осигуряване на заетост“, <http://www.mlsp.government.bg/bg/projects/>, 03.07.2013 [**Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik** (2013): Nationales Programm „Von Sozialhilfe zu Sicherung von Beschäftigung, <http://www.mlsp.government.bg/bg/projects/>, 03.07.2013”]

Министерство на образованието, младежта и науката (2010): Стратегия за образователна интеграция на децата и учениците от етническите малцинства, <http://www.nccedi.government.bg/page.php?category=35&id=1279>, 25.06.2013
[**Ministerium für Bildung und Wissenschaft** (2010): Strategie zur Bildungsintegration der Kinder und Schüler aus den ethnischen Minderheiten, <http://www.nccedi.government.bg/page.php?category=35&id=1279>, 25.06.2013]

Министерство на образованието, младежта и науката (2011): Образователна интеграция на децата и учениците от етническите малцинства, <http://sf.mon.bg/index.php?w=181011091214>, 28.06.2013 [**Ministerium für Bildung und Wissenschaft** (2011): Bildungsintegration der Kinder und Schüler aus den ethnischen Minderheiten, <http://sf.mon.bg/index.php?w=181011091214>, 28.06.2013]

Министерство на образованието, младежта и науката (2012): Национална програма „С грижа за всеки ученик“, http://www.minedu.government.bg/opencms/export/sites/mon/left_menu/projects/national_programs/2012-6-s-grija-za-vseki-uchenik.pdf, 28.06.2013 [**Ministerium für Bildung und Wissenschaft** (2012): Nationales Programm „Mit Sorge um jeden Schüler“, http://www.minedu.government.bg/opencms/export/sites/mon/left_menu/projects/national_programs/2012-6-s-grija-za-vseki-uchenik.pdf, 28.06.2013]

Министерство на образованието, младежта и науката (2013a): Подобряване на качеството на образованието в средишните училища чрез въвеждане на целодневната организация на учебния процес, <http://allday.mon.bg/>, 28.06.2015 [**Ministerium für Bildung und Wissenschaft** (2013a): Verbesserung der Bildungsqualität in den Schulen durch Einführung der ganztäglichen Organisation des Unterrichtsprozesses, <http://allday.mon.bg/>, 28.06.2013]

Министерство на образованието, младежта и науката (2013b): Национална програма „Училището – територия на учениците“, http://www.minedu.government.bg/opencms/export/sites/mon/left_menu/projects/national_programs/2013_prilojenie4-uchilishteto-teritoria_na_uchenitsite.pdf, 28.06.2013 [**Ministerium für Bildung und Wissenschaft** (2013b): Nationales Programm „Die Schule - ein Territorium der Schüler“,

http://www.minedu.government.bg/opencms/export/sites/mon/left_menu/projects/national_programs/2013_prilojenie4-uchilishteto-teritoria_na_uchenitsite.pdf, 28.06.2013]

Министерство на образованието, младежта и науката (2013c): Национална програма „На училище без отсъствия“, http://www.minedu.government.bg/opencms/export/sites/mon/left_menu/projects/national_programs/2013_prilojenie9_Na_uchilishte_bez_otsystvia.pdf, 28.06.2013 [**Ministerium für Bildung und Wissenschaft** (2013c): Nationales Programm „In der Schule ohne Fehlstunden“, http://www.minedu.government.bg/opencms/export/sites/mon/left_menu/projects/national_programs/2013_prilojenie9_Na_uchilishte_bez_otsystvia.pdf, 28.06.2013]

Министерство на образованието, младежта и науката (2013d): Проект „Да направим училището прилекателно за младите хора, <http://uspeh.mon.bg/?m=2&p=2>, 28.06.2013 [**Ministerium für Bildung und Wissenschaft** (2013d): Projekt „Machen wir die Schule zu einem attraktiven Ort für die jungen Menschen“, <http://uspeh.mon.bg/?m=2&p=2>, 28.06.2013]”

Министерство на здравеопазването (2009): Подобряване на състоянието и интеграция на малцинствените групи в неравностойно положение със специален фокус върху ромите, <http://www.mh.government.bg/Articles.aspx?lang=bg-BG&pageid=470&home=true&categoryid=2570>, 08.07.2013 [**Ministerium für Gesundheitsschutz** (2009): Verbesserung des Zustands und Integration der Minderheitengruppen in ungleichwertiger Lage mit speziellem Fokus auf Roma, <http://www.mh.government.bg/Articles.aspx?lang=bg-BG&pageid=470&home=true&categoryid=2570>, 08.07.2013]

Мирчева, Кета (б. г.): Циганите в българската словесност през XIX век, <http://balkansbg.eu/bg/content/b-identichnosti/125-tziganite-v-balgarskata-slovesnost-prez-hih-vek.html>, 25.04.2013 [**Mircheva, Keta** (o.J.): Die Zigeuner in der bulgarischen Sprache im XIX Jahrhundert, <http://balkansbg.eu/bg/content/b-identichnosti/125-tziganite-v-balgarskata-slovesnost-prez-hih-vek.html>, 25.04.2013]

Национален статистически институт на Република България (2011): Преброяване 2011, <http://www.nsi.bg/EPDOCS/Census2011final.pdf>, 25.04.2013, [**Nationales statistisches Institut der Republik Bulgarien** (2011): Volkszählung 2011, <http://www.nsi.bg/EPDOCS/Census2011final.pdf>, 25.04.2013]

Национален съвет за сътрудничество по етническите и интеграционните въпроси (2006): Национална програма за подобряване на жилищните условия на ромите в Република България за периода 2005 – 2015 година, <http://www.nccedi.government.bg/page.php?category=35&id=294> , 24.07.2013 [**Nationaler Rat für die Zusammenarbeit in den ethnischen und Integrationsfragen** (2006): Nationales Programm zur Verbesserung der Wohnungsbedingungen der Roma in der Republik Bulgariens für die Periode 2005 - 2015, <http://www.nccedi.government.bg/page.php?category=35&id=294> , 24.07.2013]

Национален съвет за сътрудничество по етническите и интеграционните въпроси (2010): Здравна стратегия за лица в неравностойно положение, принадлежащи към етническите малцинства, <http://www.nccedi.government.bg/page.php?category=35&id=1280>, 06.07.2013 [**Nationaler Rat für die Zusammenarbeit in den ethnischen und Integrationsfragen** (2010): Gesundheitsstrategie für Personen in ungleicher Lage, die den ethnischen Minderheiten angehören, <http://www.nccedi.government.bg/page.php?category=35&id=1280>, 06.07.2013]

Национален съвет за сътрудничество по етническите и интеграционните въпроси (2011): План за действие за периода 2011 – 2015 г. към Здравната стратегия за лица в неравностойно положение, принадлежащи към етническите малцинства, 2005-2015 г., <http://www.nccedi.government.bg/page.php?category=35&id=1280>, 08.07.2013 [**Nationaler Rat für die Zusammenarbeit in den ethnischen und Integrationsfragen** (2011): Aktionsplan für die Periode 2011 – 2015 zu der Gesundheitsstrategie für Personen in ungleicher Lage, die den ethnischen Minderheiten angehören, 2005-2015, <http://www.nccedi.government.bg/page.php?category=35&id=1280>, 08.07.2013]

Национален съвет за сътрудничество по етническите и интеграционните въпроси (2012a): Национална стратегия на Република България за интегриране на ромите (2012-2020), <http://www.nccedi.government.bg/page.php?category=125&id=1740>, 30.06.2013

[**Nationaler Rat für die Zusammenarbeit in den ethnischen und Integrationsfragen** (2012a): Nationale Strategie der Republik Bulgariens zur Integration der Roma (2012-2020), <http://www.nccedi.government.bg/page.php?category=125&id=1740>, 30.06.2013]

Национален съвет за сътрудничество по етническите и интеграционните въпроси (2012b): План за действие за изпълнение на Националната стратегия на Република България за интегриране на ромите (2012-2020) и „Десетилетие на ромското включване 2005-2015”, <http://www.nccedi.government.bg/page.php?category=35&id=1634>, 30.06.2013

[**Nationaler Rat für die Zusammenarbeit in den ethnischen und Integrationsfragen** (2012b): Aktionsplan zur Ausführung der nationalen Strategie der Republik Bulgariens zur Integration der Roma (2012-2020) und „Dekade der Roma Inklusion 2005-2015”, <http://www.nccedi.government.bg/page.php?category=35&id=1634>, 30.06.2013]

Novinite.com (2011): CIA Data on Roma contradicts Bulgarian national stats, http://www.novinite.com/view_news.php?id=130615, 23.04.2013

Paterakis, Michael/Fontanella-Khan, James (2013): Brussels launches plan to integrate Roma minorities, In: Financial Times 26.6.2013, <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/7f5c443a-ddbb-11e2-892b-00144feab7de.html#axzz2XELhPxOW>, 01.08.2013

Rozsics, Lilla (2013): Eigene Wahl: Roma in Ungarn zu sein?, <http://www.andrassyuni.eu/upload/File/Publikationen/Europa%20Stipendiaten/LillaRozsicsEigeneWahl.pdf>, 17.08.2013

Statista (2012): Geschätzte Anzahl der Roma in europäischen Ländern, <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/164659/umfrage/roma-in-europa/>, 25.04.2013

Тилкиджиев, Николай (2011): Успелите роми, http://www.omda.bg/book.php?tittle=23._%D0%9F%D0%BE%D0%BB%D0%B8%D1%82%D0%B8%D0%BA%D0%B8_%D0%BA%D1%8A%D0%BC_%D1%80%D0%BE%D0%BC%D0%B8%D1%82%D0%B5&IDMenu=750&IDArticle=2107, 19.06.2013 [**Tilkidziev, Nikolay** (2011): Die erfolgreichen Roma, http://www.omda.bg/book.php?tittle=23._%D0%9F%D0%BE%D0%BB%D0%B8%D1%82%D0%B8%D0%BA%D0%B8_%D0%BA%D1%8A%D0%BC_%D1%80%D0%BE%D0%BC%D0%B8%D1%82%D0%B5&IDMenu=750&IDArticle=2107

[%D0%B8%D0%BA%D0%B8_%D0%BA%D1%8A%D0%BC_%D1%80%D0%BE%D0%B
C%D0%B8%D1%82%D0%B5&IDMenu=750&IDArticle=2107](#), 19.06.2013]

Wolff, Stefan (o.J.): Ethnic Minorities in Europe: The basic facts,
<http://www.stefanwolff.com/files/min-eu.pdf>, 27.04.2013

Zusammenfassung

Die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der zahlreichsten ethnischen Minderheit Europas ist ein Thema von politisch-gesellschaftlicher Relevanz. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der sozialen Integration der Roma in Bulgarien. Die wichtigsten nationalen Maßnahmen, wodurch ihre Integration in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge und Wohnsituation vorangetrieben wird, werden dargestellt, im Hinblick auf ihre Effektivität und mögliche Problemstellen analysiert sowie in eine europäische Perspektive eingebettet.

Die Entwicklung des Integrationsprozesses in Bulgarien wird analysiert, wobei der Schwerpunkt auf der Periode seit dem EU-Beitritt des Landes im Jahr 2007 liegt. Die staatliche Politik zur Integration der Roma im Kommunismus und die auf nationalstaatlicher Ebene angestellten Inklusionsbemühungen in der postkommunistischen Periode werden skizziert. Der Einfluss der EU-Mitgliedschaft auf diesen politischen Bereich und die Implementierung der europäischen Roma-Politik werden thematisiert. Der Vergleich mit der Roma-Politik eines anderen europäischen Staates – Ungarns – erweitert die Perspektive und zeigt inwieweit die Situation in Bulgarien als außergewöhnlich wahrgenommen werden kann.

Die Ergebnisse der Untersuchung werden mithilfe von zwei qualitativen Methoden gewonnen – Literatur- und Dokumentenanalyse und Experteninterviews. Interviews mit vier Experten aus unterschiedlichen Berufssphären werden in Sofia durchgeführt und ausgewertet, wodurch verschiedene interne Sichtweisen in die Analyse miteinbezogen werden.

Die Analyse der staatlichen Politik in den prioritären Bereichen zeigt einen deutlichen Mangel an Synergie, Kontinuität und finanzieller Sicherung bei der Ausführung der nationalen Integrationsmaßnahmen. Obwohl eine Vielzahl von kurz- und längerfristigen Strategien, operativen Dokumenten und Programmen auf nationalstaatlicher Ebene vorhanden ist, die die Vorschriften der Roma-Politik der Union berücksichtigen, sind die öffentlichen Politiken in allen Bereichen nicht ausreichend effektiv. Die europäischen Normen und Ideen werden vor allem im Prozess der Ausarbeitung und Formulierung von Strategien und Dokumenten mitberücksichtigt. Ein starker europäischer Einfluss lässt sich nicht beobachten. Im Hinblick auf die in der Praxis erreichten Resultate befindet sich das Land weit entfernt vom Erreichen der Integrationsziele der Union.

Abstract

The improvement of the social and economic situation of the most numerous ethnic minority in Europe is a topic of high political and societal relevance. The present paper addresses the social integration of Roma in Bulgaria. The most important national measures, which encourage the integration of Roma in the areas of education, employment, health care and living conditions, are depicted, analyzed in respect of their effectiveness and possible problems and also discussed in an European perspective.

The focus of the analysis of the integration process in Bulgaria lies on the time after the Bulgarian accession to the EU in 2007. Nonetheless, the state policy for the Roma integration during the Communism and the integration efforts at national level from the post-communist period are also outlined as well. The impact of the EU on this policy area and the implementation of the European Roma policy are both made subjects of evaluation. The subsequent comparison with the policy of another European country in this regard – Hungary – serves the extension of the perspective and also shows to what extent the situation in Bulgaria could be perceived as extraordinary.

The results of the analysis are gained by the use of two qualitative methods – literature and document analysis and expert interviews. The evaluated interviews were made with four experts from different fields in Sofia, whereby different internal points of view were included in the analysis.

The state-policy analysis in the priority areas shows a distinct lack of synergy, continuity and financial security in the process of implementation of the national integration measures. There is a variety of short-term and long-term strategies, operative documents and programs at national level, which take account of the European Roma policy regulations. Anyway the public policies in all areas are not efficient enough. The European norms and ideas are mostly considered in the process of development and formulation of strategies and documents. A strong European impact is not present. There is much to be done for the country to achieve the integration goals of the European Union.

Lebenslauf

Persönliche Daten

Vorname	Tonya
Zuname	Georgieva
Akademischer Grad	Bachelor of Arts
Telefon	004369919003148 00359885368002
E-mail	georgieva.tonya@gmail.com

Schulausbildung

September 2003 – Mai 2008	Zeugnis der allgemeinen Hochschulreife, Deutsches Gymnasium „Prof. K. Galabov“ Sofia, Deutsche Abteilung, erfolgreiche Absolvierung der obersten Jahrgangsstufe der deutschen Abteilung und der Prüfung zur Erlangung der deutschen allgemeinen Hochschulreife im Schuljahr 07/08
---------------------------	--

Studienverlauf

Oktober 2008 – August 2011	Bachelorstudium Politikwissenschaft <u>Studienschwerpunkte:</u> Das politische System Österreichs und der EU, Internationale Politik, Osteuropastudien <u>Titel der Bachelorarbeit:</u> Heute handeln, um die Krise von morgen zu verhindern. Über die Reformbedürftigkeit der Pensionssysteme in Europa
Oktober 2011 – 2013	Masterstudium Politikwissenschaft <u>Studienschwerpunkte:</u> Europäische Union und Europäisierung, Österreichische Politik <u>Titel der Masterarbeit:</u> Die soziale Integration der Roma in Bulgarien im Kontext der Roma-Politik der EU

Besondere Auszeichnungen

Oktober 2011/Oktober 2012 Leistungsstipendium der Universität Wien

Auslandsaufenthalte zu Studienzwecken

Mehrmalige Aufenthalte in Bulgarien zu Studienzwecken sowohl im Bachelorstudium als auch im Masterstudium (selbstorganisierte Studienaufenthalte)

Weitere Qualifikationen

Sprachenkenntnisse	Deutsch, Bulgarisch, Englisch	
Zusätzliche Studienfächer	Rechtswissenschaft (abgeschlossen), (abgeschlossen)	Soziologie